



Landtag von Baden-Württemberg

41. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 26. März 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 21:37 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2693	des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2002 bis 2006 – Drucksache 13/1875	2700
Umbesetzung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	2693	Abg. Dr. Scheffold CDU	2700
Begrüßung einer Delegation der Stuttgart 2012 GmbH	2747	Abg. Schmid SPD	2703
Erklärungen der Fraktionen zum Irak-Krieg	2693	Abg. Kleinmann FDP/DVP	2706
Abg. Oettinger CDU	2693	Abg. Heike Dederer GRÜNE	2709
Abg. Drexler SPD	2695	Minister Stratthaus	2712
Abg. Pfister FDP/DVP	2697	Abg. Oettinger CDU	2715
Abg. Kretschmann GRÜNE	2698	Abg. Drexler SPD	2718, 2737
1. a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 – Drucksache 13/1791		Abg. Hofer FDP/DVP	2721
Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses – Drucksachen 13/1872, 13/1873		Abg. Kretschmann GRÜNE	2726, 2738
b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2003 – Drucksache 13/1763		Ministerpräsident Teufel	2729
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/1874		Beschluss	2740
c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan		Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung)	2742, 2743
		Abg. Alfred Haas CDU (zur Abstimmung)	2743
		Abg. Schmid SPD (zur Geschäftsordnung)	2746
		2. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bewerbung der Stadt Stuttgart um die Olympischen Spiele und Paralympics 2012 – Drucksache 13/1600	2747
		Abg. Oettinger CDU	2748
		Abg. Drexler SPD	2750
		Abg. Pfister FDP/DVP	2751
		Abg. Heike Dederer GRÜNE	2753
		Ministerin Dr. Annette Schavan	2755
		Beschluss	2756

3. Aktuelle Debatte – Gemeindefinanzreform rasch zum Abschluss bringen – Wege zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen – beantragt von der Fraktion der CDU	2757	Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/1870	2787
Abg. Dr. Birk CDU	2757	Abg. Veronika Netzhammer CDU	2787
Abg. Junginger SPD	2758, 2764	Abg. Rivoir SPD	2788
Abg. Theurer FDP/DVP	2759, 2765	Abg. Hofer FDP/DVP	2789
Abg. Kretschmann GRÜNE	2760, 2766	Abg. Oelmayer GRÜNE	2789
Minister Stratthaus	2761, 2767	Staatssekretär Dr. Mehrländer	2790
Abg. Heinz CDU	2763	Beschluss	2791
4. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die Landesregierung – Drucksache 13/1820	2768	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kindergartengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 13/1739	
Abg. Boris Palmer GRÜNE	2768, 2780	Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 13/1884	2791
Abg. Scheuermann CDU	2770	Abg. Alfred Haas CDU	2791
Abg. Göschel SPD	2772	Abg. Marianne Wonnay SPD	2792
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2774	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	2793
Minister Müller	2775	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	2795
Beschluss	2782	Minister Dr. Repnik	2797
Abg. Birzele SPD (zur Geschäftsordnung)	2782	Beschluss	2800
Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	2782	8. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Energiepolitische Konzeption für Baden-Württemberg – Drucksache 13/914	
5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 2. Dezember 2002 – Dreiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 13/1500, 13/1760	2782	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes – Drucksache 13/1222	2800
Abg. Dr. Lasotta CDU	2782	Abg. Knapp SPD	2801
Abg. Wichmann SPD	2783	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	2801
Abg. Theurer FDP/DVP	2784	Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	2802
Abg. Oelmayer GRÜNE	2785	Abg. Hofer FDP/DVP	2802
Minister Dr. Schäuble	2786	Staatssekretär Dr. Mehrländer	2803
Beschluss	2787	Beschluss	2804
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umwandlung von fünf öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts – Drucksache 13/1738		Abg. Dr. Carmina Brenner CDU (zu Protokoll)	2804
		Nächste Sitzung	2805
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	2805

Protokoll

über die 41. Sitzung vom 26. März 2003

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen.

Krank gemeldet sind heute Frau Abg. Weckenmann sowie die Herren Abg. Fleischer, Dr. Glück und Rüeck.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Werwigk-Hertneck und Herr Minister Köberle.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für eine Umbesetzung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen.

Eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt Ihnen ebenfalls vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 24. Februar 2003 – Der Europäische Konvent bei Eintritt in die Phase der Formulierung – Drucksache 13/1854

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 11. März 2003 – Bericht des Südwestrundfunks über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2001 bis 2004 – Drucksache 13/1860

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung des Finanzministeriums vom 14. März 2003 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Bericht für das Jahr 2002 – Drucksache 13/1890

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

4. Anträge der Landesregierung vom 17. und 18. März 2003 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/1891, 13/1892

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass vor Eintritt in die Tagesordnung **Erklärungen zum Irak-Krieg** abgegeben werden.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mit Betroffenheit, Sorge, Ohnmacht und Mitgefühl, so beobachten wir – wir, die Bevölkerung in Baden-Württemberg, in Deutschland und sicher auch die Bevölkerung weltweit – die Entwicklung im Irak.

Wir alle hatten gehofft, diesen Krieg nicht erleben zu müssen. Wir alle hatten gehofft, dass friedliche Wege ausreichen, um einen Diktator zu entwaffnen, der im Inneren seines Landes die Menschenrechte seit Jahren brutal verletzt und der eine Gefahr für die Weltbevölkerung – unverhohlen, in sich verstärkendem Maß – dargestellt hat und bis heute darstellt.

Die Nachrichten, die Fernsehbilder, die Kommentare: Wir sehen ein leidgeprüftes Volk im Irak, wir sehen Soldaten im Waffenrock unter Befehl. Wir sehen Angehörige, wir hören von Toten, von Verletzten, von menschlichem Leid.

Niemand will Krieg. Ich glaube, wir sollten uns hier gegenseitig attestieren – bei Ihnen von SPD und Grünen steckt der Button „NO WAR“ am Revers, Respekt –, dass niemand unter den Abgeordneten aller demokratischen Parteien, gerade auch in diesem Parlament, den Krieg angestrebt oder erhofft hat und dass ihn auch niemand als Mittel zum Zweck von vornherein mitgetragen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Wir alle haben Sehnsucht nach Frieden – wir, die Nachkriegsgeneration, die den Krieg nur vom Hörensagen kennt, und die Generation, die den Krieg selbst erlebt hat. Wir alle wollen den Frieden. Wir alle wollen ihn als Ziel sichern und stärken – weltweit.

Allerdings streiten wir über den Weg, über das Konzept, wie man Frieden sichern, wie man Menschenrechte einklagen und darstellen kann. Eines muss klar sein: Frieden um jeden Preis wollen wir nicht. Die Geschichte lehrt, dass zur Friedenssicherung auch eine wehrhafte, eine streitbare Demokratie und die Einhaltung von Hausregeln, von Hausordnung weltweit gehören.

Der Diktator im Irak, seit vielen Jahren in dieser Funktion, hat die Menschenwürde in seinem Land nie hoch gehalten,

(Oettinger)

sondern nur verletzt. Die körperliche Unversehrtheit seiner Mitbürger war ihm nie bedeutsam, im Gegenteil. Meinungsfreiheit war ihm nie wichtig, im Gegenteil. Menschenrechtsverletzungen, menschenverachtende Handlungen waren bei diesem Diktator bis heute an der Tagesordnung. Es handelt sich um eines der schlimmsten Terrorregime, die es auch im 21. Jahrhundert noch gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir alle hatten eigentlich gehofft, dass der Krieg dem 19. Jahrhundert, dass der Krieg dem 20. Jahrhundert vorbehalten gewesen sei und dass in diesem Jahrhundert keine Kriege mehr notwendig seien.

Man kann darüber streiten, ob der Krieg schon in diesen Tagen notwendig war. Aber wir haben die feste Vermutung, dass dieser Diktator mit friedlichen Mitteln zur eigenen Entwaffnung, zur Einhaltung von Menschenrechten, zur Verminderung von Kriegsgefahr, die von ihm ausgeht, nicht bereit gewesen ist. Wir glauben, dass der Krieg gegen diesen Diktator letztendlich das letzte notwendige Mittel war, wenn man mittel- und langfristig für Frieden in der Region und für Frieden weltweit, für die Einhaltung von Menschenrechten in seinem Land einen Sicherheitsbeitrag leisten will. Folter, Gefangenschaft, Mord, eine Schreckensherrschaft in Bagdad – ich glaube schon, dass wir alle jetzt nicht primär die Amerikaner in die Kritik nehmen sollten, sondern dass wir wissen sollten, wir Deutschen zuallererst, dass ohne die Amerikaner in den letzten 60 Jahren mehr Leid, mehr Verletzung von Menschenrechten, mehr Diktatur in der Welt prägend gewesen wären.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vor elf Jahren gab es eine Waffenstillstandsresolution. Damals hat sich der Irak verpflichtet, alle ABC-Waffen, alle Raketen mit Reichweiten von mehr als 150 Kilometern, alle Anlagen zur Herstellung dieser Waffen und entsprechende Giftproduktionsanlagen abzurüsten, abzubauen. Er hat genau in diesen zwölf Jahren nichts getan. Er hat seine Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllt. Der Irak hat gegen die Weltgemeinschaft gehandelt. Deswegen hat die Weltgemeinschaft nicht nur das Recht, sondern auch allen Grund, ihm aufzuzeigen, dass eine friedliche Nachbarschaft und Partnerschaft so nicht gewährleistet werden können.

Wir bedauern nachdrücklich, dass der Weltsicherheitsrat, dass jedes Mitglied in ihm versagt hat. Wir bedauern nachdrücklich, dass die großen demokratischen Bündnisse, die NATO und die Europäische Union, in diesen Tagen ohne Autorität sind. Wir machen uns nicht nur Sorge um das irakische Volk, sondern wir machen uns auch Sorge um die Autorität von demokratischen Staaten in Bündnissen weltweit.

Dies wäre der falsche Platz, um mit der deutschen Außenpolitik abzurechnen. Aber der Eindruck, dass der deutsche Sonderweg ein falscher Weg ist, dass man mit dem deutschen Sonderweg ins Abseits gerät,

(Unruhe)

dass ein Achsenbündnis Paris–Moskau nicht der Sicherung des Friedens, nicht der deutschen Mitwirkung dient,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist kein Sonderweg!)

ist mit Sicherheit berechtigt. Er ist, glaube ich, auch in den deutschen Medien und in allen Kommentaren vorhanden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Mehrheit der CDU! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hoffen, wir bauen darauf, dass die Präzision der Kriegsführung

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje, oje! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Haben Sie heute schon Nachrichten gehört?)

Opfer unter der Zivilbevölkerung, so gut es geht, vermeiden kann.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wir bauen darauf, dass der Krieg rasch sein Ziel erreicht, dass die Entwaffnung des Diktators in wenigen Tagen gelingen kann. Dann bauen wir darauf, dass die Zeit danach im Irak mehr Demokratie als heute bringt, dass sie weniger Menschenrechtsverletzungen als derzeit bringt, dass sie ein freies Volk ermöglicht und einen Staatsaufbau ermöglicht, der der Menschenwürde der Bürger des Irak entspricht. Von daher bauen wir darauf, dass die Engländer und die Amerikaner Erfolg haben mit dem Ziel, so rasch wie möglich Frieden zu erreichen und Menschenwürde herzustellen, wo derzeit ein Schreckensregime Menschenwürde nicht garantiert, im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo überall noch?)

Wir sind nicht die Vasallen Amerikas.

(Zurufe von der SPD)

Das diplomatische Vorgehen von Rumsfeld und von Bush genügt mit Sicherheit nicht den Ansprüchen, die man parlamentarisch haben muss. Wir kritisieren ausdrücklich die Art und Weise, den Umgang und den Sprachstil, die im Weißen Haus und in der amerikanischen Administration seit Monaten bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Aber umgekehrt darf eine harsche und falsche Wortwahl nicht für die abschließende Bewertung des Vorgehens ausschlaggebend sein. Wir glauben, dass die Amerikaner seit dem Jahr 1942 weltweit wie kein anderes Volk für die Friedenssicherung und für die Schaffung von Menschenrechten gestanden sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Drexler SPD)

Ohne das Eingreifen der USA im letzten Golfkrieg hätte Saddam Hussein schon längst Nuklearwaffen. Ohne die

(Oettinger)

Amerikaner hätte sich Srebrenica auf dem Balkan mehrfach wiederholt. Ohne die USA wären die Konzentrationslager bei uns noch heute in Betrieb. Paul Spiegel hat sicherlich Recht: Auschwitz ist durch Soldaten befreit worden und nicht durch Friedensbekenntnisse.

Frieden nicht um jeden Preis, Frieden als Ziel. Wir bauen darauf, dass dieser Krieg den Frieden danach stärkt, Menschenwürde herstellt und damit zwischen den demokratischen Staaten im neuen Jahrhundert eine längere Friedenszeit möglich ist, als sie ohne diesen Krieg möglich wäre.

Dieser Krieg dient erstens der Bestrafung eines Diktators, der ein Verbrecher ist und bestraft gehört.

(Abg. Drexler SPD: Das steht nicht in der UNO-Resolution!)

Er dient zweitens der Prävention und Vorbeugung. Dieser Krieg zum jetzigen Zeitpunkt vermeidet mehr Terror und mehr Kriegsgefahr danach.

(Abg. Capezzuto SPD: Ach was! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Der Krieg dient möglicherweise der Abschreckung: Weltweit müssen Diktatoren wissen, dass sie Menschenrechte achten sollen und dass Aufrüstung und Stärkung von Terror mit der friedliebenden Weltgemeinschaft nicht zu machen sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben einen Krieg, der unnötig ist, der nicht gerechtfertigt ist, der falsch ist und der völlig überflüssig ist, Herr Oettinger.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es hätte eine friedliche Alternative gegeben. In der letzten Sitzung des Weltsicherheitsrats hat Hans Blix noch einmal deutlich gemacht, wie viel Zeit er braucht und mit welchen Schritten er möglicherweise noch das finden kann, was er finden soll.

Bisher hat er ja noch nichts gefunden. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass von 1991 bis 1998 im Irak nachweislich mehr Massenvernichtungswaffen abgerüstet worden sind, als während des ersten Golfkriegs vernichtet wurden. Das muss man sich einmal vorstellen. Das heißt: Die Waffeninspektoren der UNO waren bis 1998 recht erfolgreich, und sie wären auch jetzt erfolgreicher gewesen.

Sie haben gerade die Weltgemeinschaft erwähnt. Die Weltgemeinschaft wollte keinen Krieg und will keinen Krieg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Der Irak stand bis zum Beginn des Krieges unter massiver internationaler Kontrolle. Es gab kein Land, das so stark kontrolliert wurde. Jeder Quadratmeter im Irak ist kontrol-

liert worden, von oben von den Amerikanern mit Flugzeugen und im Land selbst von der UNO. Nach Ansicht von Hans Blix war die Bedrohung noch nie so gering wie jetzt und der Irak noch nie so schwach wie jetzt. Diese drei genannten Feststellungen hat Hans Blix getroffen.

(Abg. Wieser CDU: Das zeigt sich in den letzten Tagen!)

– Was zeigt sich denn in den letzten Tagen? In den letzten Tagen zeigt sich, dass die irakischen Soldaten mit normalen Waffen gegen eine gewaltige Übermacht kämpfen, die mit einer technisierten Kriegsführung alles kaputt machen kann, was sie will. Das zeigt der Krieg und nicht, dass hier mit Massenvernichtungswaffen gekämpft wird.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Die Destabilisierung der Region beginnt schon. Man hätte ja auch einmal darüber nachdenken können, was passiert. Schauen Sie, was gerade in Jordanien, in Ägypten passiert.

Im Übrigen sollte man einmal darüber nachdenken, dass die Amerikaner in den letzten Monaten ihre Politik verändert haben. Letztes Jahr galt: Es muss abgerüstet werden, die Massenvernichtungswaffen müssen weg; das war die erste Forderung. Im Frühjahr hieß es dann: Saddam Hussein muss weg. Und bei Kriegsbeginn hieß es: Wir bringen jetzt die Demokratie. Das sind drei Paradigmenwechsel.

Im Übrigen sage ich nur: Wer Demokratie bringen wollte, der hätte das dort bei den Ländern, die unter amerikanischem Einfluss stehen, schon längst machen können. In Jordanien, in Saudi-Arabien, in Ägypten,

(Zuruf von der SPD: Kuwait!)

selbst in Kuwait, das im ersten Irak-Krieg befreit wurde, gibt es keine demokratische Regierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir sind uns einig mit Millionen von Menschen, mit der Mehrheit des deutschen Volkes, mit der Mehrheit der europäischen Regierungen, mit der Mehrheit des Weltsicherheitsrats: Dieser Krieg wäre nicht notwendig gewesen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland bringt ihr Nichteinverständnis mit dem Krieg nicht nur in Umfragen zum Ausdruck, sondern auch durch Demonstrationen.

Weil es Demonstrationen gibt, weil es eine falsche Entscheidung gab, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass gerade viele junge Menschen auf die Straße gehen, Schülerinnen und Schüler. Frau Kultusministerin, ich bitte Sie, das unentschuldigte Fehlen in den Schulen nicht mit Sanktionen zu belegen. Wir sollten die Jugendlichen, deren fehlendes Engagement wir sonst so oft in der Öffentlichkeit beklagen, nicht bestrafen, wenn sie in der Frage „Krieg oder Frieden“ Mut und Zivilcourage beweisen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die klare Aussage der Bundesregierung war: Deutschland beteiligt sich nicht an diesem Krieg. Diese klare Aussage

(Drexler)

gilt auch nach wie vor. Diese Festlegung der Bundesregierung drückt natürlich einen Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf der einen Seite und Deutschland, Frankreich und Russland auf der anderen Seite aus.

Nun machen auch uns Sozialdemokraten die wichtigen transatlantischen Beziehungen zu Amerika Sorge; gar keine Frage, Herr Oettinger. Nur: Wenn es um Krieg oder Frieden geht, darf man nicht im blinden Gehorsam einem befreundeten Land folgen, wenn es in eine fatale Sackgasse läuft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Übrigens: So einfach, wie Sie es gezeigt haben, ist es halt nicht. Bis 1990 wurde Saddam Hussein von den Amerikanern massiv unterstützt. Alle Kriege, die er vorher geführt hat, außer dem Kuwait-Krieg wurden von den Amerikanern massiv mit unterstützt, mit Waffen, mit all dem, was eingesetzt worden ist. Das muss man in diesem Landtag zur Wahrheit auch sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin stolz darauf, dass wir bei dieser Meinung geblieben sind: Wir machen nicht mit. Ich glaube, das ist auch ein Ergebnis unserer deutschen Geschichte. Das war eines erwachsenen und sich seiner eigenen Geschichte bewussten Landes durchaus würdig. Ich finde auch, dass der UN-Sicherheitsrat sich würdig erwiesen hat, Herr Oettinger. Denn wir wissen ja alle, dass die nichtständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats massiv unter Druck standen, vor allem durch die Vereinigten Staaten, für einen Krieg zu stimmen. Sie haben alle diesem Druck widerstanden. Ich finde, es gehörte für diese Länder, die sich in sehr großer Abhängigkeit zu Amerika befinden, viel Mut dazu, zu sagen: Zu diesem Krieg sagen wir Nein. Deswegen begrüßen wir auch das Votum des UN-Sicherheitsrats, keine Resolution, die automatisch einen Krieg nach sich gezogen hätte, zu verabschieden. Das war richtig, und das war auch ein Erwachsenwerden der UNO gegenüber der einzigen bisher noch verbliebenen Weltmacht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Im Übrigen, Herr Oettinger: Wir glauben, dass es jetzt ein ganz anderes Ergebnis geben wird, nicht das, was Sie meinen, dass Schwellenländer jetzt sagen: Wir rüsten ab; das ist ein Zeichen, dass man nicht aufrüsten darf. Ich glaube, es wird gerade anders sein; ich glaube, dass sich Schwellenländer wie Iran und andere gerade jetzt sehr schnell eine Atomwaffe besorgen werden, weil sie sehen, dass derjenige, der wie Nordkorea Atomwaffen hat, trotz all der schlimmen Sachen, die er macht, in Ruhe gelassen wird, während die anderen möglicherweise angegangen werden. Das wird der „Erfolg“ dieser Aktion im Irak sein!

Betroffen macht mich im Übrigen Ihre Haltung: Sie haben heute wiederum herumgeeiert. Sie haben nicht gesagt, ob die CDU jetzt für den Krieg ist

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

oder nicht. Das ist aber die Frage, die sich natürlich auch die baden-württembergische Bevölkerung stellt. Mich hat es betroffen gemacht, dass Frau Merkel gesagt hat, die Union – sie sagt aber, sie spreche nur für die CDU – trage das 48-Stunden-Ultimatum der Vereinigten Staaten mit, und auf Nachfrage hat sie angefügt, auch mit allen beinhaltenen Konsequenzen. Das heißt für mich: Frau Merkel und die Union sind für den Krieg. Etwas anderes kann ich aus dieser Erklärung nicht ablesen. Wenn Sie aber den Krieg für richtig halten, einen Krieg ohne UN-Mandat, dann können Sie das im Landtag von Baden-Württemberg auch sagen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich zwar bis zum Beginn des Krieges laufend geäußert, und zwar in der Weise, dass Sie die Bundesregierung aufgefordert haben, endlich ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der USA abzugeben. Aber seit Beginn des Krieges sind Sie schweigsam. Sie sagen nichts mehr. Sie sagen in der Landespressekonferenz, Sie wollten dazu nichts sagen, Sie hätten nicht die richtigen Informationen.

Sie müssten heute der baden-württembergischen Bevölkerung schon sagen, ob der Ministerpräsident des Landes wie Frau Merkel für dieses Ultimatum und damit für die Folgen, für den Krieg ist oder wie der saarländische Ministerpräsident, der jetzt mit seiner Landes-CDU erklärt hat, er sei dagegen, einen Krieg zu führen, der von der UN nicht legitimiert ist, gegen dieses Ultimatum. Das ist heute die Frage. Dazu haben Sie nichts gesagt. Dazu muss nach meiner Meinung auch der Ministerpräsident etwas sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Frage „Krieg oder Frieden“ ist eine so wichtige Frage, dass man sich da nicht durchlavieren kann – in vielen anderen Bereichen geht das, aber nicht in der Frage „Krieg oder Frieden“ –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weder die CDU Baden-Württemberg noch der Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht gibt es eine Einigung, wenn dieser Krieg beendet ist. Auch wir hoffen, dass er schnell beendet wird, damit es möglichst wenige zivile Opfer gibt und möglichst wenige Angehörige der Streitkräfte zu Schaden kommen. Je länger der Krieg nämlich dauert, desto größer wird die Gefahr einer humanitären Katastrophe.

Wir sind der Auffassung und für uns steht ohne jeden Zweifel fest, dass nur die Vereinten Nationen der Garant für eine stabile Weltfriedensordnung nach dem Krieg sein können. Das internationale Völkerrecht – das müssen aber auch die Amerikaner akzeptieren – darf nicht durch das Recht des Stärkeren untergraben werden. Wir müssen den Vereinten Nationen und dem Sicherheitsrat wieder die zentrale Rolle bei der Wiederherstellung des Friedens im Irak geben. Das Ziel muss dann sein, den Irak, in welcher Form auch immer, in die Völkerfamilie zu integrieren. Die Europäer – Herr Oettinger, da sind wir vielleicht auch nicht unterschiedlicher Auffassung – müssen sich zu einer einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik durchringen. Die Europäer

(Drexler)

dürfen nicht immer nur sagen, was sie nicht wollen, sondern sie müssen einheitlich sagen, was sie wollen, und das muss man auch in der Europäischen Union erarbeiten.

Was uns Sozialdemokraten große Schwierigkeiten macht, ist das Bild, das junge Deutsche jetzt von diesem Amerika bekommen. Wenn Sie mit jungen Menschen reden, dann erkennen Sie, dass sich das Bild von Amerika verändert. Es ist nicht mehr so, wie ich es nach dem Krieg erlebt habe: mit amerikanischer Butter am Überleben gehalten, mit amerikanischen Trucks zu den Pfadfindern gefahren. Ich hatte ein ganz anderes Verhältnis zu diesem Amerika.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da sind Sie aber eine Ausnahme in der SPD! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Quatsch!)

Die jungen Leute, die jetzt ein Amerika erleben, das sich nicht nach dem internationalen Völkerrecht richtet, sondern nach dem Recht des Stärkeren, die ein Amerika erleben, das absolut diesen Krieg führen will, die ein Amerika erleben, das wie die Engländer auch sogar – so Leid mir es tut – Beweise gefälscht hat, um nachzuweisen, was Saddam Hussein alles Schlimmes gemacht habe – –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Das kann man ja hier wohl noch sagen; das können Sie doch nachlesen. – Ein solches Amerika erleben alle jungen Deutschen.

Sie können sehen, dass dies nicht nur Auswirkungen auf die Einstellung der jungen Deutschen gegenüber Amerika hat, sondern dass diese Entwicklung auch Auswirkungen auf die Sympathie gegenüber Amerika in der Bevölkerung insgesamt hat: Vor dem Krieg waren 61 % der Deutschen gegenüber den USA positiv eingestellt, jetzt sind es nur noch 25 %.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das passt Ihnen doch! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Jetzt hör doch einmal auf!)

– Herr Haas, dies ist ein dümmlicher Zwischenruf in einer ernstesten Situation. Wenn ich darüber rede, dass mir das Sorgen mache, sagen Sie, es würde uns passen, dass die deutsche Bevölkerung keine Sympathie mehr gegenüber Amerika habe. Das zeigt Ihr ganzes Denken.

(Abg. Teßmer SPD: Das begreift der Haas nicht!)

Sie denken überhaupt nicht, sondern sind voller Aggression. Da sitzen Sie mit Ihrer Borniertheit und denken nicht einmal darüber nach, was die Amerikaner in Bezug auf das Verhältnis zweier Völker zueinander selber angerichtet haben. Darüber spreche ich gerade. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Kluft nicht größer wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das kapiert der Haas nicht! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Da wäre es schon ganz gut gewesen, wenn Sie alle mitgeklatscht hätten. Es ist eine große Aufgabe für alle Politiker, dazu beizutragen, dass die Kluft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk nicht größer wird – unabhängig von den Regierungen. Das Verhältnis ist gerade dra-

matisch beschädigt, aber nicht wegen der Regierungen der Deutschen oder der Europäer, sondern weil die Deutschen spüren, dass Amerika eine Veränderung seiner Politik vornimmt, dass die USA sich nicht mehr nach der UNO richten wollen. Die USA vollführen einen Paradigmenwechsel in ihrer Politik, und das wollen die Deutschen offensichtlich nicht. Auch die CDU sollte einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Deutschen das nicht wollen, Herr Oettinger.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wären bereit gewesen, eine gemeinsame Resolution zu unterstützen. Wir bedauern, dass es in diesem Hause nicht zu einer gemeinsamen Resolution gekommen ist. Wir haben auch einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der, würde ich sagen, sehr sanft formuliert war, weil wir der Meinung waren, in diesem Krieg wäre es wichtig gewesen, etwas gemeinschaftlich hinzubekommen. Die Unterschiede waren aber nicht zuzukleistern. Wir bedauern das.

Für meine Fraktion erkläre ich zum Schluss – in Übereinstimmung mit den evangelischen und katholischen Kirchen in Baden-Württemberg –, dass wir Sozialdemokraten uns mit denjenigen verbunden fühlen, die für den Frieden eintreten, und nicht auf der Seite derer stehen, die Krieg führen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen hat ein Krieg im Irak begonnen. Lassen Sie mich zunächst sagen: Unsere Gedanken sind beim irakischen Volk, einem Volk, das über Jahre und Jahrzehnte unter der Terrorherrschaft von Saddam Hussein leiden musste und das jetzt unter diesem Krieg erneut leiden muss – hoffentlich nicht zu lange.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Unsere Sorge gilt weiterhin den Soldatinnen und Soldaten, die sich im Einsatz befinden. Wir denken an sie, wir denken an ihre Familien. Dem Schutz und der Sicherheit der in diesen Krisenregionen stationierten deutschen Bundeswehrsoldaten gilt unsere Aufmerksamkeit.

Unsere Aufmerksamkeit gilt ausdrücklich auch den Menschen, die in Deutschland leben und die Ängste und Sorgen haben,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ängste und Sorgen, die man ernst nehmen muss und die wir ernst nehmen wollen, Menschen, die auch um ihre Sicherheit besorgt sind.

Meine Damen und Herren, der irakische Diktator Saddam Hussein – da sollte man keinen Zweifel aufkommen lassen – ist die Ursache für die eingetretene Situation.

(Beifall der Abg. Blenke und Seimetz CDU)

(Pfister)

Saddam Hussein ist nach Überzeugung der Freien Demokraten nicht Opfer, sondern Täter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Er hat gegen 17 Resolutionen der Vereinten Nationen verstoßen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Israel!)

Er hat das Völkerrecht mehrfach gebrochen. Er hat in der Vergangenheit Giftgas gegen seine eigenen Landsleute eingesetzt, und er hat über Jahre und Jahrzehnte hinweg sein Volk mit Terror überzogen. Hätte Saddam rechtzeitig eingelenkt, hätte dieser Krieg vermieden werden können. Auch das gehört zu dem, was heute gesagt werden muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir alle, auch die FDP/DVP, haben die Empfindungen des amerikanischen Volkes nach den Anschlägen vom 11. September geteilt. Wir haben verstanden, was unsere amerikanischen Freunde berührt hat. Aber – auch dies will ich ohne Umschweife sagen – ein militärischer Konflikt ohne Beschlussfassung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, ohne Ausschöpfung weiterer Möglichkeiten der Inspektion kann trotz der geschilderten Umstände nicht die Billigung der FDP/DVP finden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Es muss aber – da sind sich alle Redner aller Fraktionen einig, dafür bin ich dankbar – bei der transatlantischen Bindung bleiben. Sie ist für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik unverzichtbar.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Sehr gut!)

Es muss auch bei der Freundschaft mit dem amerikanischen Volk bleiben. Auch das muss in dieser Situation gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Dass jetzt eine gefährliche Situation eingetreten ist – und sie ist gefährlich –, liegt auch an den gescheiterten transatlantischen diplomatischen Bemühungen und an der Unfähigkeit der Europäer zu einer europäischen Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir Konsequenzen aus der jetzt eingetretenen Lage zu ziehen haben, dann müssen unsere gemeinsamen Anstrengungen weiteren Fortschritten in der Europäischen Union, dem Aufbau einer eigenen europäischen Sicherheits- und Verteidigungskapazität gelten. Nie mehr darf eine solche Situation eintreten, ohne dass zuallererst, meine Damen und Herren, eine europäische Einigung versucht wird. Wir wollen deshalb gemeinsame Anstrengungen unternehmen und auch alle Anstrengungen, die andere unternehmen, unterstützen, die darauf abzielen, die Europäische Union zu einer stärkeren Initiative zu machen.

Die Vereinten Nationen, insbesondere der Sicherheitsrat dieser Weltgemeinschaft, sind und bleiben trotz allem, was jetzt eingetreten ist, der Ort für gemeinsame internationale Konfliktlösungen. Wer sonst als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Dr. Christoph Palmer CDU und Marianne Wonnay SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In diesen Tagen zeigt der Krieg im Irak den Schrecken, den Kriege haben. Auch im Zeitalter lenkbarer Raketen und Bomben gibt es keinen sauberen Krieg. Auf beiden Seiten sind schon jetzt viele Tote und Verletzte zu beklagen. Alles deutet darauf hin, dass der Krieg länger dauern wird, als dessen Planer und Befürworter angenommen haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig, ja!)

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig in der Verurteilung des irakischen Regimes. Saddam Hussein und seine Schergen gehen seit vielen Jahren buchstäblich über Leichen, um ihre Macht zu erhalten.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: So ist es!)

Sie haben Krieg gegen ihre Nachbarstaaten geführt und Massenvernichtungswaffen auch gegen Völkergruppen im Irak eingesetzt.

Das Ziel, den Irak zur Abrüstung zu zwingen, war und ist zweifellos richtig. Die diplomatischen Bemühungen waren auf dem richtigen Wege. Sie waren keineswegs am Ende; sie waren vielmehr erfolgversprechend. Der Druck der Völkergemeinschaft hat zusammen mit den Inspektoren der UN erste Abrüstungsschritte gebracht. Die Bedrohung durch den Irak war im letzten Jahrzehnt sicher niemals so gering wie vor dem Krieg. Deswegen war es zu diesem Zeitpunkt offenkundig nicht gerechtfertigt, diesen Krieg zu beginnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Entscheidung der Bush-Administration war nicht nur nicht gerechtfertigt, sondern sie kann eine der labilsten Regionen der Welt weiter destabilisieren und gefährdet das weltweite Bündnis gegen den Terrorismus. Ich befürchte deshalb, dass wir nicht nur viele Opfer werden beklagen müssen, sondern dass die Welt insgesamt einen hohen politischen Preis für diesen Krieg zahlen müssen. Die Spaltung Europas in dieser Frage, die Verwerfungen im transatlantischen Bündnis und die Schwächung des UN-Sicherheitsrats sind die schon jetzt sichtbaren Schäden dieses Krieges für die internationale Ordnung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin deswegen der Bundesregierung äußerst dankbar für ihre entschiedene Haltung gegen diesen Krieg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Kretschmann)

Und ich bin dankbar dafür, dass sie zusammen mit der Mehrheit der Staatengemeinschaft, den Völkern der Welt und der aktiven Bevölkerung in vielen Staaten versucht hat, zu verhindern, dass dieser Krieg kommt, und alles daranzusetzen, dass der Irak mit friedlichen Mitteln abgerüstet wird. Wenn auch diese Bemühungen jetzt nicht von Erfolg gekrönt waren, so ist damit immerhin verhindert worden, dass dieser Krieg als ein Krieg des Westens, als ein Krieg der Kulturen ausgelegt werden kann. Die politischen Bemühungen von Deutschland, Frankreich und anderen Ländern, die Appelle der großen Kirchen, auch der baden-württembergischen Bischöfe, die andauernden Proteste vieler Menschen und Völker dieser Welt gegen diesen Krieg zeigen auch den jungen Menschen in der arabischen Welt – das ist mir ganz besonders wichtig zu betonen –, dass es Alternativen zum Terror gibt und dass es Alternativen zur Lösung von Konflikten mit Gewalt gibt, die nicht hoch genug eingeschätzt werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn man bedenkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es überall insbesondere junge Menschen waren, die aktiv diese Demonstrationen organisiert und durchgeführt haben, dann habe ich wirklich kein Verständnis dafür, dass das Kultusministerium überhaupt in Erwägung zieht, gegen Schülerinnen und Schüler, die da für den Frieden demonstriert haben, Sanktionen zu verhängen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dem kann ich überhaupt kein Verständnis abgewinnen, denn schließlich heißt es in Artikel 16 unserer Landesverfassung, dass die Jugendlichen zur Friedensliebe zu erziehen sind. Wenn sie dann auch einmal in der Praxis zeigen, wofür ihre Herzen schlagen und wofür sie mit ihrem Verstand stehen, bei einer so wichtigen Frage Sanktionen in Erwägung zu ziehen, das kann ich nicht mehr nachvollziehen. Das muss ich wirklich scharf verurteilen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir halten fest: Nur die Vereinten Nationen können auf Dauer Garant für eine stabile Weltfriedensordnung sein. Das internationale Völkerrecht darf nicht auf Dauer durch das Recht des Stärkeren außer Kraft gesetzt werden. Ich darf daran erinnern, dass wir uns damit mit den besten Traditionen Amerikas in Übereinstimmung wissen. Schließlich war es Präsident Woodrow Wilson, der große Präsident der Vereinigten Staaten von 1913 bis 1921, der den Gedanken des Völkerrechts überhaupt entfaltet und mit dem Völkerbund die Vorgängerorganisation der UNO gegründet hat, wofür er im Jahre 1919 den Friedensnobelpreis erhalten hat. Ich darf ihn zitieren:

Staaten müssen in Zukunft von demselben hohen Ehrenkodex beherrscht werden, den wir von Einzelpersonen verlangen, . . . und die Grundsätze des Völkerrechts müssen Vorrang haben vor den Sonderinteressen der einzelnen Völker. Und die Völker müssen sich auf bestimmte Weise zusammenschließen, um dafür zu

sorgen, dass dieses Recht gegen alle Arten selbstsüchtiger Angriffe gesichert wird . . .

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

*Im Verkehr der Nationen untereinander muss willkürliche Gewalt beseitigt werden. Wir müssen zu dem Denken einer modernen Welt vordringen, dessen Lebens-
element der Frieden ist . . .*

Die Bush-Administration hat mit ihrem Vorgehen dem Gedanken des Völkerrechts geschadet, weil sie von vornherein deutlich gemacht hat, dass sie sich dem Votum des Sicherheitsrats nur dann unterwerfen werde, wenn er in ihrem Sinn entscheide.

Jedem von uns ist doch klar, dass es Grundlage von Recht ist, dass wir uns, wenn wir uns an ihm beteiligen, ihm auch unterwerfen müssen. Und ich sage: Wer jetzt mit dem Ziel, den Nahen Osten zu demokratisieren, einen Krieg beginnt und gleichzeitig das Völkerrecht in einer so klaren Weise untergräbt, dass er sich dem Votum eines demokratischen Gremiums nur unterwirft, wenn er es selbst für richtig hält, der muss scheitern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch ein Wort von meiner Seite zur viel diskutierten Frage der Überflugrechte und der AWACS-Einsätze: Klar ist, dass dieser Krieg, vorsichtig gesagt, in einem äußerst gespannten Verhältnis zum internationalen Völkerrecht steht.

Vielleicht könnte man zu dem juristischen Schluss kommen, dass deswegen Überflugrechte nicht gewährt werden dürften. Aber, meine Damen und Herren, dies würde den Graben zwischen uns und den USA noch weiter vertiefen. Es muss klar sein, dass wir Bündnisverpflichtungen haben, dass die Vereinigten Staaten wichtige Verbündete und Partner sind und bleiben.

(Unruhe bei der SPD)

Dies dürfen wir auf keinen Fall aufs Spiel setzen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Deswegen ist die Haltung der Bundesregierung, die Überflugrechte zu gewähren, richtig, zumal es ohnehin undenkbar wäre, sie etwa bei humanitären Flügen zu versagen.

Die AWACS-Besatzung in der Türkei ist nicht vom Krieg tangiert. Dafür haben die USA eigene Aufklärungsmaschinen, wie das ähnlich schon im Kosovo der Fall war. Auch hier kommt die Bundesregierung ihren Bündnisverpflichtungen ernsthaft und verantwortungsvoll nach. Ich fordere die Opposition in Berlin auf, in dieser Frage ihre parteitaktischen Manöver zu unterlassen und zu einer ernsthaften und verantwortungsvollen Haltung zurückzukehren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Für mich war es ohnehin absolut nicht mehr nachvollziehbar – ich versuche, mich ja auch in das Denken und die Ar-

(Kretschmann)

gumentation meines politischen Gegners hineinzusetzen –, dass die Union nach dem Brüsseler Kompromiss, bei dem militärische Aktionen als letztes Mittel nicht mehr ausgeschlossen wurden, nicht zu einer konstruktiven Haltung in der Außenpolitik zurückgekehrt ist. Das kann ich überhaupt nicht verstehen.

Frau Merkel hat in dieser Frage ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Das ist ganz eindeutig. Sie hätte nämlich nach dem Brüsseler Kompromiss – das war für sie ein weites Tor – darauf einschwenken und sagen können: „Dieser Krieg kann zu diesem Zeitpunkt nicht erklärt werden. Jetzt müssen die Bemühungen von Blix um eine friedliche Abrüstung unterstützt werden. Dann sieht man, ob das von Erfolg gekrönt ist, und dann kann man sich weitere Schritte überlegen.“

Dass die Union das nicht gemacht hat und darauf nicht eingeschwenkt ist, kann wirklich niemand nachvollziehen und verstehen. Damit sind Sie Ihrer außenpolitischen Verantwortung nicht gerecht geworden.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Wir können froh sein, dass in Berlin eine sozial-ökologische Koalition und keine schwarz-gelbe Koalition regiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Schon jetzt müssen wir Überlegungen darüber anstellen, was nach dem Krieg kommt und wie der Irak wieder aufgebaut werden wird. Wir werden uns darum bemühen müssen, die in der Europäischen Union entstandenen Risse zu überwinden und endlich und schnell zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu kommen, die ihren Niederschlag in der zu gestaltenden europäischen Verfassung findet. Denn nur ein geeintes Europa kann ein gleichwertiger Verbündeter und Partner der USA sein und wirklichen Einfluss auf das Weltgeschehen ausüben.

Jetzt, mitten im Krieg, muss es vor allem um humanitäre Hilfen gehen. Es bahnt sich eine humanitäre Katastrophe für die irakische Bevölkerung an. Wir haben heute Morgen gehört, dass zum Beispiel die Trinkwasserversorgung in Basra zusammengebrochen ist. Deshalb muss dem UNHCR freier Zugang zu allen Kriegsgebieten ermöglicht werden, damit die Not gelindert werden kann.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen gilt unsere Trauer den toten Zivilisten und Soldaten, unser Mitgefühl den Angehörigen, unsere Sorge allen, die verletzt sind, die Angst um Leib und Leben haben und um Hab und Gut fürchten. Wir hoffen auf ein schnelles Ende des Krieges und müssen alles Mögliche tun, jetzt und beim Wiederaufbau zu helfen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 – Drucksache 13/1791

Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses – Drucksachen 13/1872, 13/1873

Berichtersteller: Abg. Dr. Steim

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2003 – Drucksache 13/1763

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/1874

Berichtersteller: Abg. Dr. Steim

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2002 bis 2006 – Drucksache 13/1875

Berichtersteller: Abg. Dr. Scheffold

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat freie Redezeit festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag tritt heute in einer weltpolitisch ernsten und schwierigen Situation zusammen, um über den Haushalt dieses Landes zu beraten. Der Haushalt gilt ja allgemein als das Schicksalsbuch des Landes. Ich glaube aber, uns allen wird in diesen Tagen angesichts der Ereignisse im Irak bewusst, in welcher guten und glücklicher Lage wir uns schätzen dürfen, dass wir hier in diesem Bundesland und in Deutschland 50 Jahre in Frieden und in Freiheit leben durften. Unser Mitgefühl gilt den Menschen, auch den Soldaten, die jetzt im Irak sind und um ihr Leben Angst und Sorge haben müssen.

Trotzdem müssen wir uns auch den Haushaltszahlen widmen. Wir schlagen mit dem Nachtrag zum Haushalt das Haushaltsbuch neu auf. Was hat sich geändert, und warum sind Anpassungen notwendig?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Vergangenheit wurde das Haushaltsbuch eines Landes in der Regel dann neu aufgeschlagen, wenn man zusätzliche Ausgaben und zusätzliche neue Überlegungen finanzieren wollte. In den vergangenen Monaten und Jahren hat sich das geändert. Wir schlagen jetzt das Nachtragshaushaltsbuch deswegen neu auf, weil uns die Steuereinnahmen in ganz erschreckendem Ausmaß weggebrochen sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Schuld und die Verantwortung dafür trägt die rot-grüne Bundesregierung. Das Bundesland Baden-Württemberg, die

(Dr. Scheffold)

Kommunen unseres Landes, alle Länder, alle Kommunen in Deutschland sind Opfer einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Schon einmal etwas von der Weltwirtschaftskrise gehört?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die Zahlen vorstellen. Im Mai des Jahres 2002 sah die Steuerschätzung noch um 1 Milliarde € besser aus, als sie dann im November des gleichen Jahres ausfiel. Wir haben im Haushaltsvollzug des Jahres 2002 über 300 Millionen € einsparen können.

(Abg. Schmiedel SPD: Schlusslicht Baden-Württemberg!)

Nichtsdestotrotz gehen wir mit 700 Millionen € mehr an neuen Schulden in das Jahr 2003 als ursprünglich vorgesehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Jawohl!)

Im Jahr 2003 erwartet uns nach der Steuerschätzung vom November des Jahres 2002 ein weiteres Minus von 1,1 Milliarden €. Dabei ist ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % zugrunde gelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Bundesregierung sieht für Deutschland jetzt nur noch ein Wachstum von 1 % voraus, und alle Wissenschaftler und Sachverständigen bescheinigen uns, dass wir voraussichtlich ein Wachstum von deutlich unter 1 % haben werden. Von daher sind die Steuerschätzungen vom November 2002 bereits Makulatur, und wir müssen im Mai 2003 mit noch schlechteren Daten rechnen.

Das ist die erschreckende Ausgangsbilanz, vor der wir in diesem Bundesland stehen. Ich sage noch einmal: Die Verantwortung hierfür trägt die Bundesregierung in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Was hat sich gegenüber der Ersten Beratung geändert? Der Irak-Krieg hat begonnen. Wir haben hierzu heute bereits gesprochen. Entscheidend im Hinblick auf den Haushalt ist die Frage: Wird sich dadurch etwas an den Wachstumswahlen, an der Wirtschaftsentwicklung verändern? Das können wir heute noch nicht prognostizieren. Wir müssen es abwarten.

Am 14. März hat Bundeskanzler Schröder von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht und in einer Regierungserklärung mit großen Ankündigungen große Taten versprochen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie immer!)

Er hat Reformen, die in Baden-Württemberg und insbesondere in Deutschland notwendig sind, angekündigt. Aber er ist in allen Themenfeldern – Wirtschaftsentwicklung, Finanzpolitik, Arbeitsmarktentwicklung – seinen Versprechungen nicht nachgekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen einige Pressezitate vorhalten.

(Abg. Schmiedel SPD: Zur Sache!)

„Financial Times Deutschland“, 17. März: „Grauer Freitag“. „taz“: „Rede ohne Überschrift – Die Spannung vor der Rede des Bundeskanzlers war groß. Ebenso groß ist nun die Enttäuschung.“ „Handelsblatt“, 17. März: „Kein Rezept – Schröders Rezept enthält mehr Murks als Mut.“

(Abg. Fischer SPD: Beschäftigen wir uns jetzt mit dem Land oder mit dem Bund?)

– Herr Fischer, ich komme nachher auf die Landespolitik zu sprechen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wann denn?)

Aber ganz entscheidend ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir hier im Land Baden-Württemberg handeln müssen, weil Sie in Berlin versagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Gaßmann SPD: Baden-Württemberg hat die rote Laterne!)

Das Problem ist, dass wir in Deutschland eine Staatsquote von fast 50 % haben, während sie in den USA 28 % beträgt. Das entscheidende Ausgangskriterium, um die Stabilisierung in Deutschland und in Baden-Württemberg voranzubringen, wäre, die Staatsquote spürbar zu senken. Was Sie auf diesem Themenfeld produzieren, ist nichts. Sie haben nicht einmal ein Ziel im Hinblick auf die Senkung der Staatsquote, geschweige denn Pläne oder Vorstellungen, um dies umzusetzen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da klatscht auch niemand bei der CDU!)

Sie haben eine allgemeine Mittelstandsrhetorik betrieben, Sie haben viele Baustellen eröffnet. Aber nirgends ist zu erkennen, wann Sie Richtfest feiern, geschweige denn die Einweihung feiern können.

Vor diesem Hintergrund hat Baden-Württemberg das so genannte Steuervergünstigungsabbaugesetz abgelehnt. In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation, in der wir uns wieder nahe an einer Rezession befinden, wäre es das Falscheste, die Steuern zu erhöhen,

(Beifall bei der CDU)

und das Steuervergünstigungsabbaugesetz ist nichts anderes als eine verkappte Steuererhöhung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum – darüber lassen wir mit uns reden, und da sind wir auch bereit, mitzuwirken –, das Körperschaftsteueraufkommen zu stabilisieren. Denn das Körperschaftsteueraufkommen war in ganz entscheidendem Maß dafür verantwortlich, dass die Steuereinnahmen in diesem großen Umfang weggebrochen sind.

Ich habe davon gesprochen, dass die Bundesregierung auf den ihr zugewiesenen Handlungsfeldern – Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Arbeitsmarktpolitik – die notwendigen Reformen nicht angeht. Ich komme jetzt darauf zu sprechen, dass Baden-Württemberg dem etwas entgegensetzt.

(Dr. Scheffold)

Wir können nicht alles ausgleichen, was die Bundesregierung an Ausfällen verursacht, und wir können auch nicht alles ausgleichen,

(Abg. Schmiedel SPD: Baden-Württemberg zieht den Schnitt nach unten!)

was dort nicht gemacht und was dort falsch gemacht wird. Aber wir können auf den Feldern handeln, auf denen wir die Regelungskompetenz haben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

Wir tun dies beispielsweise bei den Beamten. Das fällt uns schwer. Aber wir haben uns dazu entschlossen, das Vorhaben zu unterstützen, die Personalausgaben – ein ganz entscheidender Faktor im Landeshaushalt – durch Einsparungen zu senken.

Wir haben einen Globalbetrag von 275 Millionen € genannt, der eingespart werden soll. Wir unterstützen die Gesetzesinitiative des Bundesrats, wonach die Länder hinsichtlich der Höhe des Urlaubsgelds nach unten abweichen können – über die Öffnungsklausel bei der Besoldung – und beim Weihnachtsgeld eine Spanne zwischen 0 und 100 % des Grundgehalts wählen können.

Wir haben für Baden-Württemberg entschieden, das Urlaubsgeld für dieses Jahr zu streichen. Das erspart dem Landeshaushalt 41 Millionen €. Wir haben uns ferner entschlossen, beim Weihnachtsgeld einen weiteren Abschlag von 25 Prozent vorzunehmen. Ein Abschlag um ein Prozent erspart dem Landeshaushalt 7 Millionen €, 25 Prozent erbringen somit 175 Millionen €.

Damit sind wir schon deutlich über den avisierten 200 Millionen € Einsparung, und zwar nicht nur für dieses und das nächste Haushaltsjahr, sondern das wirkt ja auch in den kommenden Haushaltsjahren fort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land hat nicht die Kompetenz für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auf den Feldern, auf denen wir die Kompetenz haben – Schule, Hochschule, innere Sicherheit –, haben wir die notwendigen Strukturreformen gemacht und auch die notwendigen Ausgaben verankert, damit wir im Konzert der Bundesländer vorne sind. Die Fraktionsvorsitzenden werden nachher zu einem großen Thema sprechen, das ebenfalls in die richtige Richtung weist, nämlich zur Verwaltungsreform. Ich enthalte mich jetzt insoweit. Das soll nachher in der Fraktionsvorsitzendenrunde besprochen werden. Aber auch das wird ein ganz wesentlicher Eckpunkt sein, um die Personalkosten dieses Landes deutlich zurückzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kündige an, dass wir zu den Rückmeldegebühren, die vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden sind, einen Änderungsantrag einbringen werden, um die Einnahmen von 20 Millionen €, die jetzt im Nachtrag fehlen, aufzubringen. Es handelt sich um 16,5 Millionen € für einen studentischen Verwaltungskostenbeitrag entsprechend dem Vorbild anderer Länder und um eine globale Minderausgabe in Höhe von 3,5 Millionen €. Weiterhin enthalten die Änderungsanträge der Regierungsfaktionen die Komplementierung bei den Mitteln des Wohnungsbaus, und wir ha-

ben bei der Jugendsozialarbeit die geplante Rückführung um 1 Million € verringert.

Was bietet uns die Opposition in dieser Haushaltslage als Vorschläge an? Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht viel anders als das, was sie vor einem Jahr, vor zwei Jahren, vor drei Jahren, in den gesamten letzten Jahren vorgeschlagen hat, immer wieder die gleichen Dinge, von denen wir Ihnen bereits nachgewiesen haben, dass sie in dieser Weise nicht realisierbar sind: Die SPD will eine Veräußerung von 14 % der Landesanteile an der LBBW, die Auflösung der Landesstiftung und den Einsatz des jeweiligen Erlöses für die Schuldentilgung. Die Grünen fordern ebenfalls die Auflösung der Landesstiftung. Die Grünen beantragen merkwürdigerweise, das Straßenbausonderprogramm einzustellen. Sie haben dann aber vergessen, gleichzeitig aufzuführen, wie sie die gesamten Straßenbauvorhaben, die wir im Haushalt vorgesehen haben, finanzieren wollen. Sie sprechen davon, zu einer seriösen Finanzierung zurückzukehren, vergessen dann aber, die Finanzierung sicherzustellen

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Auflösung der Landesstiftung!)

und auszuweisen, wie die Straßenbauprojekte dieses Landes weitergeführt werden sollen. Da fehlt ihnen schlichtweg die handwerkliche Gründlichkeit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie dann das Straßenbauprogramm angreifen und sagen, das werde über die Baufinanz finanziert, frage ich: Warum lösen Sie dann nicht auch das Hochbauprogramm des Landes auf? Das Ganze ist in sich widersprüchlich.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Lauter Schattenhaushalte!)

– Weil Sie so dazwischenrufen, Frau Kollegin Dederer, darf ich Ihnen noch Ihre Ausführungen bei der Pressekonferenz vom 17. Februar 2003 vorhalten, als Sie 14 konkrete Einsparvorschläge benannt haben. Diese haben Sie auch nachher im Finanzausschuss eingebracht. Sie sprechen davon, es gebe noch über 100 weitere Einsparideen, die fraktionsintern überprüft würden. Im Finanzausschuss haben Sie aber neben den klassischen Deckungsvorschlägen Ihrer Fraktion, nämlich Einsparungen bei den Gebäudebewirtschaftungskosten,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gute Idee!)

Mieten und Pachten, nur einen einzigen neuen Einsparvorschlag gebracht. Ich kann ihn Ihnen vorlesen: Die Veräußerung eines Hofgrundstücks des Landes, das an einen Züchter für Isländer-Pferde verpachtet ist. Das ist Ihre Antwort auf die Haushaltssituation des Landes.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Von Ihnen kommt doch nichts! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nicht aufgepasst! Warten Sie nur ab!)

Hinzu kommt, meine sehr verehrte Dame: Damit haben sich der Finanzausschuss und das Plenum aufgrund der Rechnungshofdenkschrift 2000 bereits in den Jahren 2000 und 2001 befasst und einstimmig einer weiteren Verpachtung den Vorzug vor einer Veräußerung gegeben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hört, hört!)

(Dr. Scheffold)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund können wir, glaube ich, hier fast einstimmig sagen, dass die Vorschläge der Opposition keine realistische Alternative zur Regierungspolitik darstellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen der Abg. Heike Dederer und Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Nichts gesagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Zum Glück sind die nicht in der Regierung!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Buchstäblich über Nacht überkommt die CDU und die FDP/DVP die Erkenntnis – ich zitiere –: „Weitere Personaleinsparungen setzen eine Verwaltungsreform voraus.“ Ich zitiere weiter: „Wir müssen im Land einen Paradigmenwechsel einleiten.“

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: A wa!)

Es genügt nicht mehr, auf der Basis der vorhandenen Strukturen Verbesserungen zu erreichen. Wir müssen vielmehr die Grundstruktur infrage stellen.“

(Abg. Oettinger CDU: Sehr richtig! Das stimmt doch! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Birk und Dr. Reinhart CDU)

Ich sage Ihnen eines: Willkommen im Klub, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Capezzuto SPD: Vor sechs Wochen habt ihr das Gegenteil behauptet! – Abg. Drexler SPD: Wir lesen vor, was er vor sechs Wochen gesagt hat!)

Es ist nur so, dass uns all dies für den Nachtragshaushalt 2003 nichts mehr helfen wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt!)

Wir als SPD-Fraktion fordern Sie schon lange auf, angesichts des hohen Personalkostenanteils und angesichts der steigenden Pensionslasten diese Fragen anzugehen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie wollen doch etwas ganz anderes! Andere Vorzeichen!)

Ich sage Ihnen aber auch eines: Die Verwaltungsreform ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir haben hart daran gearbeitet. Herr Drexler wird darauf eingehen und auch den Vergleich mit Ihrem unausgegorenen Konzept anstellen. Aber wenn Sie meinen, Sie könnten nach dem Motto „Den Seinen gibts der Herr im Schlaf“ über Nacht die Debatte völlig drehen, dann haben Sie sich geirrt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Jawohl, und zwar gründlich! – Abg. Drexler SPD: Den Seinen gibts der Herr im Schlaf!)

Denn eines ist klar: Die bisherigen Vorhaben der Verwaltungsmodernisierung, die diese Landesregierung in die Hand genommen hat, überzeugen uns nicht gerade davon, dass diese Regierung fähig ist, eine solche Verwaltungsreform wirklich zielführend durchzuführen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: NSI! So ist es! Genau! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das Beispiel NSI ist dank unserer Bemühungen überhaupt erst ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt: Hier ist der Weg zum richtigen Ziel falsch.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Deshalb beantragen wir als Notmaßnahme erstens eine globale Minderausgabe von 80 Millionen €, um das Geld, das nach Angaben des Finanzministeriums nicht gebraucht wird, für den Landeshaushalt zu sichern, damit es nicht doch noch auf der Strecke ausgegeben wird.

Wir beantragen zweitens einen Sperrvermerk, um noch in diesem Jahr eine Neuausrichtung des Projekts NSI zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen: Für den Nachtragshaushalt und für den laufenden Haushalt 2003 kommt Ihre Erkenntnis der Notwendigkeit einer grundlegenden Verwaltungsreform zu spät. Wir haben vielmehr eine dramatische Situation in diesem Lande. Der vorläufige Finanzierungssaldo für das Jahr 2002 beträgt minus 1,184 Milliarden €. Das ist der höchste negative Saldo aller Länder. Das zeigt an, dass die Landesregierung im vergangenen Jahr und auch im laufenden Haushaltsjahr zu spät eingegriffen hat, um die sich abzeichnenden Negativentwicklungen in den Griff zu bekommen.

Wir brauchen Maßnahmen sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite. Deshalb schlägt die SPD-Fraktion ein Bündel von Maßnahmen vor.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Zum einen fordern wir Sie auf, im Bundesrat eine Einigung herbeizuführen. Die Liste der Bundesregierung liegt auf dem Tisch. Sie haben keine Alternativvorschläge genannt. Ihre Alternative wäre offensichtlich eine höhere Staatsverschuldung. Aber das kann ja auch nicht im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik sein. Gehen Sie in diese Verhandlungen hinein, und machen Sie nicht nur bei der Körperschaftsteuer kleine Zugeständnisse. Legen Sie Ihre Vorschläge auf den Tisch, damit wir zum Wohle unseres Landes, auch dieses Landes Baden-Württemberg und seines Haushalts noch 2003 verbesserte Einnahmen erreichen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir fordern Sie unverändert auf, Anteile an der LBBW zu veräußern und die Landesstiftung aufzulösen. Das ist rechtlich möglich. Man muss es nur politisch wollen. Da liegt

(Schmid)

der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wir sagen: Das ist eine falsche Richtung.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir handeln, und ihr macht Papiere!)

Wir verfestigen Strukturen, wo Geld für die Kür anstatt für die Pflichtaufgaben des Landes ausgegeben wird. Wir fordern Sie auf, dies endlich in die Hand zu nehmen,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Steuern zu erhöhen!)

und sagen, dass daraus ein Schwerpunkt und eine Offensive für Kinderbetreuung und Ganztagschulen in Baden-Württemberg finanziert werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn dies ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber keine staatliche!)

Das betrifft nicht nur die Frage, wie unsere Schülerinnen und Schüler in der Schule erzogen und ausgebildet werden, sondern auch die Ermöglichung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie verwechseln das mit dem Staat! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Ganztagschule!)

Hier müssen wir im Lande Antworten finden. Deshalb fordern wir Sie auf, dafür endlich mehr Geld von Landesseite in die Hand zu nehmen.

Wir fordern Sie auch auf, das Geld, das über das Förderprogramm des Bundes bereitgestellt wird, schon 2003 in den Landeshaushalt einzustellen.

Es ist sehr bedauerlich, dass Sie noch versuchen, Grundsatzdebatten zu führen, obwohl doch auf der Ebene der Minister schon längst klar ist, dass die Verwaltungsvereinbarung kommen wird. Es geht nur noch um drei, vier strittige Punkte. Setzen Sie sich dafür ein, dass das zügig beschlossen wird zum Wohle unserer Kinder in unseren Schulen in Baden-Württemberg!

(Beifall bei der SPD)

Einen neuen Vorschlag zur Verbesserung der Einnahmeseite werden wir selbstverständlich nicht mittragen. Das ist die neue Form von Rückmeldegebühren, Herr Scheffold. Das ist schon witzig. Das Bundesverfassungsgericht hat doch klar gesagt, wie die Leitlinien für die Gebührenerhebung in diesem Land auszusehen haben. Wenn Sie jetzt wieder herummachen an der Rückmeldung, am Verwaltungskostenbeitrag und an Ähnlichem, dann täuschen Sie die Öffentlichkeit. Wer Studiengebühren will, der soll es sagen, meine Damen und Herren. Dann stellen Sie sich dieser Diskussion!

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Pfister FDP/DVP: Sorgen Sie in Berlin dafür! Hochschulrahmengesetz! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Bei der Diskussion kann man verschiedene Auffassungen haben. Bloß: Versteckt die Studenten abzukassieren, das ist niederträchtig. Das halte ich für sozial ungerecht und für einen miesen Politikstil.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Sorgen Sie dafür! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Das ist doch von Herrn Schröder und Herrn Gabriel so gemacht worden! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sehr geehrter Herr Scheffold, ich sage Ihnen einmal eines: Ich hole mir mein Geld zurück. Sie haben mich zu Unrecht abkassiert. Das Verfassungsgericht hat das bestätigt. Ich hole mir mein Geld zurück, genauso wie es die anderen Studierenden tun. Ich halte es für völlig korrekt, dass Sie vom Verfassungsgericht in die Pflicht genommen werden,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

die Karten auf den Tisch zu legen und nicht zu vernebeln. Denn auch in Ihrer Fraktion, in Ihrer Partei ist die Linie alles andere als einheitlich.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister? – Bitte schön, Herr Pfister.

(Abg. Drexler SPD: Alles zurückzahlen!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Schmid, sind Sie bereit, mit mir ein Geschäft zu machen,

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Blanker Horror!)

das ich Ihnen vorschlagen will? Das Geschäft sieht folgendermaßen aus, Herr Kollege Schmid – passen Sie gut auf! –: Sie sorgen dafür, dass in Berlin das Hochschulrahmengesetz geändert wird mit dem Ziel, dass die Länder Studiengebühren erheben können, und ich Sorge dafür, dass in diesem Fall die Verwaltungsgebühren nicht eingeführt werden.

(Abg. Drexler SPD: Du machst die Wette mit Herrn Oettinger! Das ist sicher!)

Abg. Schmid SPD: Sie überschätzen meine Macht, sehr geehrter Herr Pfister,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht! – Abg. Drexler SPD: Und seine überschätzt er auch!)

und Ihre auch.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schade, schade! Das wäre ein gutes Geschäft!)

Auf der Ausgabenseite, sehr geehrte Damen und Herren, besteht ebenfalls für das Haushaltsjahr 2003 Handlungsbedarf. Die SPD-Fraktion ist nicht bereit, um 20 oder 22 Millionen € willen soziale Kürzungen hinzunehmen, die bewährte Strukturen in diesem Land zerschlagen. Das machen wir nicht mit. Wir machen nicht mit, dass Sie bei den Schwächsten kürzen,

(Schmid)

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wie sieht es mit den Schröder-Vorschlägen aus? Wie stehen Sie zu den Schröder-Vorschlägen?)

um relativ wenig Geld zur Sanierung des Landeshaushalts herauszuschlagen. Sie nehmen es von den Schwächsten, indem Sie bei den Sozialpsychiatrischen Diensten massive Kürzungen vornehmen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Oh Gott! Da haben Sie keine Ahnung!)

indem Sie zur Schulsozialarbeit gemeinsam verabschiedete Beschlussempfehlungen der Enquetekommission zurücknehmen. Das machen wir nicht mit.

Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie die Imagekampagne des Landes streichen würden, dann hätten wir schon den Großteil des Geldes, das wir bräuchten, um dieses aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben im Finanzausschuss zahlreiche weitere Kürzungsvorschläge gemacht, unter anderem im Agrarbereich. Das zeigt: Wir machen, wenn es um die Sache geht, auch in Einzelarbeit solide Haushaltspolitik, um unsere politischen Schwerpunkte durchzusetzen, Herr Scheffold. Ich glaube, wir können uns politisch streiten, aber sachlich arbeiten wir auf gleicher Ebene.

Der große Block, der uns auf der Ausgabenseite beschäftigt, ist zweifelsohne der Personalbereich. Da sage ich Ihnen eines ganz deutlich: Die platte Einführung von einer Stunde Mehrarbeit für die Beamten machen wir nicht mit. 41 Stunden Wochenarbeitszeit für Beamte gibt es mit der SPD nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich einmal vorstellen, was das bedeutet: Im Kern bedeutet das eine Gehaltskürzung um 2,5 %. Das bedeutet, dass Überstunden nicht mehr bezahlt werden. Wie wollen Sie das dem Streifenpolizisten erklären, meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem diese verlängerte Wochenarbeitszeit für Beamte die Ungleichbehandlung im Verhältnis zu den Angestellten weiter verschärfen würde und nachdem Herr Ministerpräsident Teufel immer erklärt hat, Sonderopfer für Beamte lehne er ab, das gebe es mit ihm nicht?

(Abg. Alfred Haas CDU: Schuld ist Berlin! – Lachen und Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie haben einen Schuldkomplex!)

– Meine Damen und Herren, man muss schon sagen: Verlangt man jetzt Sonderopfer, oder macht man das nicht?

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Sie haben es ja in der Hand – nicht die in Berlin –, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Verlängerung der Arbeitszeit ist nur ein weiteres Glied in einer Kette von Demotivierungen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Wie kürzen Sie denn Personalkosten?)

Ich erinnere an die still und heimlich erfolgte Kürzung der Leistungsprämien: Zunächst hieß es „ausgesetzt“, und jetzt ist von dieser Prämie keine Rede mehr. Sie wurde nicht nur ausgesetzt, sondern sie fällt einfach unter den Tisch, meine Damen und Herren.

(Abg. Mack CDU: Wie ist das in Rheinland-Pfalz? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Gehen Sie doch nach Rheinland-Pfalz!)

Wir sind der Auffassung, dass vor allem bei der Lehrerarbeitszeit eine Gesamtbetrachtung erforderlich ist. Wir wissen, dass die Beteiligten, also Kultusministerium und Gewerkschaften, bereit sind, über das Gesamtpaket zu verhandeln.

(Abg. Oettinger CDU: Heißt das mehr Arbeit oder weniger Arbeit?)

Wir haben auch eine Hilfeleistung bekommen, und zwar durch einen Beitrag in der letzten Denkschrift des Rechnungshofs, in dem es um den optimalen Ressourceneinsatz an der Schule ging. Der Denkschriftbeitrag hat aufgezeigt, dass natürlich auch im Schulbereich moderne Personalmanagementmethoden erforderlich sind. Aber eines ist auch klar: Unfähig, das vorhandene Personal richtig einzusetzen, war in diesem Fall die Verwaltung. Deswegen gibt es für die Schulverwaltung das Erfordernis, sich umzustellen

(Zuruf von der CDU: In welche Richtung denn? – Abg. Alfred Haas CDU: Schwammige Worte!)

und auch in diesem Bereich Personalmanagementmethoden einzuführen. Man sollte die Schuld nicht einseitig bei den Lehrern abladen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung ist parteiübergreifend beschlossen worden. Wir alle sind im Grundsatz für die Stärkung des Föderalismus, die sich auch in Besoldungsfragen ausdrücken kann. Ich verlange aber natürlich von der Landesregierung, dass sie den möglichen Handlungsspielraum auch voll ausschöpft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Was heißt das?)

Das heißt für uns natürlich: Eine Gleichbehandlung über alle Gehaltsstufen hinweg gibt es mit uns nicht. Wir sind für eine soziale Abstufung beim Weihnachtsgeld und beim Urlaubsgeld. Es kann doch nicht sein, Herr Oettinger, dass ein Polizeihauptmeister, wie es nach den vorliegenden Plänen der Fall wäre, ein Minus von über den Daumen gepeilt 680 € im Jahr hinnehmen muss.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Dies denjenigen aufzubürden, die Tag für Tag für die Sicherheit in unserem Land Streife fahren und laufen, das halte ich für nicht zumutbar.

(Beifall bei der SPD)

(Schmid)

Deshalb sage ich Ihnen eines: Wenn wir in die konkrete Gesetzesberatung eintreten – denn das ist ja für die Umsetzung dieser Maßnahme erforderlich –, müssen wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir eine soziale Abstufung hinbekommen.

Wir sind der Auffassung, dass auf der Ausgabenseite des Haushalts dort, wo es ökonomisch sinnvoll ist, auch kurzfristig Investitionsimpulse gesetzt werden müssen. Denn eines wissen auch wir: Wir befinden uns in einer Konjunkturschwäche, die sich vor allem in Baden-Württemberg negativ auswirkt. Baden-Württemberg ist zurzeit das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren, und da ist Handeln gefordert. Da muss auch die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es natürlich völlig falsch, dass Sie die Arbeitsmarktprogramme zurückfahren wollen, und deshalb fordern wir Sie auf, im Wohnungsbau mehr zu tun. Jetzt brauchen wir mehr Mittel für den Wohnungsbau, jetzt gibt es in den großen Städten und in den Hochschulstädten Wohnungsnot, und jetzt schwächelt die Baukonjunktur. Deshalb ist es notwendig, diesen Impuls zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Das letzte Wort gilt dem Ausblick, der sich ja eigentlich in der mittelfristigen Finanzplanung niederschlagen sollte.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wir haben die Situation, dass die Bandbreiten in der mittelfristigen Finanzplanung wieder einmal ausgeweitet worden sind: Die Bandbreite der geplanten Neuverschuldung und die Bandbreite der zu füllenden Deckungslücke ist jeweils von 300 Millionen € auf 500 Millionen € ausgeweitet worden. Das heißt, das Ziel der Nullnettoneuverschuldung verschwindet immer mehr im Schleier der Finanzplanung. Wir wissen gar nicht mehr, weshalb über eine Finanzplanung diskutiert wird; denn die Aussagekraft nimmt von Mal zu Mal ab. Auch hier fehlt Ihnen die Perspektive.

Deshalb ist eines klar: Wenn wir in diesem Land nicht an Strukturen herangehen, werden wir auch den Haushalt in Zukunft nicht stemmen. Sie sind von der Bevölkerung dazu berufen, dies zu tun. Wir werden unsere Vorschläge vor allem zur Verwaltungsreform in der zweiten Runde noch einmal einbringen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU:
Von links nichts Neues, kann man darunter schreiben!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich fraktionsübergreifend einig, dass die Rahmenbedingungen, unter denen wir diesen Nachtrag heute beraten, außerordentlich unerfreulich sind. Die Wirtschaft in Deutschland befin-

det sich am Rande einer Rezession. Nennenswerte Wachstumsraten sind nicht zu verzeichnen.

(Abg. Schmiedel SPD: Vor allem in Baden-Württemberg!)

– Auch in Baden-Württemberg.

(Abg. Schmiedel SPD: Schlusslicht!)

– Herr Kollege Schmiedel, wir waren lange Zeit ganz vorne an der Spitze.

(Abg. Schmiedel SPD: Und jetzt hinten! – Abg. Birzele SPD: Lang ist es her!)

Wer lange oben an der Spitze steht, aber jetzt unter den Rahmenbedingungen – die natürlich nicht in Baden-Württemberg gemacht werden, sondern im Bund, sprich in Berlin – leidet, der kann sich aus diesem Zug nun leider nicht verabschieden.

(Abg. Göschel SPD: Wer hoch steigt, fällt tief!)

Die Steuereinnahmen der Jahre 2001 und 2002 lagen jeweils deutlich unter den Steuereinnahmen der Vorjahre. Das Steueraufkommen des Jahres 2002 liegt sogar, Herr Schmiedel, um 7,3 % unter dem des Jahres 2000. Die jährliche Neuverschuldung des Landes steigt seit 2001 wieder an.

Wir lagen – das können Sie von der SPD ruhig einmal vernehmen, und die Grünen mit – im Jahr 2000 bei rund 410 Millionen € oder 820 Millionen DM. Die Planansätze der Neuverschuldung waren 1998, 1999 und 2000 deutlich unterschritten worden. Eine Nettoneuverschuldung von null schien damit in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Im Jahr 2001 aber – und jetzt geht es los – waren wir gezwungen, 1,248 Milliarden € neue Schulden aufzunehmen, 2002 waren es sogar 1,864 Milliarden €. Der Nachtrag 2003 weist nun eine Summe von 2,039 Milliarden € aus.

Sie können kritisieren – wie Herr Kollege Schmid das getan hat –, dass wir den notwendigen Umbau des Landeshaushalts nicht schnell genug vorangetrieben hätten und dass die vorgenommenen Veränderungen nicht durchgreifend genug gewesen seien. Aber kein Haushalt, schon gar kein Landeshaushalt mit einem Personalkostenanteil von über 40 %, real noch deutlich mehr, kann bei den Steuereinnahmen ein Minus von zwei Mal mehr als einer Milliarde netto in Folge einfach so wegstecken, Herr Schmid. Kein Land kann die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik des Bundes, die dieses Land Beschäftigung und Wachstum kosten, allein durch Haushaltskonsolidierung kompensieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Kurz CDU)

Wir sind uns völlig einig, dass nicht alles nur mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängt, Herr Schmid. Wir sind uns auch einig, dass strukturelle Veränderungen in einem Umfang von 50 % kommen müssen. Deshalb gibt es jetzt ja die Vorschläge, die Herr Ministerpräsident Teufel zusammen mit der Haushaltsstrukturkommission unterbreitet hat, eine Verwaltungsreform durchzuführen, wozu mein Kollege Hofer nachher noch sprechen wird.

(Kleinmann)

Wir haben in diesem Nachtragshaushalt einen Deckungsbedarf von 1,9 Milliarden € – im Wesentlichen, nämlich in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden €, allein durch die Steuermindereinnahmen des Vorjahres und durch die Verringerung der Einnahmeerwartungen aufgrund der Steuer-schätzung vom letzten November bedingt.

Eine Entlastung von 200 Millionen € ist aufgrund der Ist-entwicklung bei den Zinsen und bei den Personalausgaben im Jahr 2002 zu verzeichnen. 300 Millionen € haben wir – Sie wissen das – an konkreten Kürzungen in den Einzelplänen der Ministerien erreicht. Reale Alternativen haben die Oppositionsfractionen, Herr Schmid, nicht geboten, schon gar keine Alternativen, die deutlich mehr an Einsparungen erbracht hätten, als es die Vorlagen der Regierungskoalition tun. Die ewige Wiederholung immer derselben untauglichen Vorschläge, mit denen sich insbesondere die SPD hervortut,

(Abg. Teßmer SPD: Herr Pfarrer, Sie sollen nicht verleumden!)

macht deren vermeintliche haushaltspolitische Alternative nicht seriöser, sondern nur langweiliger.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Was wollen Sie? Sie haben doch vorhin wieder vorgeschlagen, Anteile an der LBBW zu verkaufen. Was soll denn der Käse? Entschuldigen Sie einmal, bei aller Deutlichkeit und Klarheit: Erstens einmal führt man die Verhandlungen nicht in der Öffentlichkeit, weil man dadurch die Verkaufserlöse schmälert. Das ist Punkt 1 der Fehler, die Sie machen. Punkt 2 ist: Ich kann solche Summen erst einstellen – in dieser Sache sind die Grünen ja viel seriöser –, wenn ich sie tatsächlich habe. Aber ich kann doch nicht fiktiv sagen: Wenn ich das dann machen würde, käme das heraus. Das hat doch keinen Wert.

(Abg. Schmid SPD: Wollen Sie es, oder wollen Sie es nicht?)

– Da ist doch eine ganz andere Frage, Herr Schmid. Ich diskutiere doch nicht öffentlich über den Preis und den Wert von LBBW-Anteilen des Landes Baden-Württemberg und schmälere damit die Verkaufserlöse. Sie schaden damit unserem Lande, Sie nutzen ihm nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Teßmer SPD: Deine Rede sei: Ja, ja; nein, nein! Aber nicht so etwas! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Es freut mich ja, dass Sie einmal die Bibel zitieren. Schön!

(Abg. Teßmer SPD: Damit Sie sich daran erinnern, wo Sie herkommen! – Abg. Hofer FDP/DVP: Hat er denn richtig zitiert?)

– Ja, er hat richtig zitiert. Das muss ich bescheinigen: Er ist bibelfest.

Wir wissen genau, dass die Eingriffe, die mit den Kürzungen um 300 Millionen € verbunden sind, in einer ganzen

Reihe von Fällen zu Schwierigkeiten führen, die wir ganz gewiss nicht leicht hinnehmen. Dies gilt zum Beispiel für die Kürzung der Förderung bei den Sozialpsychiatrischen Diensten. Kollege Dr. Noll hat um Alternativen gerungen. Sein Vorschlag, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen, um die vorhandenen Strukturen, Herr Schmid, zu sichern und weiterzuentwickeln, wurde vom Sozialminister bereits aufgegriffen.

Wir haben eine Reihe von Änderungen am Entwurf des Nachtrags vorgenommen. Wir haben einstimmige Beschlüsse des Präsidiums umgesetzt, zum Beispiel – da waren die SPD und die Grünen ja mit im Boot – um die Sicherheitsvorkehrungen im Eingangsbereich des Landtags zu verbessern und die Zuschüsse an die Fraktionen auf dem Niveau des Jahres 2002 einzufrieren. Wir haben die Arbeitsbedingungen der Stabsstelle der Ausländerbeauftragten gesichert. Dies alles geschah im Konsens.

Wir haben – dies ist ein ganz wesentlicher Punkt für uns Liberale – bei der Jugendsozialarbeit an Schulen, Herr Schmid, die vorgesehenen Kürzungen um 1 Million € verringert, sodass auch 2003 – das ist ganz wesentlich – die Haushaltsansätze des Jahres 2002 zumindest erhalten bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Klartext: Vorgesehen waren 3,4 Millionen €. Dann war vorgesehen, um 2 Millionen € zu kürzen. Damit wären wir auf 1,4 Millionen € heruntergegangen. Nun kürzen wir nur um 1 Million €

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nur!)

und bleiben somit bei 2,4 Millionen €. Im Jahr zuvor waren es 2,1 Millionen €. Ich halte dies für einen wichtigen Punkt. Ich möchte ausdrücklich meinen Kollegen Wacker – er ist leider im Moment nicht da – hier erwähnen, der auch sehr darum gerungen hat, dass wir das, was wir gemeinsam in der Jugendenquête erarbeitet haben, auch umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben für eine spezielle Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Verdichtungsräumen – Herr Schmid, hören Sie zu! – 10 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt

(Abg. Schmid SPD: Nur dank des Bundes!)

– ja, ich bringe es ja schon –, je 5 Millionen € vom Bund und vom Land. Das ist ja schön. Wir haben doch gesagt, dass wir das Angebot annehmen. Dann honorieren Sie das doch auch, und sagen Sie nicht, man müsse da noch mehr machen. Man kann immer mehr machen. Das ist kein Thema. Wir haben ja diese 5 Millionen € angenommen. Wir haben aber auch 5 Millionen € des Landes hinzugefügt. Das muss man einfach fairerweise dazusagen.

275 Millionen € sparen wir bei den Personalausgaben. Was bei der Einbringung des Nachtrags noch eine schlichte globale Minderausgabe war, hat sich jetzt weitgehend konkretisiert. Auch dies ist ein Erfolg. Wir wollen von den Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht, auf die sich der Bundesrat in der vorletzten Woche geeinigt hat und die die Bundesregierung zu übernehmen zugesagt hat, vorbehalt-

(Kleinmann)

lich der abschließenden Entscheidung des Bundesgesetzgebers in der Weise Gebrauch machen, dass der Bemessungsfaktor für die jährliche Sonderzuwendung bei voller Aufrechterhaltung der familienbezogenen Komponente – das muss man auch einmal erwähnen – auf 64 % des monatlichen Grundgehalts abgesenkt wird, der gekürzte Jahresbeitrag der jährlichen Sonderzuwendung gezwölftelt und zusammen mit den monatlichen Bezügen gezahlt wird, diese monatlichen Beträge an künftigen linearen Besoldungsanpassungen aber teilhaben und auch ruhegehaltstfähig werden.

Schließlich haben wir das Urlaubsgeld gestrichen. Damit schließen wir uns weitgehend einem Modell an, das vom Deutschen Beamtenbund in die Diskussion eingebracht worden ist. Wir wissen sehr wohl, dass der Beamtenbund sich vehement gegen Öffnungsklauseln ausgesprochen und stattdessen dafür plädiert hat, sein Modell bundeseinheitlich umzusetzen. Aber dies war im Bundesrat mit Ihnen nicht zu erreichen. Dessen ungeachtet aber gilt, dass wir in unserem Zuständigkeitsbereich das Modell des Beamtenbunds umsetzen; was wir sagen, soll gelten und gilt.

Damit sind annähernd 200 Millionen € der globalen Minderausgabe faktisch konkretisiert. Ob und inwieweit zusätzliche Maßnahmen des Landes erforderlich werden, um die globale Minderausgabe gänzlich konkretisieren zu können, hängt davon ab, zu welchem Zeitpunkt der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst – das wissen Sie ja – auf den Beamtenbereich übertragen wird.

Insgesamt kommt durch die dargestellten Maßnahmen ein Volumen von 770 Millionen € zusammen. Das ist eine sehr, sehr große Kraftanstrengung, die mit Härten und mit Opfern verbunden ist. Aber es ist dennoch gelungen, diese durchzuführen. Ein herzliches Dankeschön an alle Seiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass das Ziel einer Nullnettoneuverschuldung 2006 nur dann zu erreichen ist, wenn die Gesamtausgaben des Landes in den kommenden Jahren nicht wesentlich über das Niveau des Jahres 2003 hinaus ansteigen. Wir müssen also – meine Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiger Punkt – die 1-%-Zielvorgabe des nationalen Stabilitätspakts noch unterschreiten, nicht nur einhalten, sondern sogar unterschreiten.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Wenn sich die Steuereinnahmen wieder erholen, wenn also ein wirtschaftliches Wachstum von 1 % im Jahr 2003 und von knapp 2 % im Durchschnitt der Folgejahre real erreicht werden kann, nur dann gelingt es tatsächlich, die Nullnettoneuverschuldung 2006 zu erreichen. Das Ziel der Nullnettoneuverschuldung wird nicht aufgegeben. Aber um es zu erreichen, müssen außerdem noch folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

Voraussetzung Nummer 1 ist eine solide Haushaltswirtschaft, die die Ausgaben des Landes dauerhaft begrenzt. Das darf nicht nur in diesem Jahr gelten, sondern muss auch dann unser haushaltspolitisches Handeln bestimmen, wenn sich die Steuereinnahmen wieder erhöhen. Es nützt also

nichts, dann zu sagen: „Jetzt können wir wieder aus dem Vollen schöpfen, jetzt geben wir wieder aus“, sondern wir müssen uns gerade dann, wenn die Steuereinnahmen wieder besser sind, wenn die Steuereinnahmen gar wieder sprudeln sollten, zu sparsamem Handeln verpflichten.

Voraussetzung Nummer 2 aber ist, dass in Deutschland wieder eine Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik marktwirtschaftlicher Vernunft betrieben wird,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

die Anreize für Wachstum und Beschäftigung setzt und die über einen mit wirtschaftlichem Wachstum verbundenen Anstieg der Steuereinnahmen auch wieder den öffentlichen Haushalten zugute kommt.

Die erste Voraussetzung erfüllen wir selbst. Mit dem heute zur Verabschiedung anstehenden Nachtrag zum Staatshaushalt für das Jahr 2003 und mit weiteren Schritten zur Haushaltskonsolidierung, die aufgrund der gestrigen Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission und der Koalitionsfraktionen rasch in Angriff genommen werden, ist diese erste Voraussetzung erfüllt.

Die zweite Voraussetzung aber können wir allein nicht erfüllen. Der Bund ist gefordert, zumindest das rasch umzusetzen, was der Bundeskanzler am 14. März an Veränderungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, bei der Krankenversicherung, bei der Rentenversicherung und bei der Arbeitslosenversicherung, bei der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe, die zusammengelegt werden sollen, beim Kündigungsschutz und beim Tarifvertragsrecht angekündigt hat.

Bei zweifellos vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen bei einer ganzen Reihe zentraler Themen werden wir, soweit das Land über den Bundesrat an den notwendigen Reformen mitwirken kann, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, alles tun, um wieder zu einer beschäftigungs- und wachstumsfreundlichen Politik zu kommen. Dazu gehört aber auch, dass wir nicht dem zustimmen werden, was Beschäftigung und Wachstum hemmt. Das sogenannte Steuervergünstigungsabbaugesetz – ein wahrer Zungenbrecher – ist nach dem einhelligen Urteil aller Sachverständigen eine solche Wachstumsbremse, ein Hemmnis.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Von der Ausgestaltung der Körperschaftsteuer abgesehen, gibt es dort keinen Verhandlungs- und keinen Vermittlungsspielraum. Strikte Haushaltsdisziplin und eine durchgreifende Strukturreform – abschließend – im Bereich des Landes auf der einen Seite, eine auf Beschäftigung und Wachstum zielende Politik des Bundes auf der anderen Seite, das sind die zwei Bedingungen, von denen es abhängt, ob das Ziel einer Nullnettoneuverschuldung erreicht werden kann.

Das Ziel einer Nullnettoneuverschuldung ist für uns Liberale nicht disponibel. Es steht ebenso sehr für die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation. Es steht ebenso für eine Politik der Generationengerechtigkeit, wie dies eine zukunftsorientierte Wirtschafts-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik des Landes tut.

(Kleinmann)

Das Ziel ist deshalb – ich sage es noch einmal – nicht disponibel für uns. Wir werden mit aller Konsequenz darauf hinarbeiten, dieses Ziel so rasch wie möglich zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Scheffold – wo ist er? Er ist gegangen. Aus seinem Beitrag habe ich eine völlig neue Erkenntnis gewonnen, nämlich dass die rot-grüne Bundesregierung verantwortlich ist für die Weltwirtschaftskrise,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ach, Frau Kollegin!)

für den 11. September, für den Irak-Krieg. Dies, meine Damen und Herren, sind doch die entscheidenden Ereignisse, die negative Auswirkungen nicht nur auf die deutsche Wirtschaft haben, auf die deutsche Konjunktur, sondern auch auf die Weltwirtschaft, auf die weltweite Konjunktur. Da hat eine Bundesregierung nur begrenzte Möglichkeiten bzw. gar keinen Einfluss, dies zu verändern.

Für mich ist auch eine erstaunliche Erkenntnis, dass die Fundis neuerdings nicht mehr bei den Grünen sitzen, sondern offensichtlich bei der FDP und bei der CDU. Wir haben es mittlerweile ja mit wahren Wachstumsfundis zu tun. Ich würde mir wünschen, dass bei Ihnen künftig etwas mehr Realismus waltet und auch der Kollege Scheffold und der Kollege Kleinmann etwas mehr Realos werden. Meine Damen und Herren, Wachstum allein wird uns nicht retten, weil wir es seit dem Zweiten Weltkrieg mit sinkenden Wachstumsraten zu tun haben. Das heißt, wir werden uns in Zukunft darauf einstellen müssen, dass wir unsere Ausgaben im Lot halten in Zeiten, in denen wir ein geringes oder vielleicht sogar kein Wirtschaftswachstum haben.

(Beifall bei den Grünen)

Im Übrigen hatten Sie für dieses Jahr eine Schuldenaufnahme von 900 Millionen € geplant. Sie haben Ihre Ausgaben auch hier nicht im Griff gehabt. Wir haben für dieses Jahr keinen ausgeglichenen Haushalt, und die Schuld dafür können Sie auch nicht der rot-grünen Bundesregierung geben.

Klar ist, meine Damen und Herren, dass wir alle die Konsequenzen zu tragen haben: Wir müssen sparen. Wir sparen nicht nur um des Sparens willen, sondern das hat einen guten Grund. Wir haben schon mehrfach auf die drohende Strangulierung unseres Landeshaushalts durch die Zinsausgaben und vor allem durch die zunehmenden Pensionsausgaben hingewiesen. Die mittelfristige Finanzplanung, die der Finanzminister vorgelegt hat, bestätigt unsere diesbezüglichen Befürchtungen.

Wir haben im Jahr 2006 eine Deckungslücke von 3 Milliarden € – das ist ein Zehntel unseres derzeitigen Jahresetats –, und das strukturelle Defizit wird schon in der nächsten Legislaturperiode auf 4 Milliarden € ansteigen. Das heißt, das holt Sie alle schneller ein, als Ihnen vielleicht lieb ist.

Wir ziehen daraus die Konsequenz, dass wir kurzfristig noch mehr sparen müssen und langfristig strukturelle Reformen brauchen, eine Veränderung der Verwaltungsstruktur.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! Konkrete Vorschläge, Frau Kollegin!)

Wir müssen unsere Ausgaben wirklich dauerhaft reduzieren.

Heute, bei der Nachtragsberatung, geht es um das kurzfristige Sparen im Jahr 2003. Wir meinen, dass Sie von der Regierung dies immer noch nicht ernst genug nehmen. Sie drücken sich mit der Ausbringung globaler Minderausgaben vor der Frage, was tatsächlich nötig ist und welche Aufgaben der Staat künftig noch erfüllen muss.

Meine Damen und Herren, wir von den Grünen mit unseren zehn Abgeordneten, mit unserer kleinen Gruppe haben uns die Mühe gemacht, diesen Landeshaushalt zu durchforsten, und wir haben Vorschläge gemacht. Wir haben nach Sparpotenzialen gesucht. Ich weiß nicht, ob der Kollege Scheffold im Finanzausschuss einen Blackout hatte, als wir unsere Anträge eingebracht haben. Wir haben einiges an Einsparpotenzial gefunden, und ich werde darauf noch im Einzelnen eingehen.

Wir haben gemerkt, wie schwierig es ist, nach solchen Einsparpotenzialen zu suchen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Auch wir geben natürlich lieber mehr Geld aus, als dass wir es sparen. Aber uns ist klar: Man kann nicht beim Ziel „Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2006“ klatschen, ohne zu begreifen, was dies heute schon bedeutet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ist auch richtig!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, Sie haben es mit Ihrer geballten Ministerialmacht geschafft, Vorschläge für Einsparungen in Höhe von 300 Millionen € zu machen. Wir haben es mit unseren zehn Abgeordneten immerhin geschafft, darauf noch einmal 100 Millionen € zu setzen. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, die von Ihrer Seite leider alle abgelehnt wurden. Der Kollege Scheffold hat sich heute nicht mehr daran erinnert. Beispielsweise wollten wir den Neubau der geplanten Rindervermarktungshalle Ilshofen streichen – 2,5 Millionen € –, die Führungsakademie auflösen – 2,9 Millionen € –, den Planungsüberhang abbauen, den Sie seit vielen Jahren beim Straßenbau haben – 13 Millionen € –, und auch die Anschubfinanzierung für die Gartenakademie streichen. Meine Damen und Herren, es ist ja schön, wenn man Hobbygärtnern ein Angebot macht, wie sie die Läuse auf ihren Pflanzen besser bekämpfen können.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Ich bin selbst auch eine große Pflanzenfreundin. Aber es stellt sich doch tatsächlich die Frage, ob der Staat in solchen Zeiten dafür 248 000 € ausgeben muss. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den Grünen)

(Heike Dederer)

Man leistet sich also – und das hat auch der Rechnungshof bestätigt – noch so manchen Luxus. Dazu gehört – auch der Kollege Schmid hat es angesprochen – die Imagekampagne mit über 7 Millionen € im Jahr. Vielleicht sollte man den Slogan dieser Kampagne einmal in „Wir können alles außer Sparen“ ändern.

(Beifall des Abg. Seltenreich SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Verhaltener Beifall! Sehr verhaltener Beifall! Nicht einmal bei den Grünen gibt es Beifall! – Unruhe)

– Das bedeutet nicht, dass das, was ich gesagt habe, falsch wäre.

Meine Damen und Herren, wir kommen mit unseren Anträgen – ich habe es vorhin schon einmal gesagt – immerhin auf ein Einsparpotenzial, das um 100 Millionen € über dem liegt, das Sie mit Ihrem Ministerialapparat gefunden haben. Wir haben darüber hinaus fraktionsintern noch 100 Prüfaufträge laufen, um herauszufinden, was noch alles an Einsparungen möglich ist. Der Kollege Scheffold wird mir die Bemerkung nachsehen: Wenn Sie uns Ihre Ministerialbürokratie zur Verfügung stellten, könnten wir diese Prüfaufträge sicher etwas schneller bearbeiten als im jetzigen mühevollen Verfahren mit kleinen Berichtsanträgen etc. pp.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das glauben Sie ja selbst nicht! Das läuft auf eine Nulllösung hinaus!)

Ein Beispiel dafür ist der Reisekostenetat des Kultusministeriums,

(Zuruf von der CDU: Oh, jetzt!)

Frau Dr. Schavan, mit über 14 Millionen € für Dienstreisen und Reisekosten – ein großer Brocken. Kürzlich bekam ich zu hören, dass ein Beamter des Kultusministeriums, der oft im Auftrag des Kultusministeriums reist, keine Bahncard bezahlt bekommt. Dazu muss ich feststellen: In der Verwaltung fehlt noch jegliches Kostenbewusstsein. Meine Damen und Herren, das muss sich ändern.

(Zuruf von der CDU: Das ist Quatsch, was Sie erzählen!)

Wir müssen sinnvoll sparen, meine Damen und Herren, und das bedeutet auch, dass wir Lasten nicht auf die Zukunft verschieben.

(Zuruf von der CDU: Keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir den Großteil Ihrer Einsparvorschläge mittragen – dazu habe ich heute von Ihnen auch noch nichts gehört.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! Bravo!)

Es gibt aber einige Einsparvorschläge, die wir nicht unterstützen. Dazu gehören beispielsweise Ihre Einsparungen bei den Sozialpsychiatrischen Diensten und bei der ambulanten Altenhilfe. Herr Kollege Schmid hat sich sehr dezent ausgedrückt. Ich will Ihnen sagen, wie ich dies empfinde: In meinen Augen ist es eine Schweinerei, wenn man bei den Schwächsten in unserer Gesellschaft spart. Wir kritisieren dies aufs Heftigste.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, zu den Kernaufgaben des Staates gehört es, die sozial Schwächeren zu unterstützen. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir ein Sozialstaat sind – dies steht in unserer Landesverfassung, dies steht im Grundgesetz. Das heißt: Dies ist ein Auftrag an die Politik, danach auch zu handeln. Ich darf Sie auch daran erinnern: Sie streichen bei der Altenhilfe, aber unseren Antrag, die Zuschüsse zur Herausgabe eines Föderalismusjahrbuchs zu streichen – der Betrag ist ungefähr der gleiche –, haben Sie abgelehnt. Sinn und Zweck solch akademischer Bücher sind sicher hoch einzuschätzen. Nach Abwägung der vor uns stehenden konkreten Probleme darf es meiner Meinung nach nicht die Aufgabe des Landes sein, die Erforschung des Föderalismus mit einer Sammlung von Werken zu finanzieren. Aufgabe des Landes ist es, seinen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu helfen, damit sie menschenwürdig im Alter leben können und auch möglichst lange im häuslichen Umfeld betreut werden können.

Der Gipfel ist, dass vor allem bei den Sozialpsychiatrischen Diensten die Menschen von den ambulanten Einrichtungen in die stationären Einrichtungen getrieben werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch falsch!)

Das ist langfristig teurer. Das, was Sie hier machen, ist nicht einmal sinnvolles Sparen. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Das ist falsch, was Sie sagen!)

Meine Damen und Herren, eine nachhaltige Finanzpolitik beginnt damit, den Menschen reinen Wein einzuschenken, den Menschen zu sagen, wie die Situation in unserem Lande tatsächlich ist, was durch Zinsen und steigende Pensionsausgaben auf sie zukommt. Das jährliche Defizit wird auf 4 Milliarden € anwachsen – ich habe es Ihnen vorhin schon gesagt –, und zu sparen ist schwierig. Umso dringender ist es, dass wir ohne Tabus nach Einsparmöglichkeiten suchen und die grundsätzliche Frage stellen, was der Staat künftig noch leisten kann und muss.

Damit komme ich zum Thema Verwaltungsreform. Der Ministerpräsident versucht ja nun, die Strukturen in seiner Verwaltung auszumisten. Ich kann dazu nur sagen: Endlich! Die letzte Verwaltungsreform ist ja auch erst 30 Jahre her. So wie Sie es aber angehen, Herr Ministerpräsident, bleibt es Stückwerk. Herr Kollege Kretschmann wird in der zweiten Runde noch ausführlicher darauf eingehen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Gnädigerweise!)

Meine Damen und Herren, auch als Opposition werden wir einen aktiven Beitrag zur Sanierung dieses Haushalts leisten. Das ist nicht populär. Das weiß ich aus eigener Erfahrung mit unseren Einsparvorschlägen; da steht das Telefon nicht mehr still, weil das Land natürlich die Hobbygärtner unterstützen und Pferde züchten soll. Ich verstehe das auch, denn keiner gibt gerne etwas her. Ich kann Ihnen auch versichern: Es ist nicht spaßig, auf zwei Seiten im „Reiterjournal“ zu stehen – ich habe es dabei –,

(Abg. Oettinger CDU: Alle Achtung!)

(Heike Dederer)

wenn man sich über das Gestüt in Marbach Gedanken macht, wenn man – so ist es letztendlich – Ihre Hausaufgaben macht, Kollege Oettinger.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Bebbler SPD)

Eigentlich sollten Sie als ernsthafter, verantwortungsvoller Politiker darin stehen.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Stattdessen steht darin eine Meldung aus dem Landwirtschaftsministerium zu lesen, wonach der Wegfall des Zuschusses an das Gestüt in Marbach angesichts der geringen Größenordnung keinen entscheidenden Beitrag zum strukturellen Sparen leiste.

Meine Damen und Herren, 4,3 Millionen € dieses Jahr, nächstes Jahr, übernächstes Jahr:

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Da kann ich nur sagen: Da hat doch jemand etwas nicht begriffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

– Ich war selbst dort. Ich weiß es. Es geht nicht darum, das Gestüt in Marbach zu schließen. Es geht darum, andere Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen – deshalb auch unser Entschließungsantrag dazu. Die Frage ist doch, ob wir es tatsächlich als Aufgabe des Landes ansehen, für das Gestüt jedes Jahr 4,3 Millionen € an Zuschüssen zu bezahlen.

Das Problem wird daran doch sichtbar. Wir schaffen es noch nicht einmal, bei e i n e m Marbach zu kürzen. Wir werden in den nächsten Jahren aber bei tausend Marbachs kürzen müssen, weil das Defizit in unserem Haushalt 4 Milliarden € beträgt und wir uns nicht weiter verschulden wollen, meine Damen und Herren.

Dass Sie sich vor solchen Fragen drücken, sichert Ihnen vielleicht die nächste Wiederwahl. Das mag ja sein. Aber ich gehe fest davon aus: Das wird eine Entwicklung sein wie an der Börse – die Zahlen über die Pensionsausgaben sind ja bekannt –: Irgendwann platzt die ganze Sache, und daran sind Sie dann schuld.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte auch noch einen Satz zu den Beratungen im Finanzausschuss sagen, wo wir ja über unsere sämtlichen Anträge zum Nachtragshaushalt haben abstimmen lassen. Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP: Ich fand Ihr Verhalten im Finanzausschuss schlicht erbärmlich.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie haben es nicht einmal für nötig erachtet, die Ablehnung unserer Sparvorschläge zu begründen. Vielleicht müssen Sie es ja nicht unbedingt uns begründen; denn wir hier im Raum können uns die Begründung ja vielleicht denken. Aber den Leuten hier oben auf der Zuhörertribüne und den Leuten draußen müssen Sie schon begründen, dass Sie permanent vom Sparen reden, aber dann, wenn die Opposition Sparvorschläge vorlegt, diese einfach ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Scheffold CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Für mich sagt das alles aus über Ihr Verantwortungsgefühl für dieses Land.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir haben es uns als Opposition nicht so einfach gemacht wie Sie, meine Damen und Herren, in Berlin, nach dem Motto: Soll sich doch die Regierung den Kopf zerbrechen.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

– Da waren Sie, Kollege Scheffold, vorhin nicht im Saal. Sie hätten meine Rede komplett hören sollen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Das reicht mir, was Sie jetzt sagen!)

Ich habe unsere Einsparvorschläge noch einmal aufgezählt.

Wir zerbrechen uns hier den Kopf des Finanzministers. Wir machen uns ernsthafte Gedanken,

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

wie wir diesen Landeshaushalt retten können.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Ich will Ihnen auch den Grund sagen.

(Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ruhe!)

Wer über diese Legislaturperiode hinaus denkt, weiß, dass es so nicht weitergehen kann. Es ist die Pflicht von uns allen hier, den Leuten die Dramatik klar zu machen. Da muss sich jeder und jede an die eigene Nase fassen und sich fragen, ob man das selbst begriffen hat.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Machen Sie es einmal Rot-Grün klar!)

Ich zweifle daran, wenn ich das Abstimmungsverhalten von Ihnen hier im Landtag sehe. Ich zweifle auch daran, wenn ich die Debatte in der SPD um eine höhere Verschuldung für Konjunkturprogramme verfolge und wenn ich mir die Haushaltsanträge der SPD anschau.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt wird es besser! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Das sind alte Taschenspielertricks.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Wie bei den Straßen bei Ihnen! – Beifall des Abg. Dr. Scheffold CDU)

– Ja, beim Thema Finanzen schaue ich genau hin.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt wird es aber unseriös! – Abg. Drexler SPD: Vielleicht brauchen Sie eine Brille!)

(Heike Dederer)

Meine Damen und Herren, der Verkauf der LBBW ist ein altes Thema. Der Kollege Kleinmann ist auch schon darauf eingegangen. Sie wollen einen Anteil von 14 % an der LBBW verkaufen. Unsere restliche Beteiligung würde dadurch weniger wert, weil Sie nach außen signalisierten: Das Land zieht sich aus der LBBW zurück.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Das ist doch gut so!)

Das ist finanzpolitisch Unsinn, was Sie hier machen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie wollen eine Staatsbank! So ein Blödsinn!)

Dann sagen Sie immer, die Sparkassen würden diesen Anteil kaufen. Die wollen ihn gar nicht kaufen.

(Abg. Drexler SPD: Woher wissen Sie denn das?)

– Fragen Sie einmal den Sparkassenpräsidenten.

(Abg. Drexler SPD: Ja, wir haben gefragt!)

Dieser Vorschlag ist nicht ausgegoren.

(Abg. Drexler SPD: Ach was!)

Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie wollen eine Staatsbank! Das ist der Unterschied! Wir wollen keine Staatsbank!)

Ich würde es finanzpolitisch ja noch verstehen, wenn Sie mit diesen Einnahmen komplett die Schulden tilgen würden und mit dem dadurch eingesparten Betrag an Zinsen auch wieder Schulden tilgen würden. Aber das machen Sie ja nicht. Sie schaffen neue Ausgaben im Bereich der Polizei, die dann wiederum Folgekosten nach sich ziehen bei Pensionen etc. pp.

(Abg. Drexler SPD: Was? Völliger Quatsch!)

Meine Damen und Herren, das ist keine sinnvolle Finanzpolitik. Da muss ich sagen: Da haben Sie das Ganze nicht begriffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Sie brauchen jetzt nicht zu klatschen, weil Sie es auch nicht begriffen haben.

Meine Damen und Herren, in Zukunft wird es uns nichts helfen. Die Konsequenzen müssen wir ziehen und müssen auch bereit dazu sein. Wir dürfen keine ungedeckten Schecks in die Zukunft ausstellen. Das ist unverantwortlich. Wenn Sie als Maßstab für Ihr Handeln nehmen, dass Sie auch in Zukunft Ihren Kindern und Enkeln in die Augen schauen wollen,

(Abg. Rech CDU: Die sind ja nie daheim!)

dann gibt es keine Alternative für eine verantwortliche, eine nachhaltige Finanzpolitik, und die bedeutet eben strukturelle Einschnitte,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

die diese Bezeichnung auch tatsächlich verdienen. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass wir diese Einschnitte mittragen werden.

Danke.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da in der zweiten Runde wohl in erster Linie über die Verwaltungsreform diskutiert werden wird, möchte ich jetzt einige wenige Sätze zu dem sagen, was heute hier vorgetragen worden ist.

Zunächst zu dem, was uns verbindet. Gerade das, was Frau Dederer zum Schluss gesagt hat, kann auf vielen Gebieten und in vielen Einzelfragen durchaus meine Zustimmung finden. Ich wehre mich allerdings vehement gegen das, was immer wieder gesagt wird, nämlich wir würden den Leuten keinen reinen Wein einschenken. Ich ziehe jeden Abend durchs Land

(Heiterkeit – Abg. Bebbler SPD: Da kriegen Sie jedes Mal Wein! Da lassen Sie sich den Wein einschenken!)

und schildere bei jeder Gelegenheit unsere Finanzlage. Ich weise immer darauf hin, wie schlecht diese Finanzlage ist, und ich lasse mich da wirklich von niemandem überholen.

Im Übrigen frage ich mich, in welchem Land Sie eigentlich leben. Sie reden von einem Platzen der Blase. Bevor sie bei uns platzt, platzt sie bei 14 anderen Ländern. Das müssen wir bei dieser Gelegenheit auch einmal festhalten.

Aber was verbindet uns? In der Tat ist die Verschuldung so, wie wir sie in diesem Jahr vornehmen müssen, unerträglich hoch. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir müssen in diesem Jahr rund 2 Milliarden € zusätzliche Schulden machen. Das wird im nächsten Jahr allein über 100 Millionen € an Zinsen kosten, die in allen folgenden Jahren fehlen. Das ist keine Frage. Die Schulden sind zu hoch, und wir werden langfristig unseren Haushalt strukturell sanieren müssen.

Meine Damen und Herren, ich sage hier auch ganz offen: Wir haben in unserem Haushalt ein strukturelles Defizit von ungefähr 1 Milliarde €. In sehr guten Jahren haben wir keine Schulden gemacht, wie zum Beispiel im Jahr 1999 – zumindest bei der Jahresrechnung, nicht bei der Planung. In schlechten Jahren sind es bis zu 2 Milliarden €. Wir müssen mittelfristig sehen, dass wir ein strukturelles Defizit von 1 Milliarde € beseitigen.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall der Abg. Rech CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Nun wurde gestern von den beiden Regierungsfraktionen einer Verwaltungsstrukturreform zugestimmt, die uns in die Lage versetzen wird, Ersparnisse auf Dauer und nachhaltig zu erbringen. Ich möchte darauf hinweisen, dass immer noch politische Entscheidungen und politischer Mut, zu kürzen, notwendig sind, denn durch eine Reform allein wird nichts gespart.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! So ist es!)

Eine Reform allein ergibt lediglich Sparpotenziale. Das werden wir durch diese Konzeption erreichen.

Jetzt möchte ich aber doch wenige Sätze zu dem sagen, was die beiden Redner der Opposition vorgetragen haben, und auch einiges, was objektiv falsch war, zurechtrücken.

Es ist überhaupt keine Frage, dass die SPD offensichtlich überhaupt kein Konzept hat, weder im Bund noch im Land. Immer wieder wird protestiert, wenn wir sagen, dass an unserer schlechten Finanzlage die Bundesregierung schuld sei. Natürlich ist sie schuld,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

nicht nur wegen der – –

(Widerspruch des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Ich werde es gleich erläutern. Da ist einmal die schlechte Konjunkturpolitik. Da können Sie sich teilweise noch auf das Ausland berufen. Dass Sie aber eine Körperschaftsteuerreform gemacht haben, die das Körperschaftsteueraufkommen innerhalb eines Jahres um 46 Milliarden DM zusammenbrechen ließ, ist allein Ihre Schuld.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr sozial war das!)

Wenn das nicht gewesen wäre, hätten wir die ganzen Probleme nicht. Das muss einfach einmal gesagt werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber Sie wollten doch noch mehr auflasten!)

Die Sparvorschläge der SPD sind doch wirklich ein peinlicher Populismus.

Ich möchte hier mit Zustimmung des Herrn Präsidenten Frau Abg. Dederer zitieren. Sie hat gesagt, das seien Tuschenspielertricks. Ich würde gar nicht wagen, so etwas zu sagen, aber ich kann mich dieser Aussage anschließen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es sind einige Behauptungen aufgestellt worden. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat Herr Schmid behauptet, wir hätten das höchste Finanzierungsdefizit aller Länder im Jahre 2002.

(Abg. Schmid SPD: Vorläufiges Finanzierungsdefizit!)

– Nein, das ist absolut falsch. Wir haben das zweitniedrigste. Wir haben pro Kopf der Bevölkerung ein Defizit von 249 €. Lediglich Bayern hat weniger. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, wer das höchste hat: Das höchste Defizit haben Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz. Das niedrigste haben Bayern und Baden-Württemberg.

(Abg. Schmid SPD: Absolute Zahlen!)

Je roter die Regierung, desto roter die Zahlen. Das ist nun mal so.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Baden-Württemberg ist Schlusslicht! Schlusslicht im Wirtschaftswachstum!)

– Sie sind wie ein Plattenspieler, bei dem die Nadel hängen geblieben ist. Sie sagen immer das Gleiche. Ich werde gleich etwas dazu sagen.

(Zurufe der Abg. Teßmer und Schmiedel SPD)

Interessanterweise setzt sich dieses Finanzierungsdefizit in seiner Art und Weise in den neuen Ländern fort. Am besten in den neuen Ländern ist Sachsen, dann kommt Thüringen. Dann kommt Sachsen-Anhalt, dann Mecklenburg-Vorpommern und dann Brandenburg. Auch da merken Sie: Je roter die Regierung, desto roter die Zahlen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Ach, legen Sie mal eine andere Platte auf! Immer dasselbe!)

Das muss man hier einfach einmal feststellen dürfen.

Dann bringen Sie die Geschichte mit der Öffnungsklausel. Da werden wir einmal sehr präzise beobachten, wie sich die anderen Länder verhalten.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es! – Abg. Schmid SPD: Und wie Sie sich verhalten! Wir beobachten Sie!)

Sie können sich darauf verlassen, dass wir zu denjenigen gehören, die die Beamten einigermaßen schonend behandeln. Ich weiß aus den Diskussionen in der Finanzministerkonferenz und im Bundesrat, dass in anderen Ländern ganz andere Einschnitte kommen werden.

(Abg. Schmid SPD: Wir beobachten Sie in Baden-Württemberg!)

Beobachten Sie zum Beispiel Berlin. Beobachten Sie, was in Rheinland-Pfalz mit den Polizeibeamten geschehen ist.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist nicht unsere Aufgabe! – Abg. Schmiedel SPD: Sind wir eigentlich in Baden-Württemberg, oder wo?)

Wenn Sie das alles einmal beobachten,

(Abg. Bebbler SPD: Das ist nicht unsere Aufgabe! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

dann werden Sie feststellen, dass wir pfleglich mit unseren Beamten umgehen.

(Minister Stratthaus)

Im Übrigen muss ich Ihnen offen sagen: Uns gefällt es nicht, dass wir einseitig bei den Beamten das Weihnachtsgeld kürzen müssen und dass wir einseitig bei den Beamten das Urlaubsgeld streichen müssen. Der Grund dafür ist doch ganz klar: Ver.di hat einen volkswirtschaftlich völlig untragbaren Tarifabschluss durchgesetzt. Der hat zu dem großen Problem geführt.

(Abg. Teßmer SPD: Ach Quatsch! Ach was! –
Abg. Schmid SPD: Die CDU war dabei! – Abg.
Schmiedel SPD: Wo war denn die CDU? Wo war
denn die CSU?)

Und jetzt kommt der Höhepunkt: Kürzlich lief eine Meldung über den Ticker, dass ver.di bei ihren Angestellten das Weihnachtsgeld zu 100 % kürzen will.

(Unruhe bei der CDU – Zurufe von der CDU: Hört,
hört! So was! Unerhört! – Beifall der Abg. Beate
Fauser FDP/DVP)

Es ist unglaublich, was man sich da erlaubt hat.

(Zurufe der Abg. Teßmer und Schmid SPD)

Jetzt kommt immer wieder Herr Schmiedel mit seiner Aussage, wir seien die Letzten in der Konjunktur. Herr Schmiedel, das ist doch absolut lächerlich.

(Abg. Teßmer SPD: Was Sie sagen, oder was? –
Abg. Schmiedel SPD: Wieso?)

Es ist doch zunächst einmal festzustellen, dass wir, was das Bruttoinlandsprodukt der Bevölkerung betrifft, zusammen mit Hessen an erster Stelle stehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Es geht um das Wachstum!)

Zweitens kann man natürlich, wenn man an der Spitze ist, nicht jedes Jahr ein höheres Wachstum haben als alle anderen.

(Abg. Birzele SPD: Und wie ist das mit Deutschland
in Europa?)

Denn sonst würde der Unterschied ja immer größer werden.

(Abg. Birzele SPD: Aber seit wann? Und wie ist es
mit Deutschland in Europa? – Abg. Schmid SPD:
Wie ist es mit Deutschland im europäischen Ver-
gleich?)

Tatsache ist: Deutschland ist doch in Europa seit Jahren das Schlusslicht im Wachstum.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD – Abg. Bir-
zele SPD: Seit 1993! – Abg. Dr. Scheffold CDU:
Was freut Sie so daran, Herr Birzele? – Abg.
Schmiedel SPD: Seit Sie Finanzminister sind, sind
wir im Land ganz hinten!)

– Nein. Sehen Sie: Das ist ein weiteres Zeichen. Sie beherrschen die Grundrechenarten nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Eben habe ich Ihnen doch vorgetragen, dass wir nicht nur nicht ganz weit hinten sind, sondern die zweitbesten Finanzen haben.

(Abg. Birzele SPD: Wachstum! Nicht Finanzen!)

Sie verstehen nichts. Es tut mir Leid, das feststellen zu müssen. Eben haben Sie das vorgeworfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Beim Wachstum waren wir in den letzten drei Jahren an der Spitze. In diesem Jahr sind wir nicht so gut.

(Abg. Birzele SPD: Schlusslicht! – Abg. Schmiedel
SPD: Wo sind wir denn?)

Eine Tatsache ist doch, meine Damen und Herren, dass wir eine sehr stark exportorientierte Wirtschaft haben,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aha! Ist die Bundes-
regierung nun daran schuld?)

dass bei uns die Banken zum Beispiel eine geringere Rolle spielen. Und Sie wollen die einzige Bank, die wir wirklich noch haben, auch noch verkaufen.

(Abg. Schmid SPD: Seien Sie doch einmal ehr-
lich!)

Es ist eine Tatsache, dass die Banken und auch die Versicherungen bei uns eine geringere Rolle spielen. Das ist der Grund, warum wir vom Auf und Ab der Konjunktur noch etwas stärker betroffen sind als die anderen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Weltkonjunktur!
– Abg. Schmid SPD: Seien Sie doch mal ehrlich!)

Langfristig – und für das Langfristige steht das Land Baden-Württemberg – sind wir mit unserer Wirtschaftspolitik und im Wirtschaftsergebnis die Besten, und wir werden das auch bleiben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Langfristig sind wir
alle tot, sagt Keynes!)

Lassen Sie mich jetzt noch ein Wort zu der Frage der Steuererhöhungen sagen. Sie haben doch tatsächlich die Stirn, zu sagen, in dieser Situation müsse man zur Haushaltssanierung die Steuern erhöhen. Das ist ein absoluter Unsinn. Zunächst einmal erkennen Sie die Unseriosität unserer Bundesregierung daran, dass sie bereits 2,5 Milliarden € aus angeblich zu erwartenden zurückfließenden Fluchtgeldern aus der Schweiz in ihren Haushalt eingestellt hat.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich halte so etwas für völlig unseriös. Tatsache ist, dass die Steuererhöhungen, die Sie auf Bundesebene planen, den Rest an Konjunktur noch abmurksen würden. Dadurch würde das Verbrauchervertrauen noch stärker zurückgehen, und es würde noch weniger investiert werden. Deswegen lehnen wir alle Steuererhöhungen ab.

Meine Damen und Herren, um noch einmal zusammenzufassen: Die Verschuldung ist viel zu hoch; das gebe ich Ih-

(Minister Stratthaus)

nen gerne zu. Ich lasse mich allerdings nicht in eine falsche Ecke stellen: Sie ist immer noch niedriger als in 14 anderen Bundesländern.

Ich bitte Sie, dem Haushalt zuzustimmen, und würde mich freuen, wenn Sie in den kommenden Jahren an der großen Aufgabe, unseren Haushalt langfristig zu konsolidieren, mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Das Wort in der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man der Kollegin Dederer eines nicht unterstellen kann, dann ist es mangelndes Selbstbewusstsein.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Frau Dederer kann vor Kraft kaum laufen, sie ist die Jeanne d'Arc der Finanzpolitik, und in manchem hat sie auch einen sehr sachorientierten Ansatz.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Bitte keine Liebeserklärung!)

Nur: Ich glaube, mit den Vorwürfen „Schweinerei“ und „kein Verantwortungsgefühl“ werden wir uns gegenseitig bei dem ernstesten Thema nicht gerecht.

Wie ist die Lage Baden-Württembergs? Wir machten im letzten Jahr und machen in diesem Jahr 2 Milliarden € neue Schulden, davon, ganz vereinfacht, 1 Milliarde € konjunkturbedingt

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

und 1 Milliarde € strukturell bedingt; das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Das heißt: Wenn wir, egal, wann und durch wen in der Bundespolitik veranlasst, wieder zu einem Wachstum der Wirtschaft in Deutschland von zwei und mehr Prozent kommen und dadurch auch die Steuerströme wieder in alte Stärken geraten könnten, geht unser strukturelles Defizit vielleicht um 1 Milliarde € zurück – wirtschaftlich bedingt, konjunkturuell bedingt –, aber es bleiben 2 Milliarden DM bzw. 1 Milliarde €, die wir, mal weniger, mal mehr, trotz aller Sparbemühungen seit zehn Jahren Jahr für Jahr neu aufnehmen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig!)

Deswegen gehen wir mit drei großen Themen, mit drei großen Baustellen jenseits der kleineren Baustellen, über die man streiten, in vielem einig sein kann – Respekt, die Grünen haben der großen Mehrzahl unserer Kürzungsvorschläge zugestimmt –, in die Aufgabe hinein, dass im Lauf der nächsten Jahre für das ganze Jahrzehnt und nachhaltig die Struktur des Haushalts in Richtung Nullverschuldung gehen

kann. Mit Wirtschaftswachstum und mit unseren Maßnahmen kommen wir diesem Ziel entscheidend näher. Im Rahmen unserer landespolitischen Kompetenzen handeln wir nachhaltig und in einer Dimension, in der hier noch nicht gehandelt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Baustelle Nummer 1: die 275 Millionen € im Besoldungsbereich.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das ist bisher noch eine globale Minderausgabe, die zu konkretisieren ist. Wir haben ja mit dem BLEK-Programm – Bund-Länder-Einsparkommission – vor Jahren eine pauschale Vorgabe erstrebt, aber nicht erreicht. Ich war in Sorge, wir waren in Sorge, ob wir Ihnen, den Kollegen im Landtag, in der zweiten und dritten Lesung noch immer nur die Überschrift „Spare 275 Millionen €“ oder auch die Ausfüllung vorlegen können. Ich bin froh darüber, dass wir jetzt Gewissheit haben. Es wird und kann gelingen, es muss gelingen,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

in diesem Jahr konkret diese 275 Millionen € einzusparen.

(Beifall bei der CDU)

Der erste Baustein dafür ist das Weihnachtsgeld. Wir kürzen nicht auf null, wie es ver.di will. Wir behalten ein nennenswertes Weihnachtsgeld als Sonderzuwendung bei. Wir gehen von 86 % eines Monatsgehalts auf 65 % zurück und befinden uns damit auch im Vergleich zu wichtigen Branchen der Wirtschaft nicht am Ende, sondern im hinteren Mittelfeld. Der Beamte in Baden-Württemberg bekommt auch in Zukunft eine faire Vergütung für eine gute Leistung, wie generell – ich komme nachher darauf zurück – unser Ziel sein wird, im Interesse der Gewinnung von guten Köpfen in Baden-Württemberg, der jungen Generation, als Arbeitgeberland auch in Zukunft durch eine faire, leistungsorientierte Vergütung wettbewerbsfähig zu sein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Rückgang des Weihnachtsgelds von 86 auf 65 %: Jeder Prozentpunkt bringt 7 Millionen €. Daher sparen wir 147 Millionen € ein.

Der zweite Baustein ist das Urlaubsgeld. Wer mit vielen Beamten gesprochen hat und für deren Interessen sensibel ist, erkennt: Wenn es einen Punkt gibt, der von vornherein weitgehend akzeptiert worden ist, dann ist es der, dass das Urlaubsgeld in seiner bisherigen Dimension nicht mehr benötigt wird,

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

sondern im Grunde genommen auch aus Gründen der Vereinfachung ersatzlos gestrichen werden kann.

(Abg. Teßmer SPD: Sprechen Sie mal mit Inspektoren und nicht mit Oberräten! – Weitere Zurufe von der SPD)

(Oettinger)

– Kollege Teßmer, jetzt hören Sie doch einmal ganz geduldig zu! Wenn Sie sprechen dürfen, höre auch ich Ihnen zu. – Die Einsparung des Urlaubsgeldes bringt eine Einsparung in Höhe von 41 Millionen €. Damit haben wir 188 Millionen € erreicht.

Jetzt hören wir aus dem Bundesinnenministerium, was die Umsetzung der Ergebnisse der Tarifrunde auf die Beamtengehälter anlangt, dass man bei den Besoldungsgruppen des einfachen und mittleren Dienstes nicht zum 1. Januar, sondern zum 1. März um 2,4 % erhöhen will und dass für die Besoldungsgruppen des gehobenen und höheren Dienstes der 1. Juni der Termin sein soll. Wenn dies so käme – das ist noch nicht konkret beabsichtigt, noch nicht beschlossen und noch nicht Gesetz –, würde uns dies einen Einsparbeitrag von zweimal 35 Millionen € erbringen, 35 Millionen € für die zwei Monate bei allen und 35 Millionen € für die weiteren drei Monate für die höheren Besoldungsgruppen.

Damit wäre insgesamt ein Betrag von über 250 Millionen € erreicht. Das heißt, wir haben jetzt auch aufgrund der Zustimmung unserer Landesregierung zu der Entschließung im Bundesrat die sichere Vermutung, dass die 275 Millionen € keine Luftbuchung sind, sondern eine ganz konkrete Einsparung, die in diesem Haushaltsjahr entlastend wirkt, deren Entlastung die Haushaltsstruktur in Baden-Württemberg aber auch dauerhaft verbessern kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir sagen schon jetzt ausdrücklich jeder Beamtin und jedem Beamten, gerade auch denen im einfachen, im mittleren und im Eingangsbereich des gehobenen Dienstes – A 9, A 10 –, unseren Respekt. Ich glaube, es muss die Zusage hinzukommen: Baden-Württemberg wird in den nächsten Jahren sensibel darauf achten, dass die Besoldung unserer Beamten im Ländervergleich nicht Tabellenschlusslicht, sondern Tabellenmitte bleiben wird; denn nur so wird Baden-Württemberg, ein Hochlohnland mit hohen Lebenshaltungskosten, erreichen, dass die junge Generation noch Interesse hat, in den Staatsdienst einzutreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die zweite Baustelle ist neu; sie ist gerade einmal acht Tage alt und hat in der gestrigen Fraktionsberatung zu einem weitreichenden Beschluss geführt. Ich sage ganz offen: Diese weitreichende Verwaltungsreform fällt vielen Kollegen meiner Fraktion nicht leicht. Wir haben uns die Entscheidung auch nicht leicht gemacht, weil dies eine Veränderung in der Erfüllung der Landesaufgaben und der Bundesaufgaben in einem Umfang ist, wie er zum letzten Mal im Rahmen der Gebietsreform und der Gemeindereform in den Siebzigerjahren hier im Landtag beraten und entschieden worden ist.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Wir haben eine klare Mehrheit, und die CDU-Fraktion zieht bei dieser Verwaltungsreform konstruktiv mit. Wir zollen dem Ministerpräsidenten, dessen Handschrift die Verwaltungsreform trägt, der sie eigenhändig erarbeitet hat, unseren Respekt und sagen ihm unsere Unterstützung zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD: Oi!)

In außergewöhnlichen Zeiten, in Zeiten finanzieller Not kommt man mit herkömmlichen Instrumenten nicht mehr aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben ausdrücklich eine außerordentliche und große Veränderung vor, die hier im Landtag mehrheitsfähig gemacht werden kann.

(Abg. Teßmer SPD: Als wir das gesagt haben, haben Sie noch ganz anders gesprochen!)

Dabei muss man klar sagen: Für einen Staatsaufbau gibt es in der Staatslehre und Verwaltungslehre zwei unterschiedliche Konzepte, die beide beachtlich sind und von denen man nicht eines als grottenfalsch bezeichnen kann.

Das eine Konzept ist das Konzept mit starken Fachverwaltungen, mit Landesämtern und Sonderbehörden, möglicherweise nur zweistufig aufgebaut.

Das andere Konzept, für das im Flächenland Baden-Württemberg mit bald 11 Millionen Einwohnern und mit heterogener Struktur aktuell und aufgrund der Herkunft des Landes gute Gründe bestehen, ist die Dreistufigkeit. Wir bekennen uns mit dieser Verwaltungsreform zur dreistufigen staatlichen Verwaltung in unserem Land.

Dann kommen die Einhäusigkeit und der Synergieeffekt der Bündelungsfunktion von Regierungspräsidien, Landratsämtern und Stadtkreisen hinzu. Ich spreche bewusst von Landratsämtern und nicht vom Landkreis, weil die CDU-Fraktion bei diesem Konzept großen Wert darauf legt, dass es weiterhin staatliche Aufgaben sind, dass es die Ausführung von Bundes- und von Landesrecht, von Parlamentsentscheidungen ist und dass deshalb eine Staatsverwaltung, eine staatliche Aufgabenerfüllung auch vor Ort durch Landratsämter in staatlicher Aufgabenwahrnehmung geschieht und es nicht eine kommunalisierte Verwaltung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir erwarten uns eine Effizienzrendite von 20 %. Dieser Umbau der Verwaltung, der Beamten, Behördenleitern und jedem, der davon betroffen ist, viel zumuten wird, macht überhaupt nur dann Sinn, wenn daraus eine nachhaltige und nennenswerte Verbesserung der Haushaltsstruktur erwachsen kann. Wir erwarten uns in allen betroffenen Bereichen – in den Personalstellen, bei den Sachmitteln und bei der Gebäudebewirtschaftung – eine Effizienzrendite, eine Einsparung von 20 %, die in fünf bis sieben Jahren erreichbar sein muss und die sich im Staatshaushaltsgesetz und in der Finanzbeziehung zu den Landkreisen und Stadtkreisen in Stufen in den nächsten Jahren entlang der Fluktuation auch ganz konkret in der Umsetzung nachweisen lassen kann.

20 % – das ist ein Wort. Gehen Sie einmal allein die Stellen durch. Wenn es uns gelingt, dass von den betroffenen etwa 20 000 Stellen – in diesen Fachbehörden, auf mittlerer Ebene, auf unterer Ebene, in diesen Landesämtern und Sonderbehörden – 4 000 in Wegfall gebracht werden können, dann erreichen wir hiermit den Einstieg in ein weiteres Stellenab-

(Oettinger)

bauprogramm und den Einstieg in eine deutliche, nachhaltige Absenkung unserer Haushaltsausgaben. Denn 4 000 Stellen und Stellenäquivalente bedeuten auf Dauer eine Kostenabsenkung von 200 Millionen €. Die entsprechende Fortschreibung der Lohnkosten führt zu einer dynamischen Entwicklung, die man im Haushaltsprozess sehen und beachten muss.

(Abg. Fischer SPD: Wälzt das nicht auf die Kommunen ab!)

Wer diese Verwaltungsreform macht, Herr Finanzminister, hat damit heute auch allen Grund, darüber nachzudenken, ob nicht eine Abänderung und Begrenzung bei den Neuen Steuerungsinstrumenten jetzt angesagt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Dann können Sie ja die Sperre mitmachen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Nachtigall, ick hör dir trapsen! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

In die bisherige Vorbereitungsphase, das heißt in den Aufbau von Hardware und Software, in die Einstellung von Controllern und in die Schulung von Mitarbeitern waren die Gesundheitsverwaltung, die Veterinärverwaltung und die Wasserwirtschaft nicht einbezogen – aus gutem Grund. Bei diesen drei staatlichen Aufgabenbereichen hat die Einhängigkeit diese staatlichen Sonderbehörden schon vor Jahren zu Teilen der Landratsämter und Stadtkreise gemacht. Wenn aber die Gesundheitsämter, die Veterinärämter und die Wasserwirtschaftsämter auf unterer Ebene nicht von NSI erfasst gewesen sind und wenn man die Organisationsgewalt der Landräte und der Ersten Landesbeamten achten will – denn sie sind verantwortlich, dass die Effizienzrendite von 20 % gelingt –, dann wird man ihnen diese Entscheidung vor Ort nicht durch NSI im Grunde genommen abnehmen dürfen.

So, wie bei der Gesundheitsverwaltung, der Veterinärverwaltung und der Wasserwirtschaft NSI außen vor geblieben ist, wird damit jetzt auch bei der Vermessungsverwaltung, bei der Flurneuordnung, bei der Landwirtschaft – bei allen Fachämtern auf unterer Ebene – NSI außen vor sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Und bei der Polizei! – Abg. Schmid SPD: Polizei dann auch? – Abg. Fischer SPD: Also, unserem Antrag nachher zustimmen!)

Ich sage das nicht plakativ. Ich sage dies, weil nach unserer Überzeugung jetzt –

(Abg. Schmid SPD: Wenn die Polizei eingegliedert wird: bei der auch nicht?)

– Sie haben Recht. Erstaunlich! Sie haben völlig Recht. Ich bin dankbar, dass Ihnen ein Licht aufgeht, meine Kollegen. Deshalb spreche ich es hier ja auch an.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Das haben wir ja schon vorher gesagt!)

Ich sage dies, weil nach meiner Überzeugung die Konsequenz dieser Verwaltungsreform eine eigenständige Organi-

sationshoheit der Landratsämter bedeutet und deswegen eine Änderungskündigung, eine Anpassung des NSI-Vertrags mit unserem Systemdienstleister in den nächsten Tagen notwendig und angebracht ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Dann können wir ja sperren! Sehr gut!)

Umgekehrt aber haben mich zahlreiche Kollegen gefragt, wo denn in Zukunft die Mitwirkung des Landtags in der Aufgabenerfüllung ist. Deswegen ist ein Bestandteil von NSI, das Thema Zielvereinbarung, von höherem Gewicht denn je.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen werden wir in diesem hohen Haus und in der Vorberatung in der Koalition in den nächsten Wochen mit der Regierung einvernehmlich beraten und entscheiden müssen, wie das Instrument der Zielvereinbarung zu schärfen ist und wer die Unterschrift, die Zustimmung für welche Ziele zu tragen hat. Ich glaube, nicht der Zielvereinbarung mit dem Wasserwirtschaftsamt oder mit dem Landratsamt, sondern der Zielvereinbarung mit dem Ressort, mit der Fachabteilung im Ressort kommt als neues Instrument der Politik für dieses Parlament in der Haushalts- und Finanzvorgabe entscheidende Bedeutung zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Zielvereinbarung innerhalb NSI gewinnt an Bedeutung. Viele andere Faktoren auf unterer Ebene fallen im Grunde genommen als gegenstandslos weg.

Der dritte große Faktor, die dritte Baustelle ist die Arbeitszeit. Bei diesem Punkt war die Beratung in unserer Fraktion besonders intensiv, weil es natürlich schon ein wachsendes Ärgernis ist, dass in einer Fachbehörde des Landes zwei Mitarbeiter in einem Zimmer – zwei Schreibtische, das gleiche Geschäft, der eine BAT IV, der andere A 11, der eine BAT II, der andere A 13, der eine Angestellter, der andere Beamter – in eine deutlich unterschiedliche Arbeitszeit in der Woche gehen.

(Abg. Teßmer SPD: Das wird ja noch weiter gesteigert!)

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben wir, dass die Wochenarbeitszeit in der Wirtschaft in Deutschland generell länger werden muss:

(Abg. Drexler SPD: Die Lebensarbeitszeit!)

in der Industrie, beim Handwerk und auch bei den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst. Insoweit sind die Beamten

(Abg. Drexler SPD: Vorreiter!)

möglicherweise zuerst betroffen. Aber wir arbeiten nachhaltig auch im Zuge unserer Tarifaueinandersetzung darauf hin, dass die Wochen- und Lebensarbeitszeit in Deutschland nicht weiter absinkt, sondern mittelfristig wieder steigt,

(Abg. Drexler SPD: Die Lebensarbeitszeit ist etwas anderes als die wöchentliche Arbeitszeit!)

(Oettinger)

damit dadurch – und nur dadurch – die guten Gehälter und die Haushalte in Deutschland und in Baden-Württemberg vereinbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir bekennen uns dazu, dass die Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamte von 40 auf 41 Stunden möglicherweise notwendig ist, weil nur dadurch für weiteren Stellenabbau und damit für strukturelle Verbesserungen des Haushalts der entsprechende Handlungsspielraum entsteht. Ausgenommen davon sind die Lehrer an den Grund- und Hauptschulen, an den Realschulen und den Sonderschulen, da hier die Vorgriffsstunde und das Modell ein Vertrag über 15 Jahre hinweg ist, der nach Treu und Glauben nicht einfach aufgekündigt und geändert werden kann. Aber an den Gymnasien, im beruflichen Schulwesen ohne die Lehrer der technischen Bereiche,

(Abg. Zeller SPD: Weil die alle sonst nicht ausgelastet sind!)

an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen muten wir unseren Lehrenden eine Stunde mehr Unterricht und Lehrverpflichtung baldmöglichst, spätestens zum 1. Januar des nächsten Jahres zu. Das kann uns für den Haushalt 2004 einen deutlich gestiegenen Handlungsspielraum bei den Personalausgaben und den Stellen bringen.

Alles in allem: Der Nachtragshaushalt ist eine Umsteuerung in kleinerer Dimension. 275 Millionen € haben wir erreicht. Die Öffnungsklausel, die Verwaltungsreform und die Arbeitszeit sind Steuerungsinstrumente in größerer Dimension. Ich möchte hier, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, Frau Kollegin Dederer, behaupten, und ich gehe gerne eine Wette ein: Baden-Württemberg liegt gemeinsam mit Sachsen und hinter Bayern vor den anderen Ländern Deutschlands in der Verschuldung und der Haushaltsstruktur auf dem zweit- oder drittbesten Platz.

(Abg. Drexler SPD: Das nützt ja uns nichts!)

Wir sind auf dem Treppchen; wir sind im Grunde genommen hier in einem sehr engagierten Wettbewerb vorne dabei. Ich möchte wetten:

(Abg. Drexler SPD: Nicht schon wieder! Jeder wettet hier! Wir sind doch kein Wettbüro!)

Durch diese Maßnahmen im Nachtragshaushalt und in der Struktur, die im nächsten Jahr umgesetzt werden kann, wird Baden-Württemberg auch in den nächsten Jahren mit dem Ziel einer sinkenden Neuverschuldung mit Sachsen und hinter Bayern vor allen anderen Ländern auf dem zweiten oder dritten Platz bleiben.

(Abg. Schmiedel SPD: Liechtenstein ist besser!)

Wir haben durchaus genügend Verantwortungsgefühl für die Haushaltspolitik unseres Landes. Diese Regierungskoalition ist in diesem Haus ohne jede Alternative. Diese Haushaltspolitik ist meines Erachtens weiterhin beachtenswert. CDU und FDP/DVP halten Kurs.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Oettinger, ob Sie mit dieser Rede Kurs gehalten haben, das werde ich noch versuchen Ihnen nahe zu bringen. Ich möchte noch etwas zu den Kürzungen sagen, die Sie bezüglich der Beamten gerade vorgeschlagen haben. Sie vergrößern natürlich den Unterschied zwischen Tarifangestellten und Beamten jetzt noch dramatisch in der Arbeitszeit, obwohl Sie ja lange darüber nachgedacht haben: Statt wie bisher eineinhalb Stunden arbeiten die Beamten in Baden-Württemberg zukünftig zweieinhalb Stunden mehr als die Angestellten. Wir sind der Auffassung: Wenn man den öffentlichen Dienst einheitlich sieht, dann kann man das nicht machen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist richtig!)

Darum sind wir dagegen. Sie hätten in Ihrer Analyse des Beispiels mit den zwei Schreibtischen und den zwei unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen dann konsequenterweise auch dagegen sein müssen. Das kann man nicht machen.

Noch viel schlimmer, Herr Oettinger, wird es aber – da verstehe ich Sie überhaupt nicht – in der Frage Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. Jetzt wollen wir doch mal schauen, was das bei Beamten ausmacht. Nennen wir doch mal die Zahlen. Herr Oettinger, da stelle ich einfach fest, dass Sie und der Herr Ministerpräsident, die sich gerade hinter mir unterhalten

(Zurufe von der SPD)

– das ist doch egal, er kann doch mit dem Ministerpräsidenten reden –, offensichtlich beide nicht wissen, was die Leute verdienen. Ich nehme einen Polizeibeamten, der Streife in Baden-Württemberg schiebt, 34 Jahre, verheiratet, Steuerklasse IV. Er hat ein Monatseinkommen von 1 920 €. 1 920 €! Der soll jetzt voll auf sein Urlaubsgeld und auf 25 % des Weihnachtsgeldes, mit dem er ja gerechnet hat, verzichten. Das sind genau 712 € weniger im Jahr.

(Abg. Schmiedel SPD: Skandal!)

Wo leben Sie eigentlich, wenn Sie sagen, dass er darauf verzichten kann? Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Bei den Pensionen der Minister blockieren Sie seit Monaten unser Gesetz, mit dem wir eine Senkung erreichen wollen, aber bei den armen Polizeibeamten gehen Sie rein wie bei den dicken Fischen. Das ist die Politik der CDU hier im Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Schefold CDU: Machen Sie doch einmal eine Jahresberechnung!)

– Es geht nicht um die Jahresberechnung. Der Mann rechnet doch nicht mit Jahren. Gehen Sie doch mal zu einem Polizeibeamten und erzählen Sie ihm, was Sie verdienen. Dann sagt er: „Bei Ihnen kann man das Weihnachtsgeld auch streichen.“ Sie kriegen ja keines. Solange Sie nicht be-

(Drexler)

reit sind, Ihre Diäten zu reduzieren, können Sie nicht mit Polizeibeamten so umgehen. Herr Scheffold, das ist doch klar. Wo ist denn da die Glaubwürdigkeit?

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sie können nicht Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Hören Sie auf, von sozialer Gerechtigkeit zu reden, wenn Sie solche Dinge machen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Pauli, Dr. Scheffold und Seimetz – Weiterer Zuruf von der CDU: Das ist populistisch!)

– Ach hören Sie doch auf! Immer, wenn wir die Wahrheit sagen, ist das populistisch. Ja, es trifft Sie halt; das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Und jetzt sage ich Ihnen, wir machen mit beim Weihnachtsgeld und beim Urlaubsgeld, aber wir wollen sozial ausgewogen kürzen. Das kann man sicherlich in der Hierarchie abgestuft machen, aber nicht bei den Polizeibeamten, beim einfachen, mittleren und gehobenen Dienst. Da geht es nicht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Immer, wenn man mit Ihnen Tacheles redet, sind Sie nervös.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Der Einzige, der nervös ist, sind Sie!)

Ich sage Ihnen, wie es aussieht, was die Leute verdienen und welche Verluste sie aufgrund Ihrer Politik haben.

Jetzt kommen wir zu der Art und Weise, wie der Herr Ministerpräsident die Verwaltungsreform in die Öffentlichkeit, in die CDU-Fraktion, in die Regierungsfraktion eingeführt hat. Wenn man so mit einer Fraktion umgeht, muss man sich schon fragen: Warum macht das ein Ministerpräsident? Warum macht er das? Als Erstes könnte man sagen, er hat Angst, dass seine Fraktion mitdiskutiert. Das ist der erste Punkt. Wahrscheinlich hat er Angst gehabt, dass, wenn er mit einem Konzept kommt, worüber man wochenlang nachdenken kann, dann etwas anderes herauskommt. Ein komisches Verhältnis zwischen dem Ministerpräsidenten und seiner Fraktion!

Ich sage Ihnen einmal etwas ganz anderes: Er wollte der CDU-Fraktion sagen, wer hier Herr im Haus ist. Er kommt mit einem Vorschlag: Das habt ihr zu akzeptieren. Und ihr habt es akzeptiert – ohne jegliche Diskussion darüber, was zu verändern sein wird. Da muss ich sagen: Es ist doch klar, warum er das gemacht hat. Er wollte dieser CDU zeigen, wer Herr im Haus ist. Das hat er gestern Mittag gezeigt. Sie haben nicht den Mumm gehabt, weiter darüber zu diskutieren. Sie haben nicht den Mumm gehabt, zu sagen, dass davon einiges problematisch ist. Herr Oettinger, Sie haben das mit einem einzigen Federstrich abgezeichnet. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Verwaltungsreform zum

Schluss so herauskommt, wie sie jetzt eingebracht wurde. Das kann ich mir nun wirklich nicht vorstellen, weil diese Verwaltungsreform mit dünner Nadel gestrickt ist. Ich werde Ihnen das gleich auch noch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Ich muss mir ja keine Gedanken über den Umgang des Ministerpräsidenten mit der Regierungsfraktion machen.

(Abg. Seimetz CDU: Eben!)

Das muss ich nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Aber mir scheint es schon – –

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

– Ja, es trifft Sie natürlich. Das ist mir schon klar. Hätten Sie den Mund in der Fraktionssitzung aufgemacht und nicht hier! Dort hätten Sie etwas sagen sollen!

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Er tut gerade so, als ob er dabei gewesen wäre!)

– Ja, ja, trotz Ihrer roten Krawatte haben Sie gestern Mittag keinen Mumm gehabt, etwas zu sagen. Trotz Ihrer roten Krawatte!

Ich sage noch einmal: Der Umgang macht uns deswegen misstrauisch, weil das auch ein Umgang mit einem Teil des Parlaments ist: Die CDU-Fraktion ist ja Teil des Parlaments. Und wenn man schon mit der so umgeht, dann kann man sich – –

(Oh-Rufe von der CDU – Lebhaftes Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Schneider)

– Ja, natürlich. Der Herr Landrat Schweizer wird nicht mehr lange da hinten sitzen, denn wenn die – –

(Lebhafte Heiterkeit – Zurufe: Schneider!)

– Wie? Es ist ja egal, wie Sie heißen. Aber Sie werden zukünftig nicht mehr im Parlament sein, wenn die Verwaltungsreform so kommt. Sie haben schon angekündigt, dass Sie dann ausscheiden werden. Das wäre im Übrigen der einzige Erfolg dieser Verwaltungsreform, Herr Kollege.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Jetzt kommen wir einmal zur Sache. Über den Stil habe ich schon gesprochen, und jetzt kommen wir einmal zur Sache. Und da nehme ich einfach einmal die Verwaltungsreform Baden-Württemberg, Seite 1 der Vorlage.

(Zurufe von der CDU)

Da steht dann drin: „Angesichts der dramatischen Haushaltslage . . .“ Als wir am 22. Januar dieses Jahres hier die dramatische Haushaltslage geschildert und gesagt haben,

(Drexler)

wir bräuchten eine Verwaltungsreform: pures Nein der CDU. Der Ministerpräsident hat gesagt: „Kommt überhaupt nicht infrage!

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Ihr seid im Defizit!)

Wir brauchen das nicht!“

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Dann haben wir gesagt: „Aber die Pensionslasten nehmen zu.“

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir haben halt die Meinungsführerschaft!)

Antwort: „Aber das brauchen wir auf jeden Fall nicht! Wir werden wiederum 5 000 oder 10 000 Stellen streichen.“ Dann haben wir gesagt: „Das geht gar nicht mehr! Wir brauchen einen Paradigmenwechsel.“ Das steht wörtlich drin, ist wahrscheinlich aus unserem Papier.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Dann: „Es genügt nicht mehr, auf der Basis der vorhandenen Strukturen Verbesserungen zu erreichen.“

(Zurufe von der CDU)

Wörtliches Zitat von uns. Steht hier sogar drin. Abgeschrieben! Dazu haben Sie damals gesagt: „Das brauchen wir alles nicht, Baden-Württemberg geht es gut. Wir streichen.“

(Zurufe von der CDU)

Jetzt, 22. Januar: Der Herr Ministerpräsident hat in der Öffentlichkeit gesagt: „Ach, das ist alles . . . Das geht über uns hinweg.“ Noch vor 14 Tagen hat Herr Oettinger zu dem Vorschlag des Kollegen Pfister, der wieder gesagt hatte, wir bräuchten eine Verwaltungsreform, im Fernsehen gesagt: „Völlig unnötig! Wären wir der FDP/DVP gefolgt, hätten wir vor einigen Jahren die Landkreise abschaffen müssen. Jetzt will die FDP/DVP sie verstärken. Wir brauchen das alles nicht.“ Das ist die Situation dieser Regierungsfraktion und der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Jetzt noch das Nächste: „Die Instrumente der Einsparvorschläge auf der Basis der vorhandenen Verwaltungsstruktur sind erschöpft.“ Können Sie sich noch daran erinnern? Darüber haben wir – die Grünen und wir – genau anlässlich der Haushaltsberatungen am 22. Januar diskutiert. Das haben Sie abgelehnt. „Ist nicht so.“ Jetzt kommen Sie drauf. Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub derjenigen, die einsparen wollen aufgrund einer Verwaltungsreform! Willkommen im Klub!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Tut weh, in der Opposition zu sein! Ist schmerzhaft!)

– Ja, mir ist schon klar, dass Ihnen das wehtut.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Das ist mir schon klar: Es tut Ihnen weh.

(Zurufe von der CDU)

Wahrscheinlich war der Vorschlag von Herrn Oettinger zu NSI jetzt der Rückschlag des Fraktionsvorsitzenden, weil er gestern Mittag so behandelt worden ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Anders kann ich mir das gar nicht vorstellen. Gestern Mittag ist die CDU-Fraktion überrollt worden. Haben Sie vorhin die Gesichter von Herrn Stratthaus bis zum Herrn Ministerpräsidenten bei der Rede des Herrn Oettinger zu NSI gesehen? Polizei wird ausgenommen, alles wird ausgenommen, was ins Landratsamt eingegliedert wird. Das war unser Vorschlag, weil wir gesagt haben: „Die ganzen Bereiche der Polizei, aber auch der Justiz kann man nicht nehmen. Lasst uns darüber diskutieren, über eine veränderte Schnelligkeit der Einführung von NSI.“ – „Brauchen wir nicht! Abgelehnt!“ Er macht jetzt den Vorschlag, völlig zur Überraschung der ganzen Regierungsbank. Die waren alle entsetzt.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Auch hier wieder: Willkommen im Klub! Herr Oettinger, Sie können nachher unseren Anträgen zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Das nur zur Klarheit und Wahrheit und vor allem zum Kurshalten der CDU in diesem Land und dieser Regierung.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Ich erwarte nach dieser Rede, Herr Oettinger, dass Sie sowohl dem Streichungsantrag bezüglich der 80 Millionen € zustimmen als auch dem Sperrvermerk bei NSI; denn bei diesem Sperrvermerk wollen wir ja einmal abwarten, was wir dann bei NSI verändern können, wie Sie das auch gesagt haben. Also: Vielen Dank!

Ich mache mit Ihnen aber eine Wette, dass Sie dem Vorschlag der SPD, obwohl Sie ihn in Ihrer Rede begrüßt haben, nicht zustimmen werden. Machen wir eine Wette, weil hier ja jetzt jeder Wetten anbietet.

(Abg. Wieser CDU: Ich mache die Wette, dass Sie der Verwaltungsreform nicht zustimmen werden!)

– Ich komme gleich darauf zurück. – Jetzt kommen wir zur Verwaltungsreform. Sie enthält insgesamt drei Fehler.

Der erste Fehler betrifft den Regionalgedanken. Wenn die CDU nicht zur Kenntnis nimmt, dass es nicht nur in der Region Stuttgart andere Strukturen gibt, sondern auch draußen im Land darüber nachgedacht wird, Strukturen aufzubauen, die die Region mit einbeziehen, weil sowohl Verkehr, Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung als auch Arbeitsbeziehungen oder Abfallbeseitigung Fragen sind, die die Region betreffen, dann, muss ich Ihnen sagen, können Sie die Verwaltungsreform wegschmeißen. Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen. Sie können doch nicht eine Verwaltungsreform machen, ohne die regionalen Gedankengänge aufzunehmen, die in diesem Land debattiert werden. Das ist der erste Fehler.

(Drexler)

Wenn Sie dies dann machen, müssten Sie einen Teil der Aufgaben nach oben geben, und dann müssten wir auch bei diesem Verwaltungsvorschlag darüber nachdenken: Wo bleibt denn hier die Bürgernähe? Was hat denn der Bürger von Ihrem Verwaltungsvorschlag? Nichts! Es gibt keinen einzigen Vorschlag dazu, was vom Landratsamt auf die Kommunen verlagert werden soll – das wäre im Übrigen ein Vorteil des ländlichen Raums. Deshalb muss man, wenn man von einer Reform spricht, doch darüber diskutieren, was im Rahmen der Verwaltungsreform auf die kommunalen Ämter verlagert werden kann. Anträge betreffend das Kfz bis hin zum Führerschein – das alles kann die Kommune machen. Dies steht nicht in Ihrem Papier. Keine Bürgernähe; Ziel völlig verfehlt, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU)

Ich komme zum dritten Bereich. Ihr Reformeifer ist hinsichtlich der Ministerien völlig erlahmt. Dazu wird dann gesagt: Ein paar Referate fallen weg. Wenn Sie schon eine Reform machen wollen, dann sollten Sie eine machen, in der Sie durch Herausgehen aus dem operativen Geschäft Ministerien zusammenlegen können. Warum haben Sie diesen Vorschlag nicht gemacht? Auch dieses Ziel ist nicht erreicht.

Ihre Reform ist also in drei Bereichen völlig falsch. Wenn Sie eine echte Reform machen wollten, müssten Sie über diese drei Bereiche nachdenken. Darüber muss diskutiert werden; ansonsten wird es wieder ein halber Entwurf. Ich sage: Sie verschieben nur Ämter. Ich sehe überhaupt keine Reform. Sie verschieben bestehende Ämter. Sie machen keinen Vorschlag, wie Aufgaben reduziert werden können; Sie machen keinen Vorschlag, wie man Bürokratie abbauen kann. Im gesamten Papier steht dazu nichts.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Frau Vizepräsidentin, sprechen Sie nicht davon. – Es geht wirklich um die Frage, was Sie verschieben. Sie verschieben Ämter, teils zum Regierungspräsidium, teils zu den Landratsämtern. Damit ist die Sache für Sie erledigt. Das ist keine Reform.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Beim Staatsaufbau müssen wir darüber nachdenken, welche zentralen Aufgaben von den Ministerien bis an die Basis reichen. Hier gibt es drei Bereiche: die Justiz – diese lassen Sie –, die Polizei, um Durchgriffsrechte zu haben – die verändern Sie; wir halten es für eine völlige Schnapsidee, Polizeidirektionen in Landratsämtern zu integrieren –, und die Finanzverwaltung. Das sind die drei Bereiche.

Ich sage Ihnen: Es ist völliger Unsinn, die Polizei in Landratsämtern zu integrieren. Sie werden den erbitterten Widerstand der Polizei selber, aber auch von uns Sozialdemokraten erleben, weil dies Unsinn ist. Das ist nicht durchdacht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Ich kann Ihnen gleich einmal sagen, wie das Ihre Abgeordneten sehen, Herr Scheuermann. In der „Schwäbischen

Post“ von heute steht: „Die jetzt anvisierte Reform betreffe nur die Verwaltung, erklärte der Landtagsabgeordnete Winfried Mack, CDU.“ Der muss es wissen; er kommt ja aus dem Staatsministerium.

(Zuruf des Abg. Mack CDU)

„Alle Behörden blieben unter staatlicher Hoheit; der Landrat sei nur ‚formal‘ der Chef.“

(Lachen bei der SPD)

Na bitte, das ist eine Reform! Da schiebt man alles herum, und nachher ist der Landrat nur noch formal Chef. Das ist eine tolle Aussage zu Ihrer Verwaltungsreform.

Ein Zweites: Wo ist denn die Diskussion mit den Beschäftigten darüber, Ämter mit hineinzunehmen? In dem Artikel heißt es weiter: „Keinen Kommentar zu den Plänen der Landesregierung darf Polizeidirektor Gerhard Wiest abgeben. Per Fax sei aus Stuttgart die Order gekommen, dass nur das Innenministerium zu der Überlegung Stellung nehmen dürfe, erklärte der Chef der Polizei im Ostalbkreis.“ Das ist eine tolle Mitarbeiterbeteiligung an der Reform, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Wieser CDU: Bei uns wird die Politik vom Minister gemacht!)

– Nicht mehr lange.

Zu diesem Durcheinander will ich Ihnen zum Schluss nur noch eines sagen, wenn ich die vier Seiten der Konzeption im Einzelnen durchlese: Eingliederung in die Stadt- und Landkreise, Vermessungs- und Flurneuordnungsämter. Wenn ich es richtig weiß, haben wir mit viel Geld erst vor kurzem einen Landesbetrieb Vermessungsamt errichtet. Wir haben mit viel Geld alles Mögliche zusammengebracht. Jetzt zerschlagen Sie es wieder und verteilen es auf die 35 Landkreise und 9 Stadtkreise. Das ist eine völlig irre Politik.

Sie werfen Geld hinaus und verunsichern die Leute. Das kommt davon, wenn man von heute auf morgen einen Reformvorschlag einbringt, den man mit Gewalt durchsetzen will. Das ist die Politik der CDU. Wir werden dagegen entschieden Widerstand leisten, weil das, was Sie machen wollen, Quatsch ist.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Die FDP/DVP ist auch dabei! – Abg. Capezzuto SPD: Es gibt eigentlich nichts mehr zu sagen!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir gestern in der FDP/DVP-Fraktion die Vorschläge zur Verwaltungsreform behandelt haben,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

(Hofer)

haben wir ihnen, wie Sie sicherlich mitbekommen haben, einstimmig zugestimmt. Wir haben dazu keine Stunde gebraucht,

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: In verschlossenem Umschlag! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Befehlsempfänger!)

nicht weil wir es uns leicht gemacht haben, sondern weil es uns leicht gefallen ist.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Denn wir haben in weiten Passagen über Vorschläge abgestimmt, wie wir sie schon seit Monaten – immer wieder gestützt auf das Hesse-Gutachten – vorgestellt haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Das Hesse-Gutachten ist durch zum Teil weiter reichende Vorschläge noch übertroffen worden. Ich komme nachher darauf zurück. Aber wir sagen unumwunden: Wir gratulieren dem Herrn Ministerpräsidenten zu diesen weitreichenden, konsequenten

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

und vor allem umsetzbaren Vorschlägen.

(Abg. Göschel SPD: Das war jetzt der Kotau!)

Uns hat nicht so sehr die Tragweite dieser Vorschläge überrascht. Da habe ich immer gelesen, dass die Vorschläge sehr weit gingen und dass dies ungeheuer sei. Mich hat nicht die Tragweite überrascht. Denn die Tragweite haben wir, ohne dass wir die gleiche Resonanz hatten, eigentlich immer gekannt und auch vorgestellt.

Mich hat viel mehr überrascht, dass es angesichts der gegenwärtigen Haushaltssituation, die auch anhält, möglich war, diesen Sprung zu machen. Ich habe auch allen Respekt vor unserem Koalitionspartner, vor der CDU-Fraktion, die dies angesichts der Notsituation im Haushalt so beschlossen hat. Das hat überrascht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Natürlich ist es ein Unterschied in der Wahrnehmung, ob die Botschaft von der FDP/DVP-Fraktion kommt oder vom Ministerpräsidenten dieses Landes.

Ich habe auch ein bisschen den Eindruck, Herr Drexler, und uns tut es auch ein bisschen Leid – das sage ich ganz offen –, dass dieses Thema eigentlich nicht mehr allein unser Thema innerhalb der Koalition ist.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber bei Ihnen habe ich den Eindruck, Sie sind schon sehr enttäuscht, dass die Koalition diesen Weg jetzt ganz konsequent beschreitet

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Den falschen!)

und dass Ihnen das Agieren im Grunde weggenommen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir sind froh, dass Sie überhaupt einmal etwas machen! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ein ganz wichtiger Punkt dieser Vorschläge zur Verwaltungsreform ist – das ist der erste Punkt –, dass man nicht, wie wir das in der Vergangenheit durchaus mit einigen guten Ergebnissen und Erfolgen gemacht haben, einmal da und einmal dort ansetzt, sondern ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt wird, der als Prüfauftrag in seiner Gänze selbstverständlich zu einer Haushaltsstrukturkommission gehört. Denn ich kann ja nicht alles Mögliche auf den Prüfstand stellen, aber die Frage einer ganzheitlichen Überprüfung einer Verwaltungsreform, die Frage der Übermöblierung, die wir im behördlichen Bereich in diesem Land unstreitig haben, ausklammern. Dies wird aufgenommen, und das halte ich für ausgezeichnet. Wir können nur sagen: Wir bleiben da auch weiter am Ball.

Natürlich ist der Umfang der Reform beachtlich. Wenn man von 450 Behörden 350 abbaut

(Zurufe von der SPD)

– eingliedert –, dann können eigentlich nur Leute, die sich in der Verwaltung relativ schlecht auskennen, sagen, das hätte keine Auswirkungen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Selbstverständlich hat das große Auswirkungen. Ich habe sowieso den Eindruck, dass man sich im Vorfeld mit rigorosen Modellen überbietet, und wenn es an die Umsetzung geht, die wir nicht mehr aufschieben können, weil uns die Not zwingt, dann beginnt man mit dem allgemeinen Wehklagen, wie wir das gewohnt sind, und zwar ausgerechnet von denen, die vorher das meiste verlangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt muss umgesetzt werden. Wir haben übrigens nie ein Hehl daraus gemacht – ich sage das an dieser Stelle auch noch einmal deutlich –, dass sich auch die FDP/DVP-Fraktion und die FDP/DVP insgesamt von Modellen gelöst haben. Wir haben früher auch einmal den Regionalkreis in Betracht gezogen, haben aber festgestellt, dass nichts anderes eintritt als das, was Hesse prophezeit hat, dass all diese Vorschläge, wo jeder jeden auflöst und nirgends sagt, wie es weitergeht, Reformen sind, die zur Erfolglosigkeit verdammt sind. Das sind Sackgassen. Das haben wir erlebt. Weitere Sackgassen können wir uns nicht erlauben. Jetzt muss umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da haben wir uns getrennt.

Ich komme zum Thema „regionale Entwicklung“. Auch die regionale Entwicklung ist in der Zwischenzeit weit über den Gedanken der Regionalkreise hinausgegangen.

(Hofer)

Ich möchte an dieser Stelle einmal feststellen, was nach meiner Meinung außerordentlich wichtig ist: Es ist eine Reform konsequent von oben nach unten. Natürlich liegt der Teufel manchmal noch im Detail, das wissen wir.

(Heiterkeit)

– Nicht der Herr Ministerpräsident, sondern der dieses Sinnspruchs.

Das bedeutet, dass man natürlich nicht sagen kann: Wir prüfen, aber aus der Prüfung wird nichts herauskommen. Natürlich müssen und werden diese Vorschläge einer zügigen, aber sorgfältigen Überprüfung zugeführt werden.

Zum dreistufigen Verwaltungsaufbau: Klar, wir haben uns auch überzeugen lassen. Hesse hat sein Gutachten übrigens im Auftrag des Bundes der Steuerzahler gemacht. Die wollen doch Geld einsparen. Die wollen nicht, dass weitere Ressourcen verplempert werden. Der Bund der Steuerzahler ist nicht der schlechteste Auftraggeber bei einer Verwaltungsreform.

(Abg. Bebber SPD: Was soll denn dieser Herr Hesse dauernd?)

Wir gehen jetzt auf die Inhalte ein. Wir versachlichen.

(Abg. Drexler SPD: Ist Hesse Vorsitzender der FDP?)

– Wir haben uns Hesse immerhin am Dreikönigstag angehört und haben uns in weiten Passagen seine Ausführungen zu Eigen gemacht.

Ich sage jetzt noch einmal: Dreistufiger Verwaltungsaufbau ist in einem Flächenland wie Baden-Württemberg eigentlich unstreitig notwendig. In kleineren Ländern – über Stadtstaaten brauche ich nicht zu reden – ist das anders. Da wurde auch sehr genau unterschieden.

Zum Thema Ministeriumsebene: Es ist doch richtig, dass die Ministerien verschlankt werden sollen. Übrigens sollten wir die Ministerien nach unserer Meinung auch nicht mit Tausenden von Anfragen unnötig belasten. Das gehört auch zu einer Reform.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Seimetz CDU: Ausgezeichnet!)

Da müssen wir uns auch einmal an die eigene Nase fassen, wenn es nach dem Motto geht: Weniger ist mehr. Aber dass dort Abteilungen und Referate eingespart werden, das heißt, dass ihre Zahl reduziert wird, finde ich richtig. Es muss von oben nach unten gehen. Wir drücken uns nicht um die Frage der Verminderung der Zahl der Ressorts, also der Ministerien. Das ist in jeder Koalitionsvereinbarung immer ein Thema gewesen. Das war es in der Vergangenheit, und das wird es in der Zukunft sein. Natürlich wird da auch an einen Koalitionspartner, etwa an uns – vielleicht sind wir es wieder –, die Frage gestellt: Auf welches Ressort verzichtet ihr dann selber? Dieser Frage müssen wir uns selber auch stellen. Das wird bei jeder Koalitionsvereinbarung geprüft.

(Abg. Schmiedel SPD: Freudenberg! Den streichen wir sofort!)

Was die Frage der Bündelungswirkung bei den Regierungspräsidien anbelangt: Ich will das nicht alles Revue passieren lassen, sonst wird es abendfüllend. Aber eines muss man natürlich sagen: Der Ansatz, der uns erklärt worden ist – er kommt gar nicht von uns, aber er überzeugt uns sehr –, ist: Dort, wo wir Landesoberbehörden und Sonderbehörden vierfach haben, ist es eigentlich nahe liegend, sie auf vier Regierungspräsidien zu verteilen. Dort, wo die Sonderbehörden, etwa Forstdirektionen, von denen es ja nur zwei gibt, nur zweimal da sind, wird man nicht vier machen, und man wird vor Ort Regelungen treffen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Neue Sonderbehörden!)

Es wird sogar so sein – das haben wir ja schon heute, etwa bei Genehmigungstatbeständen im Biobereich –, dass ein Regierungspräsidium oft auch nur einen Bereich im Wege der Vor-Ort-Aktion erledigt. Das nähert sich etwas dem Gedanken von Landesverwaltungsämtern, ohne dass es Landesverwaltungsämter sind.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Neue Sonderbehörden! Das ist das Tragische!)

– Nein, keine neuen Sonderbehörden. Wenn Sie das meinen, dann haben Sie es nicht verstanden.

(Abg. Fischer SPD: Da gibt es überhaupt nichts zu verstehen, weil nichts Rechtes da ist! – Abg. Schmid SPD: Etikettenschwindel!)

Beschäftigen Sie sich noch eine Weile damit – was Sie ja tun werden –, dann verstehen Sie es. Dies ist eine hervorragende Angelegenheit.

Übrigens einfach ein direktes Wort zu den Oberschulämtern und überhaupt zur Schulverwaltung: Ich halte das für einen sinnvollen Ansatz – der übrigens auch in unserer Empfehlung enthalten war –,

(Abg. Fischer SPD: Und in unserer!)

der bei größerer Selbstständigkeit der Kommunen,

(Abg. Drexler SPD: Der Schulen!)

der Schulen und im Übrigen auch in den Bereichen, die vor Ort sind und die man in die Landkreise eingliedern kann, im Grunde genommen im Wesentlichen die Aufrechterhaltung von Oberschulämtern noch zulässt. Wir haben gegenwärtig vier Oberschulämter. Sollen sie auf vier Regierungspräsidien verteilt werden, einverstanden. Aber wenigstens die Prüfung, ob da nicht zwei reichen, sollte man noch dazu ergebnisoffen ansetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt komme ich noch auf das, was Sie sagten, Herr Drexler. Sie haben – vielleicht in der Eile oder in der Erregung – die wichtigsten Punkte, die Sie moniert haben, einfach falsch eingeschätzt. Sprechen wir zum Beispiel einmal folgenden Punkt an: Gehen wir einmal zur Eingliederung der Sonderbehörden in die Landratsämter. Der Unterschied zu Hesse besteht lediglich darin, dass Hesse nicht die Polizei-

(Hofer)

direktionen angesprochen hat. Alles andere hat er angesprochen, und wir auch.

(Abg. Schmiedel SPD: Warum machen Sie das dann nicht bei den Landkreisen?)

Aber gehen wir einmal zu dem, was Sie gesagt haben. Da wird ja den Landkreisen nichts weggenommen.

(Abg. Drexler SPD: Steht nicht drin!)

Wir wurden ja im Vorfeld ordentlich einbezogen. Ganz so überraschend kam das ja nicht.

(Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Na, na, na! – Abg. Schmiedel SPD: Über Nacht!)

– Ach, das wissen Sie doch gar nicht. – Wir haben im Vorfeld darauf hingewiesen und sind auf offene Türen gestoßen.

(Abg. Schmid SPD: Ach so! – Abg. Drexler SPD: Wo?)

So steht es übrigens auch in dem Papier drin: Im Rahmen der Verwaltungsreform und auch der Eingliederung der Sonderbehörden soll parallel ständig geprüft werden, welche Zuständigkeiten und Aufgaben von den unteren Verwaltungsbehörden auf die Städte und Gemeinden übertragen werden können. Wir tun genau das, was Sie fordern.

(Abg. Drexler SPD: Wo steht das drin?)

– Das steht im Abschnitt IV.

(Abg. Schmiedel SPD: Da steht aber nichts Konkretes! Jetzt aber mal konkret!)

– Ich sage hier nur genau das, was wir tun.

Wir wollen das genau deshalb, weil wir wissen, dass die Kommunen in vielen Bereichen ihre Hausaufgaben unstreitig besser erledigt haben, zum Beispiel was die Frage der Verschuldung oder was die Frage der Pensionsvorsorge angeht. Es ist nur angebracht, ihnen im Wege der Verwaltungsreform über diese Prüfung weitere Aufgaben und Zuständigkeiten zu geben. Das muss natürlich mit dem entsprechenden finanziellen Abgleich erfolgen. Das wollen wir.

Sie haben angesprochen, von Regionen sei keine Rede. Wir haben das im Vorfeld intensiv angesprochen. Da stimme ich Ihnen absolut zu. Wir können und wollen nicht nur eine staatliche Verwaltungsreform machen und sagen, alles andere sei uninteressant.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wo kommen denn die Regionen in dem Konzept vor?)

– Unter Abschnitt V.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Das ist doch nichts Neues! Da steht doch nichts drin! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Moment. Ach, komm! – Ich sage Ihnen, was wir anstreben und wo wir d'accord sind.

Die Regionen sind übrigens kein Thema, bei dem es um Effektivität und um die Ausgabenseite geht. Regionen muss man unter dem Gesichtspunkt der Einnahmeseite sehen. Wenn wir in vielfältiger Weise eine gestärkte regionale Zusammenarbeit haben, dann betrifft das die Frage nach Standortvorteilen, und dann ist die Frage, ob wir im Wettbewerb mithalten können, ob wir Nischen ausfindig machen und ob wir innovativ sind. Wir brauchen eine regionale Entwicklung. Dies steht einer Verwaltungsreform doch überhaupt nicht entgegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Ministers Dr. Christoph Palmer – Abg. Schmid SPD: Aber Sie machen es nicht! Sie reden nur darüber, aber Sie machen nichts! Es steht drin, so wie bisher läuft es weiter!)

Deshalb steht bei uns klar drin:

Der Verband Region Stuttgart bleibt erhalten.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a.: Tolle Leistung! Das ist ja der Hammer! – Unruhe)

– Moment! Es ist schon selten, dass Sie nicht einmal zwei Sätze –

(Minister Dr. Christoph Palmer: So ist es!)

Ihre Position ist so schwach, dass Sie sich nicht einmal einfach zwei Sätze anhören können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD, u. a.: Lesen Sie doch weiter!)

Es steht drin, eine Aufgabenüberprüfung werde entsprechend der Koalitionsvereinbarung weiterhin stattfinden.

(Abg. Schmid SPD: Das sagen Sie zum nächsten Jahr! – Abg. Schmiedel SPD: Wann denn?)

– Wir haben doch auch eine Vorgabe gemacht: Innerhalb dieser Legislaturperiode wird geprüft.

(Abg. Schmid SPD: Wann? Nächstes Jahr? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das Datum!)

Ich stelle einmal fest: Ich bin dort selbst Mitglied, und es sind auch noch einige andere Abgeordnete dabei.

Erstens: Der Verband Region Stuttgart hat seine Aufgabe gut gemacht.

Zweitens: Er soll sie auch weiterhin gut machen können.

Drittens: Dazu muss geprüft werden, wie übrigens immer geprüft werden muss. Jede Verwaltungsreform ist ein Prozess, keine Momentaufnahme.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Jeder, der eine Verwaltungsreform macht, weiß das. Das heißt: Es muss natürlich überprüft werden, ob die Aufgabenzuschnitte noch richtig sind oder nicht. Das werden wir im Interesse der Fortführung dieser guten Arbeit auch tun.

(Hofer)

Was wir nicht tun, steht im zweiten Absatz: Wir machen die Region Stuttgart nicht zum Maß aller Dinge für regionale Entwicklungen in diesem Land. Auch das ist völlig –

(Abg. Bebbler SPD: Falsch!)

– Das ist nicht falsch. Eine grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit im Dreiländereck, die auch Nationen einbindet – Schweiz, Frankreich –, oder im Rhein-Neckar-Gebiet ist doch in der Struktur, in dem Aufgabenbereich und in der Vorgehensweise völlig anders als in einer Metropolregion wie Stuttgart.

(Abg. Bebbler SPD: Wer sagt denn etwas anderes?)

Im Übrigen, muss ich sagen, stört es mich sehr viel weniger, wenn Sie nicht zustimmen. Mich hätte viel mehr gestört, wenn die kommunalen Landesverbände –

(Abg. Drexler SPD: Wenn der Landkreistag nicht zustimmt!)

– Nicht allein der Landkreistag, sondern auch der Städtetag und der Gemeindetag. Die haben sehr unterschiedliche Vorstellungen und werden auch zu einzelnen Punkten weiter unterschiedliche Vorstellungen haben, aber der großen Linie stimmen sie mit Erleichterung zu und sagen: Endlich wird es angegangen. Das ist das, was alle drei kommunalen Landesverbände sagen.

Lassen Sie mich abschließend einfach, um noch etwas Fleisch an die Knochen zu geben und damit Sie nicht alles nur mit irgendwelcher Häme runtermachen, Folgendes sagen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das muss er halt! Dem Drexler fällt nichts Besseres ein!)

Mir ist das übrigens egal – wichtig ist, dass wir das Richtige tun –, ob wir dafür von Ihnen Beifall kriegen oder nicht. Das ist relativ egal.

(Abg. Drexler SPD: Kein Argument!)

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Die Größenordnung der Einsparung mit 20 % ist keine einsame Erfindung des Ministerpräsidenten, sondern da liegt er weitestgehend richtig. Die Landkreise sagen, als die Gesundheitsämter eingegliedert wurden, hat das mit den 20 % in etwa hingehauen. Auch das Gutachten im Auftrag des Bundes der Steuerzahler kommt zu nämlichlichen 20 %.

(Abg. Drexler SPD: Aber die Landkreise nicht!)

Übrigens: Ähnliches gilt auch für die Größenordnung der Reduktion: Das Hesse-Gutachten kommt zu einer Reduktion von 600 bestehenden Einrichtungen auf 240 Einrichtungen. Hier ist eine Reduktion von 450 auf 150 Einrichtungen vorgesehen. Woher rührt dieser Unterschied zwischen 450 und 600 Einrichtungen? Das ist ganz einfach deshalb so – und da haben wir noch eine Fülle zu tun –, weil wir jetzt nur von Behörden gesprochen haben, aber nicht von den unzähligen unselbstständigen Anstalten, Serviceeinrichtungen und Bildungseinrichtungen, bei denen man sehr wohl überlegen kann, ob nicht eine länderübergreifende gemeinsame Erledigung ihrer Aufgaben stattfinden kann. Diese

Einrichtungen sind hier gar nicht aufgeführt. Das ist noch ein weiterer Aufgabenbereich. Wir sollten nicht so tun, als sei mit der Umsetzung des Reformvorschlages alles erledigt. Der schwierigste Teil ist aber über diesen Vorschlag der Fraktionen – Ursprung war der Herr Ministerpräsident – angegangen worden.

(Abg. Bebbler SPD: Nicht gelöst!)

– Doch. Das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Bebbler SPD: Eine Zentralverwaltung nach altem französischem Muster ist das!)

Sie werden bei jedem einzelnen Punkt, auch dort, wo wir Sonderbehörden eingliedern, immer noch fragen müssen, in welcher Form die Eingliederung geschehen solle. Das Thema Landesbetrieb ist doch deshalb nicht vom Tisch.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie können sehr wohl alternativ prüfen, ob man aus einer Forstverwaltung nicht einen Landesbetrieb macht. Dabei bleiben wir.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das sind Dinge, die zumindest in die Prüfung eingehen werden. Richtig ist aber, dass man einmal das Gesamtthema anspricht.

Ein weiterer Punkt: Für uns war das Thema Privatisierung immer wichtig. Es bleibt auch wichtig.

(Abg. Bebbler SPD: Er hofft auf eine Präfektenstelle!)

Ich sehe hier, dass wir bei den sonstigen Maßnahmen die Privatisierung der Eichverwaltung haben. Ich habe als Erstes bemerkt und mir ist aufgefallen: In diesen Vorschlägen fehlt die Staatliche Hochbauverwaltung.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Staatliche Hochbauverwaltung ist ein nicht unerheblicher Zweig.

(Abg. Schmid SPD: Wird sie zu einem Landesbetrieb?)

– Nein, aber es kann überlegt werden, ob nicht, wie es Unternehmen auch machen, Teile der Hochbauverwaltung in den Bereichen Gebäudemanagement und Serviceleistungen schlicht und einfach extern erledigt werden können. Das gehört mit zu der Prüfung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich könnte an dieser Stelle noch weitermachen. Ich will das deshalb nicht tun, weil Sie ja sowieso nicht zu überzeugen sind. Sie sind ja eingefahren.

(Abg. Bebbler SPD: Sie können viel reden und entscheiden nichts!)

Sie reden von Reform, aber wenn es Ernst wird oder von anderen kommt, dann machen Sie nur daran herum.

(Hofer)

(Abg. Drexler SPD: Sie machen keine Strukturen fest! Kاپieren Sie das doch mal!)

Ich habe versucht, klar zu machen, dass hier sehr wohl Strukturen vorhanden sind, sogar in einer umfassenden Weise. Die von Ihnen vorgeschlagene Struktur der Regionalkreise, bei der als Erstes einmal jeder jeden auflöst,

(Abg. Drexler SPD: „Jeder jeden auflöst“!)

ist ein rigoroser Vorschlag. Er ist unter dem Gesichtspunkt einer Schlagzeile durchaus interessant, aber er führt nicht zur Umsetzung. Er führt im Gegenteil zur Blockade.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Ich bin dankbar dafür, dass wir bei einigen Schnittstellen – wir haben uns auch von einigen Punkten gelöst; es ist nicht so, dass wir keine Punkte hätten, bei denen wir anderer Auffassung waren, aber wir können der Reform im Interesse des Weiterkommens zustimmen – eine gemeinsame Marschrichtung haben.

(Lachen des Abg. Bebbler SPD)

Wir sind dankbar, dass dieser Vorschlag gemacht worden ist, und wir werden die Reform nun zügig umsetzen müssen, damit wir im Jahr 2005 tatsächlich auch eine entsprechende Kostenreduzierung bei gleicher innovativer Fortentwicklung des Landes haben werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Erstes kann ich mit Befriedigung feststellen, Herr Kollege Oettinger: Unsere Wachstumskritik ist angekommen. Sie haben begriffen, dass wir auch bei einem guten Wachstum von 2 % jährlich in zehn Jahren immer noch eine Lücke von 3 Milliarden € hätten. Daher ist klar, dass wir die Probleme allein durch die Hoffnung auf mehr Wachstum nicht lösen können. Wir müssen vielmehr an die Strukturen herangehen. Insofern ist die Oppositionsbank, Herr Kollege Hofer, zwar hart, die Oppositionsarbeit aber manchmal doch erfolgreich.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens, zur Beamtenbesoldung: Was der Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, mit dem Sie sich weitgehend an den Vorschlag des Beamtenbunds anlehnen, der erstens eine Kürzung des Weihnachtsgelds um 25 % und zweitens eine Abschaffung des Urlaubsgelds und damit in einem einzigen Jahr brutale Einschnitte vorsieht, für die Beamten, die wenig verdienen, bedeutet, ist vom Kollegen Drexler schon dargestellt worden. In diesem Bereich ist eine soziale Stafelung angesagt.

Aber das eigentliche Problem besteht darin, dass Sie mit der Umlegung des Weihnachtsgelds auf die Monatsgehälter eines Jahres das Problem der wachsenden Pensionslasten gar nicht lösen, weil es sich nach wie vor um ruhegehalts-

fähige Bezüge handelt. Das kann in Tarifverhandlungen leicht eingeholt werden. Deswegen ist es, glaube ich, erforderlich – und das hielte ich auch für sinnvoller –, das Weihnachtsgeld über einen planbaren Zeitraum Schritt für Schritt abzuschmelzen, um damit aus der Pensionslastenfalle herauszukommen.

Zugleich braucht man natürlich im Zusammenhang damit eine Reform des öffentlichen Dienstrechts, sodass wir die Leistungsträger in der Verwaltung trotzdem gut bezahlen können, sodass wir auch Leute finden. Setzt man zum Beispiel das Modell, das Sie jetzt haben, bei den Finanzämtern um – wenn Sie die also in die Städte konzentrieren –, dann haben Sie das Problem, dass noch mehr gute Finanzbeamte als schon heute, beispielsweise Betriebsprüfer, in die freie Wirtschaft abwandern, dort Steuerberatungsbüros aufmachen und der Staat somit an seiner Einnahmequelle geschädigt wird. Wenn Sie so weitermachen, bekommen Sie einfach keine guten Finanzbeamten mehr. Wenn Sie diese Institution hingegen im ländlichen Raum lassen, ist die Gefahr viel geringer.

Die Problematik ist also doch etwas komplizierter, als es beim ersten Hinschauen ausgesehen hat.

Dritter Punkt: Ihre Kritik an NSI zeigt, wohin es führt, wenn man eine Reform nur von oben herunter dekretiert und die Betroffenen nicht daran beteiligt: Sie scheitert zum großen Teil und muss nach kurzer Zeit wieder eingesammelt werden, was Sie ja heute gemacht haben. Ich sage Ihnen: So ähnlich wird es – so, wie die Verwaltungsreform angelegt ist – auch der Verwaltungsreform ergehen.

Jetzt frage ich: Wessen Aufgabe ist eigentlich eine Verwaltungsreform? Ist es eine Aufgabe des Parlaments oder eine Aufgabe der Regierung? Ich glaube, es ist die Aufgabe des Parlaments.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Beides!)

Ich erinnere an die Gemeinde- und Kreisreform. Diese Reform wurde hier im Parlament in leidenschaftlichen Debatten umgesetzt, und da war das Parlament, der Landtag von Baden-Württemberg, im Bewusstsein der Bevölkerung noch vorhanden, und die Abgeordneten haben auch etwas dargestellt. Aber das, was jetzt passiert, ist eine Totalentwertung des Parlaments.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darum haben wir den Vorschlag gemacht, eine Enquete-kommission einzuberufen, die sich damit befasst und dies wieder in leidenschaftlichen Debatten umsetzt.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Jetzt haben wir einen Coup aus dem Staatsministerium mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze: Am Montagabend kommt die Info an die CDU-Fraktion. Am Dienstag wird vier Stunden lang darüber debattiert. Dann gibt es noch neun Gegenstimmen, und der Kittel ist geflickt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ein schnelles Tempo!)

(Kretschmann)

Ich meine, das erinnert doch weniger an eine Demokratie als vielmehr an einen Duodezfürsten, der Zettel mit seinen Anweisungen aus der Kutsche wirft, die die Hofschranzen, die hinter der Kutsche herrennen, auflesen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Da kann ich doch nur noch fragen: CDU-Fraktion, wo bist du?

(Abg. Drexler SPD: Quo vadis? – Abg. Wieser CDU: Oh! Macht ihr euch Sorgen!)

– Wir machen uns schon Sorgen, und zwar vor allem um das Parlament, sein Ansehen, seine Bedeutung und leider auch seinen Bedeutungsverlust, Herr Kollege Wieser.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist Herrn Wieser Wurst!)

Wir fordern seit jeher eine Verwaltungsreform. Die haben Sie von der Union immer abgelehnt. Jetzt, wo Ihnen das Wasser bis zum Hals steht,

(Zuruf von der CDU: Was?)

kommt panikartiges Handeln heraus. Was Sie jetzt machen, sind Nägel ohne Köpfe. Immerhin aber:

(Abg. Drexler SPD: Nägel!)

Teufel hat sich bewegt! Deswegen sind wir darüber, Herr Kollege Hofer, nicht überrascht oder erschreckt, sondern erfreut, dass er sich überhaupt einmal bewegt. Die Frage ist nur: Ist es in die richtige Richtung?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Blenke CDU: Die Frage kann man eindeutig mit Ja beantworten!)

Jeder Verwaltungsreform, wenn sie denn einen Sinn haben soll, muss eine Aufgabenanalyse, eine Aufgabenkritik und bei dieser Haushaltslage auch eine Aufgabenreduktion der Verwaltung vorausgehen. Das muss jeder Verwaltungsreform sinnvollerweise vorausgehen. Wenn dies nicht geschieht, geht sie eben in die falsche Richtung. Das werde ich Ihnen gleich aufzeigen. Das heißt, wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir das Dreieck zwischen Staat, Markt und Bürgergesellschaft neu justieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das machen wir doch!)

Wie muss eine moderne Verwaltung aussehen, die ihre Aufgaben wahrnehmen kann?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das haben wir schon gemacht!)

Und wie muss dies im Verhältnis zur Bürgerschaft und zum Markt gestaltet sein? Diese Analyse und diese Überlegungen gehen einer Verwaltungsreform sinnvollerweise voraus. Wenn sie das nicht tun,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das tun wir doch!)

dann führt das lediglich zu aufgeblähten Apparaten: Dasselbe, was vorher in einer Sonderbehörde geschah, geschieht

jetzt im Landratsamt. Damit ist an sich noch überhaupt nichts gewonnen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

schon gar nicht erfolgt dadurch eine Einsparung von Verwaltung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Doch, 20 %!)

Ich will Ihnen das einmal am Beispiel der Schulverwaltung erläutern. Damit können Sie uns nicht überraschen. Wir fordern die Abschaffung der Oberschulämter seit ca. zehn Jahren.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Seit 20 Jahren! – Abg. Hofer FDP/DVP: Der Schulämter!)

Aber was muss dem vorausgehen?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schulreform!)

Dem muss doch die Frage vorausgehen, wie Schule überhaupt aussehen soll. Unsere Antwort darauf lautet: Die Schule muss selbstständig werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Das haben wir doch alles schon gemacht! Da sind wir uns doch einig!)

Was heißt das ganz konkret? Sie muss selbst über ihre Personalentwicklung entscheiden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Abg. Drexler SPD: Kann sie nicht!)

Sie muss eigene Personalbudgets haben.

(Abg. Drexler SPD: Hat sie nicht!)

Sie muss über die Stellenpläne selber entscheiden können. Sie braucht Geld statt Stellen, damit sie diese Entscheidung treffen kann.

Zweitens braucht sie in der Organisationsentwicklung globalisierte Haushalte, bei denen die Schulträger und das Land, die ja unterschiedliche Dinge bezahlen – die einen die Sachmittel, die anderen das Personal –, zusammenkommen. Die Schule muss also kommunalisiert werden.

Dann kann man an der Schule entscheiden, wie die Unterrichtsgestaltung aussehen soll. Dazu braucht man andere Arbeitszeiten und auch eine ganz andere Struktur.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Völlig d'accord!)

Wie sollen die Schulentwicklungspläne aussehen? Auch das kann eine Schule auf ihren Ort bezogen gestalten. Dann kann sie auch entscheiden, wie sie die Leitungsstrukturen einsetzt und welche Aufgaben diese Leitungsstrukturen haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Machen wir!)

Der Staat setzt Standards fest, und das Übrige machen die Schulen vor Ort im Laufe der Zeit viel besser als jede Kultusbürokratie.

(Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch unstrittig!)

Das nenne ich Aufgabenanalyse, Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch unstrittig!)

– Nein, das ist sehr streitig. – Was machen Sie?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sie rennen offene Türen ein! Das machen wir doch!)

– Nein, Sie machen es überhaupt nicht so. Sie machen jetzt, ohne dass eine Dezentralisierung der Schulverwaltung im Sinne der eigenständigen Schule erfolgt ist, nur Folgendes: Das Oberschulamt wird in das Regierungspräsidium verschoben, und die Schulämter werden in die Landratsämter verschoben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber doch nicht 1 : 1!)

Was hat sich an der eigentlichen Schulverwaltung dadurch geändert?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Nichts!)

Nichts! Man sieht an diesem Beispiel haargenau, wie eine gescheite Diskussion um die Verwaltungsreform aussehen muss: Sie muss die richtige Reihenfolge haben. Wenn ich diese Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion mit der selbstständigen Schule, die wir dann hoffentlich im Laufe der nächsten 10 bis 20 Jahre haben, mache, dann wird sehr wenig staatliche Verwaltungstätigkeit übrig bleiben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehen Sie!)

Dann wird man sehen: Den Großteil dieser Verwaltung brauchen wir gar nicht, und das, was noch an sächlicher Verwaltung gebraucht wird, kann man dann in eine andere Behörde verlagern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Da sind wir uns doch einig! Das ist ein schlechtes Beispiel!)

Aber so, wie Sie es machen, kann es niemals funktionieren.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist die Aufgabenkritik, die dem vorausgehen muss. Und nur das ist das Herz jeder Verwaltungsreform.

Zweitens muss man entscheiden: Welche Ebene ist eigentlich die richtige?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gute Frage!)

Herr Ministerpräsident, Sie arbeiten jetzt im Europäischen Konvent, wie ich finde, für Ihr Anliegen der Subsidiarität eigentlich sehr erfolgreich.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Schöner Satz!)

Wir haben das immer sehr aufmerksam begleitet und sind froh darüber, wie Sie das machen. Umso mehr muss es doch erstaunen, dass jemand, der seit Monaten auf der eu-

ropäischen Ebene arbeitet, nicht begriffen hat, dass die Regionen die Zukunft Europas sein werden.

(Beifall bei den Grünen)

Das wichtigste Entwicklungsziel, das wir haben, nämlich kräftige Regionen, die wichtige Aufgaben leisten können, kommt in dem ganzen Konzept praktisch nicht vor – außer einer Bestandsgarantie für die Region Stuttgart –,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Eine Bestandsgarantie! – Abg. Wieser CDU: Das Land ist doch die Region!)

obwohl jeder, der sich das anschaut, weiß, dass sich die Änderung unserer Lebensverhältnisse und der wirtschaftlichen Beziehungen gerade darauf auswirkt.

Wer auch nur einen flüchtigen Blick auf die Landkreise wirft, wird doch erkennen:

(Abg. Drexler SPD: Bedeutungsverlust!)

In den allerwichtigsten Fragen, die in ihrer Kompetenz liegen – Abfallbeseitigung, Verkehr, Wirtschaftsförderung, Tourismus –,

(Abg. Fischer SPD: Krankenhäuser!)

sind sie zu klein und gründen überregionale Zweckverbände. Das ist offensichtlich gar nicht die Struktur, die für die heutigen Probleme geeignet ist. Wer einen Blick in die Regionen bei unseren europäischen Nachbarn wirft – und das lohnt sich gerade: PAMINA in Karlsruhe oder die EUREGIO in Freiburg

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch keine Region!)

mit dem Oberrheinrat –, der sieht, wo in Zukunft die Musik spielt und was die zentrale Ebene einer Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg sein wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das eine schließt doch das andere nicht aus!)

Dies werden nämlich die Regionen sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Das wäre die vierte Ebene! Das kann doch keiner bezahlen! – Abg. Hofer FDP/DVP: Vernetzen! Heute vernetzt man!)

Wenn man eine Verwaltungsreform macht, die diese Ebenen wieder richtig justiert, mit den Regionen als Kern der mittleren Verwaltungsebene, wird man mit den großen Städten und den kreisfreien Städten als den dynamischen Motoren solcher Regionen

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

genau die richtige Größenordnung finden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das werden dann etwa 15 solcher Kreise sein, die diese Aufgaben wahrnehmen. Und wenn man das erreicht hat, kann man haargenau auf eine Ebene, nämlich die Ebene der Regierungspräsidien, verzichten.

(Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP:
Grenzübergreifender Kreis!)

Was Sie jetzt mit den Landkreisen machen, ist,

(Abg. Drexler SPD: Verstärkung unserer Struktur!)

eine nicht zukunftsfähige Struktur noch zu zementieren, indem Sie noch mehr staatliche Sonderbehörden da hineingliedern. Sie haben völlig verkannt, was Kreise sind. Kreise sind gemischte Verwaltungsebenen der bürgerschaftlichen, also kommunalen Selbstverwaltung und Organe des Staates. Was Sie machen, ist, den staatlichen Teil der kommunalen Selbstverwaltung auf Kreisebene unglaublich aufzublähen. Die Landräte werden bei diesem Konzept immer weniger Vertreter der Kommunen und der Bürgerschaft und immer mehr Vertreter einer Staatsverwaltung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Es kann gewiss nicht das Ziel einer modernen Verwaltung sein, die staatlichen Strukturen einfach immer mehr in die kommunale Selbstverwaltung hineinzuverlagern. Das ist genau der falsche Weg.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Damit gibt es mehr Mög-
lichkeiten für die Kommunen!)

Ich sage Ihnen: Entscheidend ist, das wir die dienstleistungsnahen Teile der Verwaltung – Bauen, alles, was sich ums Kfz dreht, usw., was der Bürger braucht –, auf die Kommunen herunterbrechen müssen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Beifall bei den
Grünen und der SPD sowie des Abg. Hofer FDP/
DVP)

Jede Große Kreisstadt ist selbstverständlich in der Lage, diese Dienstleistungsfunktion der Verwaltung zu erfüllen. Dann habe ich für den Rest der staatlichen Verwaltung auf der Regionalebene die richtige Größe.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das machen wir so!)

Ich fasse zusammen: Eine Verwaltungsreform mit den Sonderbehörden zu beginnen, zäumt das Pferd vom Schwanz auf. Man siedelt sie an der völlig falschen Ebene an. Man kann sie nicht richtig lozieren, weil man gar keine Aufgabenbeschreibung und Aufgabenkritik gemacht hat, und man zementiert Verwaltungsstrukturen, die offenkundig im europäischen Kontext überholt sind. Deswegen muss jede sinnhafte Verwaltungsreform Aufgabenanalyse, Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion beinhalten. Sie muss die Ebenen neu justieren: Das sind die Regionen als Zentrum. Sie muss die dienstleistungsnahen Funktionen auf die Ebene der Kommunen dezentralisieren. Dann erst hat man zum Schluss eine leistungsfähige Verwaltung, die Grundlage jeder Demokratie ist, eine bürgernahe Verwaltung und eine sparsame Verwaltung.

(Abg. Drexler SPD: Das ist das Wichtigste: schlank
er und billiger!)

Das ist unser Konzept. Wir sind sicher, das ist das zukunftsfähige und richtige Konzept. Das werden wir als Messlatte

anlegen an das, was Sie tun, werden Sie damit kritisieren und diesen Weg frisch beschreiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP:
Genau so machen wir es!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Was ist Wirklichkeit seit der November-Steuerschätzung des letzten Jahres? Ein Ausfall in Milliardenhöhe beim Bund, bei allen Ländern, bei den Städten und Gemeinden. Wenn man nach den Ursachen fragt, dann wird ganz sicher niemand die Stadt Mannheim oder die Stadt Konstanz und wohl auch niemand das Land Nordrhein-Westfalen oder das Land Baden-Württemberg dafür verantwortlich machen, sondern die Ursachen dafür liegen ganz sicher auf einer anderen Ebene, auch wenn wir die Folgen zurzeit in den Städten, Gemeinden und Ländern austragen müssen und Antworten finden müssen.

Ursache ist nicht nur die konjunkturelle Entwicklung mit einem Wachstum, das nennenswert zurückgegangen ist, sondern Ursache ist beispielsweise auch das totale Politikversagen des Bundesfinanzministeriums bei der Körperschaftsteuerneuordnung gewesen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Widerspruch bei der SPD)

Ich habe mir gerade noch einmal die Zahlen für das Land Baden-Württemberg geben lassen. Wir haben allein aufs Land Baden-Württemberg bezogen netto – nach Abzug dessen, was wir im Rahmen des Länderfinanzausgleichs abliefern – mehr als 1 Milliarde € weniger als vor drei Jahren. Mehr als 1 Milliarde € weniger! Das heißt, der Ausfall von einer zusätzlichen Milliarde nach der November-Steuerschätzung könnte von uns allein ausgeglichen werden, wenn wir die Körperschaftsteuereinnahmen des Jahres 2000 hätten. Allein dadurch! Auch wenn Sie vielleicht behaupten, Sie hätten für die konjunkturelle Entwicklung keine Verantwortung – obwohl Sie nichts gegen die Verschlechterung getan haben –, steht jedoch fest, dass Sie für die Körperschaftsteuerentwicklung die volle Verantwortung tragen

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf
des Abg. Schmiedel SPD)

und damit auch für den Ausfall von 1 Milliarde € im Jahr 2002 und von 1 Milliarde € im Jahr 2003, was unsere großen Probleme ausmacht.

Nun müssen wir mit diesem Ausfall fertig werden. Wir haben nach der Steuerschätzung vom Mai des letzten Jahres 300 Millionen € eingespart, und die standen uns für einen teilweisen Ausgleich des Ausfalls nach der November-Steuerschätzung bezogen auf das Jahr 2002 zur Verfügung. Aber einen damit noch nicht ausgeglichenen Ausfall von 700 Millionen € konnten wir im Dezember nicht mehr ausgleichen, sondern schleppen ihn in dieses und in das nächste Jahr hinein.

(Ministerpräsident Teufel)

Das führt im Jahr 2003 dazu, dass wir uns, obwohl wir über 500 Millionen € eingespart haben, nun im Nachtragshaushaltsplan, den wir heute verabschieden, mit zusätzlich über 1 Milliarde € verschulden müssen.

Deshalb habe ich beispielsweise vor der Tarifrunde gesagt, wir bräuchten eine Nullrunde, und ich bin dem Kollegen Kretschmann dankbar für seinen Mut, ebenfalls öffentlich eine Nullrunde zu fordern. Es kam, wie wir alle wissen, nicht zu dieser Nullrunde. Nun stehen wir da und sagen: Wir können uns doch im Jahr 2004 nicht zwangsläufig genauso hoch wie im Jahr 2003 verschulden.

Ich sehe aber noch zusätzliche Haushaltsrisiken: Die Steuerschätzung vom November beruht auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1,5 %. Herr Clement hat diese Zahl bereits vor einigen Wochen kassiert und gesagt: „Unrealistisch! 1 %!“ Das Finanzministerium in Berlin rechnet jetzt natürlich nicht einmal mehr mit einem Wachstum von 1 %, nachdem alle Sachverständigen sagen, dass die Entwicklung gegen null geht. Wir müssen in der nächsten Mai-Steuerschätzung also eher mit weiteren Ausfällen als mit einer positiven Korrektur rechnen.

Wenn wir dann noch bedenken, welche Pensionslast mittelfristig auch auf unser Land zukommt, dann bleibt uns doch angesichts der Ausfälle, die wir nicht zu vertreten haben, und dieser mittelfristigen Risiken gar nichts anderes übrig, als einen radikalen Sparkurs zu fahren, gleichzeitig aber angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Entwicklung, der Situation der Bauwirtschaft und der verheerenden Situation des Mittelstands nicht kontraproduktiv zu handeln, indem wir einfach die Investitionen noch mehr zusammenstreichen.

In einem Haushalt, der zu mehr als 50 % aus Personalausgaben besteht – und das trifft auf die Landeshaushalte zu –, bleibt doch, wenn man Antworten auf diese neu entstandene Situation sucht, gar nichts anderes übrig – ob man das will oder nicht –, als auch bei den Personalkosten einzusparen.

Wir werden damit allein die Haushaltsprobleme nicht lösen. Aber ohne Einsparungen bei den Personalkosten werden wir sie überhaupt nicht lösen.

Das ist der Versuch unserer Antwort seitens der Regierung und der sie tragenden Fraktionen: Da der erste Punkt auch von unserem Fraktionsvorsitzenden schon geschildert worden ist, kann ich das in Überschriften machen.

Erstens, das Beamtenbundmodell: Es ist doch höchst bemerkenswert, dass ein Berufsverband als einsamer Rufer in der Wüste in der Lage war, ein eigenes Einsparkonzept vorzulegen. Das unterscheidet ihn doch von allen anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden. Das muss man einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist verantwortungsbewusstes Handeln, obwohl die Beamten durch eine Umsetzung des Vorschlags des Beamtenbunds nicht nur Nachteile, sondern auch einen Vorteil gehabt hätten. Ich habe mich auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass das Beamtenbundmodell umgesetzt wird. Das ist leider nicht mehrheitsfähig geworden. Die Länder haben

sich im Bundesrat aber fast einstimmig dazu entschieden, den Bund aufzufordern, in einem Bundesgesetz den Ländern finanziellen Spielraum beim Urlaubsgeld und beim Weihnachtsgeld zu geben, und der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zugesagt, auf die Vorschläge der Länder positiv einzugehen, sodass ich damit rechne, dass dieses Gesetz kommt und wir dann diese Möglichkeit haben.

(Zuruf von der CDU: Er hat schon viel gesagt! –
Gegenruf von der CDU: Und nichts gehalten!)

– Es gibt Zwischenrufer, die wahrscheinlich daran zweifeln, dass man darauf bauen kann. Auch ich baue noch nicht darauf. Würde ich darauf bauen, hätten wir für die heutige Sitzung bereits einen konkreten Deckungsvorschlag gemacht. Ich will das Bundesgesetz aber zuerst verabschiedet sehen. Deswegen bleibt es noch beim Pauschalansatz.

Wir sagen nun: Wir gehen zurück und halten uns in eigener Verantwortung an das Beamtenbundmodell. Wir haben den Mut dazu. Es ist leicht, zu sagen, dies sei für die Beamten unzumutbar. Unzumutbar für die Beamten ist, dass sie beim Weihnachtsgeld nennenswerte Einschnitte hinnehmen müssen, ohne dass die Angestellten im Tarifvertrag die gleichen Kürzungen hinnehmen müssen. Das ist nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/
DVP)

Dafür aber sind ein Mann und seine Gewerkschaft verantwortlich, nämlich Herr Bsirske mit der Gewerkschaft ver.di. Ich war schon ein Stück weit geschockt, als ich vor drei Tagen eine AP-Meldung in die Hand bekam, in der stand, die ver.di-Spitze – ich zitiere jetzt – stimme die 5 000 Beschäftigten der Dienstleistungsgewerkschaft auf drastische Sparmaßnahmen ein.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Um handlungs- und konfliktfähig zu bleiben, müsse ein Gegenkurs in der Finanz- und Personalpolitik eingeleitet werden. Das habe der Bundesvorstand mit der Aufstellung des Haushalts für 2003 festgestellt. Die Gewerkschaftsspitze schlägt unter anderem einen Verzicht auf das 13. Monatsgehalt, auf das Urlaubsgeld sowie eine Viertagewoche ohne Lohnausgleich vor.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Meine Damen und Herren, bei den Tarifverhandlungen mit dem öffentlichen Dienst hieß es: Nicht ein Euro Kürzung beim Weihnachtsgeld, nicht ein Euro Kürzung beim Urlaubsgeld. Im eigenen Laden streicht man aber das 13. Monatsgehalt. Man kürzt es nicht, sondern streicht es! Man milkt die Kuh Staat und öffentliche Hand ohne Rücksicht darauf, dass einzelne Länder wie Berlin in den Bankrott gehen.

(Beifall bei der CDU)

Auf der eigenen Seite hingegen macht man eine völlig andere Politik.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf
von der CDU: Skandalös!)

(Ministerpräsident Teufel)

Und da kommen Sie und sagen, dies sei eine zu starke Belastung für die Betroffenen. Ich sehe die starke Belastung. Übrigens haben wir eine Sozialkomponente eingebaut. Es gibt keine Kürzungen des Weihnachtsgelds auf Familienzuschläge. Ich glaube, die Hauptbelastung der Familien sind Kinder. Darauf nehmen wir Rücksicht. Diese Verantwortung tragen wir. Wenn Sie dies hier kritisieren, dann bitte ich Sie, wenigstens zu sehen, was in den nächsten Monaten in den anderen 15 Landtagen der deutschen Länder stattfinden wird, ob die weniger kürzen als die Regierungsfaktionen und die Landesregierung von Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

In der Opposition ist es leicht, dies zu kritisieren, wenn man nicht die Verantwortung für politisches Handeln hat.

Wir versuchen, eine zweite Antwort zu geben. Es gibt 48 Punkte, die als Prüfaufträge in die Ressorts gegangen sind; sie werden in der Haushaltsstrukturkommission abgearbeitet; bei einem Viertel davon geschah dies am letzten Freitag. Wir werden auch dort zusätzliche Einsparungen erbringen müssen und erbringen.

Die dritte Antwort ist eine umfassende Verwaltungsreform, eine Strukturreform, die immer wieder gefordert worden ist. Diese Strukturreform ist von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen gestern beschlossen worden.

(Zuruf des Abg. Sakellariou SPD)

Ich gebe zu, dass es einzelne Sachgebiete gibt, von denen Abgeordnete, die eine andere berufliche Herkunft haben als ich, mehr verstehen als ich. Aber von Verwaltung und von Verwaltungsreform verstehe ich ein bisschen, weil ich in diesem Bereich beruflich groß geworden bin und dort gelernt habe. Ich bin dort mein ganzes Berufsleben lang tätig gewesen. In die erste Verwaltungsreformkommission bin ich im Jahr 1970 berufen worden, bevor ich in den Landtag von Baden-Württemberg gekommen bin. Seit Lausen – er war einmal SPD-Landtagsabgeordneter –, seit Walter Krause,

(Zurufe von der SPD: Guter Mann!)

seit Bulling und Vetter kenne ich nun wirklich alle Vorschläge, die in diesem Land von Verwaltungsreformkommissionen gemacht worden sind. Ich kenne auch Verwaltungsreformliteratur. Bitte gehen Sie davon aus.

Das, was wir jetzt vorschlagen, ist keine Entscheidung über Nacht gewesen. Vielmehr gibt es darüber ganze Bände

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

von Verwaltungsreformliteratur. Das ist wissenschaftlich erarbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das ist vernünftig: Einheit der Verwaltung und integrierte Entscheidungen. Reden Sie doch einmal mit einem Mittelständler, der seinen Betrieb aus einer beengten Ortslage in ein Industriegebiet verlagern will und sich auf einmal sie-

ben, acht Stellungnahmen von Fachverwaltungen gegenüber, die einander widersprechen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das wird nach einer solchen Verwaltungsreform nicht mehr der Fall sein. Vielmehr kommt es danach zu integrierten Entscheidungen.

(Abg. Schmiedel SPD: Warum haben Sie es dann nicht schon vor 30 Jahren gemacht?)

Deswegen sind diejenigen, die den Nutzen haben, der Mittelstand und der einzelne Bürger in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich denke von den Bürgern her. Ich muss Ihnen sagen:

(Zurufe von der SPD)

Ich danke meiner Fraktion und meinen Kabinettskollegen, dass sie eine solch umfassende Reform ohne Ausnahmen mitzutragen bereit sind. Ich danke ausdrücklich der FDP/DVP-Fraktion. Ich danke auch Ihnen, Herr Kollege Hofer, für das, was Sie vorhin aus Ihrer reichen beruflichen Erfahrung sachkundig und richtig gesagt haben. Ich kann das so voll mittragen.

Die FDP/DVP hat deshalb diesen großen Wurf mit ermöglicht, weil sie vor 14 Tagen erklärt hat: „Der Regionalkreis hatte seine Zeit, aber das ist nicht mehr unser Konzept“, und weil sie gesagt hat

(Abg. Schmid SPD: Er war ja nie da!)

– vielleicht erweisen Sie sich einmal als genauso lernfähig

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eben!)

und vertreten nicht im Jahr 3000, weil Ihnen überhaupt nichts Neues mehr einfällt, immer noch den Regionalkreis in Baden-Württemberg –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

und zwar auf der Grundlage eines Rates von Professor Hesse: „In einem Land mit 10,5 Millionen Einwohnern und der Fläche von Baden-Württemberg braucht man eine dreistufige Verwaltung.“ Diese Aussage hat einen vollen Konsens der Koalitionspartner ermöglicht, und zwar nicht einen Formelkompromiss, sondern einen riesigen Entwurf, ein Gesamtkonzept, ein Denken in Zusammenhängen, das Sie noch gar nicht in vollem Umfang begriffen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Neun Mitglieder der CDU-Fraktion auch nicht!)

Natürlich, Herr Kollege Kretschmann, gilt für mich das Subsidiaritätsprinzip als Bauprinzip nicht nur nach oben – da unterscheide ich mich von manchem Bayern –,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Ministerpräsident Teufel)

sondern auch nach unten. Ich denke von der kommunalen Ebene her, von der Gemeinde her. Deswegen ist eine Entscheidung, die wir gestern gar nicht förmlich treffen mussten, eine zentrale Entscheidung für diese Verwaltungsreform, nämlich die Entscheidung: Wir tasten die Gemeinde-reform nicht an, und wir tasten die Selbstständigkeit unserer Gemeinden nicht an, sondern wir bauen darauf auf.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Zweitens: Ich habe schon vor zwei Monaten alle Bürgermeister aufgefordert: Schickt mir Vorschläge für eine weitere Aufgabendelegation. Von denen muss es kommen. Ich habe die kommunalen Landesverbände aufgefordert, und ich sage ihnen Prüfung, und zwar Prüfung auf Genehmigung hin, für jeden einzelnen Vorschlag zu. Ich fange unten an.

Dann kommt aber die nächste Ebene, die Kreisebene. Sie hat sich in unserem Land bewährt. Wir bekennen uns zur Kreisreform.

(Abg. Schmiedel SPD: Was, eine neue Kreisreform?)

Ich finde, dass unsere Landkreise eine vorzügliche Arbeit geleistet haben. Ich frage mich, ob Sie über Ihre Vorschläge, die Sie immer theoretisch hier an diesem Pult gemacht haben, eigentlich einmal mit den Kreisräten der SPD-Fraktion gesprochen und ob Sie gefragt haben, wie sie zu ihren Kreisen stehen.

(Abg. Capezzuto SPD: Natürlich!)

Es hat sich eine starke Identität gebildet, und unsere Landratsämter, Landräte und Kreisräte haben eine sehr gute Arbeit geleistet. Wir schaffen nun eine volle Einheit der Verwaltung, eine volle Verantwortlichkeit. Wir verändern das Landratsamt, wir gliedern nicht in den Landkreis ein, sondern in die staatliche untere Verwaltungsbehörde, und der Landrat wird künftig wieder zu mehr als 50 % für Landesverwaltung zuständig sein. Er wird damit auch näher an das Regierungspräsidium und an die Ministerien heranrücken müssen, um das durchzuführen. Wir behalten aber die Fachaufsicht in jedem Ministerium für jede einzelne Aufgabe, die wir eingliedern; denn sonst könnte die Regierung auch nicht die Verantwortung für jede Frage gegenüber dem Landtag tragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen ist das durchdacht und vernünftig.

Auf der Ebene der Mittelinstanz gliedern wir jede einzelne selbstständige Behörde in ein Regierungspräsidium ein. Ich möchte ausdrücklich quittieren, was Sie, Herr Kollege Hoffer, gesagt haben: Wo es nur eine Behörde auf mittlerer Ebene gibt, werden wir sie nicht in vier Teile aufteilen, sondern werden das bewährte Instrument der Vor-Ort-Lösung bei einem Regierungspräsidium für das ganze Land treffen. Alle vier Regierungspräsidien haben schon heute solche Vor-Ort-Funktionen für das ganze Land. Auch das hat sich bewährt. Wir bauen auf Bewährtem auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir werden dabei auch Synergieeffekte haben und einsparen. Aber die Beamten und Angestellten sind vorhanden, und die Einsparungen sind deshalb nicht zum Zeitpunkt der Eingliederung voll zu realisieren, sondern nur im Rahmen einer Fluktuationsrate, und wir werden, glaube ich, auch noch einen Mindestkorridor für die Einstellung von jungen Leuten mit besten Zeugnissen erhalten müssen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist kein Korridor, das ist ein enges Gässle!)

Deswegen muss die Koalition als Nächstes diese Parameter festlegen. Dann können wir festlegen, in welchen Schritten degressiv die Erstattungsleistungen des Landes, die am Anfang selbstverständlich die ganzen Verwaltungskosten umfassen müssen, gesenkt werden können, ohne dass sich das nachteilig auf die Kreishaushalte auswirkt, und auf der Bezirksebene werden wir mit der gleichen Methode, mit der wir bei den Regierungspräsidien 32 % des Personals eingespart haben – ich halte das für eine gewaltige Leistung, die wir in der letzten Legislaturperiode vollbracht haben –, an jede einzelne Behörde auf der mittleren Ebene herangehen, um ein Einsparungsziel von 20 % zu erreichen. Wenn wir bei den Regierungspräsidien 32 % geschafft haben, sind 20 % ein großes, aber ein erreichbares Ziel.

(Abg. Capezzuto SPD: Na also!)

Meine Damen und Herren, man muss sich einmal vorstellen – es ist vorhin schon gesagt worden –: Von 450 Behörden – wenige Länder haben so viele Einzelbehörden – lösen wir 350 auf.

(Minister Dr. Döring: Sehr gut!)

Wir schaffen mit der Einheit der Verwaltung in unserem Reformwerk, die Sie als Methode kritisiert haben, das Gleiche, was es im örtlichen Bereich seit Jahrhunderten gibt, was man nur nicht mehr wahrnimmt, weil es einem völlig selbstverständlich vorkommt: Es gibt in keiner Gemeinde, in keiner Stadt – nicht einmal in der Stadt Stuttgart – selbstständige Sonderbehörden, sondern dies sind Referate und Abteilungen der Verwaltung des Rathauses. Was sich auf der örtlichen Ebene bewährt hat, das wird sich auch auf der Kreisebene und auf der Ebene der Mittelinstanz bewähren. Davon bin ich fest überzeugt.

(Abg. Teßmer SPD: Das hätte man doch die ganze Zeit schon machen können!)

Ich komme nachher gleich noch einmal auf die Verwaltungsreform und auf die Einwände zurück. Ich möchte aber zunächst etwas zum vierten Teil unserer Antwort, zur Haushaltskonsolidierung über eine Verringerung der Personalkosten, sagen. Es geht um eine Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamten des Landes. Auch das ist eine ungerechte Entscheidung; denn für die Angestellten bleibt es bei 38,5 Stunden pro Woche. Aber das ist – darauf habe ich immer wieder hingewiesen – nach der Nicht-Nullrunde, nach einem völlig unvertretbaren Abschluss im öffentlichen Dienst die einzige Maßnahme, die wir als Land in eigener Ent-

(Ministerpräsident Teufel)

scheidung treffen können. Deswegen müssen wir unsere Beamten bitten, diese Veränderung in den öffentlichen Haushalten zur Kenntnis zu nehmen und, wenn es irgendwie geht, trotz persönlicher Betroffenheit Verständnis dafür aufzubringen, dass wir ihnen eine Stunde Arbeitszeit mehr zumuten.

Ich sehe die Ungerechtigkeit gegenüber den Tarifangestellten. Deswegen bin ich ja für eine Nullrunde für die Angestellten unseres Landes eingetreten. Das war auch nicht populär. Da es nicht dazu kam, haben wir gestern innerhalb der Regierungsfractionen und der Regierung auch beschlossen, dass wir die Tarifgemeinschaft Baden-Württembergs mit den übrigen Ländern, vor allem mit dem Bund und den Kommunen, kündigen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Dann aber gute Reise! Dann wünsche ich aber eine gute Reise! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir streben an, mit drei oder vier Nachbarländern oder, wenn es möglich ist, mit allen anderen Ländern eine Tarifgemeinschaft zu bilden. Aber wir gehen nicht mit dem Bund und den Kommunen in die nächsten Tarifverhandlungen. Denn der Bund hat nicht nur ein Nullsummenspiel und keine Lasten durch lineare Lohnerhöhungen, sondern er profitiert von jeder Lohnerhöhung –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

da ist es doch klar, dass er in Verhandlungen andere Interessen hat –,

(Abg. Teßmer SPD: Die Länder waren doch da auch dabei! – Abg. Schmiedel SPD: Waren denn die Länder nicht dabei? Was ist denn mit Bayern? War denn Bayern dabei?)

und die Kommunen sind wesentlich anfälliger für Streiks als die Länder. Wir machen das mit der ausdrücklichen Zielsetzung, zu gerechteren Verhältnissen zwischen Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst unseres Landes zu kommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das war doch Bayern bei den Verhandlungen!)

– Wenn Ihr Schreien Zustimmung bedeutet, dann freue ich mich darüber, dass ich von Ihnen einmal Zustimmung bekomme, Herr Schmiedel.

(Abg. Teßmer SPD: Sind Sie taub? Er hat doch etwas ganz anderes gesagt! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Taub nicht, aber schwerhörig!)

Meine Damen und Herren, jetzt möchte ich zunächst einmal zu dem kommen, was Kollege Kretschmann gesagt und kritisiert hat. Sie haben zunächst zugestimmt, Herr Kretschmann, dass wir auch an eine Strukturreform herangehen. Vielen Dank.

Bei dem, was Sie nachfolgend rein theoretisch – wirklich rein theoretisch – ausgeführt haben, musste ich an Lessing und an Nathan den Weisen denken, der sagte: „Um wie viel

leichter ist es, andächtig zu schwärmen, als gut zu handeln?“

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Da gibt es auch noch andere Zitate!)

Das, was Sie vorgetragen haben, ist doch eine reine Theorie. Das muss ich nach 40 Jahren Tätigkeit in der Verwaltung und in Verwaltungsreformkommissionen jetzt wirklich sagen. Man beginnt mit Aufgabenkritik. Wenn man die Schulverwaltung ordnet, beginnt man noch sehr viel früher. Dann geht man schön bausteinmäßig vor. Nennen Sie mir mal eine Verwaltung, die Ihnen Vorschläge für einen Aufgabenabbau macht, die nicht von außen gemacht werden müssen. Eine einzige müssen Sie mir nennen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe noch keine kennen gelernt.

All das, was Sie theoretisch gesagt haben, habe ich vor Jahrzehnten in Vorträgen auch gesagt, muss ich zugeben. Nur habe ich gesehen, dass sich das alles in der Praxis nicht realisieren lässt.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Ministerpräsident ist klüger geworden!)

Sie müssen Stellen reduzieren, dann kommt es zum Aufgabenabbau. Tut mir Leid, das sagen zu müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die erste Methode ist theoretisch besser, aber undurchführbar, die zweite führt zu gewissen Erfolgen.

(Abg. Zeller SPD: Fangen wir mal beim Staatsministerium an mit der Stellenreduzierung!)

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben gesagt, die Reform sei von oben über die Regierung, über das Parlament und die Fraktionen hinweg vom Ministerpräsidenten dekretiert. Ich kann dazu nur sagen: Ihnen kann geholfen werden. Selbstverständlich wird jetzt jede einzelne Eingliederung ausführlich mit dem Fachressort, mit den Betroffenen, mit dem federführenden Innenministerium erörtert. Dann macht die Regierung einen Vorschlag, der dann ins Parlament eingebracht wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ausschüsse!)

Über jede einzelne Frage wird in den Ausschüssen und im Plenum des Parlaments diskutiert; denn es sind gesetzliche Regelungen notwendig. Deswegen habe ich gestern keinen unrealistischen Zeitrahmen genannt, sondern einen Zeitrahmen, der genau diese ausdrückliche Befassung vorsieht.

Wenn Sie sagen, der Ministerpräsident dekretiere, frage ich Sie: Wie hätten Sie es denn gern? Möchten Sie, dass ich so führe, wie Talleyrand gesagt hat: „Dort geht mein Volk, ich muss ihm hinterher, ich bin sein Führer“?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

(Ministerpräsident Teufel)

Ich frage Sie: Möchten Sie wirklich Berliner Verhältnisse in Baden-Württemberg?

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Zugabe!)

Seit anderthalb Jahren absolute Reformunfähigkeit! Es gibt nicht ein einziges Gesetz, das den Namen „Reform“ verdient. Ein Jahr vor der Wahl gab es aus Angst vor der Wahl keine Reform, und nach der Wahl ist es, wie jeder weiß, nicht besser geworden.

Herr Kollege Kretschmann, ich möchte einen Mann zitieren, den Sie wahrscheinlich akzeptieren, weil er auf Ihrem Platz gesessen hat, nämlich Herrn Salomon. Zu dem Grünen-Landesparteitag, auf dem Sie waren, schrieb die „Frankfurter Rundschau“ am 25. November 2002:

Dem Bundeskanzler bescheinigte Salomon, den größten Unsinn zu machen, nicht zu führen, sondern im Nirwana zu sein. Bei möglichen Neuwahlen müssten die Grünen eigenes Profil zeigen und dürften nicht versinken im Chaos der Sozialdemokraten.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Hört, hört!)

Für seine Philippika erntete Salomon den stärksten Beifall des Tages.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Minister Dr. Christoph Palmer: Wem der Herr ein Amt gibt!
– Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kretschmann, unterstreichen Sie die Aussage!)

Am 7. Dezember sagte Salomon im „Reutlinger Generalanzeiger“:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sind Sie Salomon-Fan?)

Im Ausland haben Sozialdemokraten ihr Land reformiert. Bei uns wird inzwischen die Politik von DGB-Chef Michael Sommer gemacht und nicht vom Bundeskanzler. Ich kämpfe für den Erhalt von Rot-Grün. Das kann aber nicht funktionieren, wenn die Sozialdemokraten eine Politik machen, die über kurz oder lang an die Wand fährt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was hat das denn mit Verwaltungsreform zu tun?)

Jetzt frage ich Sie: Sollen wir es in Baden-Württemberg so machen, dass wir uns in dem Bereich, in dem wir Verantwortung tragen, so verhalten wie die Bundesregierung: keine Reform des Arbeitsmarkts, keine Reform der verkorsten Riester-Rente, keine Reform des Steuerrechts, keine Reform des Arbeitsrechts? Ich kann nur sagen: keine Reform der Sozialversicherungssysteme! Nichts bringen Sie in der Krankenversicherung und in der Rentenversicherung an Reformen zustande, sondern nur neue Kommissionen bringen Sie zustande!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Dann kommen Sie hierher und kritisieren, wenn einer handelt und wenn er schnell handelt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: 30 Jahre! Seit 30 Jahren! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Doch, das ist vorhin kritisiert worden.

(Abg. Schmiedel SPD: Seit 30 Jahren!)

– Ach du liebe Zeit! Wenn Sie sagen, früher sei keine Verwaltungsreform gemacht worden, dann sind Sie zu spät aufgestanden. Dort sitzt Erwin Vetter. Er hat sich vier Jahre lang mit einer sehr tüchtigen Fachmannschaft im Staatsministerium während der großen Koalition mit Verwaltungsreform befasst,

(Abg. Bebbler SPD: Vetter, aufstehen!)

und er war nicht der Einzige, aber einer der Besten. Das muss ich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Also kommen Sie mir doch nicht daher und meinen, Sie hätten die Verwaltungsreform erfunden.

(Abg. Bebbler SPD: Deswegen ist er rausgeflogen!)

Ich kann nur sagen: In Berlin können wir über den Bundesrat nur kleine Korrekturen anbringen und können wir nicht anstelle der Regierung die nötigen Reformen umsetzen, aber im Land machen wir das in den Bereichen, in denen wir zuständig sind. Im Bereich der Schul- und Bildungspolitik machen wir unter der baden-württembergischen Kultusministerin und mit Zustimmung der Regierungsfractionen Reformen, mit denen wir an der Spitze aller deutschen Bundesländer stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Bereich der Hochschulen setzen wir unter Minister Frankenberg wirkliche Reformen um wie kein anderes deutsches Bundesland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wo? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bundesverfassungsgerichtsurteil!)

Der dritte Bereich der Kernkompetenz des Landes ist die Verwaltung; denn das Grundgesetz will es, dass wir auch für Bundesgesetze und europäische Verordnungen administrativ zuständig sind. Deswegen ist dies ein zentraler Verantwortungsbereich von Landespolitik. Da legen wir einen Wurf vor! Jeder Redakteur jeder Tageszeitung in Baden-Württemberg hat gemerkt, dass das ein Wurf ist,

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und die Opposition weiß überhaupt nicht, wie sie sich verhalten soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Drexler SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

Herr Kollege Kretschmann, jetzt noch etwas, was wir einfach sachlich miteinander ausräumen müssen. Sie sagen unter Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip, ich müsste doch die Regionen ernst nehmen, weil in Europa die Regionen

(Ministerpräsident Teufel)

immer wichtiger werden. Herr Kollege Kretschmann, der europäische Begriff der Region ist ein völlig anderer als der baden-württembergische Begriff der Region. Der europäische Begriff der Region ist identisch mit den deutschen Ländern, mit den Regionen in Frankreich, mit den Regionen in Italien und in Spanien, die Länder sind, mit den Regionen in Belgien, die Länder sind, mit Kantonen und den österreichischen Bundesländern. In unserem Land hingegen ist die Region eine Einheit, die unterhalb der Landesebene liegt und deshalb sehr viel kleiner ist. Deswegen kann man nicht beide Regionbegriffe miteinander vergleichen. Man würde sonst Äpfel und Birnen miteinander vergleichen. Das ist ein Aliud.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die sind etwa gleich groß! Äpfel und Birnen sind etwa gleich groß!)

Herr Kretschmann, Sie haben vorhin als Lösung vorgeschlagen, die Stadtkreise in Baden-Württemberg zu nehmen – Sie haben gesagt, es seien ungefähr 15; wir haben übrigens neun, und da ist schon Baden-Baden dabei – und um die herum Regionen zu bilden. Jetzt frage ich Sie: Wäre das Subsidiarität? Sie kritisieren, jetzt entstehe auf Kreisebene eine zu große Behörde. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie 15 regionale Behörden bilden würden, in denen Sie die jetzigen Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden und Sonderbehörden sowie die jetzigen Aufgaben der Mittelinstanzen zusammenfassen würden, dann hätten diese die fünf-fache Größe dessen, was wir als oberste Einheit schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb: Wenn Sie von Subsidiarität reden, dann rennen Sie bei mir offene Türen ein. Ich habe den Grundsatz der Subsidiarität bedacht, als ich dieses Konzept mitentwickelt habe.

Herr Kollege Drexler, wie hätten Sie es denn gern? Vorhin hat der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion zu den gestrigen Beschlüssen der Koalition gesagt: „Willkommen im Klub! Jetzt seid ihr endlich so weit, wie wir sind.“

(Abg. Schmiedel SPD: Am Anfang!)

Frau Kollegin Haußmann hat laut der heutigen Ausgabe der „Aalener Post“ geäußert: „Gott sei Dank ist die Landesregierung jetzt auch so weit. Wir möchten noch viel weiter gehen.“

Aber gestern, während der Fraktionssitzung, als ich gerade vorgetragen habe und als die ersten Vorlagen intern verteilt worden sind – ohne dass Sie also auch nur das Konzept gekannt hätten; Sie haben nur eine dpa-Meldung gekannt –, hat Ihr Pressesprecher schon eine Erklärung abgegeben, in der er gesagt hat: Ganz und gar unmöglich, was für eine Verwaltungsreform die da machen.

(Abg. Bebbler SPD: Um 14 Uhr haben wir das gehabt! – Abg. Drexler SPD: Wir haben das gehabt!)

Wie hätten Sie es denn gern? Entweder machen wir das nach, was Sie seit langem fordern – dann freuen Sie sich –, oder aber wir machen etwas völlig Unmögliches. Ich kann

nur sagen: Ihre Oppositionspolitik, die ich seit Jahren beobachte, ist reiner Reflex.

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

Wenn wir „schwarz“ sagen, sagen Sie „weiß“. Egal, was wir sagen – Sie sagen am gleichen Tag das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie sagen, wir hätten eine Verwaltungsreform bisher abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Ja! – Abg. Teßmer SPD: Alles abgelehnt!)

Wir haben I h r e Vorstellungen von einer Verwaltungsreform abgelehnt; die haben wir abgelehnt. Wir wollen keine Regionalkreise in Baden-Württemberg, keine Mammutbehörden, keine zentralen Landesämter. Wir wollen ein Land, das von unten nach oben aufgebaut ist.

(Minister Dr. Christoph Palmer: In der Fläche!)

Wir wollen eine Verwaltungsreform mit Bürgernähe. Wir wollen Hilfe für den Mittelstand durch integrierte Entscheidungen.

Ich kann nur sagen: Die Eingliederung von drei unteren Sonderbehörden, die wir während der großen Koalition vorgenommen haben, hat sich bewährt. Damals haben Sie sich zu diesem Prinzip der Eingliederung bekannt.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Nur deswegen, weil Frau Solinger so vernünftig war

(Abg. Drexler SPD: Nein, nicht deswegen!)

– aber wirklich vernünftiger als andere Minister, die Sie damals in der Regierung hatten –, konnte die Gesundheitsverwaltung eingegliedert werden. Ich wäre schon damals zur Eingliederung von zehn weiteren unteren Sonderbehörden bereit gewesen. Das ist durch die SPD nicht zustande gekommen.

(Abg. Pauli CDU: Aha!)

Aber bekennen Sie sich doch zu dem Prinzip, dem Sie selbst zugestimmt haben, als Sie mit an der Regierung beteiligt gewesen sind.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das weiß der Drexler nicht mehr!)

Wir lehnen Ihre Verwaltungsreform auch heute noch ab, aber wir haben ein Gesamtkonzept,

(Zurufe von der SPD)

das man in ganz kurzer Zeit genauso positiv beurteilen wird, wie heute auch die Eingliederung der Gesundheitsämter, der Veterinärämter und von Teilen der Wasserwirtschaftsämter positiv beurteilt wird.

Nun befasse ich mich noch mit einem einzigen Punkt, den Sie, Kollege Drexler, besonders angesprochen haben, näm-

(Ministerpräsident Teufel)

lich, dass es eine Schnapsidee sei, die Polizei in die untere Verwaltungsbehörde einzugliedern.

Als Erstes möchte ich Ihnen sagen: Genau dieses Modell hat Nordrhein-Westfalen vor einigen Jahren umgesetzt –

(Abg. Drexler SPD: Und? Na und? – Abg. Schmiedel SPD: Machen Sie alles nach, was NRW macht?)

genau dieses Modell. Dort wird nicht zwischen Polizeibehörden und Behörden des Polizeivollzugsdienstes unterschieden, sondern vielmehr sind die Landräte Polizeibehörden und damit auch der Kopf der Polizei.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Machen wir jetzt auch Gesamtschulen?)

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Erfolg, wenn Sie durch Nordrhein-Westfalen reisen und als Schnapsidee bezeichnen, was die Landesregierung dort gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zweitens sage ich Ihnen: Mit einer Delegation der CDU-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg habe ich damals als Fraktionsvorsitzender Landratsämter in Nordrhein-Westfalen besucht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist lange her!)

Wir haben darum gebeten, dass nicht der Oberkreisdirektor bei den Gesprächen dabei ist, sondern wir haben mit den Abteilungsleitern der verschiedenen Sparten – Straßenbau, Wasserwirtschaft, Schule usw. – gesprochen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Und da haben Sie über zehn Jahre gebraucht, bis Sie das umgesetzt haben?)

Die haben alles das, was es in Nordrhein-Westfalen seit Jahren gibt, positiv beurteilt.

(Abg. Schmiedel SPD: Das erste Mal, dass Sie etwas Positives über NRW sagen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Da haben Sie aber lange gebraucht, bis Sie das dann umsetzen wollen!)

Vielleicht hat Ihre Fraktionskasse ja das Geld, um einmal eine Delegation von SPD-Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen zu schicken. Vielleicht kommen sie dann konfirmiert nach Baden-Württemberg zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Die begreifen das nie! – Zurufe von der SPD)

Zweite Begründung: Das Landratsamt hat mit der Polizei wahrlich mehr zu tun als beispielsweise bisher mit der Landwirtschaftsverwaltung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich nenne Ihnen nur ein paar Beispiele: Katastrophenschutz, Feuerwehr, Rettungswesen, Wirtschaftskontrolldienst, Lebensmittelüberwachung, Verbraucherschutz, öf-

fentliche Gesundheit, Straßenverkehr, Verkehrsüberwachung, kommunale Kriminalprävention, Umweltschutz. Das sind also wirklich zuhauf Aufgaben, die gleichermaßen die Polizei wie die untere Verwaltungsbehörde berühren. Deswegen versprechen wir uns von der Eingliederung eine wesentlich größere Schlagkraft und Effizienz.

Aber damit Sie, weil Sie ja auch künftig öffentlich auftreten und weiter sagen, das sei ein unmöglicher Fall, wenigstens keine Attrappen aufbauen, will ich Ihnen ein paar Voraussetzungen für die Eingliederung der Polizei in die untere Verwaltungsbehörde nennen.

Erste Voraussetzung: Landrat und Oberbürgermeister des Stadtkreises sind nicht für das operative Geschäft der Polizeidirektion zuständig.

(Abg. Teßmer SPD: Das wäre ja noch schöner! Eine Selbstverständlichkeit!)

Zweitens: Die politische Vorgabe für die Polizeiabteilung kommt vom Land.

(Abg. Teßmer SPD: Auch selbstverständlich!)

– Hören Sie einmal zu! Sie können viel lernen, denn ich habe vorhin festgestellt: Sie kritisieren Dinge, die überhaupt nicht beschlossen sind.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Es ist noch gar nichts beschlossen!)

Drittens: Durch die Eingliederung werden keine Stellen beim Polizeivollzugsdienst eingespart. Das Gegenteil wurde gestern in Stellungnahmen im Ersten behauptet.

(Abg. Drexler SPD: Wo? Wer? – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Drexler!)

Viertens: Die Beamten des Polizeivollzugsdienstes bleiben Landesbeamte.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch klar!)

Fünftens: Die Aufgaben der Polizei sind Pflichtaufgaben nach Weisung.

Wenn Sie dies alles und den engen Aufgabenzusammenhang berücksichtigen, dann kommen Sie vielleicht zu einem anderen Ergebnis.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Meine Damen und Herren, warum hat sich Herr Drexler so aufgeregt und in weiten Strecken seines Beitrags im Grunde eine nachgeholte Büttenrede gehalten? Weil in diesem Land die Innovationen von dieser Landesregierung ausgehen und nicht von der SPD. Deswegen hat er sich aufgeregt.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Ja, das hat Sie getroffen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Da lacht sogar Ihre potenzielle Nachfolgerin! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Ertragen Sie bitte auch noch eines, auch wenn es schwer fällt.

(Ministerpräsident Teufel)

(Abg. Schmiedel SPD: Draußen warten die Olympialeute!)

Für dieses Land gilt, was der „Spiegel“ vor vier Wochen über die SPD geschrieben hat:

Seit Jahren dümmert sie vor sich hin – ideenarm und vergangenheitsverliebt. . . . Alle Versuche, der SPD neues Leben einzuhauchen, sind gescheitert. . . . Bei der SPD bleibt man lieber unter sich und pflegt einen gediegenen Sitzungssozialismus.

(Heiterkeit bei der CDU)

In unzähligen Arbeitsgemeinschaften, Foren, Projektkreisen und Kommissionen haben neue Gesichter oder zündende Einfälle Seltenheitswert.

Deswegen, meine Damen und Herren, vertritt die SPD seit 15 Jahren gebetsmühlenartig immer dasselbe zur Verwaltungsreform.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie das auch vor 15 Jahren aus dem „Spiegel“ kopiert? – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! Sie sagen ja die Unwahrheit! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ein Ministerpräsident sollte die Wahrheit sagen!)

Sie lernt nicht dazu. Sie vertritt dasselbe auch noch in zehn Jahren.

Herr Kollege Drexler, Ihre Rede kam mir in weiten Strecken so vor wie die Reaktion eines Kindes, das im Sandkasten sitzt, mit der Schaufel Sand geworfen hat und dem man die Schaufel wegnimmt. In Zukunft können Sie keinen Sand mehr gegen uns werfen,

(Abg. Drexler SPD: Deswegen haben Sie es gemacht!)

weil wir Sie in Fragen der Verwaltungsreform längst überholt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da Sie auch mit einer Rede mit Büttenredencharakter zur Verwaltungsreform nicht landen können, möchte ich Ihnen das in ähnlicher Form zurückgeben, nämlich mit einem mittelalterlichen Kirchenlied, das ich den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 19. November 2002 verdanke:

*Andreas hat gefehlet,
Philippus falsch gezählet.
Sie rechnen wie ein Kind.
Mein Jesus kann addieren
und kann multiplizieren,
auch da, wo lauter Nullen sind.*

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Singen hätten Sie das sollen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Draußen warten die Olympialeute, ich werde es deshalb kurz machen. Auch der Herr Ministerpräsident hätte sich kürzer fassen können, nachdem er wusste, dass draußen geladene Gäste warten.

(Zuruf von der CDU: Es geht um Wichtigeres!)

Insofern müssen Sie es schon aushalten, dass wir einige Minuten auf seine Ausführungen antworten. Das ist Parlamentarismus, und dafür sollten Sie eigentlich Verständnis haben.

Herr Ministerpräsident, es wäre schön gewesen, wenn Sie nicht nur aus Kirchenliedern zitiert, sondern sich auch nach Ihrer Kirche gerichtet hätten. Dann hätten Sie nämlich etwas zum Krieg im Irak gesagt

(Beifall bei der SPD)

und nicht eine Dreiviertelstunde lang über Verwaltungsreform geredet. Man muss sich das einmal vorstellen: Eine Dreiviertelstunde lang redete er über Verwaltungsreform, und mit keinem Ton hat er heute Morgen die Debatte über den Krieg im Irak aufgegriffen. Das ist der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, das Beispiel mit dem Schüfele nehmen wir auf. Sie haben offensichtlich als Reflex auf unsere Vorschläge jetzt endlich reagiert. Anders kann ich den Vergleich überhaupt nicht sehen, Herr Ministerpräsident.

Ich möchte es kurz machen.

Erstens: Sie verlassen die Tarifgemeinschaft mit dem Argument: wegen des Bundes. Sie erzählen laufend die Unwahrheit. Zugestimmt hat bei diesem Tarifabschluss die Tarifgemeinschaft der Länder, an der Spitze der bayerische Finanzminister. Er hat zugestimmt. Mit dem wollen Sie jetzt eine Tarifgemeinschaft machen. Was soll denn das?

(Beifall bei der SPD – Abg. Teufel CDU: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

– Sie können von mir aus ruhig eine Zwischenfrage stellen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Moment! Herr Abg. Drexler, Herr Abg. Teufel wünscht eine Zwischenfrage zu stellen.

Abg. Drexler SPD: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Teufel, Sie haben das Wort.

Abg. Teufel CDU: Der Abgeordnete Teufel möchte Sie nur fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass der Vertreter des Finanzministeriums von Baden-Württemberg gegen den Tarifabschluss gestimmt hat.

Abg. Drexler SPD: Ja, das wissen wir.

Sie sagen, Sie wollten wegen des Bundes die Tarifgemeinschaft verlassen und mit den Nachbarländern eine Tarifgemeinschaft bilden. Das Nachbarland Bayern war Stimmfüh-

(Drexler)

rer für die Länder. Sie wollen mit dem, der dem Tarifabschluss zugestimmt hat, jetzt eine gesonderte Tarifgemeinschaft bilden? Das ist doch unlogisch.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Vielleicht im Saarland!)

Wir warten einmal ab, was mit dieser Tarifgemeinschaft passiert. Wir werden sehen, mit wem Sie eine bilden. Sie müssen sich dann auch vorstellen, welche Verträge Sie machen können, weil Baden-Württemberg ein Land ist, das anders ausgestattet ist als zum Beispiel das Saarland und andere Länder. Man muss abwarten, ob es eine kluge Entscheidung ist, eine gesonderte Tarifgemeinschaft zu bilden, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von der CDU: Olympia!)

Jetzt mache ich es ganz kurz. Ich sage Ihnen noch einmal: Wir werden natürlich den Prozess kritisch begleiten. Und wir werden mit Ihnen darüber diskutieren, welche Aufgaben vom Landkreis auf die Kommunen verlagert werden. Das ist ja das Erste. Sie haben vorhin durch Zwischenrufe – allerdings vor allem von der FDP/DVP – bekundet, dass da ein weites Feld geöffnet ist, dass man alles nach unten verlagern werde, was vom Landkreis auf die Ebene der Städte zu verlagern ist. Wir werden Sie daran messen.

Zum Zweiten: Wenn das passiert, werden Sie sich messen lassen müssen, Herr Hofer, was auf die regionale Ebene soll. Sie haben ja auch gesagt, das sei möglich. Ich sage Ihnen, dass dann vom kommunalen Bereich im Landkreis nicht mehr sehr viel übrig bleibt. Dann sind wir bei der Debatte, in der wir sagen, dass wir mit einer Strukturveränderung eine Ebene streichen müssen, weil nichts mehr übrig ist. Dazu haben Sie heute überhaupt nichts gesagt. Das werden wir aber in diesem Prozess feststellen. Wir werden nur große Einsparungen erzielen können – denken Sie einmal darüber nach –, wenn Sie eine Ebene streichen. Noch einmal: Die regionale Ebene werden wir in diese Debatte natürlich einbringen.

Herr Teufel, ich muss es, wie gesagt, kurz machen. Man darf ja nicht so unhöflich sein, die eingeladenen Gäste draußen warten zu lassen.

(Zuruf von der CDU: Das Parlament geht vor!)

Aber eines will ich Ihnen schon sagen. Die Polizeigewerkschaft hat das genau anders gesehen, als Sie es gerade dargestellt haben. Noch unverständlicher werden die Absichten der Landesregierung zur Eingliederung der Polizei angesichts der Tatsache, dass das Nachbarland Hessen vor kurzem genau die umgekehrte Richtung ging und seine Polizei nach baden-württembergischem Vorbild umbaute. Auch der neue niedersächsische CDU-Ministerpräsident plant die Schaffung selbstständiger Polizeidirektionen, die aus den Kreis- und Bezirksregierungen herausgelöst werden. Ja wollen Sie jetzt mit einer Delegation Ihrer CDU nach Niedersachsen und nach Hessen fahren? Was soll denn der Vorwurf?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Wir halten das in Richtung Polizei für falsch. Da nützt uns das Ergebnis von Nordrhein-Westfalen nichts. Wahrschein-

lich sind Sie vor 15 Jahren hingefahren, und nach 15 Jahren wollen Sie jetzt eine Reform machen. Das passt doch alles nicht zusammen.

Nachdem Sie Herrn Salomon zitiert haben, möchte ich ihn zum Schluss aus der „Badischen Zeitung“ auch zitieren.

(Abg. Capezzuto SPD: Wer ist das?)

– Das ist der Oberbürgermeister von Freiburg, den der Herr Ministerpräsident vorhin zitiert hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Guter Mann! – Zuruf des
Abg. Dr. Birk CDU)

Während sich die Landräte landauf, landab hoch zufrieden über ihre künftige Aufwertung äußern, bleiben die Oberbürgermeister und Kämmerer auf Distanz. Reform ja, aber mit einer Effizienzrendite von 20 % wollen sie sich nicht abfinden.

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident: Der Landkreistag war bei uns bei einer Debatte über die Reform der Landesverwaltung und hat gesagt, er könne sich eine Rendite von 10 % vorstellen. Wie Sie auf 20 % kommen, weiß kein Mensch. Wahrscheinlich haben Sie das einfach verdoppelt.

(Unruhe)

Aber bitte, das werden wir ja abwarten.

Jetzt kommt es:

„Die Städte sollen die Ämter samt Aufgaben übernehmen, bekommen vom Land aber nur 80 % der Kosten überwiesen. Das ist Teufels Offenbarungseid“, giftet der Freiburger Oberbürgermeister Salomon.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der weiß doch noch gar nichts!)

„Jetzt sollen wir von heute auf morgen hinbekommen, was das Land über Jahre nicht geschafft hat.“

– Wörtliches Zitat Salomon.

Sein Finanzbürgermeister schüttelt nur den Kopf. „20 % Abschlag – wissen Sie, was? Das Land soll die Ämter doch behalten“, sagt Otto Neideck.

– Der Mann ist immerhin Mitglied der CDU. Setzen Sie sich erst einmal mit Ihren CDU-Mitgliedern auseinander!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Widerspruch)

– Entschuldigung. Herr Kretschmann, Sie haben das Wort.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte natürlich nicht vor, noch einmal ans Rednerpult zu gehen. Aber als Schwarmgeist bezeichnet zu werden, das kann ich nicht auf mir sitzen lassen. Das wird ja wohl jeder einsehen.

(Kretschmann)

Zuerst einmal, Herr Ministerpräsident, war es nett, dass Sie die Parteizugehörigkeit von Herrn Bsirske hier verschwiegen haben.

(Heiterkeit)

Zweitens, zu Herrn Salomon: Also, Sie haben doch gesehen, was wir für eine lebendige Partei sind. Der Salomon haut mal richtig auf den Putz, und drei Monate später macht der Bundeskanzler endlich die Reformen. So muss es aussehen.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen – Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Jetzt komme ich noch einmal zur Aufgabenkritik. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, das mit der Aufgabenkritik sei alles Unsinn, so etwas könnten nur Schwarmgeister erzählen, Sie hätten ja so lange Verwaltungserfahrung. Dazu muss man vielleicht sagen: Vielleicht waren Sie zu lange in der Verwaltung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vielleicht sollten Sie einmal schauen, wie man in der Wirtschaft Reformen macht:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wie es im Leben aussieht!)

zuallererst mit einer Aufgabenkritik.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Anders geht das gar nicht.

Ich habe nicht behauptet, die Beamten selbst sollten sich abschaffen.

(Unruhe)

Ich habe das hier exemplarisch anhand der Schulverwaltung vorgetragen.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Dazu haben wir eine parlamentarische Initiative ergriffen, in der wir an sechs Punkten dargelegt haben, wie selbstständige Schulen aussehen sollten. Das heißt, genau das Parlament ist der Ort, um eine solche Aufgabenanalyse und -kritik zu formulieren und daraus Forderungen für die Regierung und das Land abzuleiten. Das ist genau der Sinn des Parlaments innerhalb der gesamten Debatte. Dem sind wir nachgekommen. Ich muss Sie schon einmal fragen, welches Verständnis Sie eigentlich vom Parlament haben.

(Beifall bei den Grünen)

Ich muss wirklich noch einmal betonen: Sie haben letztes öffentlich gesagt, Sie seien gar kein Anhänger der Zusammenlegung der Gemeinden in so große Einheiten gewesen. Sie haben mit dieser Kritik die Bemerkung verbunden, dass kleine Einheiten bestimmte Aufgaben oftmals besser leisten könnten.

(Unruhe)

Dem kann ich nur zustimmen.

Aber andererseits sagen Sie an erster Stelle – wir haben am Wochenende den Föderalismuskonvent in Lübeck –, dass bestimmte Bundesländer zu klein seien und deswegen ihre Aufgaben nicht wahrnehmen könnten, man brauche, ähnlich wie Baden-Württemberg das nach dem Krieg gemacht hat, überlebensfähige und lebensfähige Länderstrukturen. Sie geben also selbst zu: Je nach Ebene muss man nach der richtigen Größe schauen und auch da die richtigen Aufgaben ansiedeln. Etwas anderes haben wir für die Kommunen, für die Landkreise, für die Regierungspräsidien und die Regionen überhaupt nicht behauptet.

Niemand wird uns weismachen, dass es nach 30 Jahren, in denen sich so viel geändert hat – in jedem Landkreis kann man sehen, was sich geändert hat –, nicht erforderlich ist, über die Größenordnung nachzudenken, sie neu zu justieren, zu schauen, was nach unten auf die Kommunen zurückverlagert werden kann, was nach oben delegiert werden muss und welches die richtige Mittelinstanz ist. Dazu haben wir uns klar geäußert. Ich finde, wir liegen mit unserer Kritik absolut richtig. Ob Sie den Energiemarkt betrachten, ob Sie die Abfallverwertung betrachten, ob Sie den Tourismus betrachten oder ob Sie die regionale Wirtschaftsförderung betrachten, überall können Sie sehen: Für diese wichtigen Aufgaben sind die Kreise zu klein; Zweckverbände und Ähnliches werden gegründet,

(Abg. Schneider CDU: Das stimmt doch nicht!)

um diese Dinge überhaupt noch regeln zu können. All diese Konstruktionen sind aber sozusagen der Bürgerschaft weitgehend entzogen. Deswegen sagen wir, dass wir mit der Justierung der Ebenen im Kern richtig liegen. Ich kann Ihnen prophezeien: Im Prozess der europäischen Integration wird es – vielleicht nicht so hauruckartig wie heute – genau zu dem kommen, was wir fordern, nämlich zu einer wirklichen Verwaltungsreform, in der man die Sonderbehörden auf die richtigen Ebenen stellt und nicht umgekehrt nur an den Sonderbehörden herummacht, aber ansonsten die Strukturen belässt. Das kann nicht gut gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Um unsere Gäste nicht noch länger warten zu lassen, schlage ich Ihnen vor, die Beratung des Tagesordnungspunktes 1 an dieser Stelle zu unterbrechen und die Abstimmungen nach Wiederbeginn der Sitzung durchzuführen. – Sie sind damit einverstanden.

Damit unterbreche ich die Sitzung bis 15:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:07 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:30 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Wir kommen zunächst zur **A b s t i m m u n g** über den
Nachtragshaushaltsplan

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/1872. Ich werde die Einzelpläne insgesamt aufrufen und bei den Einzelplänen die dazu vorliegenden Änderungsanträge und Entschließungsanträge zur Abstimmung bringen. – Sie sind mit diesem Verfahren einverstanden.

Ich rufe auf

Einzelplan 01
Landtag

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Wer diesem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 02
Staatsministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Die Anträge dazu?
– Abg. Schmid SPD: Änderungsanträge!)

– Frau Kollegin, zu diesem Einzelplan liegt ein Entschließungsantrag vor. Er wird nach der Abstimmung über den Einzelplan 02 zur Abstimmung gestellt. Es liegt kein Änderungsantrag vor.

Wer also dem Einzelplan 02 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 02 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe jetzt den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE – Führungsakademie Baden-Württemberg –, Drucksache 13/1926-25, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03
Innenministerium

und lasse gleich über die dazugehörigen Anträge abstimmen.

Ich rufe zunächst Ziffer 2 des Entschließungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-26, auf. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieses Begehren wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1926-1, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Erstattung von Sozialhilfe an Spätaussiedler –, Drucksache 13/1926-2, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde bei Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nunmehr Ziffer 1 des Entschließungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-26, auf, worin begehrt wird, dem Parlament umgehend eine Novelle des Polizeigesetzes und gegebenenfalls des Landesgebührengesetzes vorzulegen. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieses Begehren wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Einzelplan 03 – Innenministerium – in der Fassung, die Ihnen vorliegt, abstimmen. Wer diesem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 03 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

und die dazu vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge.

Zunächst rufe ich die Ziffer 1 des Entschließungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-27, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Ziffer 1 des Antrags wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung –, Drucksache 13/1926-3, auf. – Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Verbesserung der Ganztagsangebote an Schulen –, Drucksache 13/1926-28, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Ziffern 2 bis 6 des Entschließungsantrags der Fraktion GRÜNE – Erhalt Deputatsermäßigung und neues Arbeitskonzept für Lehrkräfte –, Drucksache 13/1926-27, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Ziffern 2 bis 6 des Antrags wurden mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE – Reorganisation und Abbau der Schulverwaltung –, Drucksache 13/1926-29, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse nunmehr über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – abstimmen. Wer diesem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 04 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 05 – Justizministerium – wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 06 – Finanzministerium – wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

und die dazu vorliegenden Änderungsanträge.

Zunächst rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds aus Landesmitteln –, Drucksache 13/1926-4, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Europäischer Sozialfonds –, Drucksache 13/1926-30, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Verkauf von Darlehensforderungen an die Landeskreditbank zur Förderung des Wohnungsbaus –, Drucksache 13/1926-5, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Förderung preiswerter und familiengerechter Wohnungen –, Drucksache 13/1926-6, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Modernisierung im Rahmen der Wohnbauförderung –, Drucksache 13/1926-7, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich

um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Landesbetrieb Vermessung –, Drucksache 13/1926-8, auf.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE zur SPD: Da stimmen wir wieder mit euch!)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Hat sich erledigt!)

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der FDP/DVP)

Enthaltungen? – Dem Einzelplan 07 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

und die dazu vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge.

Zunächst rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Zuschüsse Ländliche Sozialberatung –, Drucksache 13/1926-9, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Werbung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem HQZ –, Drucksache 13/1926-10, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Ernährungszentren und Ernährungsinformationsstellen –, Drucksache 13/1926-11, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Zuschüsse für Investitionen, insbesondere Vermarktungseinrichtung Ilshofen –, Drucksache 13/1926-12, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Beibehaltung der Zuschüsse an die Verbände des alternativen Landbaus in Baden-Württemberg –, Drucksache 13/1926-31, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Reduzierung der Mittel für die Flurneuordnung –, Drucksache 13/1926-32, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE – Haupt- und Landgestüt Marbach –, Drucksache 13/1926-33. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 08 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09
Sozialministerium

und die dazu vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge. Ich lasse zunächst wieder über die Änderungsanträge abstimmen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Förderung der beruflichen Eingliederung Arbeitsloser –, Drucksache 13/1926-13, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Sozialberatung für ausländische Familien –, Drucksache 13/1926-14, auf.

Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, wir beantragen namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

(Unruhe – Abg. Dr. Reinhart CDU: Oh Gott!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Sie haben gehört, dass namentliche Abstimmung beantragt ist.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-34, der identisch ist, mit zur Abstimmung auf. Über beide Anträge wird namentlich abgestimmt.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben S.

Frau Schmidt-Kühner, ich bitte Sie, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 121 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 69 Abgeordnete.*

Damit sind die beiden Anträge mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das war aber völlig überraschend!)

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Beber, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Dr. Inge Gräßle, Friedlinda Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich rufe nunmehr den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Förderung der Erziehungsarbeit in Jugendwohnheimen –, Drucksache 13/1926-15, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Jugendsozialarbeit an Schulen –, Drucksache 13/1926-16, und den identischen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-35, auf. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Ausbau des Kinderbetreuungsangebots –, Drucksache 13/1926-17, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Ambulante Altenbetreuung –, Drucksache 13/1926-18, und den inhaltsgleichen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Förderung der ambulanten Maßnahmen der Altenhilfe kommunaler Träger –, Drucksache 13/1926-36, auf. Wer diesen beiden Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Beide Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Kein Kahlschlag bei der Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienste –, Drucksache 13/1926-19, und den inhaltsgleichen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-37 – Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienste –, auf.

Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Auch hierüber beantrage ich für meine Fraktion namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsident Birzele: Sie haben diesen Antrag, der die erforderliche Unterstützung hat, gehört.

Ich bitte die Schriftführerin, Frau Dr. Stolz, mit dem Namensaufruf beim Buchstaben T zu beginnen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Wer zustimmen möchte, antwortet mit Ja, wer mit Nein stimmen möchte, mit Nein, wer sich enthalten will, mit „Enthaltung“.

Bitte, Frau Dr. Stolz.

(Namensaufruf)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Es haben sich 121 Abgeordnete an der Abstimmung beteiligt.

*52 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt,
68 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt,
es gab eine Enthaltung.*

Damit sind beide Anträge mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit Ja haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebbler, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit Nein haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Dr. Inge Gräßle, Friedlinda Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

Der Stimme enthalten hat sich:

Dr. Noll.

*

Das Wort zur Abgabe einer Erklärung zur Abstimmung erhält Herr Abg. Alfred Haas.

Abg. Alfred Haas CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mit Nein gestimmt, weil diese beiden Anträge aus meiner Sicht nicht begründet sind.

(Lachen bei der SPD)

Es handelt sich bei der Kürzung der Zuschüsse für die Sozialpsychiatrischen Dienste nicht um einen Kahlschlag, wie das die SPD-Fraktion begründet,

(Abg. Drexler SPD: Sagen die Kirchen!)

sondern es handelt sich um die Halbierung eines 36-prozentigen Anteils.

(Zurufe von der SPD)

Nach Ihrer Berechnung – in der Begründung auf der Rückseite des schriftlich vorliegenden Antrags – sagen Sie,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich bin froh, dass jetzt im Protokoll steht, was Sie sagen!)

dass der Eigenanteil bereits bei 35 bis 42 % liege.

Dazu sage ich Ihnen: Beim Worst Case kommen dann 16,25 %

(Abg. Ursula Haußmann SPD: 18 %, Herr Haas!)

– nein, Sie können nicht rechnen; deswegen wollte ich Ihnen das gerne sagen –, beim Best Case kommen 13,5 % heraus.

Zum Zweiten will ich Ihnen sagen – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung, nicht für eine Fortsetzung der Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Alfred Haas CDU: Ich bin unterbrochen worden durch Frau Haußmann, sonst hätte ich die Erklärung so abgeben können, wie ich das vorhatte.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Ich habe mit Nein gestimmt, weil es mittlerweile die Möglichkeit der Psychotherapie gibt. Und die Begründung ist nicht richtig – –

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie haben nichts verstanden! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Der Anteil der Psychotherapie ist auch begrenzt!)

– Hören Sie doch jetzt einfach einmal zu, Frau Haußmann! Sie haben das nicht begriffen. Die Zahl der stationären Einweisungen – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Sie haben das nicht begriffen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Persönliche Erklärung, nicht beleidigen, Herr Kollege!)

– Sie hat es trotzdem nicht begriffen. Ich hatte das Frau Dederer erklärt, ich habe es Frau Lösch erklärt, ich erkläre es jetzt noch Frau Haußmann.

Die Zahl der stationären Einweisungen hat nichts mit diesen Kürzungen zu tun. Wenn Einweisung droht, ist Psychotherapie anzuwenden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Haas, ich ermahne Sie: Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung und nicht zur Fortsetzung der Debatte.

Abg. Alfred Haas CDU: Ich werde dauernd unterbrochen, Herr Präsident. Sorgen Sie einmal dafür – –

(Lebhafte Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Nein!

(Unruhe)

Abg. Alfred Haas CDU: Ich sage meinen Satz fertig und zitiere aus dem Schreiben des AOK-Vorsitzenden Sing.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Haas, ich entziehe Ihnen das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zitate aus Schreiben sind keine Begründung für eine Erklärung zur Abstimmung.

Wir fahren fort.

Abg. Alfred Haas CDU: Aber die Begründung der Anträge ist falsch.

Stellv. Präsident Birzele: Ich habe Ihnen das Wort entzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Alfred Haas CDU: Weil es unangenehm geworden ist.

(Lebhafte Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Haas, Sie erhalten einen Ordnungsruf.

(Zuruf von der SPD)

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Ich habe zum Einzelplan 09 noch den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE – Unterhaltsvorschuss- und -ausfallleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) –, Drucksache 13/1926-38, aufzurufen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit zahlreichen Gegenstimmen bei wenigen Jastimmen und mehreren Enthaltungen abgelehnt.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Einzelplan 09 – Sozialministerium. Wer dem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 09 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt und Verkehr

und die dazu vorliegenden Anträge.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion GRÜNE – Streichung der für die Internationale Länderkommission Kerntechnik (ILK) eingesetzten Mittel –, Drucksache 13/1926-39, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs –, Drucksache 13/1926-40 Ziffer 2, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion GRÜNE – Planungsleistungen Straßenbau –, Drucksache 13/1926-41, auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-42 Ziffer 2, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-43 Ziffer 2, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Nunmehr kommen wir zu den Entschließungsanträgen. Ich rufe den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-40 Ziffer 1, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-42 Ziffer 1, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-43 Ziffer 1, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nunmehr lasse ich insgesamt über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 10 wurde mit Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Schuldendienst –, Drucksache 13/1926-20, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Bewirtschaftungskosten für Gebäude –, Drucksache 13/1926-21, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Mieten und Pachten –, Drucksache 13/1926-22, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Imagekampagne –, Drucksache 13/1926-23, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1926-44, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nunmehr den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Haushaltssperre und Einsparungen bei NSI –, Drucksache 13/1926-24, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der SPD: Jetzt!)

Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der SPD)

Enthaltungen? – Der Antrag wurde bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Fischer SPD: Mut verlassen!)

Nunmehr rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE – Auflösung Landesstiftung –, Drucksache 13/1926-45, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Damit lasse ich über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – insgesamt abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 12 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1926-46. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – abstimmen. Wer diesem Einzelplan mit den beschlossenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Einzelplan 14 wurde mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über das

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/1873.

Ich will darauf aufmerksam machen, dass in der Beschlussempfehlung in § 1 Abs. 1 unter Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – die durch die Annahme des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1926-46, gerade beschlossenen Änderungen zu berücksichtigen sind. Es sind zu setzen in der Zeile des Einzelplans 14 bei Einnahmen „48.539,7“ und bei Ausgaben „38.667,5“ und in der Zeile „zusammen“ jeweils „42.315,2“.

In § 1 Abs. 2 ist die Zahl „31.552.450.600“ durch „31.548.950.600“ zu ersetzen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich das Gesetz insgesamt zur Abstimmung stelle?

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Ja!)

– Sie stimmen dem zu.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

– Nein.

(Stellv. Präsident Birzele)

Dann rufe ich auf

§ 1

insgesamt. Damit sind Sie einverstanden. Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 2

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 3

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 4

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 5

Wer zustimmen möchte, bitte Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 6

Wer zustimmen möchte, bitte Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 7

Wer zustimmen möchte, bitte Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung so beschlossen.

Damit ist die Zweite Beratung beendet.

Wir müssen noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1873 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur **Dritten Beratung**. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse.

Ich rufe zunächst den

Nachtragshaushaltsplan

auf. Sind Sie damit einverstanden, dass der Nachtragshaushaltsplan insgesamt zur Abstimmung gestellt wird?

(Zurufe: Ja!)

– Sie sind damit einverstanden.

Dann lasse ich insgesamt abstimmen. Wer dem Nachtragshaushaltsplan insgesamt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Nachtragshaushaltsplan wurde in Dritter Beratung mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über das

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003

Wünschen Sie wieder eine gesonderte Abstimmung?

(Zurufe: Nein!)

Kann ich feststellen, dass den Paragraphen mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen wie in der Zweiten Beratung zugestimmt wurde? – Sie sind damit einverstanden. Dann ist die Einzelabstimmung mit dieser Feststellung durchgeführt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 26. März 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Das Gesetz wurde mehrheitlich angenommen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 Buchst. a erledigt.

Wir kommen nunmehr in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über das

Haushaltsstrukturgesetz 2003

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/1874. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Ich würde vorschlagen, über die Artikel 1 bis 3 gemeinsam abzustimmen.

Stellv. Präsident Birzele: Gut. – Aber hier muss ich zunächst erklären, dass im Einleitungssatz zu Artikel 1 der Halbsatz „zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. November 2002 (GBl. S. 439)“ wie folgt zu fassen ist: „zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Februar 2003 (GBl. S. 117)“.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse nunmehr über die

Artikel 1 bis 3

zusammen abstimmen. Wer diesen Artikeln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesen Artikeln wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Eingliederungsgesetzes

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes

Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Ich würde vorschlagen, über die Artikel 5 bis 9 gemeinsam abzustimmen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein! Ich bitte darum, über Artikel 5 extra abzustimmen!)

Stellv. Präsident Birzele: Gut. Ich lasse über Artikel 5 entsprechend dem Wunsch von Frau Dederer gesondert abstimmen. Wer Artikel 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel 5 wurde mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6 bis 9

Wer diesen Artikeln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesen Artikeln wurde einstimmig zugestimmt.

Ich weise darauf hin, dass bei Artikel 7 und bei Artikel 8 ebenfalls redaktionelle Änderungen vorzunehmen waren. Bei Artikel 7 wird im Einleitungssatz eingefügt: „11. Dezember 2002 (GBl. S. 470)“, und im Artikel 8 Nr. 1 wird anstelle der dortigen Datumsangabe „11. Dezember 2001 (GBl. S. 769)“ eingefügt: „28. Januar 2003 (GBl. S. 123)“.

Wir kommen nunmehr zur Schlussabstimmung.

(Zuruf)

– Über den Artikel 9 habe ich gerade entsprechend dem Wunsch von Herrn Abg. Schmid mit abstimmen lassen. Ich stelle noch einmal fest, dass den Artikeln 6 bis 9 einstimmig zugestimmt wurde.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 26. März 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsstrukturgesetz 2003“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über die Ziffern 2 und 3 der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1874 abzustimmen. In Ziffer 2 wird empfohlen, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 13/1651, Kenntnis zu nehmen. Ich lasse über diese Kenntnisnahme gesondert abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bei Kenntnisnahme muss ich doch nicht zustimmen!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist zugestimmt.

Ferner wird in Ziffer 3 empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/729, den Antrag der Abg. Herbert Moser u. a. SPD, Drucksache 13/1541, und den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1694, für erledigt zu erklären. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum

Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2002 bis 2006

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, vom Mittelfristigen Finanzplan Kenntnis zu nehmen. Kann ich ohne förmliche Abstimmung feststellen, dass das Haus vom Mittelfristigen Finanzplan Kenntnis nimmt? – Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

(Unruhe)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bewerbung der Stadt Stuttgart um die Olympischen Spiele und Paralympics 2012 – Drucksache 13/1600

Bevor ich das Wort erteile, darf ich zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der Stuttgart 2012 GmbH, Herrn Raimund Gründler, zusammen mit Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Kuratoriums auf der Zuhörertribüne begrüßen.

(Beifall im ganzen Haus)

(Stellv. Präsident Birzele)

In der Mittagspause fand ja ein Stehempfang zur Olympiabewerbung statt. Der Landtagspräsident hat dabei schon zum Ausdruck gebracht, dass wir Ihnen Erfolg bei Ihren Bemühungen wünschen, die Sommerolympiade 2012 nach Baden-Württemberg zu holen.

(Abg. Capezzuto SPD: Abstimmen! – Gegenruf des Abg. Herrmann CDU: Da sind wir alle dafür!)

Für die Beratung des Tagesordnungspunkts ist freie Redezeit vereinbart.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Oettinger, Sie haben das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Olympische Spiele 2012 in Stuttgart und Baden-Württemberg – eine tolle Sache, ein ehrgeiziges Ziel, ein Projekt, das in Stuttgart, in der Region, in anderen Städten Baden-Württembergs – Mannheim und Karlsruhe –, in ganz Baden-Württemberg seit einigen Jahren überparteilich Unterstützung findet und das in wenigen Wochen zur Entscheidung steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, verehrte Kollegen! Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und für viele von uns Teil des Alltags: Sport betreiben, Sport erleben, Sportveranstaltungen live oder im Fernsehen sehen. Sport ist mitten in unserer Bevölkerung, und Baden-Württemberg ist ein Sportland mit besonderem Niveau. Der Breitensport, der Spitzensport, die Sportbegeisterung, die Zahl der Sportveranstaltungen: Baden-Württemberg – und Stuttgart an der Spitze – hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu Recht einen glaubwürdigen und guten sportiven Namen weltweit gemacht. Die Freizeitgestaltung wäre ärmer ohne Sport. Die Integration von Mitbürgern, Neubürgern und Ausländern findet über Sport leichter statt.

(Abg. Capezzuto SPD: Ja!)

Die Persönlichkeitsbildung wird durch Sport geprägt. Hinzu kommen Sozialkompetenz unserer jungen Generation, Gesundheit und der Wirtschaftsfaktor, den man auch nicht hoch genug einschätzen kann. Sport ist ein Teil unseres kulturellen und sozialen Lebens.

Deswegen war es folgerichtig, dass zu einem Zeitpunkt, zu dem sich Deutschland um die Austragung Olympischer Spiele bewirbt, Stuttgart, der Ballungsraum und das Land nicht beiseite stehen, sondern eine Bewerbung abgeben, die Kompetenz und Zuneigung, die Idealismus und Sachkunde erwarten lässt und die im April eine faire Behandlung und Abstimmung erwarten kann. Wir stehen ohne Wenn und Aber hinter dieser Bewerbung unserer Landeshauptstadt, unserer Region Stuttgart und des Landes

(Beifall der Abg. Heinz und Dr. Inge Gräßle CDU)

und sind froh darüber, dass überparteilich alle demokratischen Kräfte hier im Landtag und breite Kreise der Bevölkerung hinter der Bewerbung Stuttgarts stehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Man könnte ja fragen: Ist Stuttgart mit der Bewerbung für Olympia gut beraten? Ich meine, wenn sich Frankfurt und

das Rhein-Main-Dreieck, wenn sich Düsseldorf und Rhein-Ruhr, wenn sich Hamburg und Leipzig zutrauen, mit guten Konzepten in die Bewerbung zu gehen, hat Stuttgart aufgrund seiner Sportererfahrung, seiner Infrastruktur und seiner breiten Sportbegeisterung allen Grund, nicht abseits zu stehen, sondern sich in eine Bewerbung hineinzubegeben, die hervorragend vorbereitet ist, sich sehen lassen kann und gute Chancen besitzt.

Am 12. April wird entschieden, und es ist schon jetzt erkennbar: Allein die Bewerbung war ein Erfolg. Wir haben eine Entwicklung der Infrastruktur, wir haben eine Begeisterung von Gremien und in der Bevölkerung, wir haben uns einen Namen gemacht. Der Name der Sportstadt Stuttgart und der Name des Landes strahlen durch die Bewerbung schon jetzt weit nach außen. Allein die Bewerbung im nationalen Maßstab war eine richtige Entscheidung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Durch einen gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen haben wir zum Jahreswechsel von der Regierung dargelegt bekommen, wie umfangreich die Sportbewerbung Stuttgarts von Land, Region und Stadt vorbereitet, unterstützt, abgestimmt und getragen, wie konsequent die Lobbyarbeit verfolgt worden ist.

Ich glaube, wir haben uns bisher auch nichts vorzuwerfen. Unser Konzept ist olympiatauglich. Wenn die Evaluierung vor wenigen Wochen gezeigt hat, dass es fünf olympiataugliche Bewerbungen gibt, und wenn die Punktation mit ganz geringem Abstand Stuttgart hinten gesehen hat, dann ist dies kein Grund zur Entmutigung. Im Gegenteil: Ich glaube, dass die Olympiatauglichkeit dieser Bewerbung von niemandem bestritten werden kann,

(Beifall bei der CDU)

und ich glaube, dass einige Argumente, die für Stuttgart sprechen, in diesen Tagen noch nach vorn gebracht werden müssen und wenige Bewertungselemente zu hinterfragen sind.

Ich kritisiere das NOK überhaupt nicht, und ich respektiere, wie die Bewertung vonstatten ging. Aber dass bei der Finanzierung eine kerngesunde Stadt und ein finanziell eher starkes Land Fragezeichen aufwerfen, dass Stuttgart beim Olympischen Dorf Nachteile bescheinigt bekommen hat, dass der Slogan „Faszination Olympia“ – ich finde ihn hervorragend – kritisch beleuchtet worden ist, dass die Zustimmung der Bevölkerung überhaupt keine Rolle gespielt hat und dass die innere Sicherheit und die Akzeptanz nicht bewertet worden sind, bringt mich zu dem Ergebnis: Diese Evaluierung ist nur ein Schlaglicht – ein wichtiges, aber nicht das entscheidende –, und die Gesamtbetrachtung findet am 12. April statt. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen, dass Stuttgart bei der Bewerbung in die engste Auswahl und vielleicht als nationaler Bewerber auf Platz 1 kommen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

(Oettinger)

Wir danken der Ministerin und der Regierung. Sie hat umfassend dargelegt, was in den letzten Jahren finanziell, materiell und ideell in die Bewerbung und in das Konzept eingebracht worden ist. Ich glaube, dass von den Verantwortlichen für die Olympiabewerbung bisher keine Fehler gemacht worden sind und auf der Zielgeraden jetzt nochmals Tempo zugelegt werden muss.

Die entscheidende Frage ist doch: Mit welcher Stadt hat Deutschland die besten Chancen, Mitglieder des IOC zu überzeugen, dass aus dem nationalen Bewerber die Olympiastadt wird? Machen wir uns nichts vor: 2012 ist ein frühes Ziel. Ob Deutschland und Europa überhaupt in neun Jahren eine Chance haben, steht dahin. Im nächsten Jahr finden die Olympischen Spiele in Europa statt, in Griechenland. In fünf Jahren geht es nach Asien; Peking ist dran. Ob die Olympischen Spiele dann wieder nach Europa zurückkommen, ist nicht hoch wahrscheinlich.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber trotzdem: Eine Bewerbung ist richtig; denn wer sich früh bewirbt, kommt in einen engeren Kreis und vielleicht 2016 in die Wahl. Wir müssen darum kämpfen, dass Stuttgart deutscher Bewerber für die Olympischen Spiele wird, egal, ob Europa und Deutschland im Jahr 2012 oder 2016 den Zuschlag gewinnen können.

Ich erinnere daran: Bei der Bewerbung um die Austragung der Fußballweltmeisterschaft war der DFB auch nur Außenseiter, war Europa Außenseiter, hat England nicht mitgespielt, aber letztlich hat Deutschland mit knapper Entscheidung vor einigen Jahren den Zuschlag für 2006 bekommen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Außenseiterchancen sollte man stärken und entwickeln, und ich glaube, dass national und auch international eine gute Außenseiterchance bestehen kann.

Stuttgart verfügt über die größte Erfahrung, das stärkste Profil, wenn es um international bedeutsame Sportveranstaltungen geht. Wir alle wissen, was in den letzten 20 Jahren in Stuttgart in den unterschiedlichsten Sportarten, die im Sommer eine Rolle spielen, veranstaltet worden ist: vom Radfahren über die Leichtathletik bis zu weiteren Sportarten, neuen Sportarten. Stuttgart hat im Vergleich zu allen anderen Mitbewerbern die meiste Erfahrung, die stärkste Bilanz und das beste Profil, wenn es um die Ausrichtung von weltweit bedeutsamen Sportveranstaltungen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stuttgart hat ein Publikum, das begeisterungsfähig ist. Das traut man den Schwaben eigentlich gar nicht zu.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD:
Na, na, na!)

Im Normalfall sind auch die Neuschwaben – wie der Kollege Mario Capezzuto – und die Altschwaben – zum Beispiel aus der Reichsstadt Esslingen – eher etwas zurückhaltend, nicht gleich zu großer Emotion fähig.

(Abg. Drexler SPD: Der Neuschwabe auf jeden Fall! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber es wird nicht bestritten, dass sie es können. Der Zuschauer im Daimler-Stadion, der eine Sportveranstaltung sieht, lässt sich dort mit hoher Sachkunde begeistern, und die Begeisterung überträgt sich auf die Sportler und schlägt sich in den Ergebnissen nieder. Veranstaltungen in der Schleyer-Halle, im Daimler-Stadion und auch in anderen Sportstätten in Baden-Württemberg zeigen: Wir haben ein sachkundiges Publikum. Die Pferdesportveranstaltungen in Mannheim, in Stuttgart, in Donaueschingen,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Basketball, Volleyball,

(Abg. Capezzuto SPD: Handball!)

Eishockey: Mir fallen jede Menge Sportarten ein, bei denen hohe Begeisterungsfähigkeit und Sachkunde bei den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg, bei Jung und Alt, bestehen. Darauf setze ich. Die deutsche Bewerbung wird durch Stuttgart gestärkt, weil Stuttgart weltweit eine beliebte und bekannte Sportstadt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ein weiterer Punkt kommt bei der Bewerbung hinzu: Stuttgart ist durch seine Wirtschaft, seine Produkte, seine Arbeitsplätze bekannt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Seine Menschen!)

Die Menschen, die hier bei Porsche, Daimler oder Bosch arbeiten, die für Weltprodukte stehen, legen in der ganzen Welt ein gutes Zeugnis für Know-how und Handwerk, für Präzision und Qualität ab. Ich baue darauf, dass der Wirtschaftsstandort Stuttgart und Baden-Württemberg,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

finanz- und wirtschaftsstarke, exportorientiert, weltoffen und weltweit bekannt, in den nächsten Tagen in der Evaluierung der Entscheider eine stärkere Rolle spielt, als er in der NOK-Bewertung gespielt hat.

Kurzum: Es lohnt sich zu kämpfen. Es geht jetzt überhaupt nicht darum, zu mäkeln; es geht vielmehr darum, nochmals Tempo zu machen. Ich sehe eine konkrete Chance, und ich fordere uns alle auf, durch Mundfunk in den nächsten Wochen das uns Mögliche zu tun,

(Zuruf von der SPD: Was? Mundfunk?)

damit Stuttgart am 12. April nicht Fünfter, nicht Vierter, nicht Dritter, nicht Zweiter, sondern vielleicht Erster und damit nationaler Bewerber werden kann.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Abg. Seimetz CDU: Der kann sich doch anschließen! Dann sind wir schneller fertig! – Abg. Dr. Birk CDU: Der schließt sich an!)

Abg. Drexler SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wollen die Olympischen Spiele im Jahr 2012 bei uns in Stuttgart haben. Wir werden in den verbleibenden Wochen bis zur Entscheidung des NOK alles Menschenmögliche tun, um diese Etappe auf nationaler Ebene zu gewinnen. Diese Feststellung ist gleich zu Anfang notwendig, damit kein Zweifel aufkommt, dass der bisherige Verlauf des nationalen Entscheidungsverfahrens weder unser Engagement noch unsere Zuversicht beeinträchtigt hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich denke, was bisher war, ist für uns alle eher ein Ansporn als ein Grund zur Entmutigung gewesen.

Nun gibt es für die verbleibende Zeit allerdings ein Friedensabkommen zwischen den konkurrierenden Städten und Regionen. Dieses Abkommen verpflichtet zur Fairness. Ich denke, ich verletze dieses Fairness- und Friedensabkommen nicht, wenn ich sage: Wenn es uns abverlangt wird, wenn es notwendig ist, um unserer Bewerbung zum Erfolg zu verhelfen, dann werden wir auch das Menschenunmögliche tun, um klar zu machen, wo in Deutschland der beste Platz für Olympia ist: Das ist Stuttgart!

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei allen Fraktionen – Zurufe von der SPD: Jawohl! – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

Ich will mich in meinem Beitrag auf einige wenige Aspekte beschränken, von denen ich glaube, dass sie im bisherigen Entscheidungsverlauf nicht angemessen gewürdigt wurden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Der Mann gehört ins NOK!)

Als Erstes will ich auf die Reihung der kandidierenden Städte eingehen, die eine Bewertungskommission des NOK vor wenigen Tagen vorgelegt hat. Vorauszuschicken ist, dass ich ausdrücklich nicht die Kommission kritisiere, auch nicht das Ergebnis und auch nicht die Indiskretionen, die absichtsvoll in die Presse gestreut wurden.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Was ich kritisiere, ist der Versuch einer Standortfindung für eine Olympiade, die in ein Raster von 16 Kriterien zu passen ist. Ich verstehe gut, warum das gemacht wird. Dahinter steht und stand die Hoffnung, mit vermeintlich objektiven, unbestechlichen Kriterien zu einer optimalen Entscheidung zu kommen, die überdies auch noch den Vorteil hat, wegen ihres objektiven, unbestechlichen Anscheins allgemein akzeptiert zu sein, selbst von den Unterlegenen. Jetzt haben wir gelesen, dass es dabei unter Umständen sogar zu handwerklichen Fehlern kam. Das käme dann zu allem Übel noch hinzu.

Entscheidend aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass man sich bei solchen Entscheidungen aus Ängstlichkeit und Absicherungsbedürfnis allzu gern der Diktatur der Zahlenwerker unterwirft. Diese 16 Kriterien sind als solche meinerwegen schon richtig; aber ihre Messung ist nicht hart und vor allen Dingen nicht belastbar. Sie sind vielmehr weich, windelweich,

(Zurufe von der SPD: Wachsweich!)

und sie können, erst recht, wenn sie in Abständen des Dezimalbereichs liegen, von einem geschickten und erfahrenen Unternehmensberater so hingedreht werden, wie es im Ergebnis passen soll.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Röhm CDU)

Man mag mir nun vorwerfen, ich käme auf dieses Argument, weil Stuttgart in diesem NOK-Ranking nicht so gut abgeschnitten hat, wie ich es mir gewünscht hätte. Dieses Argument zieht meines Erachtens aber nicht, denn die Kandidaturen liegen im Ergebnis dieser Vorausbewertung, in ihren Chancen ja so dicht beieinander, dass sich das NOK ohne Gewissensbisse auf jede Bewerbung einlassen könnte.

(Abg. Bebber SPD: Richtig!)

Mir geht es um etwas anderes. Wir müssen den Mut finden, auch komplexe Entscheidungen aus Überzeugung und aus Erfahrung zu treffen und nicht mit den Hilfskrücken von scheinobjektiven Verfahren. Oder übersetzt ins Verständliche: Wer die Weltoffenheit einer Bevölkerung und ihre Aufgeschlossenheit für fremde Kulturen, ihre Begeisterung für sportliche Leistungen und ihr aktives und passives Engagement im Sport klein gewichtet, stattdessen aber einspurige Kreisverkehre als Manko ankreidet, der wird unter Umständen nicht zu einer optimalen Entscheidung gelangen – um eine Redeweise zu pflegen, die meinen hohen Respekt vor dem NOK zum Ausdruck bringt.

Zweitens will ich zum Motiv unserer Olympiabewerbung einiges ansprechen. Wer die konkurrierenden Bewerber, ihre Ausgangssituation und ihre Aktivitäten aufmerksam zur Kenntnis genommen hat, der kann durchaus Unterschiede erkennen. Ich möchte einen dieser Unterschiede in eine zentrale, in der Form zweigeteilte Frage kleiden und damit verdeutlichen. Die Frage lautet: Was kann uns die Olympiade nützen? Oder aber: Wie können wir der Olympiade nützen? Ich glaube, dass wir uns unter diesem Aspekt in einer Sondersituation befinden. Stuttgart und Baden-Württemberg verbinden mit Olympia weder die Hoffnung auf die Schaffung einer eigenen regionalen Identität, noch wollen wir mithilfe von Olympia Entwicklungsrückstände aufholen. Für uns ist Olympia auch kein Vehikel zur Stadtsanierung.

Deshalb stellen wir nur die Frage: Wie können wir der Olympiade nützen, wie können wir der olympischen Idee so gut wie möglich für wenige Wochen Heimat geben, um ihr damit für weitere Jahrzehnte Strahlkraft zu verleihen? Darin liegen unser klares Bekenntnis und unser eindeutiges Motiv, und ich bin sicher, dass diese Eindeutigkeit auch andere überzeugen wird.

Und drittens, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich daran erinnern: Welche vergangenen Olympiaden sind uns denn eigentlich im Gedächtnis geblieben? Mir fällt Lillehammer 1994 ein, Sydney und natürlich auch Salt Lake City im vergangenen Jahr. Was hat diese Olympiaden so eindrucksvoll gemacht?

(Abg. Capezzuto SPD: 1936!)

Warum waren wir am Ende dieser Spiele jeweils so wehmütig, was hat diese Wehmut ausgelöst, und was hat sie

(Drexler)

von den anderen, eher zu vergessenden, unterschieden? Ich denke, ich kenne den Grund für den Nimbus dieser Olympiaden und ihrer Standorte. Es ist dort jeweils gelungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Herz und Geist alles das zu überstrahlen, was zu Beginn des 21. Jahrhunderts notwendigerweise mit dem größten Sportereignis der Welt verbunden ist: der kalte Anschein der Hochtechnologie, die unverhüllte Kommerzialisierung, der kaum beherrschbare Massenauftrieb, die erbarmungslose Leistungskonkurrenz unter Menschen, die dafür und nur dafür gelebt haben. Herz und Geist haben diese Erscheinungen überwinden können. Damit ist ein Maßstab in der Welt geschaffen worden, an dem sich künftige Olympiaden messen lassen müssen.

Erinnern wir uns an die zuletzt zu Ende gegangenen Weltmeisterschaften der Behinderten im nordischen Skisport und daran, welches freundliche Signal von Baiersbronn aus in die Welt gegangen ist. Wir in Baden-Württemberg, wir in Stuttgart haben dieses Herz und diesen Geist. Herz und Geist, das sind die ausschlaggebenden Pfründe, die, so meinen wir, der Ministerpräsident und der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart in den nächsten Tagen noch überbringen müssen, vor allen Dingen bei der Präsentation am 12. April, wenn es gilt, die Sportbegeisterung, das, was diese Region ausmacht, vorzustellen. Dann erhält Stuttgart am 12. April den Zuschlag als nationaler Bewerber für die Austragung der Olympischen Spiele 2012, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Dann können wir guten Gewissens versprechen, dass die Welt an uns die Maßstäbe von Lillehammer, von Salt Lake City und von Sydney anlegen darf. Wir sind so, wir können es, und wir wollen es.

Ich schließe mit einem Bild, das in der Wirtschaft und in der Wissenschaftsszenerie geläufig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist keine Abwertung anderer Städte, aber mir ist das aufgefallen. Das Bild lautet: Düsseldorf hat eine Universität, Hamburg hält sich eine Universität, Tübingen aber ist eine Universität! Wenn ich das auf Olympia übertrage, so würde das heißen: Düsseldorf würde Olympia haben, Hamburg würde sich Olympia halten, Stuttgart aber wird Olympia sein mit Herz und Geist und allem, was wir dazu tun können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Herrmann
CDU: Jetzt muss es ja hinhalten! – Weiterer Zuruf
von der CDU: Jetzt kann nichts mehr schief gehen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich mit allen Fraktionen dieses Hauses darüber, dass wir heute auch als Landtag von Baden-Württemberg einmütig und mit großer Überzeugung und großer Freude neben dem Land Baden-Württemberg, neben der Region und neben der Stadt Stuttgart gewissermaßen im Schlussspurt ein eindeutiges und klares Bekenntnis dazu abgeben können: Wir halten Stuttgart für die Olympiastadt. Wir kämpfen miteinander dafür, dass

Stuttgart Olympiastadt 2012 werden wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Natürlich bin ich enttäuscht darüber, dass die NOK-Bewertung zu einem Ergebnis geführt hat, mit dem man nicht zufrieden sein kann. Aber das ist noch längst kein Anlass, den Mut sinken zu lassen. Ganz im Gegenteil, auch hier gilt die alte Fußballerweisheit: Der Ball ist rund, und das Spiel dauert 90 Minuten. Am Ende wird sich entscheiden, wer die Nase vorn hat.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten diese NOK-Bewertung zwar ernst nehmen, aber auch nicht überbetonen. Denn im Grunde ist es doch so, dass der Abstand zwischen dem Fünften und dem Ersten minimal ist – nicht nur zwischen dem Fünften und dem Vierten, sondern auch zwischen dem Fünften und dem Ersten. Man kann das eigentlich nur mit einem Satz zusammenfassen: Alle fünf Städte, ausdrücklich auch Stuttgart, sind in höchstem Maße olympiatauglich.

(Abg. Zeller SPD: Aber wir sind besser!)

Ich will nicht das NOK kritisieren. Da sind wir uns einig, Herr Kollege Drexler. Darum kann es nicht gehen. Aber ich halte es für richtig, wenn jetzt in diesen Tagen der Oberbürgermeister dieser Stadt in einem Schreiben auch an die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg noch einmal auf ein paar, ich will einmal sagen, Ungereimtheiten hinweist. Ich will jetzt gar nicht die Petitesse „Kreisverkehr und Einbahnstraße“ ansprechen. Darüber will ich mich nicht unterhalten.

Aber wenn zum Beispiel das Thema Paralympics angesprochen wird und der Stadt Stuttgart sowie der Region ein leichter Vorwurf gemacht wird, dass wir in Baden-Württemberg gerade im Behindertensport zu wenig täten, will ich schon darauf hinweisen: Wenn bei einem Mitbewerber akribisch aufgezählt wird, wie viele Behinderte in dieser Stadt, die sich um die Ausrichtung der Olympischen Spiele bewirbt, Behindertensport betreiben, gleichzeitig aber nicht darauf hingewiesen wird – was auch in der Stellungnahme der Kultusministerin sehr deutlich wird –, dass Baden-Württemberg gerade auch im Behindertensport sehr viel tut, dann finde ich diese Darstellung nicht in Ordnung und eigentlich schade. Baden-Württemberg kann sich durchaus rühmen, mindestens gleich gut zu sein, wenn es darum geht, im Behindertensport viel zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Seit vielen Jahren!)

Ich bin auch einfach traurig darüber, dass ein anderes Kriterium offensichtlich bei der Bewertung überhaupt keine Rolle gespielt hat: die Begeigerungsfähigkeit der Stuttgarter und der Baden-Würtemberger. Das ist doch ein ganz zentrales Thema. Wenn es um die Frage geht, wo die Olympischen Spiele stattfinden sollen, dann muss doch neben Si-

(Pfister)

cherheitsaspekten und neben der Frage, wie die Gebäude und Sportstätten später genutzt werden sollen, und neben den Finanzierungsfragen insbesondere auch die Frage im Vordergrund stehen, ob diese Olympischen Spiele von den Menschen mitgetragen werden, ob dieses Ereignis auf fruchtbaren Boden fällt oder eine Veranstaltung ist, die völlig losgelöst von den Bürgerinnen und Bürgern stattfindet.

Ich sage: Das ist im Grunde einer der entscheidenden Gründe dafür, dass ich für Olympische Spiele in Stuttgart bin. Ich glaube, dass es in der Bundesrepublik Deutschland kaum ein Bundesland gibt, in dem die Begeisterungsfähigkeit für den Sport – für den Breitensport und für den Spitzensport – so groß wie gerade im Lande Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich trotz dieser Enttäuschung nach wie vor sehr zuversichtlich, was den 12. April angeht. Ich teile die Meinung – meine beiden Vorredner haben dies bereits angesprochen –, dass es letzten Endes bei der Entscheidung im NOK auf die eine zentrale Frage ankommen wird, welche Stadt, welcher deutsche Bewerber im internationalen Wettbewerb in der Schlussabstimmung bestehen kann. Gerade da glaube ich, dass Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Region allerbeste Chancen haben, weil wir international sind, weil Baden-Württemberg in die internationale Sportszene eingebettet ist – nicht erst seit gestern –, weil wir eine Region mit 2,6 Millionen Einwohnern und mit die exportstärkste Region in Europa sind, weil wir als Wissenschafts- und Forschungsstandort in Baden-Württemberg europäisches Format haben und weil in diesem Land global agierende Unternehmer tätig sind, deren Produkte mit entsprechender Qualität und Präzision in der ganzen Welt beheimatet sind. Das ist die Internationalität dieses Standorts Stuttgart.

Ich bin davon überzeugt – ich sage das noch einmal –: Wenn es in der letzten Phase um die Frage geht, wo die Olympischen Spiele stattfinden sollen, dann glaube ich, dass dieser internationale Standort Stuttgart, dieser internationale Standort Baden-Württemberg die Nase vorn haben wird.

Meine Damen und Herren, kämpfen wir dafür, dass dieses Ziel erreicht wird. Stuttgart hätte es verdient.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Präsident des Württembergischen Landessportbunds, Klaus Tappeser, Oberbürgermeister in Rottenburg, hat von einem „schwäbischen Kommunikationsproblem“ gesprochen. Er hat damit wahrscheinlich auch gemeint, dass die Schwaben, die Badener und die Kurpfälzer vielleicht ein Stück weit zu bescheiden sind. Er hat damit gemeint, dass es möglicherweise bei dem einen oder anderen auch Minderwertigkeitskomplexe gibt. Er hat damit gemeint, dass wir in den letzten Tagen, auf der letzten Etappe bis zum 12. April, diese Standortvorteile auch ein Stück weit selbstbewusster und eindringlicher deutlich machen sollten.

Ich will das gerne unterstreichen. Ich glaube nicht, dass wir unsere sprichwörtliche Bescheidenheit, unsere sprichwörtli-

che Lebensart, die uns auszeichnet – das Gegenteil von Großkotzigkeit –, diesen Wesenszug aufgeben sollten, ganz im Gegenteil. Aber wenn es uns gelingt, in der Präsentation in dieser letzten Viertelstunde ein Stück weit noch Selbstbewusstsein an den Tag zu legen,

(Abg. Fischer SPD: Das liegt an den handelnden Personen!)

auch Pfüffigkeit an den Tag zu legen, damit diese Präsentation gelingt, wenn wir dies noch ein Stück weit zuspitzen können, dann werden sich unsere Chancen für Stuttgart nochmals verbessern.

Meine Damen und Herren, Stuttgart ist zweifellos ein ganz ausgezeichneter Standort, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes; denn für die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 1993 – Sie wissen das – wurde Stuttgart neben anderen Preisen mit dem Fair-Play-Preis der UNESCO ausgezeichnet. Wir wissen – ich wiederhole das; die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 1993 in Stuttgart und viele andere Veranstaltungen haben das gezeigt –, dass wir hier ein besonders begeisterungsfähiges und faires Sportpublikum haben. Dies alles wird in der Endabstimmung letzten Endes Gewicht haben.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Grund, den ich ausdrücklich ansprechen möchte, ist: Ganz Baden-Württemberg ist ein Sportland. Dies ist auch wichtig, damit eine solche Bewerbung getragen werden kann. Wenn ich sage, Baden-Württemberg sei ein Sportland, dann gilt dies für das Land, für die Regionen, aber insbesondere auch für die Kommunen, und nicht nur in finanzieller Hinsicht. Sie können sehr detailliert nachlesen, in welchem Umfang das Land Baden-Württemberg den Sport in Baden-Württemberg fördert. Es geht hier aber nicht nur um die Finanzen, sondern auch um den persönlichen Einsatz.

Meine Damen und Herren, in einem Land, in dem in 11 000 Sportvereinen 3,6 Millionen Mitglieder organisiert sind, in einem Land, in dem es insgesamt 6 Millionen Sport Treibende gibt, kann man durchaus sagen: Der Sport ist die größte Bürgerinitiative in diesem Lande. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Stuttgart olympiatauglich ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn Sie sich die weiteren Zahlen ansehen, werden Sie feststellen, dass gerade die Vielfalt des Sports für Baden-Württemberg entscheidend ist. Es geht ja nicht nur um den Spitzensport, über den wir heute reden, sondern es geht genauso um den Breitensport, um den Behindertensport und um den Schulsport. All dies zusammen sind Mosaiksteine eines Gebildes und insgesamt wichtig.

Lassen Sie mich vor allen Dingen mit einer Mär aufräumen. Es gibt ja immer noch Olympiagegner, die argumentieren: Um Himmels willen, wäre es nicht besser, wenn das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und wir alle uns nicht so sehr um den Spitzensport, um Olympia, sondern mehr um den Breitensport kümmern würden? Diesen Leuten sage ich: Es ist völlig falsch und total neben der Kappe, wenn man versucht, Spitzensport und Breitensport gegeneinander auszuspielen.

(Abg. Fischer SPD: Das ist wahr!)

(Pfister)

Beide sind wichtig: Spitzensport und Breitensport sind zwei Seiten ein und derselben Medaille; sie können nicht voneinander getrennt werden. Die junge Generation, die Jungen und die Mädchen in diesem Lande brauchen sportliche Vorbilder. Sie brauchen den Spitzensport, damit sie im Breitensport tätig sind. Umgekehrt gilt aber selbstverständlich auch: Ohne Breitensport, ohne breite Grundlage sind Spitzenleistungen nicht möglich.

Meine Damen und Herren, wer sich für den Olympiastandort Stuttgart und Baden-Württemberg ausspricht, der muss deshalb auf beides setzen: Der muss auf die Vorbildfunktion des Spitzensports setzen, der muss aber auch alles tun – und das tut Baden-Württemberg –, um den Breitensport entsprechend zu fördern.

Ich möchte einen weiteren Punkt kurz ansprechen: das Geld. Natürlich spielen die Finanzen bei einer solchen Olympiabewerbung eine Rolle. Hohe Investitionen sind erforderlich. Für Stuttgart 2012 werden die Investitionen auf 2,5 Milliarden € veranschlagt; davon werden 1,6 Milliarden € durch private Investoren finanziert. Natürlich ist die Frage nach dem Mitteleinsatz berechtigt, gerade in Zeiten großer Finanznot. Meine Damen und Herren, ich will aber auch darauf hinweisen, dass diesen erforderlichen Aufwendungen auch enorme positive Wirtschafts- und Beschäftigungseffekte gegenüberstehen. Olympia ist auch unter diesem Aspekt ein wünschenswerter und dauerhafter Impuls – und zwar auch wirtschaftspolitisch, auch arbeitsmarktpolitisch und erst recht gesellschaftspolitisch – für die Stadt, für die Region, für das ganze Land.

Nun mögen Sie die Berechnungen, die Sie alle gelesen oder auch nicht gelesen haben, für falsch oder für weniger falsch oder für richtig halten. Darauf kommt es nicht an.

Entscheidend ist – das muss man wirklich zur Kenntnis nehmen, und dies unterstreicht das, was ich gesagt habe – und Tatsache ist, dass seit den Olympischen Spielen in Los Angeles 1984 alle Sommerspiele mit einem Überschuss endeten. Das heißt, meine Damen und Herren – davon bin ich auch überzeugt –: Wir können mit Olympia letzten Endes mehr gewinnen, als uns dies kostet. Dies gilt für den wirtschaftlichen Bereich, dies gilt aber auch für den sportlichen und gesellschaftspolitischen Bereich. Beide Bereiche sind wichtig.

Deshalb kann ich nur sagen: großen Dank an die Landesregierung von Baden-Württemberg, die diese Bewerbung unterstützt, großen Dank an die Region, großen Dank an Herrn Gründer, den unermüdlichen Organisator, großen Dank an die Stadt Stuttgart, aber auch großen Dank an uns alle, an die Fraktionen des baden-württembergischen Landtags. Jetzt wird es darauf ankommen, die Ärmel hochzukrempeln,

(Abg. Herrmann CDU: Die haben wir schon lange oben!)

jetzt wird es darauf ankommen, zum Schlusspunkt anzusetzen. Ich will, dass heute noch einmal ein klarer Wille des Landtags von Baden-Württemberg deutlich wird: Stuttgart muss am Ende die Nase vorn haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über ein Jahrtausende altes Kulturgut. Die ersten Olympischen Spiele der Antike fanden ja bereits etwa 900 Jahre vor Christus statt.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Der Grund war damals: Man wollte den Göttern gefallen. Plato hat schon gesagt: Die Götter sind die Freunde der Kampfspiele.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Dass wir Frauen, so wie heute, bei diesem Thema mitreden können, war nicht immer so. Denn wir durften bei den Olympischen Spielen früher nicht zuschauen.

(Zuruf des Abg. Rau CDU)

Herr Kollege Rau weiß das wahrscheinlich.

(Abg. Fischer SPD: Warum? War er schon dabei? – Heiterkeit)

– Ich gehe doch davon aus, dass er als Staatssekretär die Geschichte der Olympischen Spiele kennt.

(Abg. Fischer SPD: Ach so, jetzt! – Abg. Dr. Lassotta CDU: Ach so!)

Zu Beginn der Spiele traten die Athleten noch mit einem winzigen Lendenschurz auf – es handelte sich ja um Männer –, später dann allerdings nackt. Da war es Frauen bei Todesstrafe verboten, bei den Olympischen Spielen zuzuschauen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja hoffentlich! Das wäre ja noch schöner!)

Die Zeiten ändern sich Gott sei Dank. Wir Frauen dürfen heute zuschauen und auch mitdiskutieren.

Erwähnen möchte ich noch – vor allem gerade jetzt –, dass in Kriegszeiten während der Olympischen Spiele in der Antike die Waffen ruhten, damit damals auch die Feinde aus Sparta und Pisa teilnehmen konnten.

(Abg. Wieser CDU: Frau Dederer, Sie kommen aber sicher noch auf Stuttgart!)

Ich finde gerade in solchen Zeiten den Gedanken an Spiele, die die Völkerverbindung und den interkulturellen Dialog fördern sollen, sehr faszinierend.

Meine Damen und Herren, im Parlament von Nordrhein-Westfalen wurde eine ähnliche Debatte geführt. Sie wurde als „Stunde des parlamentarischen Aufbruchs zu olympischen Ufern“ bezeichnet. Ich möchte nicht ganz so weit gehen und es vielleicht etwas nüchterner formulieren. Ich finde es toll, dass wir als Landtag, als Fraktionen heute die Gelegenheit nutzen, zu dokumentieren, dass wir über die Parteigrenzen hinweg die Olympiabewerbung Stuttgarts un-

(Heike Dederer)

terstützen und uns mit großem Engagement für Olympische Spiele in Stuttgart einsetzen. Denn Stuttgart hat die besten Voraussetzungen als international anerkannte Sportstadt. Ich möchte jetzt nicht die ganzen Vorteile wiederholen, die meine Vorredner schon genannt haben. Wir Landtagsgrünen unterstützen die Olympiabewerbung Stuttgarts und haben sie stets positiv, aber auch kritisch begleitet.

Meine Damen und Herren, die Argumente für eine Olympiabewerbung standen schon im Raum. Eine Olympiabewerbung stellt eine Stadt über Jahre hinaus ins Schaufenster der Welt. Sydney hat das gezeigt: Dort wird noch heute als Nachwirkung auf die Spiele ein erhöhtes Besucheraufkommen festgestellt.

(Abg. Fischer SPD: München hat auch lange nachgewirkt!)

Die Olympischen Spiele fördern den Sport. Sie lenken den Blick auf den Leistungssport und auf den Breitensport, und sie sind eine große Chance, die Infrastruktur zu modernisieren.

Für uns steht aber über allem, dass Olympische Spiele und vor allem eine Olympiabewerbung für die Menschen bei uns im Land auch ein Mehr an Lebensqualität bringen sollen. Wir haben aus diesem Grund ein eigenes Leitbild für eine Olympiabewerbung entwickelt, für eine nachhaltige und eine grüne Olympiade, wie wir Grünen uns das vorstellen. Wir haben dabei Sydney als Vorbild gehabt mit den Green Olympics. Dort wurde ja ein sehr anspruchsvoller Ökologie- und auch Nahverkehrsplan realisiert, und Stuttgart hat mit seinem Konzept der kurzen Wege sehr gute Voraussetzungen, direkt daran anzuknüpfen.

Wir haben damals in unserem Papier verschiedene Kriterien aufgestellt, die für uns wichtig sind und die zu einem großen Teil von der Stuttgart 2012 GmbH auch in den Bewerbungsunterlagen realisiert wurden. Zum einen ist es uns wichtig, dass ein Großteil des Besucherverkehrs über den ÖPNV abgewickelt wird. Klar ist, dass der natürlich leistungsstärker und attraktiver werden muss. Mit Stuttgart 21 ist Olympia nicht zu machen, denn zu diesem Zeitpunkt wäre der Bahnhof eine Großbaustelle. Wir gehen davon aus, dass es mit einem modernisierten Bahnhof in Stuttgart kein Problem ist, diese Olympiade zu realisieren.

Wichtig bei der Olympiabewerbung ist auch die Verbesserung des Schulsports. Es gibt durch das Kultusministerium verschiedene Initiativen, den Schulsport zu verbessern. Für uns bleibt die dritte Sportstunde im Stundenplan aber weiterhin ein Knackpunkt. Sie darf nicht nur im Stundenplan stehen, sondern muss auch tatsächlich gegeben werden.

(Abg. Fischer SPD: Also wir kriegen erst den Zuschlag, wenn Frau Schavan die dritte Sportstunde einführt!)

Wir werden da nicht lockerlassen, diese Olympia-Bewerbung immer wieder zu nutzen, um darauf hinzuweisen. Es ist wichtig, gerade bei jungen Menschen auch die Freude an der Bewegung zu wecken, und die Olympischen Spiele mit ihrem Vorbildcharakter sind hier ganz wichtig.

Meine Damen und Herren, die Ökologie spielt für uns bei dieser Olympiade eine wichtige Rolle. Auch aus Sicht des NOK ist dies mit ein Kriterium:

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

keine leeren Hallen nach der Olympiade, Verbesserungen beim ÖPNV, das Olympische Dorf muss für Stuttgart nachher auch durch attraktive Wohnungen sinnvoll nutzbar sein. Wir brauchen ein nachhaltiges regeneratives Energiekonzept und auch eine entsprechend umweltfreundliche Hallenausstattung. Meine Damen und Herren, ich denke, Olympia und Ökologie schließen sich nicht aus.

Auch bei den Finanzen ist bei uns Nachhaltigkeit angesagt. Ich darf das erwähnen, weil wir heute Morgen zum Nachtrag noch einen Antrag vorgelegt hatten, die Olympia-Bewerbung aus den Mitteln der Imagekampagne zu finanzieren. Hier könnte man auch Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik demonstrieren und daraus die Olympia-Bewerbung finanzieren.

Ich möchte an dieser Stelle – sehen Sie es mir nach – auch einige kritische Stimmen wiedergeben; denn es ist ja kein Geheimnis, dass es innerhalb der Grünen unterschiedliche Positionen zur Olympia-Bewerbung gibt. Wir auf Landesebene unterstützen die Bewerbung. Die Grünen in der Region und im Gemeinderat der Stadt Stuttgart haben sich mehrheitlich gegen die Olympia-Bewerbung ausgesprochen.

(Abg. Fischer SPD: Das kennen wir!)

Ich denke, es ist das gute Recht jeder politischen Ebene, eigene Bewertungen vorzunehmen und dann auch zu eigenen Ergebnissen zu kommen. Es ist ein Ausweis von Demokratie, wenn es nicht nur Jasager, sondern auch Neinsager gibt.

Auch die Umweltverbände in Stuttgart, mit denen wir in einem engen Kontakt stehen, haben im Dezember einen Brief an das NOK geschrieben. Ich möchte Ihnen die darin genannten kritischen Punkte nicht vorenthalten,

(Abg. Wieser CDU: Vorlesen!)

weil wir uns wünschen, Kollege Wieser, dass hier gemeinsam mit den Umweltverbänden eine gute Lösung für die Olympiade

(Abg. Wieser CDU: Lesen Sie es vor, wenn es der Wahrheitsfindung dient!)

– es dient der Wahrheitsfindung, Kollege Wieser – gefunden wird: Die Umweltbelastung in der Region ist schon sehr hoch. Das Verkehrskonzept ist nicht durchgängig auf den ÖPNV ausgerichtet. Es sollen 20 000 Park-and-ride-Parkplätze vorgesehen werden, und auch die Eingriffe in die Natur und Landschaft, vor allem durch die Outdoor-Sportarten, sind nicht zu unterschätzen, meine Damen und Herren. Wir dürfen nicht die Augen vor diesen Argumenten verschließen. Ich wünsche mir, dass diese Bedenken aufgegriffen und ernst genommen werden und dass es auch zu einem intensiven Diskurs mit den Umweltverbänden kommt.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass von der Stuttgart 2012 GmbH angekündigt wird, dass ein

(Heike Dederer)

Umweltbeirat die Umsetzung der Olympiade begleiten soll, wenn es zu einer internationalen Bewerbung kommt. Wir halten das für einen richtigen und wichtigen Ansatz.

Meine Damen und Herren, Stuttgart liegt nach dem Bericht der NOK-Bewertungskommission auf dem fünften und damit auf dem letzten Platz. Ich finde, wir sollten dieses Auswahlverfahren zum einen sportlich nehmen. Das olympische Motto lautet schließlich: Dabei sein ist alles. Ich denke, wir haben schon allein durch die Teilnahme an diesem Auswahlverfahren in Deutschland gewonnen. Zum anderen bin ich Ausdauersportlerin.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was? In was?)

Da gewinnen Sie einen Lauf nie auf den ersten 100 Metern, sondern immer erst auf den letzten 100 Metern. Deswegen rechne ich bei der Olympiade auch mit einem Erfolg im Schlusspurt.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Jetzt hat der Antrag gefehlt! Wir wollten es doch beschließen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist übereinstimmend gesagt worden – deshalb kann ich es ganz kurz machen –: Stuttgart entwickelt sich nicht erst zu einer internationalen Stadt, sondern Stuttgart ist eine internationale Stadt.

(Beifall der Abg. Wieser und Rückert CDU – Abg. Wieser CDU: Dass jetzt ein Badener klatscht, gell!)

Stuttgart ist ein erfahrener Gastgeber internationaler sportlicher Großereignisse und deshalb auch ein glänzend geeigneter Gastgeber für die Olympischen Spiele und Paralympics 2012.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die heutige Debatte bestätigt erneut den Konsens aller Fraktionen des hohen Hauses, so, wie er schon einmal in einem interfraktionellen Beschluss im Oktober 2001 zum Ausdruck gekommen ist. So, wie es hier im Parlament ist, ist es auch in der Bevölkerung. Das kann längst nicht jeder deutsche Bewerber um diese Olympischen Spiele 2012 von sich behaupten. Dabei denke ich zum Beispiel an entsprechende Bürgerbegehren und Bürgerbewegungen in Düsseldorf.

Die Zustimmung der Stuttgarter zu Olympia ist von 75,1 % auf 82,9 % gestiegen. Es gibt also eine breite Bewegung der Zustimmung, wachsende Begeisterung für diese Bewerbung für Olympische Spiele und Paralympics. Das ist die Zustimmung einer Bevölkerung – das haben alle Fraktionen heute auch gesagt –, die zum besten internationalen Sportpublikum gehört.

Stuttgart ist eine Sportstadt mit großer Tradition. Ich erinnere an die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 1993, die Rad-

weltmeisterschaft 1991, die Kunstturn-Weltmeisterschaft 1989 und die Leichtathletik-Europameisterschaft 1986.

Zum Thema „Der Schwabe an sich und im Besonderen“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oh! Vorsicht, Vorsicht! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Fachfremd! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So schnell geht das nicht! – Unruhe)

– eben – darf ich als so genannte apostrophierte Neuschwäbin sagen – –

(Abg. Capezzuto SPD: Das heißt aber „Reigschmeckte“, Frau Ministerin!)

– Lassen Sie mich doch jetzt einmal die Schwaben loben, bevor Sie maulen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das heißt aber trotzdem „Reigschmeckte“!)

– Ja, das weiß ich.

(Abg. Wieser CDU: Das sagt der Italiener! – Heiterkeit – Abg. Dr. Birk CDU: Das sagt der Capezzuto!)

Die Schwaben – ich erinnere an 1986 – sind die Erfinder der La-Ola-Welle gewesen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sage da einer, der Schwabe habe ein Kommunikationsproblem! Schwäbische Leidenschaft wird vor allem im Sport sichtbar. Deshalb sollten wir von heute an bis zum 12. April deutlich machen, dass zu den altschwäbischen Tugenden auch die Leidenschaft gehört

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe – Unruhe)

und dass es im Sport Situationen gibt, in denen das besonders sichtbar wird.

(Abg. Capezzuto SPD: Und auch darüber hinaus!)

Meine Damen und Herren, nach den Vorbereitungen der Bewerbung seitens der Stadt spreche ich hier ausdrücklich meinen Respekt aus vor der Arbeit der Stuttgart 2012 GmbH und ihres Geschäftsführers Raimund Gründler

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

sowie seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Vorbereitungen dieser Bewerbung finden Anerkennung, Zustimmung und Unterstützung bei der breiten Mehrheit der Städte und Gemeinden in unserem Land – das sind ja nicht nur die Stadt und die Region, sondern es ist die überwältigende Mehrheit der Städte und Gemeinden –, in der Bevölkerung, in der Wirtschaft, in allen Fraktionen des Landtags und bei der Regierung. Deshalb finde ich: Es gibt allen Grund für eine selbstbewusste und leidenschaftliche Präsentation dieser Bewerbung am 12. April in München.

Zum Evaluationsbericht ist einiges gesagt worden. Er hat für Irritationen gesorgt. Ich werde hier jetzt nicht vertieft darauf eingehen, sage aber auch für unsere Auswertung die-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

ses Evaluationsberichts noch einmal: Es gibt zwischen den fünf Städten einen minimalen Punkteabstand von 9,11 zu 8,68. Das ist nun wirklich minimal. Die Einstufung Stuttgarts lautet: sehr gut, kaum besser machbar. Deshalb möge niemand diesen Evaluationsbericht schon für das Ganze der Beurteilung halten, so ärgerlich das für manchen war.

Natürlich hat dieser Bericht kritische Rückfragen provoziert, zum Beispiel die Fragen: Wofür erhält welche Stadt Plus- und Minuspunkte? Welche Bedeutung hat eigentlich Sportinfrastruktur? Diese Frage stellt sich, wenn man sich einmal den Punktevergleich und die Beurteilung dieses zentralen Bereichs anschaut. Oder: Ist es richtig, dass trotz andersartiger Ankündigung die Situation des Leistungssports im jeweiligen Land, der Nachwuchsförderung oder des Schulsports im tatsächlichen Bericht kaum mehr gewichtet wird,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das ist leider wahr!)

obgleich es laut und deutlich anders angekündigt worden ist?

Ich finde, das sind schon zentrale Fragen, die an diesen Bericht gestellt werden, die übrigens nicht nur von uns gestellt werden.

Ich finde, das Stuttgarter Konzept ist überzeugend: moderne Wettkampfstätten, großzügige Trainingsmöglichkeiten um das Gottlieb-Daimler-Stadion herum, kurze Wege für die Athletinnen und Athleten, die Medienvertreter und das Publikum, 84 % aller sportlichen Entscheidungen in einem Radius von nur zwölf Kilometern und ein Konzept für eine hervorragende Nachnutzung der vorgesehenen Wettkampfstätten.

Natürlich – ich bin überzeugt, dass dies in der Zeit bis zum 12. April und bei der Meinungsbildung der NOK-Mitglieder eine Rolle spielen wird – kommen Faktoren hinzu, die die Situation des Leistungssports, der Nachwuchsförderung und des Schulsports betreffen.

Baden-Württemberg hat durch Beschlüsse im Ministerrat zur Förderung des Leistungssports vor allem im Nachwuchsbereich mit einer Fortschreibung des Förderkonzepts Leistungssport und einer Erhöhung der Leistungssportförderung im Bundesvergleich – und damit auch im Vergleich zu den Bundesländern, aus denen die anderen Bewerberstädte kommen – eine Spitzenposition.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das wird in jeder Sportministerkonferenz beschrieben. Dazu zählen viele Aus- und Neubaumaßnahmen für den Spitzensport: die so genannte Traineroffensive, finanziert durch die Umschichtung von Haushaltsmitteln im Bereich des Leistungssports, die Gründung einer Stiftung „Olympianachwuchs Baden-Württemberg“, die Schaffung der Voraussetzungen für die Einrichtung von nunmehr vier Eliteschulen, der Kampf gegen das Doping im Sport mit der Zustiftung zur eingerichteten „Stiftung Nationale Anti-Doping-Agentur Deutschland“. Das sind Beschlüsse der letzten Jahre, verbunden mit einem dichten Netz leistungssportlicher Strukturen: 4 Olympiastützpunkte,

(Abg. Wieser CDU: Kapiert das die Auswahlkommission nicht?)

32 Bundesstützpunkte, 56 Landesleistungszentren, 160 Landesstützpunkte der Fachverbände, 4 000 Landeskaderathletinnen und -athleten, 800 Talentfördergruppen usw.

Was die berühmte dritte Sportstunde angeht, Frau Dederer: Sie haben meines Wissens gerade einen Brief von mir mit einer Anlage bekommen, nachdem Sie auch einen Beitrag in der Zeitschrift des Kultusministeriums geschrieben haben, in dem Sie dieses Thema – übrigens genauso wie Frau Rudolf – angesprochen haben. Sie wissen, dass wir in den letzten Jahren überdurchschnittlich viele Lehrerinnen und Lehrer mit dem Fach Sport eingestellt haben. Sie wissen, dass von der Deputatzuweisung her die dritte Sportstunde in Baden-Württemberg gesichert ist, und Sie wissen, dass sie da, wo sie in dem einen oder anderen Jahrgang nicht erteilt wird, in andere sport- und bewegungsfreundliche Programme, in Arbeitsgemeinschaften und andere gezielte Programme investiert wird.

An die Fraktion, die immer von der Autonomie der Schule spricht, gerichtet sage ich: Wenn das heute Morgen nicht nur ein andächtiges Schwärmen war, sondern mit Realität zu tun haben sollte, dann muss derjenige, der A zu Autonomie sagt, wenn er glaubwürdig bleiben will, auch B dazu sagen, dass Schule mit den Ressourcen, die sie hat,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Selbstständig umgehen muss!)

selbstständig umgeht und es dann zu besonderen Akzenten kommt.

Das Gleiche, was ich zum Leistungssport, zur Sportinfrastruktur und zur Nachwuchsförderung sage, lässt sich auch zur Behindertensportkonzeption sagen. Auch hier gab es in den letzten Jahren viele Initiativen und einen aktiven Landesverband.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer in hohem Maße olympiatauglich ist, hat am 12. April auch eine gute Chance. Die Einigkeit in Stuttgart und im ganzen Land sowie die Einigkeit zwischen allen vier Fraktionen dieses Hauses sind gute Begleiter für die Zeit bis zum 12. April. Die Einigkeit, die Begeisterung und die Kompetenz derer, die die Bewerbung gestalten, werden am 12. April nicht zu übersehen sein. Wir wollen Olympia. Wir wollen, dass die Olympischen Spiele und die Paralympics 2012 nach Stuttgart zu den Schwaben kommen,

(Abg. Fischer SPD: Und Badenern!)

die die Erfinder der La-Ola-Welle sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Wieser CDU: Oh! Ich schäme mich schon als Badener!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, dass der Antrag durch die so einmütig erfolgte Aussprache erledigt ist.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Jawohl!)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

– Sie stimmen der Erledigterklärung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gemeindefinanzreform rasch zum Abschluss bringen – Wege zur Konsolidierung der Kommunal Finanzen – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeitdauer von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und die Redner in der zweiten Runde gilt eine Redezeit von jeweils fünf Minuten. Ich darf die Redner der Landesregierung bitten, sich ebenfalls nach dem vorgegebenen Zeitrahmen zu richten. Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe, die Reihen haben sich gelichtet. Viele sitzen erschöpft da, sind aber doch zufrieden, dass beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt diese große Einigkeit zustande gekommen ist.

Wir kommen jetzt wieder zu einem Thema, das auch in der weiteren Entwicklung sicherlich sehr kontrovers diskutiert wird, nämlich die Gemeindefinanzreform, die wir rasch zum Abschluss bringen müssen. Dafür wurde ja auf der Bundesebene auch eine Kommission eingesetzt. Wenn man sich einmal anschaut, was in dieser Kommission bislang diskutiert worden ist und was an Vorschlägen der Bundesregierung auf dem Tisch liegt, dann muss man sich schon wundern, dass zunächst eine Kommission eingesetzt wurde und dann vom Bundeskanzler die entsprechenden Vorschläge nachgereicht werden, sodass man sich die Frage stellt, ob es eigentlich sinnvoll ist, überhaupt noch solche Kommissionen einzusetzen. Deshalb wollen wir uns kritisch damit beschäftigen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Wir haben eine katastrophale Situation der kommunalen Haushalte. Schauen wir uns die Entwicklung der kommunalen Haushalte an: Der Finanzsaldo lag 1998 noch bei plus 2,15 Milliarden €, es gab also mehr Einnahmen als Ausgaben. 2002 gab es ein Defizit von 6,5 Milliarden €, und 2003 wird es ein Defizit von rund 8 Milliarden € geben. Das ist, glaube ich, in der Bundesrepublik Deutschland einmalig und wirkt sich natürlich vor Ort aus auf das Investitionsverhalten der Kommunen, auf die Frage der Unterhaltsfähigkeit von Einrichtungen in den Kommunen, ja auch auf die Frage, wie kommunale Eigenverantwortung und kommunale Gestaltung in Baden-Württemberg in Zukunft noch möglich sind.

Eine der Hauptursachen für diese Misere ist natürlich das Wegbrechen der Gewerbesteuer, immerhin – nach Abzug der Umlage – ein Minus von 11 %. Das verkraften die kommunalen Haushalte derzeit nicht mehr, auch angesichts der

Entwicklung, dass die Sozialausgaben ebenfalls aus dem Ruder laufen und somit, auch aufgrund gesetzgeberischer Regelungen, noch weitere Belastungen entstanden sind.

Ich denke, wir müssen uns wirklich intensiv darüber austauschen, wie eine faire Partnerschaft hinsichtlich der Belastungen, aber auch der Einnahmen über die Steuern seitens des Bundes, seitens der Länder und seitens der Kommunen wieder hergestellt werden kann.

In diesem Zusammenhang können wir auch Einigkeit darüber bekommen, dass wir die Kommunen zum Beispiel im Bereich der Sozialhilfe entlasten wollen, indem wir die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe zusammenlegen. Dann brauchen die Kommunen dafür aber auch einen entsprechenden Ausgleich seitens des Bundes. Deshalb wird auch die Frage zu stellen sein, inwieweit der Bund bereit ist, einen vollen Ausgleich zu gewährleisten, oder ob er nur einen anteiligen Ausgleich gewährt.

Die zweite Frage wird sein: Wie können wir weiterhin eine stabile Einnahmesituation für die Kommunen ermöglichen? Die Stabilisierung der Einnahmen der Gemeinden ist das wesentliche Element im Hinblick auf die Weiterentwicklung der kommunalen Steuergesetzgebung. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich schon die Frage, ob es sinnvoll ist, die Gewerbesteuer zu revitalisieren, wie es zum Beispiel von den kommunalen Spitzenverbänden, aber auch vom Land Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen wird.

Wir halten aus mehrerlei Gründen nichts davon: Die Erweiterung der Bemessungsgrundlage auf Schuldzinsen, Mieten und Pachten führt eher dazu, dass es eine weitere Belastung gibt und dass die Wirtschaft, dass der Mittelstand weiterhin und noch stärker belastet wird. Ebenso erhebt sich die Frage, welcher Personenkreis in Zukunft für die Gewerbesteuer aufkommen soll: Sollen Freiberufler und Selbstständige einbezogen werden? Wir denken, das ist das falsche Signal. Wir wollen den Mittelstand, die Leistungsträger entlasten und nicht noch zusätzlich belasten.

Deshalb sprechen wir als CDU-Fraktion uns dafür aus, dass wir ein Zuschlagsmodell bekommen, das heißt, dass die Kommunen in Zukunft über einen Zuschlags- oder Hebesatz auf die Einkommensteuer selber entscheiden können, inwieweit sie davon Gebrauch machen wollen. Somit hätte die Einkommensteuer auch auf die Kommunen direkte Auswirkungen.

Wir versprechen uns davon mehr Wettbewerb zwischen den Kommunen, eine Verstetigung der Einnahmen der Kommunen und damit auch mehr Bürgernähe und eine weitere Steuergerechtigkeit in der Form, dass eine Kommune zum Beispiel zeitlich begrenzt, befristet für bestimmte Projekte, den Hebesatz des kommunalen Anteils der Einkommensteuer erhöhen kann und im Laufe der Zeit auch wieder abbauen kann.

Lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Ich denke, die Vorschläge der Kommission, die auf den Tisch gelegt werden, müssen intensiv diskutiert werden. Wir sollten von der rot-grünen Bundesregierung keine zu starren Vorgaben für den kommunalen Bereich bekommen, die letztendlich eine Vorfestlegung für die Kommunen bedeuten. Denn die beste Kommission kann nichts bringen, wenn seitens der rot-grü-

(Dr. Birk)

nen Bundesregierung bereits die Pflöcke eingerammt werden, ohne dass das Votum der kommunalen Spitzenverbände und auch der an dieser Finanzkommission Beteiligten abgewartet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

(Abg. Wieser CDU: Er hat eine Zeitung dabei! Das soll aber eine freie Rede sein!)

Abg. Junginger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Welcher Teufel hat Sie eigentlich geritten, dieses Thema, das wir schon einmal unter den Stichworten „Blockade“, „Obstruktion“ und „Betonköpfe“ abgehandelt haben, wieder aufzurufen? Wie schon im November auch heute wieder der dringende Appell: Wer eine baldige, durchgreifende Reform der Gemeindefinanzen haben will, der möge seine Blockadehaltung aufgeben.

Wir jedenfalls haben sowohl konkrete kurzfristige Vorschläge gemacht wie auch langfristige Modelle entwickelt. Die kennen Sie alle. Das Einzige, was dazu von Ihnen kommt, ist eine generelle Ablehnung ohne jeden Gegenvorschlag. Dies nennen wir Obstruktion, Blockade, Betonköpfe. Ich hätte gedacht, dass der Herr Fraktionsvorsitzende Oettinger selbst kommt,

(Abg. Wieser CDU: Der hört mit!)

der sich in diesem Feld ja berufen fühlt, auch seinerseits Vorschläge zu machen. Ihm wollte ich sagen, dass er unbedingt seinen dringenden Appell in erster Linie einmal an seine eigenen Parteifreunde, insbesondere an deren obere Strategen, richten soll, denn an denen liegt es, dass wir noch nicht viel weiter sind.

Ich nehme an, dass Sie das nachvollziehen können,

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

wenn Sie sich einmal vor Augen führen, was für das Jahr 2003 allein an konkreten Besserstellungen für Gemeinden vorgesehen ist.

(Abg. Kübler CDU: Besserstellungen!)

Ich bringe Ihnen in Erinnerung, dass die Bundesregierung 800 Millionen € aus dem Fluthilfesonderfonds zugunsten der Gemeinden freigegeben hat und etwaige Mehrleistungen selber übernehmen will. Dies ist ein konkreter Beitrag zur Entlastung der Gemeinden.

(Abg. Heinz CDU: Das ist wahr! Das ist aber das Einzige!)

Ich bringe weiter in Erinnerung, dass Bundesregierung und Bundestag ein Steuergesetz verabschiedet haben, das noch in diesem Jahr 2003 den Gemeinden Mehreinnahmen von ca. 300 Millionen € sichern soll und kann

(Abg. Dr. Birk CDU: Steuervergünstigungsabbau-gesetz!)

und zu zusätzlichen Einnahmen im weiteren Verlauf bis zum Jahr 2006 bis zu 2,7 Milliarden € führen soll.

(Abg. Wieser CDU: Herr Junginger, sind Sie mit der Bundesregierung zufrieden?)

Und wie haben Sie auf diese Maßnahmen reagiert? Mit einer totalen Ablehnung. Wer also tatsächlich an einer Verbesserung der kommunalen Finanzsituation interessiert ist, muss seine eigenen Parteikollegen zur Aufgabe der Blockadehaltung bewegen

(Beifall bei der SPD)

und muss insbesondere in diesem Bundesland bei seinem Fraktionskollegen und Ministerpräsidenten Erwin Teufel anfangen. Das ist einer der Betonköpfe, die bei allen Gelegenheiten grundsätzlich alles ablehnen,

(Widerspruch bei der CDU)

was geeignet ist, die Gemeinden noch in diesem Jahr zu entlasten.

Der dritte Punkt für das Jahr 2003 – auch dies wissen wir sicherlich alle, vergessen es aber gerne – ist das kommunale Investitionsprogramm, das mit zinsverbilligten Krediten noch in diesem Jahr 7 Milliarden € in die Wirtschaft hineinpumpen kann

(Abg. Scheuermann CDU: Oje!)

und mit dem auch ohnehin geplante kommunale Investitionen finanziert werden können.

Wie Sie sehen, hat also die rot-grüne Bundesregierung grundsätzlich mit verschiedenen schnell wirkenden Maßnahmen auf die finanzielle Situation der Gemeinden reagiert.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das ist eine Politik, wie sie den Bedürfnissen der Gemeinden gerecht wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Bereits mit Beginn des nächsten Jahres soll eine Neuregelung der Gemeindefinanzen dauerhaft die Einnahmen verstimmen.

(Abg. Scheuermann CDU: Jetzt wird es spannend!)

Das ist das, was wir unter der Reform der Gewerbesteuer verstehen.

Herr Oettinger – er ist leider nicht da –

(Zuruf von der CDU: Nein, der hat Wichtigeres zu tun!)

hat kürzlich Vorschläge vorgestellt, für die Sie noch nicht einmal die Unterstützung der anderen CDU-Länder haben, ganz zu schweigen von den Kommunalpolitikern der CDU.

(Junginger)

Die CDU-Kommunalpolitiker favorisieren eindeutig ein Gewerbesteuermodell der kommunalen Spitzenverbände sowohl im Land wie im Bund, das auch von der Bundestagsfraktion der SPD bevorzugt wird.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist eine These, das ist nicht unser Vorschlag!)

Dieses Modell läuft auf eine Revitalisierung der Gewerbesteuer mit einer Ausweitung der Bemessungsgrundlage und des Kreises der Steuerpflichtigen hinaus und ist allein geeignet, wieder nachhaltig gleichmäßige Einnahmen sicherzustellen.

(Zurufe der Abg. Dr. Birk, Heinz und Scheuermann CDU)

Das von Herrn Oettinger favorisierte Modell ist total ungeeignet und findet bei keinem einzigen namhaften Repräsentanten der CDU-Kommunalpolitik Unterstützung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

In der zweiten Runde werde ich Ihnen vor Augen führen, dass dieses Modell eine schleichende Ersetzung von Unternehmensteuern durch Bürgersteuern ist.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Das ist etwas, was für uns absolut nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde auf die einzelnen Punkte in der zweiten Runde weiter eingehen.

Vielen Dank einstweilen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommt ein Fachmann!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat befinden sich unsere Städte und Gemeinden und auch die Landkreise in einer tiefen Finanzkrise. Diese Krise kann man nur als dramatisch bezeichnen. Die Einnahmen sind auf das Niveau von 1993 zurückgefallen, die Steuereinnahmen gingen im Jahr 2001 bundesweit um 5,4 % zurück – stärker als bei anderen staatlichen Ebenen –, im Jahr 2002 um 4,1 %. Bundesweit wird in diesem Jahr ein Rekorddefizit bei den Kommunen in Höhe von 9,9 Milliarden € erwartet. Das geht voll zulasten von Investitionen. Dies entzieht in dieser konjunkturell schwierigen Zeit den Firmen Aufträge. Das ist genau kontraproduktiv zu dem, was volkswirtschaftlich im Moment geboten wäre im Sinne einer volkswirtschaftlichen Stabilisierung.

Acht von neun Stadtkreisen im Land Baden-Württemberg können im Jahr 2003 nach den vorliegenden Haushaltsplänen nicht mehr die notwendige Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt erwirtschaften, haben negative Nettoinvestiti-

onsraten. Das bedeutet, sie können nicht einmal mehr Zins und Tilgung erwirtschaften.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das bedeutet, dass dieser Haushaltsplan eigentlich gar nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen genügt. Es muss zu Ersatzdeckungsmitteln gegriffen werden. Von den Großen Kreisstädten erreichen 60 von 77 eine negative Nettoinvestitionsrate. Es ist also „Land unter“ im Land Baden-Württemberg, was die Gemeinden angeht. Wir haben eine Situation erreicht, wo bundesweit gesehen eigentlich wohlhabende und steuerstarke Gemeinden nun auch in den Abwärtsstrudel der Krise der kommunalen Finanzen gezogen werden, die seit Jahren schon vorhanden ist, die aber bei uns im Bundesvergleich immer noch nicht so groß war, die aber jetzt auch bei uns immer größer wird.

Was sind die Ursachen? Die eigenen Steuern brechen weg, sowohl bei den Einkommensteueranteilen als auch und vor allen Dingen bei der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist im freien Fall. Die Talfahrt ist ungebrochen. Da sieht man, dass diese Gewerbesteuer ein immanentes Problem hat. Sie ist nämlich konjunkturabhängig. Das sagt die FDP/DVP schon seit vielen Jahren. Die Gewerbesteuer wurde durch bestimmte Maßnahmen, die erforderlich waren, um Klein- und Mittelbetriebe zu entlasten, zu einer Großbetriebsteuer, die von nur wenigen Betrieben gezahlt wird.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das will man ja jetzt ändern, Herr Kollege!)

Wenn diese Betriebe im Zuge der Globalisierung fusionieren müssen, dann kann es sein, dass wie in Schwäbisch Hall oder in Sindelfingen über Nacht Millionen Euro Einnahmen fehlen und praktisch die Gemeinde ohne Planungssicherheit dasteht: Es werden öffentliche Einrichtungen geschaffen, die hinterher nicht mehr finanziert werden können. Das führt dazu, dass Hallen oder Schwimmbäder privatisiert oder gar geschlossen werden müssen. Das ist kein vernünftiger Zustand.

Deshalb, meine Damen und Herren, fordert die FDP/DVP eine grundlegende Finanzreform. Da muss auch Tempo gemacht werden, wobei wir nicht der Meinung sind, dass zugunsten einer kleinen Reform jetzt der Sack zugebunden werden soll. Wir halten es für falsch, dass die Bundesregierung, dass der Bundeskanzler jetzt kurzfristig angekündigt hat: Revitalisierung der Gewerbesteuer. Und das wars dann. Das greift zu kurz, da wird zu kurz gesprungen. Meine Damen und Herren, wir plädieren für ein mehrstufiges Verfahren. Die erste Sofortmaßnahme, die heute getroffen werden könnte, ist die Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage. Das muss sofort kommen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Macht mal! Macht es mal für den Landesanteil!)

Die Gewerbesteuerumlage ist im Jahr 2000 erhöht worden auf der Grundlage der Prognose erhöhter Steuereinnahmen im Zuge der Steuerreform. Diese erhöhten Steuereinnahmen sind ausgeblieben. Damit fehlt der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage die Geschäftsgrundlage. Deshalb muss sie zurückgenommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Theurer)

Das hilft den Städten und Gemeinden und auch den Kreisen mittelbar viel mehr als das angekündigte Investitionsprogramm mit zinsverbilligten Krediten. Die Städte und Gemeinden haben genügend Schulden.

(Abg. Schmid SPD: Das Land auch!)

Es hilft ihnen nichts, wenn man ihnen jetzt noch zinsverbilligte Kredite anbietet. Sie brauchen echte Einnahmen, um die Investitionen zu finanzieren und den Schuldendienst erwirtschaften zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Langfristig, meine Damen und Herren, fordern wir eine Steuerreform: Ersatz der Gewerbesteuer, Einführung eines Hebesatzrechtes auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

(Bei einer Mitarbeiterin des Finanzministeriums klingelt das Handy. – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der richtige Weg, weil dadurch vor allen Dingen eine Steuervereinfachung erfolgt. Dadurch können Tausende von Steuerbeamten ersatzlos abgeschafft werden. Es werden Büroriekosten gespart, meine Damen und Herren, es wird die Konjunkturabhängigkeit beseitigt. Deshalb plädiert die FDP/DVP-Fraktion dafür, die Gewerbesteuer durch ein Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu ersetzen. Damit würde ein sehr kompliziertes Steuerrecht in unserem Land abgeschafft.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, Eingriffe in den Finanzausgleich hier im Land Baden-Württemberg so weit wie möglich abzuwenden. Wir wollen nicht, dass wie in Zeiten der großen Koalition in den kommunalen Finanzausgleich eingegriffen wird – in einer Zeit, in der es den Kommunen eh schon schlecht geht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf auch die Mitglieder der Landesregierung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf hinweisen, dass Handys im Plenarsaal auszuschalten sind.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Wieser CDU:
Es sei denn, es werden Steuereinnahmen gemeldet!
– Heiterkeit – Abg. Birzele SPD: Sie haben der Frau Vizepräsidentin nicht zu widersprechen!)

– Auch dann nicht! Auch dies hat noch nach der Debatte Zeit.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir führen innerhalb eines knappen halben Jahres zum dritten Mal eine Debatte über die Gemeindefinanzen, und außer der Zustandsbeschreibung und den üblichen Schuldzuweisungen kommt nicht viel dabei heraus. Wie gesagt, dies tun wir jetzt zum dritten Mal.

Ich finde, diese Debatte hat nur dann einen Sinn, wenn man jetzt den so genannten Oettinger-Vorschlag einmal aufgreift

und darüber diskutiert, ob er eine Perspektive hat. Bei der Gewerbesteuerumlage kann ich nur an die Mitglieder der Regierungsfaktionen appellieren: Es ist der Landesregierung unbenommen, ihren Anteil an der Gewerbesteuerumlage an die Gemeinden zurückzugeben. Wenn Sie das für richtig halten, müssen Sie das nur beschließen und an die Gemeinden weitergeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Der Oettinger-Vorschlag, den Sie jetzt auch vorgetragen haben, heißt:

(Abg. Theurer FDP/DVP: Nein, das ist unser Vorschlag, Herr Kollege Kretschmann! Das ist ein alter FDP/DVP-Vorschlag! Das wollen wir schon seit 20 Jahren!)

Kommunaler Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, Abschaffung der Gewerbesteuer.

Dieser Vorschlag hat außer der Verstetigung der Einnahmen eigentlich nur Nachteile:

Erstens: Da die Erhöhung der Einnahmen der Kommunen aufkommensneutral erfolgen soll, kommt dadurch natürlich nicht mehr Geld in die Gemeindekassen. Wenn keiner mehr zahlen soll, können wir auch nicht mehr einnehmen, egal, wie Sie das verkaufen.

Zweitens: Besonders negativ ist das so genannte Trittbrettfahrerproblem. Man zieht in den nächstkleineren Ort, in dem die Einkommensteuerhebesätze niedriger sind, nützt aber nach wie vor die Infrastruktur der Stadt, die hohe Hebesätze hat, um gute Infrastrukturleistungen zu finanzieren. Das ist genau der Effekt dieses Trittbrettfahrertums.

(Unruhe)

– Das ist ganz genau der Effekt. Das heißt, die große Gemeinde

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

muss ihre Infrastruktur subventionieren, und die, die es sich leisten können, gehen in die Umlandgemeinden. Genau diesen Trend haben wir doch.

Drittens: Die Hebesätze gehen ja bei der Einkommensteuer auf die Progression.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Nicht zwangsläufig!)

– Die gehen auf die Progression bei der Einkommensteuer.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Dadurch verschärfen sie das Trittbrettfahrerproblem noch. Ich mache Ihnen das einmal an einem Beispiel deutlich:

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Die Kommune A – die steht jetzt einmal für eine größere Stadt, für ein Oberzentrum – hat einen Bürger mit einem Jahreseinkommen von 100 000 €. Dieser Bürger zahlt überschlägig 30 000 € Steuern. Bei einem Hebesatz von 10 %

(Kretschmann)

auf die Einkommensteuer erlöst die Kommune hier 3 000 €. Die Bürger in der Kleinstadt mit einem Einkommen von, sagen wir einmal, 20 000 € zahlen 3 000 € Steuern. Um von diesen Bürgern denselben Ertrag zu bekommen, müsste diese Gemeinde einen Hebesatz von 100 % aufschlagen.

Ich will Ihnen anhand dieses gegriffenen Beispiels einfach zeigen, was das große Problem dieser Steuern ist. Sie bekommen das Trittbrettfahrerproblem. Das ist heute schon ein Problem der Oberzentren. Die Leute gehen in die Speckgürtel, genießen dort die niedrigen Baulandpreise, bauen und sind im Grünen, nutzen aber die Infrastrukturleistungen der Oberzentren. Dieses Problem verschärfen Sie mit Hebesätzen auf die Einkommensteuer enorm, da sie auf die Progression gehen. Schauen Sie sich in den USA um, wo New York das Problem hat, dass Bürger und Firmen nach New Jersey abwandern, aber selbstverständlich die kulturellen Leistungen und die Infrastrukturleistungen der Stadt in Anspruch nehmen.

(Glocke der Präsidentin)

Wir haben in der Schweiz ein solches Modell. Nehmen Sie die Stadt Zürich und den Kanton Zürich. Dort haben Sie genau das gleiche Problem. Die Leute gehen ins Umland, nutzen aber die Infrastrukturleistungen der Stadt.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Wenn es sein muss.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Abg. Kretschmann, stimmen Sie mir zu, dass sich das Problem der Progression durch eine Reform der Einkommensteuer auf Bundesebene dadurch lösen lässt, dass zum Beispiel das FDP-Modell einer proportionalen Einkommensteuer mit 15, 25 und 35 % eingeführt wird?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Überhaupt nicht; da wird es noch schlimmer.

(Beifall bei den Grünen)

Da macht die Progression eben drei riesige Sprünge.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Nein!)

Was soll denn daran besser sein? Das verschärft das Problem.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Bitte. Was ist jetzt passiert?

(Heiterkeit)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Kretschmann, glauben Sie, dass das Defizit beispielsweise des Staatstheaters Stuttgart

– ich könnte auch das Karlsruher oder das Mannheimer Haus nennen – geringer wäre, wenn es die Bewohner aus dem Umland nicht besuchen würden?

(Abg. Zeller SPD: Das war eine typische Hauk-Frage! – Zuruf von der CDU: Jetzt kommts! – Abg. Theurer FDP/DVP: Jetzt ist er sprachlos, der Kollege Kretschmann! – Zuruf von der CDU: Jetzt muss er rechnen!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Stadt Stuttgart muss diese Infrastrukturleistung erbringen, und nicht jedes Oberzentrum hat ein württembergisches Staatstheater.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Es kann ja nur in Stuttgart stehen, das ist klar!)

Ich meine, das war ein wirklich weit hergeholtes Beispiel. In das Stuttgarter Ballett kommen sogar Bürgerinnen und Bürger aus New York. Ich meine, das kann man jetzt nicht anführen.

(Zuruf von der CDU: Wenn in einen Zug fünf Leute einsteigen, kostet ein Lokomotivführer immer noch genauso viel!)

– Sie haben in der zweiten Runde die Gelegenheit, meine Argumente seriös zu entkräften.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Ich sage dann in der zweiten Runde etwas zur Gewerbesteuer. Jetzt ist aber zunächst das Feuer zum Oettinger-Vorschlag eröffnet, und ich bin gespannt, was da von Ihnen kommt.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommen die neuesten Informationen!)

Finanzminister Stratthaus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einige wenige Sätze – ich werde mich nachher auch noch an der Diskussion beteiligen. Der Oettinger-Vorschlag ist ein Vorschlag, der auch schon vom Bundesverband der Deutschen Industrie und von anderen gemacht worden ist. Dies zur Aufklärung.

Zunächst zu Ihnen, Herr Junginger. Sie haben hier von Blockade gesprochen. Davon kann überhaupt nicht die Rede sein; denn bisher gab es ja keinen Vorschlag, der irgendwo zur Abstimmung gestanden hätte.

(Zuruf von der CDU: Die Kommissionen tagen doch noch! – Abg. Junginger SPD: Steuervergünstigungsgesetz!)

– Moment! Sie können nicht unser Verhindern der allgemeinen Steuererhöhungen als Blockade der Gemeindefinanzreform betrachten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

(Minister Stratthaus)

Wir reden hier von einer kommunalen Finanzreform; wir reden nicht von Steuererhöhungen.

(Abg. Junginger SPD: Wir reden von Steuervergünstigungsabbau!)

Was die Reform betrifft, will ich einige der hier genannten Kritiken durchaus annehmen. Es ist wirklich schlecht, dass sich diese Diskussion schon seit Monaten und Jahren hinzieht, ohne dass man bisher wesentlich weitergekommen ist.

Ich habe mich aber in erster Linie gemeldet, um einiges zu dem zu sagen, was Herr Kretschmann eben vorgetragen hat. Ich bin nämlich ein Anhänger des Zuschlagsmodells, und zwar schon seit langer Zeit. Übrigens hat auch unser Ministerpräsident gestern oder heute eine Presseerklärung herausgegeben, in der ganz klar gemacht wird, dass auch er hinter diesem Zuschlagsmodell steht. Dies will ich zunächst einmal klar machen. Ich will das Zuschlagsmodell jetzt gar nicht vorstellen, da dies schon vorhin geschehen ist, sondern – wir wollen heute wirklich einmal diskutieren – auf zwei Dinge eingehen, die hier genannt worden sind.

Zunächst einmal ist gesagt worden, dieses Modell würde, wenn es aufkommensneutral gemacht wird, keine zusätzlichen Einnahmen bringen. Das ist richtig. Das ist aber auch nicht das Ziel der kommunalen Finanzreform, sondern das Ziel ist eine Verstetigung der Gewerbesteuereinnahmen. Diese sind in den letzten Jahren dramatisch eingebrochen – viel stärker als alle anderen Steuereinnahmen –, weil die Gewerbesteuer in der Zwischenzeit eine reine Gewinnsteuer ist. Deswegen war hier der Einbruch besonders stark.

Nun ist die Frage, wie man eine Verstetigung erreichen könnte. Dazu gibt es zwei Ideen. Die eine ist die, dass man die Steuerbasis verstetigt, indem ertragsunabhängige Bestandteile herangezogen werden, und die andere, dass zur jetzigen Gewerbesteuer Personenkreise herangezogen werden, die stetig ihre Einkommen haben, zum Beispiel die Freiberufler. Man kann davon ausgehen, dass das Freiberuflereinkommen zwar auch schwankt, aber nicht so stark wie die Gewinneinkommen in der Wirtschaft. Das ist klar. Das ist die eine Möglichkeit. Die Verstetigung und nicht so sehr die Einnahmesteigerung stand im Vordergrund.

Ich glaube, dass man noch einmal betonen sollte: Das Zuschlagsmodell ist so gedacht, dass das, was über die dann gesenkte Einkommensteuer und die dann gesenkte Körperschaftsteuer plus dem Gemeindezuschlag eingeht, im Prinzip so viel sein soll wie bisher: Körperschaftsteuer, Einkommensteuer plus Gewerbesteuer. Das kann mehr, das kann aber auch weniger sein. Das hängt eben davon ab, welchen Zuschlag die Gemeinde erhebt.

Jetzt komme ich auf das „Trittbrettfahrerverhalten“, wie Sie es genannt haben. Ich glaube, ein solches Verhalten gibt es bei der jetzigen Gewerbesteuer in viel höherem Maß, als es bei einem Zuschlag der Fall wäre. Auch heute ist es ja recht zufällig, ob sich in einer Gemeinde eine steuerkräftige Unternehmung niederlässt. Weil es sich in der Zwischenzeit um reine Ertragsgewerbesteuern handelt, kann das sogar eine sehr kleine Unternehmung sein. Das kann zum Beispiel eine Holding sein. Sie lässt sich irgendwo nieder, und plötzlich gibt es riesengroße Einnahmen. Darauf geht ja das Pro-

blem zurück, dass wir so große Unterschiede festzustellen haben.

Sie sprechen davon, es bestehe die Gefahr, dass die Bürger in die Gemeinden ziehen würden – insbesondere, wenn es Bürger mit besonders hohem Einkommen sind –, in denen die Zuschläge niedrig seien. Das Problem sehe ich auch. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig: Es darf nicht sein, dass irgendwo eine kleine, an einem schönen See gelegene Gemeinde einen ganz niedrigen Satz erhebt,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

zehn Einkommensmillionäre holt und von dem Rest Gewinnverteilung macht. Das kann nicht sein. Aber dieses Problem ist lösbar, und dieses Problem würde man auch lösen.

(Zuruf von der SPD: Wie?)

– Ich will es Ihnen gleich sagen. Das Problem ist nämlich schon heute gelöst. Sie wissen ja, dass die Gemeinden schon heute einen Anteil am Einkommensteueraufkommen erhalten, das von ihren Bürgern erbracht wird. Sie bekommen nicht einen Anteil am gesamten Einkommensteueraufkommen. Vielmehr ist die Einkommensteuer nach den Einkommen gekappt. Meines Wissens – man müsste das noch einmal nachprüfen – waren es früher 50 000 DM bei Ledigen und 100 000 DM bei Verheirateten. Das heißt, wenn jemand ein sehr hohes Einkommen hat, wird der Teil der Einkommensteuer, der an die Gemeinde fließt, nur bis zu einer Höhe von 100 000 DM bei einem Verheirateten berechnet. Man will eben genau das verhindern, was Sie richtig geschildert haben. Ich sehe das genauso. Es kann nicht sein, dass eine kleine Gemeinde durch sehr wenige, die sehr viel Einkommensteuer zahlen, einen niedrigen Zuschlag hätte und damit diese Leute anziehen würde. Aber dieses Problem wäre lösbar, um das ganz eindeutig zu sagen. Ich würde mich dafür auch, soweit ich das kann, einsetzen.

Auf administrativem Weg sind viele Probleme lösbar. Ein anderes haben Sie nicht angesprochen. So sagen vor allem die Stadtstaaten, dass ein Unternehmer, eine natürliche Person – also keine Körperschaft –, in einer Stadt wohne und in einer anderen sein Unternehmen habe. Auch das wäre lösbar. Man könnte nämlich das Einkommen aus Gewerbebetrieb in der Stadt, in der sich der Gewerbebetrieb befindet, mit einem Zuschlag versehen und die restlichen Einkommen mit dem Zuschlag seines Wohnorts. Das alles sind Fragen, die lösbar sind.

Ich glaube aber – damit möchte ich im ersten Teil der Diskussion schließen –, dass der Zuwachs an kommunalpolitischer Kultur ein ganz gewaltiger wäre, weil der Zusammenhang zwischen dem, was in einer Gemeinde ausgegeben wird, zum Beispiel zwischen den großen Investitionen in einer Gemeinde, und dem, was die Bürger zu zahlen haben, sehr viel unmittelbarer wäre. Ich glaube, das würde viel zur kommunalpolitischen Kultur beitragen. Nicht mehr die Zufälligkeit der Ansiedlung eines großen Gewerbebetriebs, sondern die Verantwortung des Bürgermeisters und des Gemeinderats gegenüber allen Bürgern, die dann steuerpflichtig wären, stünde im Vordergrund. Ich bin deswegen ein ab-

(Minister Stratthaus)

soluter Anhänger des Zuschlagsystems. Ich bin der Meinung, dass die Schwächen, die Sie teilweise aufgezeigt haben, durchaus lösbar wären.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Heinz.

Abg. Heinz CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kretschmann, nachdem der Minister ja sehr ausführlich zu diesem Zuschlagsmodell Stellung genommen hat, möchte ich das eigentlich nicht vertiefen, sondern auf einen anderen Aspekt hinweisen. Die Kollegen Vorredner haben im Prinzip die Finanzlage der Kommunen beschrieben. Sie haben darauf hingewiesen, wo die Ursachen liegen: auf der einen Seite Steuerausfälle, auf der anderen Seite steigende Ausgaben.

Ich möchte mich einmal der Ausgabenseite zuwenden. Der Kollege Birk und der Kollege Theurer haben ja die Zahlen genannt, wie die Einnahmen zurückgegangen sind; aber was war denn mit der Ausgabenseite? Gestern oder vorgestern stand in der Zeitung das Zitat von Dr. Steger: Uns steht das Wasser bis zum Hals. Damit ist eigentlich die Lage recht zutreffend beschrieben. Aber ich denke, das liegt vor allem an der Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die Einnahmeausfälle wurden, wie gesagt, beschrieben, aber die Ausgaben nicht. Wie kommt das? Aus meiner Sicht ist der Hauptgrund der BAT-Abschluss und damit auch die Vorgabe für den Beamtenabschluss. Dieser Abschluss liegt viel zu hoch und belastet die Gemeinden in enormer Weise. Das ist für mich eigentlich die Hauptursache.

Wenn ich jetzt in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 25. März, also von gestern, lese, dass ver.di der Landesregierung vorwirft, sie habe durch einen – ich zitiere – „völlig überhöhten Tarifabschluss mit dafür gesorgt, dass der Spardruck bei den Beamten schärfer werde“, ist das schon der Gipfel, meine Damen und Herren. Das ist eine Umdrehung, eine Verkehrung der Tatsachen. Ver.di wirft jetzt der Landesregierung vor, sie habe durch den Tarifabschluss dafür gesorgt, dass man bei den Beamten in Schwierigkeiten komme. Heute Morgen haben wir vom Ministerpräsidenten gehört – ich habe es auch in der FAZ von vorgestern gelesen –, dass jetzt Bsirske Stellen abbaut, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld streicht und dann sagt, wir seien schuld beim Tarifabschluss. Das ist eine Bankrotterklärung. Wer meint, die Bürger für so dumm verkaufen zu können, täuscht sich. Ich glaube nicht, dass die das mit sich machen lassen.

(Abg. Birzele SPD: Das glaube ich erst, wenn ich das gelesen habe, was Sie da zitieren!)

– Das zeige ich Ihnen nachher in der heutigen Zeitung.

Wir alle hätten uns eigentlich von der Rede von Kanzler Schröder mehr erwartet, nämlich diesen Ruck, den Herr Herzog damals im Adlon reklamiert hat. Ich sage jetzt nur einmal auf die Kommunen bezogen: Was kam denn dabei heraus? Es waren im Wesentlichen fünf Forderungen, die er aufgestellt hat. Der Kollege von der SPD hat darauf hingewiesen. Die erste Forderung finde ich gut. Man muss auch

einmal sagen: Was gut ist, ist gut. Das lobe ich auch. Er hat gesagt: Wir entlasten die Gemeinden von ihrem Beitrag zur Flutopferhilfe. Das bringt 800 Millionen €, für die Kommunen von Baden-Württemberg immerhin 50 Millionen €. Das ist ein Wort. Da kann man sagen: Das ist gut.

Jetzt kommen wir zu Ihrem – da muss ich immer schauen, dass ich es richtig sage – Steuervergünstigungsabbaugesetz.

(Abg. Schmid SPD: So heißt es!)

Da kann man uns Blockade vorwerfen. Das haben Sie wahrscheinlich im Blick gehabt, als Sie das so genannt haben.

(Abg. Birzele SPD: Körperschaftsteuer!)

Ich denke, diese Blockade muss man einfach hinnehmen. Wir halten es für den falschen Weg, zu sagen: Wir wollen die Steuern erhöhen. Das ist in der heutigen Zeit ein Fehler. Das kann man nicht machen.

(Abg. Schmid SPD: Was wollen Sie dann?)

Der dritte Punkt ist die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Das finde ich auch gut. Das kann man positiv sehen. Aber da gibt es eine Kommission. Der Minister hat es angedeutet. Diese Kommission tagt seit ewiger Zeit.

(Abg. Birzele SPD: Seit wie lange? Was ist bei Ihnen ewig?)

– Seit vier Jahren. Herr Birzele, sie wurde 1998 einberufen, wenn Sie mich so fragen.

(Abg. Schmid SPD: Nein!)

Fragen Sie einmal Herrn Kälberer. Der sagt immer, wie frustriert er sei, wenn er in der Kommission sitzt. Das können Sie vergessen. Der Berg kriecht und gebiert ein Mäuslein. Das kommt bei dieser Geschichte heraus.

(Abg. Junginger SPD: Die Gemeindereformkommission tagt seit März 2002, noch nicht ganz ein Jahr!)

Ich begrüße es, wenn man sagt, man wolle eine Zusammenlegung machen. Aber ich frage mich, auf welcher Ebene. Wenn wir das beim Arbeitsamt machen, ist das die falsche Lösung. Davon bin ich überzeugt. Wir müssen es den Kommunen geben, aber dann mit einem finanziellen Ausgleich. Die Konnexität muss hier gelten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Der Bund drückt sich doch um die Konnexität. Wir haben die Konnexität hier in Baden-Württemberg eingeführt. Der Bund wird es nicht machen. Hier muss noch eine Entscheidung von Ihrer Seite kommen.

Der vierte Punkt, die Gewerbesteuerreform, wurde ausführlich vom Kollegen Birk angesprochen.

Ich will noch auf einen fünften Punkt eingehen, den Schröder genannt hat, der nach außen hin der alles beherrschende

(Heinz)

Punkt war: Das war dieses kreditfinanzierte Investitionsprogramm mit 15 Millionen €. Ich will auch gar nicht verhehlen: Die 8 Millionen € im privaten Sektor werden bestimmt einen gewissen Effekt haben.

(Abg. Junginger SPD: Milliarden! Milliarden, ja!)

Das hat man den Gewerkschaften zuliebe gemacht. Man muss ja auch die Binnenkonjunktur ankurbeln; das ist keine Frage.

Aber ich konzentriere mich einmal auf die 7 Milliarden € für die Kommunen. Das hat ein Kollege vorhin schon einmal dem Redner zugerufen: Welche Kommune hat denn noch das Geld, meine Damen und Herren, um diese Kredite aufzunehmen? Diejenigen, die das Geld noch haben, brauchen diesen Spielraum eigentlich nicht. Und diejenigen, die das Geld eigentlich dringend benötigen würden, dürfen keine Kredite mehr aufnehmen. Also hiermit kommen wir nicht weiter.

Lassen Sie mich das Fazit ziehen. Ich glaube, dass wir mit diesen kontraproduktiven Vorstellungen nicht weiterkommen. Ein Finanzwissenschaftler aus München – deshalb habe ich das Heft hier mitgebracht – hat im „Focus“ gesagt, bei dem, was der Kanzler verkauft hat, handle es sich um Ideen von gestern. Ich glaube, das wird nur ein wirkungsloses Strohfeuer entfachen. Es wird weder die Finanzprobleme der Kommunen lösen, noch wird die Konjunktur aufwärts gehen. Deshalb brauchen wir andere Vorschläge.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Und wie wollen Sie es machen? – Abg. Drexler SPD: Jetzt machen Sie doch nicht alles herunter! Wir schädigen doch alles selber! Keine Zuversicht!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: In dem Bereich der sofort wirkenden Maßnahmen erwähne ich noch das Gesetz zur Neuregelung der Zinsbesteuerung, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll und bei dem wir auf den Bundesrat setzen, dass er auch die Voraussetzungen schafft, dass den Gemeinden zusammen mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz in diesem Jahr insgesamt 1 Milliarde € zusätzlich zur Verfügung steht.

Von unserer Seite darf ich noch einmal auf das so genannte Oettinger-Modell eingehen. Hebesatz, kommunales Heberecht bei Körperschaft- und Einkommensteuer, eine Verlagerung der Unternehmensteuer auf Bürgersteuern, weil der Zuschlag für alle Einkommensteuerpflichtigen, also auch für Arbeitnehmer, gelten soll – dies ist ein Weg, den wir nicht mitmachen. Denn der Zusatz, dass es angeblich keine Mehrbelastung geben soll, weil die Steuersätze weiter abgesenkt werden sollen, ist letztendlich ein Taschenspielertrick. Denn die wegfallende Gewerbesteuer muss ja in irgendeiner Weise aufgefangen werden, und dazu gibt es schlicht und einfach keinen Vorschlag.

Herr Minister, Ihnen sei auch gesagt: Verteilungsgerechtigkeit könnten Sie schon mit einem Hebesatzansatz erreichen, wenn Sie bei den Anteilen der Kommunen an der Einkom-

mensteuer einen Hebesatz einbauten. Dazu brauchen Sie nicht den Wegfall der Gewerbesteuer,

(Abg. Schmid SPD: Ja, genau!)

wenn es Ihnen darum geht, dass in der Gemeinde mehr Demokratie und mehr Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Ich weise darauf hin: Das Bertelsmann-Modell der Verteilungsgerechtigkeit hat in der primären Orientierung nichts mit Gewerbesteuer zu tun.

Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass einfach nicht gesagt wird, wie denn die ausfallenden Beträge für Bund und Land ausgeglichen werden sollen, und dann sogar noch davon gesprochen wird, dass wir auch weiterhin 2006 als das Jahr der Nettoneuverschuldung gleich null anstreben, dann ist das bedauerlicherweise nur als ein Taschenspielertrick anzusehen, weil dies nicht durchdacht ist in den Auswirkungen, die tatsächlich in der Frage der Verfügungsmittel für Bund und Land eintreten werden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie unterliegen einem Irrtum, Herr Kollege!)

Ich sage auch noch einmal, wie dies schon Kollege Kretschmann getan hat, was das für Konsequenzen hat. Es hat die Konsequenz, dass die großen Städte eine Verschlechterung ihrer kommunalen Finanzausstattung erfahren werden, weil ihnen erhebliche Gewerbesteuerbeträge wegfallen, und dass die Gemeinden im Speckgürtel demgegenüber sowohl beim Hebesatz viel mehr Verfügungsmöglichkeiten haben als auch mutmaßlich einen Zuzug erfahren und dadurch höhere Einnahmen erzielen werden.

Pendlergemeinden ohne eigenes Gewerbe werden dadurch gegenüber den Gewerbezentren eindeutig finanziell besser gestellt. Dies wird dazu führen, dass sich eigenes Gewerbe vor Ort überhaupt nicht mehr lohnt, weil es nämlich keine Einnahmen für die damit verbundenen Belastungen in die Gemeindekasse mehr bringt.

Dieses Modell ist also etwas, was schleunigst eingestampft werden sollte. Man sollte sich vielmehr darum kümmern, dass in der Gemeindefinanzreformkommission – ich wiederhole es noch einmal – im Einvernehmen mit den CDU-Kommunalpolitikern ein kommunal- und sozialpolitisch gerechtes Modell empfohlen und erarbeitet wird.

Auf der Ausgabenseite der Kommunalfinanzen geht es vorrangig darum, dass mit tief greifenden Reformen der Arbeitsmarkt bereits im nächsten Jahr eine neue Ausgestaltung unter Wegfall der Ausgaben für Sozialhilfe erfahren soll. Dies ist eine schwierige Angelegenheit. Damit würde man aber beispielsweise beim Übergang von rund 900 000 bisherigen Beziehern von Sozialhilfe, die grundsätzlich arbeitsfähig sind, immerhin ein Volumen von 6 Milliarden € brutto zur Verfügung haben. Dies wären Beträge, die die Gemeinden entlasten. Das ist der Modellbereich, auf den sich mit Sicherheit alle verständigen können. Nur gibt es noch den Zusatz, dass die Regierung die Vorstellung hat, dass davon 1,5 Milliarden € für die Erweiterung des Angebots von Krippenplätzen für unter Dreijährige eingesetzt werden sollen. In diesem Zusammenhang führt die Familienministerin gegenwärtig Gespräche mit Kommunalverbänden, um gemeinsam mit den Kommunen sicherzustellen,

(Junginger)

dass der in diesem Bereich der Familien- und Sozialpolitik dringende Bedarf im Land abgedeckt wird. Ich glaube, das ist eine Angelegenheit, die ich nicht weiter begründen muss. Das ist allen bekannt.

(Abg. Wieser CDU: Die Schmidt soll ihre Probleme lösen!)

Die besonderen Probleme liegen in der Betreuung der Kinder im Alter von null bis drei Jahren.

Wenn ich die Ausgangslage betrachte, dass nämlich die Vorschläge, die in der Kommission erarbeitet werden, von denen wir ausgehen, dass sie bis Mitte des Jahres auch tatsächlich abgeschlossen sein werden, dann ins Gesetzgebungsverfahren gebracht werden sollen, dann bin ich der Meinung, dass in diesem Zeitrahmen auch für Sie Gelegenheit ist, in der zweiten Jahreshälfte im Rahmen Ihrer Beteiligungsbefugnisse mit uns übereinstimmend eine dauerhafte Reform der Situation der Gemeindefinanzen herbeizuführen und gleichzeitig – das ist auch bei der Frage der Sozialhilfe wichtig – Großstädte zu entlasten, die mit einer übergroßen Zahl von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern längst an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sind und die keinerlei Strukturpolitik mehr machen können. Auch das muss man sich vor Augen führen, wenn man die Gesamtsituation in Deutschland anschaut.

Mein dringender Appell: Wirken Sie mit! Geben Sie die Blockadeansätze auf! Wenn Sie gute oder gar bessere Vorschläge haben,

(Abg. Dr. Birk CDU: Haben wir doch!)

bin ich sicher, dass wir jeden dieser Vorschläge aufgreifen werden. Bisher vermag ich nicht zu erkennen, was besser geeignet wäre, die Probleme zu lösen, als die Vorschläge, die ich Ihnen heute noch einmal vorgestellt habe.

Danke.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Junginger, wir sollten vermeiden, den Eindruck zu erwecken, als ob das jetzige Modell und die jetzigen Gemeindefinanzsysteme funktionieren würden.

(Abg. Dr. Birk CDU: So ist es!)

Schon heute gibt es Gemeinden, die große Probleme haben, weil sie keine ertragsstarken Gewerbesteuerzahler haben, bei denen die Bürgerinnen und Bürger Schulanbauten vorfinanzieren, Kindergärten selbst erstellen, Kinderspielplätze selber pflegen, bei denen das bürgerschaftliche Engagement fehlende Mittel ausgleichen muss, obwohl die Bürgerinnen und Bürger in diesen finanzschwachen Kommunen schon heute die gleichen Einkommensteuersätze zu zahlen haben wie die Bürgerinnen und Bürger in anderen Städten, die davon profitieren, dass dort ertragsstarke Betriebe angesiedelt sind. Das sind häufig nicht unbedingt arbeitsplatzreiche Unternehmen, die hohe Gewerbesteuern zahlen, sondern das

sind die ertragsstarken Betriebe, die das finanzieren. Ich denke, es wäre wirklich eine verpasste Chance, wenn wir die jetzige Diskussion um eine Reform der Gemeindefinanzen nicht dazu nutzen würden, einmal grundsätzlich die Finanzverfassung der Gemeinden zu überprüfen. Ich denke, hierzu besteht eine Notwendigkeit.

Ich möchte deshalb noch einmal die Vorteile aufzeigen. Wir müssen eine Verbindung zwischen Wirtschaft und Gemeinde haben und erhalten. Allerdings ist das Ziel, Arbeitsplätze anzusiedeln. Deshalb plädieren wir von der FDP/DVP-Fraktion dafür, ein System der Zerlegung der Umsatzsteuer einzuführen, bei dem die Umsatzsteuer an die Zahl der Arbeitsplätze anknüpft. Ich denke, damit kann man die Verbindung zwischen Wirtschaft einerseits und Kommune andererseits realisieren. Wir sollten den Umsatzsteueranteil der Gemeinden erhöhen, damit die Gemeinden an einer Wachstumssteuer partizipieren.

Zweitens: Die Gewerbesteuer ist konjunkturabhängig. Sie trifft nur wenige Gewerbesteuerzahler und ist im internationalen Vergleich ein Ansiedlungshindernis.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb gehört sie abgeschafft,

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Junginger SPD)

nicht revitalisiert, meine Damen und Herren, und nicht ausgedehnt auf Freiberufler, nicht durch eine Senkung der Freibeträge ausgedehnt auf die Kleinbetriebe. Das würde genau diejenigen bestrafen, die in unserem Land Arbeitsplätze schaffen und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das wollen wir nicht.

Wenn man sich überlegt, dass die Gewerbesteuer heute einkommensteuermindernd angesetzt werden kann, dann stellt man erstens fest, dass das Ganze das Steuersystem massiv verkompliziert, und wenn man die Gewerbesteuer abschaffen würde, dann hätten Bund und Länder zweitens etwa 7 Milliarden € Mehreinnahmen pro Jahr – Mehreinnahmen! –, und zwar bei der Einkommensteuer.

Bei der Körperschaftsteuer könnte man auch noch etwas machen.

Deshalb ist unser System auch gegenfinanziert. Wenn man sich dieses Modell – BDI, VCI, aber auch vom Deutschen Steuerzahlerbund – einmal genau anschaut, stellt man fest, dass es rechenbar ist und dass es unter dem Strich zu einer nicht finanzierten Deckungslücke von 1 Milliarde € bundesweit kommt, für die man sich noch überlegen müsste, wie man sie schließt.

Wir meinen, das ist eine riesige Chance, eine grundsätzliche Reform umzusetzen, die den Standort Deutschland für Investitionen interessanter macht, die die Wirtschaft in einer schwierigen Zeit entlastet und die das Steuersystem massiv vereinfacht, was dazu führt, dass in der Steuerverwaltung Mitarbeiter eingespart werden können und Bürokratiekosten gesenkt werden können. Man hat darüber hinaus eine Verstärkung der Einnahmen durch die Einführung eines Hebesatzes bei der Einkommen- und der Körper-

(Theurer)

schaftsteuer, und man kann dieses derzeitige verkorkste System – Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer einerseits, aber Nichtanrechenbarkeit bei der Körperschaftsteuer andererseits und damit gespaltene Steuersätze und eine nicht rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen in Deutschland – endgültig beseitigen. Das wäre gerade im Interesse der kleinen und mittelständischen Betriebe erforderlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Daher ist es, glaube ich, dringend erforderlich, eine Reform herbeizuführen, was die Einnahmeseite angeht, und Klarheit in unser Steuersystem hineinzubekommen. Das könnte man ja auch fortsetzen. Auch die Länder könnten vielleicht Hebesatzrechte auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer bekommen. Im Sinne einer Föderalismusreform müsste das angesprochen werden.

Lassen Sie uns auch über andere Steuervereinfachungen sprechen: Durch eine Abschaffung der Kfz-Steuer und eine Umlage auf die Mineralölsteuer könnte man nach Schätzungen unseres Finanzministeriums offensichtlich 4 000 Steuerbeamte in der Bundesrepublik einsparen, ohne dass dadurch eine Aufgabe nicht erledigt würde und ohne dass der Staat dadurch weniger Geld einnehmen würde. Wenn wir nicht anfangen, unseren Staat zu verschlanken, wenn wir dort kein Geld einsparen, dann können wir die Bürgerinnen und Bürger nicht entlasten, was wir aber dringend müssen.

Ein anderer Bereich sind die Ausgaben. Hierzu nur eine Aussage: Ich denke, eine Sanierung der Gemeindefinanzen erfordert auch eine Aufgabenkritik. Wenn wir uns anschauen, zu wie vielen ungedeckten Kosten bei unseren Landkreisen allein das Grundsicherungsgesetz führt, merken wir, dass das nicht in Ordnung ist. Die ungedeckten Kosten betragen im Stadtkreis Baden-Baden 550 000 € pro Jahr, in Freiburg betragen sie 3 Millionen € pro Jahr. Wir müssen also auch darüber nachdenken, dass es nicht mehr so sein kann, dass die höhere Ebene Bund und manchmal auch das Land etwas beschließen und die Gemeinden das dann finanzieren müssen. Hier müssen wir wirklich mit uns ins Gericht gehen und vor allem das Konnexitätsprinzip auch auf Bundesebene einführen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Konnexitätsprinzip, Kollege Theurer, steht in unserer Landesverfassung,

(Zuruf von der FDP/DVP: Das wissen wir!)

und trotzdem greift die Landesregierung wie der Bund den Kommunen in die Taschen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Nichts ist so gut, als dass man es nicht verbessern könnte!)

Ich erinnere nur an die Medienausstattung der Gemeinden. Ihnen wird vom Land eine neue Aufgabe zugewiesen, und

sie sollen sie ohne neue Finanzmittel lösen. Das ist doch genau das gleiche Problem.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das Problem ist doch, glaube ich, Folgendes: Rot-Grün regiert im Bund, und Sie, Union und FDP, haben im Bundesrat die Mehrheit, und es besteht die Gefahr, dass man sich jetzt nochmals jahrelang blockiert. Deshalb ist es so: Wenn man sich auf Ihr Modell einlässt und kommunale Hebesätze auf die Einkommensteuer einführt, dann geht das sicher nur, wenn man das mit vielen Maßnahmen flankiert. Sie brauchen dazu eine Änderung des kommunalen Finanzausgleichs.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Genau!)

Sie müssten im Prinzip die Entfernungspauschale abschaffen, weil die den Trittbrettfahereffekt verstärkt, und Sie müssen auch die ökologischen Komponenten sehr viel stärker beachten. Wir müssen also die Grundsteuer als eine wichtige Kommunalsteuer stärker ökologisch ausrichten, wir müssen Flächenverbrauch und Versiegelung der Landschaft bei der Grundsteuer berücksichtigen, wir müssen bessere Anreize für einen sparsamen Umgang mit Boden schaffen, um Baupotenzial im Siedlungsbestand zu mobilisieren, und wir müssen Brachen und Recyclingflächen in Städten nutzbar machen. Das alles sind wichtige Maßnahmen. Sonst wird der Effekt, den ich in der ersten Runde genannt habe, durchschlagen.

Jetzt komme ich zur Gewerbesteuer.

Erstens führt Ihr Modell der Hebesätze auf die Einkommensteuer – wie ich zugegeben habe – zu einer Verstärkung der Einnahmen der Gemeinde. Das ist aber bei der Reform der Gewerbesteuer genauso.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Wenn wir die Gewerbesteuer revitalisieren, wie es konzipiert ist, indem wir erstens den Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen ausweiten

(Abg. Dr. Birk CDU: Das reicht doch nicht!)

und zweitens die Bemessungsgrundlage erweitern, verstetigt sich die Gewerbesteuer selbstverständlich ebenfalls. Dass es, wie Sie heute gesagt haben, eine „Großunternehmersteuer“ ist, soll ja gerade damit verhindert werden, dass der Kreis erweitert wird und auch Selbstständige und Freiberufler mit einbezogen werden.

Selbstverständlich hat das auch Nachteile. Sie haben es gesagt: Ein Nachteil dieser Steuer ist, dass sie bürokratieaufwendig wird. Natürlich geht eine erweiterte Bemessungsgrundlage, wie sie vorgesehen ist, auch in die Substanz der Betriebe und ist damit prozyklisch. Auch das ist ein Nachteil, aber einer, den man hinnehmen muss, wenn man eine Verstetigung will.

Da die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechenbar ist, führt sie zu Mehreinnahmen der Gemeinden auf Kosten des Bundes und der Länder. Das heißt, diese Reform führt tatsächlich dazu, dass sich die Steuern zwar insgesamt nicht erhöhen, dass aber Teile dieser Steuereinnahmen

(Kretschmann)

men – weil sie auf die Einkommensteuer angerechnet werden können – von Bund und Land an die Kommunen fließen. Das ist der Vorteil.

Schließlich ist die Gewerbesteuer einfach eine Steuer mit Tradition. Wir können mit ihr umgehen. Solange man die Nachteile bei Ihrem Vorschlag nicht durch flankierende Maßnahmen ausräumen kann, hält man doch besser an dem Modell fest, das das Band der Kommune zur örtlichen Wirtschaft stärkt. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Moment bei dieser Gewerbesteuer.

Vielleicht kann man sich in diesem Prozess zwischen dem unionsdominierten Bundesrat und der Bundesregierung darauf einigen, in die Richtung der Vorschläge der Bertelsmann-Stiftung zu gehen, die den Nachteil des Aufsatzes auf die Progression bei ihrer Bürgersteuer vermeidet. Aber auch sie hält genau diese flankierenden Maßnahmen für erforderlich.

Herr Finanzminister, Sie haben gesagt, Ihr Modell stärke sozusagen die Steuerkultur in einer Gemeinde. Ich muss Sie aber auf Folgendes hinweisen: In der Schweiz, wo das so ist, bestehen die genannten Probleme, und dort kann das Gemeindevolk in direkter Demokratie über das Budget entscheiden.

(Abg. Schmid SPD: Das ist richtig!)

Nun ist klar: Wenn ich in direkter Abstimmung den Hebesatz erhöhe, kann man davon ausgehen, dass ich hinterher nicht aus der Stadt wegziehe.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Da haben wir nichts dagegen!)

Obwohl es dort schon einen großen Einfluss der Bürgerschaft auf die kommunalen Steuern gibt, gibt es die Probleme trotzdem. Deswegen glaube ich – bei allen Vor- und Nachteilen, die das eine oder das andere Modell hat –, es ist doch offenkundig, weshalb sich der Städtetag und der Gemeindegemeinschaft eher auf eine reformierte Gewerbesteuer stützen: weil sie durch Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer bei insgesamt Aufkommensneutralität den Gemeinden tatsächlich mehr Finanzmittel einbringt. Das ist jedenfalls der Vorteil.

Sie haben bisher nicht dargelegt – das wollen Sie offensichtlich auch gar nicht –, . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Abg. Kretschmann GRÜNE: . . . wie durch Ihr Modell mehr Geld in die Gemeindekassen kommen soll.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erhält Herr Minister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Meine Damen und Herren! Ich will nur noch einmal das Wort ergreifen, weil ich ein-

fach für dieses Zuschlagsmodell werben will. Da sind einige Dinge gesagt worden, die wir einfach nicht so stehen lassen können.

Herr Junginger, Sie haben darauf hingewiesen, man könne einfach auch einen Zuschlag auf die jetzige Einkommensteuer machen. Okay, aber das wäre halt eine Steuererhöhung.

(Abg. Wieser CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Schmid SPD – Abg. Junginger SPD: Im Rahmen des Anteils!)

– Gut, dann müssten Sie das also vorher senken und dann einen Zuschlag machen.

(Abg. Junginger SPD: Richtig! Genau das!)

Das müsste man von neuem wieder durchdenken. Okay, das erkenne ich dann an. Dann hätten Sie sagen müssen, dass man das zunächst einmal senken muss. – Gut.

(Abg. Junginger SPD: Das habe ich gemeint: im Rahmen des Anteils!)

Im Übrigen: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund – das ist heute in der FAZ zu lesen – hat sich für das Zuschlagsmodell ausgesprochen. Es sind also nicht alle gegen das Zuschlagsmodell.

Lassen Sie mich noch eine einzige Sache klarstellen und zwei Bemerkungen machen: So unterschiedlich und so zufällig, wie heute die Gewerbesteuer in den einzelnen Gemeinden anfällt, kann eine Zuschlagsteuer gar nicht sein. Es ist doch einfach nicht wahr, dass sie einigermaßen gleichmäßig verteilt ist, und es ist auch nicht wahr – das ist vorhin schon einmal angedeutet worden –, dass sie von solchen Unternehmen bezahlt wird, die besonders stark die Infrastruktur in Anspruch nehmen und Arbeitsplätze schaffen.

(Abg. Junginger SPD: In Zukunft schon!)

Das war ja ursprünglich der Sinn der Gewerbesteuer, dass man gesagt hat: „Die Gemeinden sind durch Industrieansiedlungen besonders belastet, und deswegen sollen sie Gewerbesteuern haben.“ Heute gibt es Holdings, Briefkastenfirmen und Firmen, die extrem wenig die Infrastruktur in Anspruch nehmen und die in Wirklichkeit die höchsten Erträge haben und damit auch die höchsten Gewerbesteuern zahlen. So einfach ist es nicht. Darauf wollte ich nur noch einmal hingewiesen haben.

Verstetigung: Das wollen wir. Wir wollen eine Reform und keine Steuererhöhung. Bei der Verstetigung gibt es mehrere Möglichkeiten; das ist keine Frage. Wenn Sie ertragsunabhängige Bestandteile stärker heranziehen, dann haben Sie möglicherweise eine Verstetigung. Aber wir haben uns doch nicht vehement gegen eine Vermögensteuer ausgesprochen, um jetzt anschließend wieder ertragsunabhängige Bestandteile in die Gewerbesteuer einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

(Minister Stratthaus)

Wir haben in den letzten anderthalb Jahrzehnten in vielen Einzelschritten die ertragsunabhängigen Bestandteile herausgenommen,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Aus guten Gründen!)

soviel ich weiß, auch zusammen mit den Sozialdemokraten. Es hat einmal eine Lohnsummensteuer gegeben, die abgeschafft wurde.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Es hat bis vor kurzem die Gewerbekapitalsteuer gegeben; die hat man abgeschafft. Man hat früher die vollen Schuldzinsen angesetzt; das hat man abgeschafft.

Dann haben Sie vorhin, Herr Junginger, am Rande erwähnt, diese Zinsabgeltungsteuer würde mehr Geld bringen.

(Abg. Junginger SPD: Rückfließendes Kapital!)

Ich sage Ihnen: Sie bringt weniger und nicht mehr; es sei denn, es kommt zu Rückflüssen aus dem Ausland.

(Abg. Junginger SPD: Richtig!)

Das glauben aber auch nur Sie, dass wirklich Geld in großen Mengen aus dem Ausland zurückfließt.

(Abg. Junginger SPD: Lassen Sie sich überraschen! 25 Milliarden € werden erwartet!)

– Ich glaube das nicht. Aber gut, ich lasse mich überraschen.

Jetzt aber noch eine letzte Sache, auf die es mir hier ankommt: Bei der Körperschaftsteuer würde sich gegenüber dem bisherigen Zustand relativ wenig ändern. Der Körperschaftsteuersatz beträgt zurzeit 26,5 %. Je nach Hebesatz zahlen die Unternehmen im Allgemeinen 38 bis 39 % Körperschaft- und Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer würde weggenommen werden, und es könnte nun von der Wohnsitzgemeinde oder von der Sitzgemeinde dieser Körperschaft ein Zuschlag gemacht werden. Das wäre sehr einfach. Der Unterschied wäre lediglich: Bei der Gewerbesteuer ist bei der Bemessungsgrundlage noch die Hälfte der Schuldzinsen enthalten. Das wäre nicht mehr der Fall. Ansonsten gäbe es einen reinen Zuschlag. Das ist eine ganz einfache Sache; es würde sich gegenüber bisher relativ wenig ändern.

Komplizierter – und das als letzter Gedanke – wird es in der Tat bei der Einkommensteuer. Denn die Einkommensteuerzahler, die gleichzeitig Gewerbesteuer zahlen, können die ja in vielen Fällen zu 100 % bei ihrer Einkommensteuer absetzen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie zahlen zwar in vielen Fällen – nicht in allen – Gewerbesteuer, tragen sie aber nicht. Wenn wir heute die Gewerbesteuer abschaffen würden, würde das Aufkommen der Einkommensteuer steigen, und im gleichen Rhythmus könnte man die Einkommensteuer senken. Darauf käme dann erst der Zuschlag. Ich wollte einfach einmal dafür werben. So sind die Zusammenhänge.

Als Allerletztes: Es ist aus folgenden Gründen kein Ersatz von 100 %: Zu 100 % bekommt ein Einkommensteuerzahler, der gewerbesteuerpflichtig ist, seine Steuern nur erstattet, wenn er einen Grenzsteuersatz von über 50 % hat – das hat nicht jeder in der ganzen Breite – und wenn er nicht zum Beispiel durch Verluste aus Vermietung und Verpachtung oder aus anderen Gründen einfach nicht mehr genügend Substanz bei der Einkommensteuer hat, um die gesamte Gewerbesteuer abzusetzen. Aber in allen anderen Fällen – außer in diesen Fällen der Steuerüberhänge – würde im Grunde genommen durch die Abschaffung der Gewerbesteuer die Einkommensteuer steigen.

Ich bin deswegen – ich sage es noch einmal – ein vehementer Verfechter des Zuschlagsystems. Es wäre einfacher, es würde die kommunalpolitische Kultur steigern, es wäre stetiger. Wir sollten uns dafür stark machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die Landesregierung – Drucksache 13/1820

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Boris Palmer.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Boris, wenn du etwas über die B 29 sagst, komme ich heraus! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Machen Sie eine Ankündigung oder eine Drohung?)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als letzte Woche der Referentenentwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan vorgestellt wurde, gab es vor allem eine Diskussion um Geld. Die SPD-Fraktion interpretierte den neuen Plan mit der Überschrift „Mehr Geld für Straßen“, die CDU-Landesregierung klagte darüber, dass nun zu wenig Geld für Straßen zur Verfügung stünde. Das ist ein interessanter Widerspruch, auf den ich zurückkommen werde. Für uns ist nur wichtig, dass die Diskussion um Geld das eine ist. Beim Straßenbau überhaupt nicht mehr über Umwelt zu reden zeigt, wie weit das Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge mittlerweile bei den großen Fraktionen in diesem Haus in den Hintergrund getreten ist. Wir sind diejenigen, die dieses Thema als Einzige beim Straßenbau weiterhin beachten.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Dr. Caroli, Göschel und Wintruff)

Es geht nämlich nicht nur um die Frage, wie viel wir uns finanziell leisten können. Es geht auch um die Frage, was wir

(Boris Palmer)

uns ökologisch noch leisten können. Wir sind als Grüne besonders stolz darauf, dass in der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans erstmals, bevor überhaupt gefragt wird, wie ein Plan aussieht, schon eine ökologische Prüfung erfolgt. Zuerst kommt die Umweltrisikoeinschätzung, dann wird über den Bedarf entschieden, und erst danach wird über Straßenbau gesprochen. Bisher war es ja so, dass man zuerst sagte: „Wir brauchen die Straße“, und dann überlegte man, ob man rechts oder links am Biotop vorbeifährt.

Zu den Finanzen. Die Landesliste hat alles in allem einen Umfang von 7,9 Milliarden €. Das ist völlig maßlos, Herr Minister Müller. 7,9 Milliarden €, das heißt, bezogen auf die Laufzeit des Plans, 500 Millionen € pro Jahr – fast doppelt so viel, wie Sie von der Regierung Kohl in den besten Jahren bekommen haben. Sie glauben wohl im Ernst selber nicht, dass das der heutigen Haushaltslage entspricht.

Im Übrigen ist es auch völlig inakzeptabel, dass zwar überall gespart werden soll – bei den Sozialpsychiatrischen Diensten, bei den Arbeitslosen, bei der Schulsozialarbeit –, nur beim Straßenbau fordern Sie immer mehr hinzu.

Was die Bundesliste angeht: Die hat nun den großen Vorteil, dass sie im Gegensatz zu Ihrem Märchenbuch einen realistischen, finanzierbaren Plan vorgibt: 5,8 Milliarden € im Vordringlichen Bedarf. Ich will aber hinzufügen, dass es nicht sehr seriös ist, diese Zahl, wie es hier in einer Grafik der SPD-Fraktion geschehen ist, mit den Istzahlungen der letzten zehn Jahre zu vergleichen. Denn natürlich ist eine Bedarfsszahl nicht identisch mit der mittelfristigen Finanzplanung. Wir gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren etwa 250 Millionen € pro Jahr für Straßenneubau zur Verfügung stehen. Alle Zahlen, die darüber hinausgehen, sind nicht sonderlich realistisch.

Man muss sich, glaube ich, entscheiden: Wenn man sagt, dieser Bundesverkehrswegeplan sei realistisch finanziert, dann kann man nicht behaupten, die Mittel verdoppelten sich fast, sondern dann muss man sagen: Dieses Jahr sind es etwa 210 Millionen €. Die Bundesregierung wird diesen Betrag moderat auf 250 Millionen € erhöhen. Dann ist es realistisch, aber darüber hinaus nicht.

Wir, Rote und Grüne, können in Baden-Württemberg schon stolz darauf sein, dass es gelungen ist, den Anteil von Baden-Württemberg sowohl beim Straßenbau als auch insbesondere bei der Schiene zu erhöhen. 11,3 % waren es bisher beim Bundesfernstraßenbau, in Zukunft sind es 12 %. Dieses Geld werden wir gut anlegen, weil wir damit Tunnelprojekte wie in Freiburg oder in Tübingen auf diese Art und Weise finanzieren können, die wir sonst nicht bezahlen könnten.

Es ist – das will ich ausdrücklich hervorheben – bei dieser Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit ein Kraftakt gewesen, über 2,4 Milliarden € aus der Wunschliste des Landes zu streichen.

Wir haben eine Reihe von Projekten, die weder in die Landschaft noch in die Haushalte passen, aus dem Bundesverkehrswegeplan herausgenommen: die Filderauffahrt, den Nordoststring hier in Stuttgart, den überzogenen, weil durch das Verkehrsaufkommen nicht gerechtfertigten Ausbau der

A 5 und der A 6 auf sechs Spuren. Die A 96 ist faktisch zu den Akten gelegt. Dort wird eine zweispurige Straße gebaut.

(Unruhe)

Zahlreiche Freiraumzerschneidungsprojekte sind erledigt, und autobahnparallele Bundesstraßen werden nicht weiter ausgebaut.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: „Erledigt“ ist das richtige Wort!)

Wir mussten einige Kröten schlucken, die noch auf die Ära Kohl zurückgehen. Bis zum Jahr 2007 werden wir ja überwiegend abwickeln, was Sie uns hinterlassen haben. Danach wirkt die Korrektur der Straßenbaufixierung der Landesregierung.

In diesem Zusammenhang – ich hoffe, Sie freuen sich darüber – will ich auch der SPD-Fraktion ein Kompliment machen. Denn ich weiß, dass es einen Unterschied macht, ob man als Ökologiefraktion Straßenbauprojekte, die oft vor Ort gewünscht werden, ablehnt oder ob man sich als Fraktion, die mit solchen Wünschen auch innerhalb der eigenen Reihen konfrontiert ist, im Sinne der Ehrlichkeit und Klarheit gegenüber den Bürgern auch einmal dazu durchringt, ein Projekt fallen zu lassen. Kompliment dafür an Sie!

Was allerdings die CDU angeht: Sie haben sich ja zu nichts anderem durchringen können, als weiterhin alles zu fordern, ohne Rücksicht auf die Finanzierung.

(Abg. Scheuermann CDU: Quatsch!)

Manche Straßen fordern Sie ja schon länger, als ich lebe, und dabei versprechen Sie jedes Jahr: Nächstes Jahr wird realisiert.

(Abg. Seimetz CDU: Das wird durch Wiederholungen nicht wahrer! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Nehmen Sie doch einmal von diesen unrealistischen Forderungen Abschied.

Was uns angeht: Wir freuen uns, dass dieser Bundesverkehrswegeplan wirklich auf Nachhaltigkeit bedacht ist, dass Schwerpunkte bei Umweltschutzprojekten gesetzt werden, dass in Zukunft der Erhalt dem Neubau vorgeht. 60 % der Investitionsmittel fließen in den Erhalt, 40 % in den Neubau.

Vor allem freuen wir uns, dass wir bei den Schienenwegen in Baden-Württemberg besser abschneiden, als wir das selbst vermutet hatten. Fast 20 % der Bundesschienenwegeinvestitionen werden nach Baden-Württemberg fließen, wenn man diesen Plan zum Maßstab nimmt. Jetzt geht es nur noch darum, dafür zu sorgen, dass mit dem Geld kein Unsinn gebaut wird, also nicht ein teurer Tiefbahnhof in Stuttgart und nicht ein sinnloses Projekt wie der Bypass in Mannheim.

(Beifall bei den Grünen)

Aber die Voraussetzungen seitens des Bundes sind hervorragend.

(Boris Palmer)

Ich fasse zusammen: Entgegen den noch zu erwartenden heftigen Attacken der beiden Regierungsfraktionen hier im Land handelt es sich nicht um Ideologie. Es wird auch nicht gekürzt. Im Gegenteil, es gibt unter grüner Regierungsbeteiligung sogar mehr Geld für Straßenbau, als Sie selbst vorgesehen hatten und als Sie selbst hätten finanzieren können.

Es ist schlicht und ergreifend so, dass wir uns auf das Notwendige und auf das Bezahlbare beschränken und ökologisch Unsinniges nicht weiterverfolgen. Diese Neuerungen im Bundesverkehrswegeplan sind ein großer Fortschritt. Ich kann nur an Sie appellieren, Ihre Verweigerungshaltung, die Sie ein halbes Jahr praktiziert haben, indem Sie zuerst gar keine eigene Prioritätenliste vorlegten und nun an Ihrer Liste, die schlicht und ergreifend um über 2 Milliarden € zu lang ist, unbeirrt festhalten wollen, aufzugeben und tatsächlich selbst einmal darzulegen, welche Projekte für Sie vordringlich sind, wenn Sie die Prämisse des Bundes, dass dieser Verkehrswegeplan bis 2015 und eben nicht bis 2023 läuft, einfach einmal akzeptieren und nicht eigenmächtig und eigenwillig ändern.

(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Kaufmann SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Palmer, mit dem, was Sie zur Bahn im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans gesagt haben, kann ich mit Ausnahme Ihrer Äußerung zu Stuttgart 21 einverstanden sein. Damit muss ich mich auch nicht beschäftigen.

Ich glaube, wir können unter dem Strich sagen: Bei der Bahn sind wir in diesem Entwurf unseren Vorstellungen gemäß weggekommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke!)

Jetzt gilt das Gleiche, was bei der Straße auch gilt: Hoffentlich kann man das, was in Mark und Pfennig für die Bahn im Bedarf steht, im Lauf der Jahre auch tatsächlich realisieren.

(Abg. Birzele SPD: Euro und Cent!)

– Bitte?

(Abg. Birzele SPD: Euro und Cent!)

– Euro und Cent, Entschuldigung. Vielen Dank.

Jetzt komme ich zur Straße. Da habe ich Sie allerdings nicht verstanden, Herr Kollege Palmer. Baden-Württemberg war wohl eines der ersten Länder, das einen Entwurf für einen Bundesfernstraßenbedarfsplan vorgelegt hat, was das Land Baden-Württemberg betrifft.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und was für einen!)

Was Ihnen nicht gefällt: Dieser Entwurf umfasste 20 Jahre mit einem Jahresumfang von etwa 330 Millionen €. Warum sind wir auf 20 Jahre, und warum sind wir auf 330 Millionen € gegangen?

(Zuruf von der SPD: Das weiß niemand!)

Ganz einfach, um Projekt für Projekt nachzuweisen, dass wir in Baden-Württemberg einen Nachholbedarf haben, der nie und nimmer in zwölf Jahren befriedigt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Kohl war 16 Jahre dran!)

Wenn wir hingestanden wären und gesagt hätten, in zwölf Jahren – –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Deutsche Einheit!)

Herr Kollege Birzele, ich bestreite das doch gar nicht.

(Beifall des Abg. Birzele SPD)

Aber kann ich daraus wenigstens den Schluss ziehen, dass Sie mit mir der Meinung sind, dass wir einen Nachholbedarf haben?

(Abg. Birzele SPD: Ja!)

– Okay, dann sind wir uns ja einig; dann haben wir also einen Nachholbedarf.

(Zuruf von der CDU zur SPD: Hätten wir in den ganzen Jahren etwas anderes machen sollen? Dann hätten Sie gesagt: Da haben Sie nichts getan! Das ist eine unehrliche Argumentation!)

Das war der Hintergrund unseres Entwurfs.

Nun, Herr Kollege Palmer und meine Damen und Herren von der SPD, sind Sie alle über unseren Minister hergefallen und haben gesagt, seine Vorstellungen seien utopisch.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Ich kann mich schon durchsetzen; keine Angst.

(Heiterkeit)

Sie sind über uns hergefallen und haben gesagt, unsere Vorstellungen seien utopisch und sie enthielten keine Prioritätensetzung.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Mittlerweile sind Sie bei dem zweiten Grund zu Kreuze gekrochen oder mussten zu Kreuze kriechen,

(Abg. Zeller SPD: Überhaupt nicht!)

weil der mittlerweile vorliegende Entwurf des Bundesverkehrsministers auch keine Prioritätensetzung enthält.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

– Nein, er enthält keine.

(Zurufe von der SPD)

(Scheuermann)

– Langsam, lassen Sie mich doch einmal ausreden. – Uns ist immer vorgeworfen worden, wir hätten keine Prioritätensetzung.

(Abg. Birzele SPD: Zu Recht! Absolut!)

Der Entwurf, der jetzt vorliegt, zählt hintereinander eine Reihe von Projekten auf.

(Abg. Zeller SPD: Die sind drin!)

– Lassen Sie mich doch einmal zu Ende reden, Herr Zeller; hier geht es ein bisschen anders zu als in der Bildungspolitik.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich stelle nur fest, dass auch der Entwurf des Bundesverkehrsministers keine Prioritätensetzung enthält.

Jetzt komme ich zu Ihrem Vorwurf der Utopie. Vergleichen wir einmal die Jahresraten, die in unseren, in den Vorstellungen des Landes Baden-Württemberg enthalten sind, mit jenen, die in Ihren Vorstellungen enthalten sind. Unsere Vorstellungen belaufen sich auf 7,1 Milliarden € in 20 Jahren; darin sind die 500 Millionen € für die Konzessionsmodelle enthalten. Wenn ich richtig rechnen kann, ergibt sich eine Jahresrate von etwa 350 Millionen €. Jetzt nehme ich den Vorschlag, den der Bundesverkehrsminister unterbreitet hat

(Abg. Birzele SPD: Da sehen Sie, wie großzügig wir sind!)

– lassen Sie mich einmal ausreden –, wie er in der Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion enthalten ist. Da komme ich auf 4 Milliarden € für zwölf Jahre – das gibt auch eine Jahresrate von etwa 330 Millionen €.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ei, ei!)

Wo ist unser Vorschlag utopisch? Sie können uns jetzt nur noch vorwerfen, dass wir nicht 12 oder 15 Jahre, sondern 20 Jahre haben.

(Abg. Wintruff SPD: Das dürfen Sie nicht!)

Ich sage noch einmal: Unsere 20 Jahre sind darin begründet, dass wir einen gewaltigen Nachholbedarf haben. Herr Kollege Palmer, über die Frage, was dann ökologisch noch zulässig oder erlaubt ist, sprechen wir dann, wenn unser Nachholbedarf einigermaßen befriedigt ist. Ich nenne nur ein einziges Beispiel: In ganz Baden-Württemberg gibt es nicht eine einzige Straße in Ost-West-Richtung, die heutigen Standards entspricht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Darunter verstehe ich eine Autobahn mit jeweils drei Fahrspuren und einer Standspur in jeder Fahrtrichtung. So etwas haben wir in ganz Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Solange wir das nicht haben, lehne auch ich als Umweltpolitiker strikt ab, mich auf eine Diskussion darüber einzulassen, was ökologisch verträglich ist oder nicht.

(Zuruf von der CDU: Das ist ein Skandal!)

Ich komme zu meiner letzten Bemerkung; hoffentlich erhalte ich wenigstens hierfür Ihre Zustimmung: Jetzt können wir alle nur hoffen und wünschen, dass die 330 Millionen € im Jahr für den Bundesfernstraßenbau auch tatsächlich fließen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die wird es nicht geben!)

– Sie liegen aber den Vorstellungen der SPD zugrunde, und sie liegen unseren Vorstellungen zugrunde, und die SPD hat das als großen Erfolg bezeichnet und hat ausdrücklich auf die Erhöhung der Länderquote für Baden-Württemberg hingewiesen.

(Abg. Wintruff SPD: Na also!)

Wenn es dazu kommt, habe ich überhaupt nichts dagegen, dass Sie dazu einen Beitrag geleistet haben – in Ordnung, dann haben Sie sich für Baden-Württemberg eingesetzt und sich von mir aus auch verdient gemacht.

(Abg. Wintruff SPD: Dann loben Sie uns doch! – Gegenruf von der CDU: Das tun wir doch gerade!)

– Kann ich Sie noch mehr loben, als zu sagen: „Dann haben Sie sich für Baden-Württemberg verdient gemacht“?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt darf ich aber noch etwas Wasser in den Wein gießen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schon wieder Schorle!)

Im Jahr 2003 bekommen wir in Baden-Württemberg etwa 200 Millionen € für den Bundesfernstraßenbau. Davon müssen wir 69 Millionen € für die Finanzierung der Konzessionsmodellvorhaben abziehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Selbst verschuldet! – Abg. Wintruff SPD: Haben wir doch nicht gemacht!)

– Das sage ich doch auch nicht. Ich sage doch nur, was wir haben: etwa 200 Millionen €.

Wenn ich mir jetzt die mittelfristige Finanzplanung anschau, erkenne ich: Im Bundeshaushalt sind für 2003 4,6 Milliarden €, für 2004 5,1 Milliarden €, für 2005 5,1 Milliarden € und für 2006 5,2 Milliarden € vorgesehen. Das heißt, in dieser mittelfristigen Finanzplanung ergibt sich nirgends die von Ihnen, Herr Kollege Göschel, so gefeierte deutliche Erhöhung der Landesquote für Baden-Württemberg.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Sofort, Frau Präsidentin.

(Scheuermann)

Der einzige Ausweg ist, dass ein erheblicher Anteil des Mautaufkommens aus dem Schwerverkehr in den Bundesfernstraßenbau und nicht in den Bundeshaushalt geht.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Erlauben Sie mir bitte, darauf hinzuweisen, dass wir bei der gegenwärtigen Finanzlage, wie sie in Bund, Land und Gemeinden herrscht, wirklich Zweifel haben, ob das, was aus dem Mautaufkommen für den Bundesfernstraßenbau verwendet werden soll, tatsächlich der heutigen Summe im Bundeshaushalt zugeschlagen wird oder ob nicht auf wundersame Weise eine Verrechnung zulasten des Bundesfernstraßenbaus stattfindet.

Ich darf zum Schluss die Bitte äußern: Sorgen Sie mit dafür – auch wir sorgen dafür, soweit wir können –, dass das, was Sie selbst zwölf Jahre lang angekündigt haben, mit der von Ihnen dargestellten Summe an Geld tatsächlich unterlegt wird. Dann hätten wir einen gewissen Fortschritt erzielt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Scheuermann CDU: Dann können wir auch einen Teil unseres Nachholbedarfs abbauen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vorweg festhalten: Der neue Bundesverkehrswegeplan ist gegenüber der bisherigen Realität in der Tat ein voller Erfolg für Baden-Württemberg und gegenüber den Schwarzmalereien, wie sie die Landesregierung von Baden-Württemberg bisher betrieben hat, ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Er ist auch ein großartiger Erfolg für die baden-württembergische SPD, für unsere Landesvorsitzende Ute Vogt,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

für unseren Fraktionsvorsitzenden, für unsere Fraktion und ein wenig auch für mich. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Unsere intensive Vorbereitung und unsere Lobbyarbeit in vielen persönlichen Begegnungen haben sich ausgezahlt.

(Minister Dr. Christoph Palmer: B 312!)

Aber was macht die CDU? Ich nehme den Kollegen Scheuermann vorweg davon aus. Er hat sich wohlthuend von dem abgehoben, was man da landauf, landab in der Presse gelesen hat. Was macht die CDU, und was macht der Minister

für Umwelt und Verkehr? Anstatt sich die Union mit uns darüber freut, dass es gelungen ist, für Baden-Württemberg einen Schritt voranzukommen, und gemeinsam mit uns überlegt, wie der Entwurf im Detail im einen oder anderen Fall eventuell konstruktiv verbessert werden kann – dabei müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir das Gesamtvolumen in diesem Zeitraum nicht weiter erhöhen können –, hören wir weitgehend Nörgelei und Mäkelei von der Union und der Minister stänkert gegenüber Berlin. Er macht das, was der Ministerpräsident heute Morgen beklagt hat, nämlich Oppositionspolitik als reiner Reflex. Das wird von Herrn Müller praktiziert. Wir sollten – das ist meine Auffassung und die Auffassung unserer Fraktion – die Sache gemeinsam und konstruktiv angehen. Nur das hilft Baden-Württemberg weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schebesta?

Abg. Göschel SPD: Vielleicht später, weil ich zunächst einmal etwas zu den Projekten sagen will, Herr Kollege Schebesta. Dann passt die Frage sicher besser.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie wissen ja gar nicht, was er fragen will!)

Jetzt kommen die ganzen Einzelprojekte. Das kenne ich doch, Erbsenzählerei.

Bei den Schienenverkehrsinvestitionen wird unser Land hervorragend bedient. Auch Kollege Scheuermann hat ja anerkannt, dass wir damit rundweg zufrieden sein können. Stichwortartig nenne ich den viergleisigen Ausbau der Strecke Karlsruhe – Basel mit dem Anschluss des TGV über den Ausbau der Strecke Kehl – Appenweier mit der Appenweierer Kurve, den Finanzierungsanteil für die Strecke Stuttgart – Ulm einschließlich – da unterscheiden wir uns von den Grünen – der Förderung von Stuttgart 21,

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

den Ausbau der Strecken Stuttgart – Singen, Ulm – Lindau sowie Karlsruhe – Stuttgart – Nürnberg,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

den Anschluss von Mannheim an den TGV durch Ausbau – das liegt nicht in Baden-Württemberg, aber die Zulaufstrecke dient uns auch – der Strecke Saarbrücken – Mannheim, und auch die Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim wird ein Erfolg für unser Land und für Mannheim, wenn im weiteren Verlauf sichergestellt wird – dafür werden wir uns nach wie vor einsetzen –, dass die volle Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim in diese Neubaustrecke erfolgt.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Für den Straßenbau erhält Baden-Württemberg mehr, als die CDU und der Minister je zu träumen gewagt haben. Die Steigerung der Länderquote von 11,3 % auf 12 % mag zunächst einmal minimal erscheinen, aber wenn man beide

(Göschel)

Anteile einander gegenüberstellt, ergibt sich eine Steigerung von 6,2 %. Das sind immerhin rund 20 Millionen € im Jahr zusätzlich. Das ist noch nicht das, was mich voll zufrieden stellt, aber es ist der richtige Weg und ein guter Schritt in die richtige Richtung. Insofern können wir sehr froh darüber sein, dass anerkannt worden ist, dass wir Nachholbedarf haben. Dieser wird nach und nach abgebaut, zwar nicht in der Zügigkeit, wie ich mir das wünsche, aber es ist immerhin ein deutlicher Schritt nach vorn.

Vorhin ist die Grafik angezweifelt worden. Das sind jetzt die Nettozahlen;

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

das ist, sagen wir einmal, die korrektere Grafik. Die Bruttowerte sind natürlich entsprechend höher, aber da die Planungsreserve nicht echt in Ausgabe gehen wird, ist auch mit den Nettozahlen von unserer Seite Staat zu machen. Denn hier ist deutlich nachzuweisen, dass wir auf hohem Niveau verstetigen, wenn das alles so kommt, was Herr Scheuermann noch nicht so ganz glauben mag. Aber wir sind zusehends sicher, dass es so kommt. Dann wird es verstetigt auf einem Niveau, wie wir es nur 1992/93 ausnahmsweise als Ausrutscher nach oben gehabt haben, als Rückflussmittel, die im Osten nicht verbaut werden konnten, in Baden-Württemberg zu dieser Höhe geführt haben. Aber ansonsten sind wir immer weiter in die Talsohle gerutscht.

Hier gibt es eine graue Linie. Das ist eine Schreckenslinie. Das war nämlich diese Kellerkurve. Das waren die mittelfristigen Planzahlen der Regierung Kohl/Waigel/Wissmann.

Nun noch zu der Vorbelastung. Immerhin sind 474 Millionen DM durch die private Vorfinanzierung vorbelastet. Das ist von uns nicht zu verantworten, aber wir müssen natürlich hinnehmen, dass das unseren Etat schmälert. In diesem Zusammenhang will ich nur noch einmal eines deutlich machen. Herr Kollege Scheuermann, Sie haben angesprochen, dass wir Ihnen Utopie vorgeworfen hätten. Dies ist nur Utopie in dem Sinne, dass natürlich nicht 20 Jahre anstelle von 15 Jahren eingesetzt werden können. Was die Höhe der Jahresrate anbelangt, gehen wir mit Ihnen durchaus konform. Das sehen Sie auch am Ergebnis. Was die Prioritätensetzung anbelangt, war die Kritik nur die, dass wir gesagt haben: Wenn wir mehr anmelden, als wir in 15 Jahren kriegen, muss man eine Prioritätensetzung machen, damit die Abschneidegrenze klar wird und nicht der schwarze Peter in Berlin liegt, wenn in den 15 Jahren nicht alles gemacht werden kann.

Zum Schluss noch ein Wort an die verkehrspolitischen Traumbühnen in unserem Land. Ich meine da Mitglieder der Grünen, aber auch solche außerhalb der Partei der Grünen. Höchste Priorität hat für uns der viergleisige Ausbau der Oberrheinstraße bis Basel.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Göschel SPD: Ich komme zum Schluss. Frau Präsidentin, entschuldigen Sie.

Aber dies ersetzt nicht den Ausbau der A 5,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

zunächst einmal bis Freiburg, im späteren Verlauf bis an die Schweizer Landesgrenze. Denn wenn wir die optimistischen Prognosezahlen aus dem Bundesverkehrswegeplan berücksichtigen – da muss Kollege Palmer seinen Tunnelblick einmal etwas aufweiten

(Heiterkeit)

und den Blick auf die Realität werfen – und von ihnen ausgehen, dann bedeutet dies, selbst wenn die optimistischsten Prognosen über den Zuwachs auf der Schiene im Güterverkehr eintreffen, nach wie vor eine Steigerung des Aufkommens auf der Straße um über 50 %. Dies ist nur zu bewältigen, wenn sowohl die Schiene als auch die Straße entsprechend ausgebaut werden.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

In diesem Sinn appelliere ich noch einmal an die Union und auch an den Minister,

(Glocke der Präsidentin)

mit uns zusammen in Berlin konstruktiv für weitere Verbesserungen für Baden-Württemberg zu sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Schebesta?

(Unruhe)

Abg. Göschel SPD: Entschuldigung, ich wollte noch eine Nachfrage beantworten.

Abg. Schebesta CDU: Herr Abg. Göschel, Sie haben von den Erfolgen des Einsatzes der SPD gegenüber dem Bundesverkehrsministerium gesprochen.

(Abg. Knapp SPD: Jawohl!)

Ich denke da an einzelne Straßenbauprojekte, für die Sie sich auch laut Zeitungsinterviews eingesetzt haben, zum Beispiel die A 5. Sind Sie bereit, die Prioritätenliste der SPD, mit der Sie nach Berlin gefahren sind, zu veröffentlichen, damit wir Ihren Erfolg auch auf dem Papier nachvollziehen können?

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Der steht im Bundesverkehrswegeplan! – Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da schicken sie den Schebesta vor!)

Abg. Göschel SPD: Unser Erfolg ergibt sich aus dem Bundesverkehrswegeplan. Der ist öffentlich. Den können Sie nachlesen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, wer te Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Verbesserung. Unsere Fraktion hatte darum gebeten, zu diesem Tagesordnungspunkt auch unseren Antrag Drucksache 13/1607 zu behandeln, in dem es um Auf- und Abstufungen von Bundesstraßen geht. Die Grünen haben dies abgelehnt mit den Worten, das hätte überhaupt nichts miteinander zu tun. Ich will Ihnen kurz sagen, warum ich das gewollt habe. Schon im ersten Satz der Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr zu unserem Antrag steht nämlich, dass bisher im Bedarfsplan aufgeführte Maßnahmen an so genannten autobahnparallelen Bundesstraßen nach den Vorstellungen des Bundesverkehrsministeriums im neuen Bedarfsplan nicht mehr enthalten sein sollen. Für vier Vorschläge, die wir nach Berlin gemeldet haben, ist dies tatsächlich der Fall. Also hätte der Antrag tatsächlich zu diesem Punkt gehört. Sie wollten das nicht.

Brisant wird dieses Thema natürlich, wenn nach Einführung der Maut auf Bundesautobahnen Schleichwege über autobahnparallele Strecken benutzt werden. Da ist es natürlich hochinteressant, dass man mit Ihrer völlig neuen Bewertungsmethode, die Sie vorhin so gelobt haben, von Bundesseite inzwischen darangeht – das steht auf Seite 6 der Drucksache 13/1607 –, dass bei Straßen, die unstreitig Bundesstraßen sind und bleiben sollen, Verkehrsanteile bei der Feststellung der täglichen Verkehrsmenge herausgerechnet werden, weil dieser Verkehr kein Fernverkehr sei. Was ist denn das jetzt wieder für eine Milchmännerrechnung? Da meint man, man könne das künstlich auseinander rechnen. Was machen Sie denn dann, wenn zu viele Autos, auf der Straße sind und diese Stau produzieren? Wie soll man denn damit umgehen?

(Abg. Fischer SPD: Jetzt kriegen Sie mehr und sind trotzdem nicht zufrieden!)

Das ist ein Trojanisches Pferd, mit dem Sie erreichen wollen, dass künftig gesagt wird: Das muss nicht in den Bedarfsplan aufgenommen werden; da ist gar kein Stau, weil wir ihn nicht errechnen haben.

Deswegen begrüßt unsere Fraktion, dass das Land auch Projekte auf seine Anmelde liste gesetzt hat, die in diesem 14-Maßnahmen-Paket des Bundes enthalten sind, in dem der Bund aufgelistet hat, was er streichen will.

Nun aber zu Palmers Märchen- und Traumstunde, in der Sie wieder einmal so getan haben, als ob die Grünen wirklich die Einzigen wären, die an die Umwelt denken.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja!)

Das ist nicht so. Aber wir verwechseln nicht die Thematik. Sie können doch nicht sagen: Da, wo es der Umwelt nicht passt und Ihnen nicht in die Umwelt passt, da ist auch kein Bedarf.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Doch! Das kann man sagen!)

Sie können unser Land doch nicht von der Stunde null an neu aufbauen. Nur dann wäre dieser Aspekt sinnvoll. Aber wir haben Gewerbeansiedlungen, wir haben Wohnbebauung, und wir haben Menschen, die dort leben und arbeiten. Das produziert Verkehr. Den kann man nicht einfach wegrechnen, auch wenn das noch so gut in die grüne Ideologie hineinpassen würde.

Zu Ihrem Antrag: Es müsste ja auch den Grünen bekannt sein, dass der Bedarfsplan allein vom Bund aufgestellt und verabschiedet wird und dass deswegen die Anforderungen, die Sie in Ihrem Antrag nun an die Landesregierung stellen, leicht überdreht sind. Denn auch die Kriterien für die Einstufung der Vorhaben werden vom Bund definiert. Wer sich genau damit befasst, der weiß, dass diese neuen Kriterien für normal Denkende teilweise sehr schwer nachvollziehbar sind, weil sie viel zu oft mit unerträglicher Ideologie befrachtet sind.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was für einer Ideologie?)

Deshalb hat das Land da gar keine Gestaltungsmöglichkeit, insbesondere nicht, was die Grundlage für die Berechnung des Nutzen-Kosten-Faktors betrifft, der ja überhaupt die größte Wichtigkeit hat.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was für eine Ideologie?)

– Die hat Herr Palmer vorhin deutlich dargestellt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was ist daran Ideologie?)

– Unterhalten Sie sich einmal mit ihm. Ich erkläre es Ihnen nachher einmal draußen in der Lobby. Mir ist meine Redezeit zu schade, um es jetzt zu erklären.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber erläutern Sie doch mal, was daran nicht sachlich, sondern ideologisch ist!)

– Ich sage es Ihnen nachher draußen.

Zurück zum Antrag: Es ist so, dass das, was 1992 schon zum Vordringlichen Bedarf gehörte, nach wie vor prioritär, inzwischen sogar hochprioritär ist. Wenn da Maßnahmen wie zum Beispiel die B 28 bei Horb herausfallen, weil man die Mittel dafür für einen – wie ich heute neu gelernt habe – „Umweltschutztunnel“ in Freiburg braucht, muss ich sagen: Der Umweltschutz in der Stadt Horb ist offensichtlich nichts wert, weil da kein wichtiger grüner Protagonist sitzt, aber teure Tunnel in Freiburg und Tübingen braucht man. Das ist mir viel zu durchsichtig. Darauf muss ich hinweisen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir sind doch für die Hochbrücke über den Neckar! Was soll das?)

– Die ist aber nicht im Bundesverkehrswegeplan drin. Beide Umfahrungen sind herausgestrichen. Aber auch wenn Sie dafür sind: Sie haben sich jedenfalls nicht erfolgreich dafür eingesetzt.

Ganz besonders enttäuscht bin ich davon – das muss ich sagen –, dass die Bundeswasserstraße Neckar im Bundesver-

(Heiderose Berroth)

kehrswegen nur als Schwerpunkt bei der Reparatur vorkommt. Aber auf Seite 66, auf der aufgezählt wird, wo die Schwerpunkte liegen, taucht der Neckar überhaupt nicht auf. Das könnte höchstens unter dem Punkt 19 – kleine Vorhaben – versteckt sein. Die Bundeswasserstraße Neckar hat eine enorme Bedeutung für die Entlastung unserer Autobahnen und für die Stabilisierung unserer Wirtschaft. Deswegen ist es dringend notwendig, dass nicht nur ein paar marode Schleusentore des Neckars repariert werden, sondern dass eine Verlängerung der Schleusen durchgeführt wird, damit die Bundeswasserstraße Neckar zukunftsfähig bleibt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Woher nehmen, wenn nicht stehlen?)

Im Übrigen werden wir den Beschlussteil des Antrags ablehnen.

Ich weise nochmals darauf hin: Wichtig ist nicht das, was als „vorrangig“ im Bundesverkehrswegeplan steht, sondern das, was tatsächlich finanzierbar ist und dann auch umgesetzt wird. Über diesen Punkt werden wir sicher noch ein paar Mal reden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber kurz und knackig!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Vordergrund des ganzen Themas „Bundesverkehrswegeplan und Arbeit der Landespolitik“ steht die Frage: Wer vertritt die Interessen des Landes?

(Zuruf von der SPD: Die SPD!)

Das ist für mich die Schlüsselfrage. Diese Frage stellt sich natürlich ganz besonders den Parteien, die in Berlin regieren.

Ich will mich bei meinen Ausführungen im Prinzip auf den Straßenbau konzentrieren. Aber zur Schiene möchte ich doch vorab ein paar Dinge sagen: Ganz so toll, wie es sich im Moment abzeichnet, schaut es dort dann auch wieder nicht aus. Ich will Ihnen das an ein paar Beispielen deutlich machen.

Es ist anzuerkennen, dass zwei bzw. sogar drei Großprojekte im Bundesverkehrswegeplan enthalten sind: das dritte und vierte Gleis auf der Rheinstalstrecke, die Strecke Stuttgart – Ulm und im Prinzip auch die Strecke Frankfurt – Mannheim. Einverstanden. Das sind wirklich teure Projekte. Es ist keine Sensation, dass diese Projekte drinstehen. Sie standen bisher auch schon drin. Dass sie nicht gestrichen wurden, ist Ihre Leistung, okay, einverstanden. Dass Sie auch weitermachen, einverstanden. Aber ich sage dazu: Bei der Strecke Frankfurt – Mannheim gibt es keine Vorentscheidung für die richtige Trassenführung. Sie werden sich erinnern, dass in den letzten Monaten, gerade so um

die Bundestagswahl herum, gesagt worden ist: Wir werden über den Bundesverkehrswegeplan für die richtige Trasse sorgen. Davon ist nichts zu merken.

Zweitens: Bei der Strecke Stuttgart – Ulm haben wir festzustellen, dass ein viel zu geringer Betrag im Bundesverkehrswegeplan angesetzt ist, ganz konkret 1,26 Milliarden € bzw. 2,5 Milliarden DM. Wenn Sie den Bundesanteil für Stuttgart 21 und die Mittel für die Neubaustrecke zusammenzählen, kommen Sie objektiv auf einen sehr viel höheren Betrag. Wir werden sehr darauf zu achten haben, dass dieser Betrag korrigiert ist, sodass die ganze Maßnahme tatsächlich finanziert ist. Es hängt nicht, wie die Grünen das einmal behauptet haben, damit zusammen, dass Stuttgart 21 selbst – hier im Talkessel von Stuttgart – nicht finanziert würde. Das will ich überhaupt nicht unterstellen. Das hat uns das Bundesverkehrsministerium noch einmal bestätigt. Einverstanden. Nichtsdestoweniger: Der Betrag ist zu niedrig.

Wir haben zum Beispiel nicht den Rastatter Tunnel beim dritten und vierten Gleis auf der Rheinstalstrecke etatisiert. Ich stelle Ihnen ein weiteres Beispiel dar, das nicht mit den ganz großen Strecken zu tun hat. Da haben wir einige Sorgen, beispielsweise bei der Murrthalbahn oder der Südbahn, sprich Ulm – Friedrichshafen – Lindau. Sie ist zwar unter dem Stichwort „Internationale Projekte“ aufgenommen, aber wenn Sie sich den ganzen Bundesverkehrswegeplan anschauen – bundesweit betrachtet –, dann sehen Sie, dass bei den internationalen Projekten Projekte im Wert von 5 Milliarden € aufgenommen worden sind – da ist auch die Südbahn enthalten –, aber tatsächlich stehen für internationale Projekte nach Aussage des Bundesverkehrsministeriums jedoch bundesweit nur 400 Millionen € zur Verfügung. Das ist weniger als 10 % des Wertes der angegebenen Projekte.

Insofern trifft das zu, was von verschiedenen Rednern schon gesagt worden ist, nämlich: Papier ist geduldig. Es ist ja nett, dass das da drinsteht. Aber ob die Südbahn – um das an dem konkreten Beispiel zu belegen – wirklich zu den Projekten gehört, die aus den 400 Millionen € bezahlt werden, ist wenig wahrscheinlich, wenn für 5 Milliarden € Projekte angemeldet worden sind. Entschuldigung, Sie haben gelegentlich davon gesprochen, der Bundesverkehrswegeplan sei ein Märchenbuch. Aber bei einer Chance auf Verwirklichung von 1 : 11 oder 1 : 12 muss ich schon sagen: Es ist ziemlich unwahrscheinlich, dass das, was da versprochen worden ist, auch realisiert wird.

(Abg. Göschel SPD: Deswegen fordern Sie mehr!)

Das wollte ich nur ganz kurz vorab zu einigen Schienenprojekten sagen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir hätten hier paradiesische Zustände.

Jetzt zum Thema Straßenbau: Wir haben Straßen im Wert von 7,1 Milliarden € angemeldet. Ich rechne die Abfinanzierung von Leonberg usw. immer mit dazu, damit da kein Missverständnis entsteht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ergänzungsliste, Herr Minister!)

– Moment, Moment. Ganz langsam.

(Minister Müller)

Wir haben Projekte im Wert von 7,1 Milliarden € angemeldet und haben dann, nachdem wir vom Bund erfahren haben, dass er seinen Plan um 25 % aufbläht, also bewusst unterfinanziert, also mehr Projekte hineinnimmt, als er nach eigenen Angaben finanzieren kann, gesagt: Das können wir auch, aber nicht um 25 % – denn wir machen keine Luftnummern –, sondern nur um 12,5 %. Wir wissen aber sehr wohl, dass damit nicht 12,5 % mehr Geld von uns verlangt wird oder zur Verfügung steht, während beispielsweise die SPD bei ihrer Jubelarie jetzt gesagt hat, es stünden Straßen im Wert von 5,8 Milliarden € zur Realisierung an.

Von diesem Betrag können Sie die ersten 1,4 Milliarden €, nämlich die 25 % Planungsreserve, glatt abziehen. Die stehen nicht zur Verfügung. Das ist schon ein wesentlicher Unterschied; 25 % sind keine Kleinigkeit.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Deftig!)

Man kann mit einer Planungsreserve operieren, aber dann sollte man kenntlich machen, dass damit nicht Geld gemeint ist, sondern dass damit zusätzliche Projekte gemeint sind.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Jawohl. Bitte schön.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, können Sie mir erklären, warum Ihre Planungsreserve von 35 %, nämlich die Verlängerung der Laufzeit des Bundesverkehrswegeplans, nochmals ergänzt werden musste um weitere 12,5 %, sodass Ihre Planungsreserve in der Summe fast 50 % beträgt?

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Jawohl. Das ist eine ganz simple Geschichte. Wir bieten dem Bund an, dass wir zufrieden sind, wenn etwas auch in einem längeren Zeitraum realisiert wird. Das ist kein Trick, mit dem wir vom Bund mehr verlangen, sondern wir bieten ihm eine längere Zeit an. Aber für einen längeren Zeitraum darf man sich auch ein bisschen mehr wünschen. Das kann man, glaube ich, mit Fug und Recht machen.

(Abg. Zeller SPD: Sie wissen doch, dass das nicht geht! So etwas ist doch Utopie!)

Wir wollen damit genau das dokumentieren, was Kollege Scheuermann gesagt hat: Es gibt einen unglaublichen Nachholbedarf in diesem Land Baden-Württemberg. Wir sind bereit, zu akzeptieren, dass nicht alles von heute auf morgen gemacht werden kann, und deswegen haben wir eine längere Laufzeit angeboten. Das, was Sie mit der Planungsreserve gemacht haben, zeigt ja in eine ähnliche Richtung.

(Abg. Zeller SPD: Wer hat denn jahrelang den Verkehrsminister des Bundes gestellt?)

– Jetzt lassen wir es mal gut sein.

(Abg. Zeller SPD: Das war doch Ihre Partei!)

– Ja, ja! Ist schon recht, Herr Zeller.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben doch im Bund jahrelang die Verkehrspolitik gemacht!)

– Ist ja recht. – Und jetzt sage ich Ihnen, Herr Zeller: In Oberschwaben – in Friedrichshafen, in Eriskirch, in Amtzell, in Kressbronn, in Überlingen, an der A 96 und in Ravensburg – haben wir in der Zeit, in der wir regiert haben, etwas gemacht.

(Abg. Zeller SPD: Weil der Nachholbedarf so riesengroß war! Der Nachholbedarf war riesengroß!)

Schauen Sie, was in dieser Region mittlerweile geschehen ist!

(Abg. Zeller SPD: Der Nachholbedarf war riesengroß! – Weitere Zurufe – Abg. Döpfer CDU: Zugabe!)

– Ich sage es Ihnen bloß an dem Beispiel, bei dem Sie glauben, besonders maulen zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben da ein Riesentempo vorgelegt. Wenn Sie in Ihrer Zeit nur die Hälfte davon gemacht hätten, würde ich sagen, Sie sind halb so gut, aber Sie waren noch nicht einmal halb so gut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpfer CDU: Jawohl! Ein Viertel! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir haben Projekte im Wert von 7,1 Milliarden € angemeldet und eine Planungsreserve von 12,5 % vorgesehen,

(Abg. Göschel SPD: Ja, aber für 20 Jahre Laufzeit ist das Utopie!)

und wir haben das belegt. Wir haben bei dieser Gelegenheit eine Reihe von Straßen nicht aufgenommen und haben damit genau das geleistet, was Sie von uns erwartet haben, nämlich die Prioritätensetzung.

Was hat die SPD gemacht? Die SPD hat sich hingestellt und gesagt: Wir haben auch eine Liste – aber wir zeigen sie nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja, das war der größte Witz!)

Das ist schon abenteuerlich. Jetzt können Sie anschließend sagen: Ach ja, rein zufällig entspricht das, was jetzt herausgekommen ist, genau unserer Liste. Herr Göschel, wenn sie sich so sehr mit dem Ergebnis identifizieren, möchte ich aber an keiner Stelle des Landes jemals mehr hören, dass für irgendein Projekt, das nicht zustande kommt, die CDU verantwortlich sei. Das ist ja wohl klar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Eine Liste für Landesstraßen habe ich noch niemals gesehen! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

(Minister Müller)

Wir machen im Landesstraßenbau die Kommunen nicht verantwortlich, wenn wir nicht bauen. Dann übernehmen wir die Verantwortung in jeder Beziehung. Aber die Rollenverteilung beim Bundesstraßenbau, dass die gebauten oder die geplanten Straßen eine Sache der SPD sind und die nicht geplanten oder nicht gebauten eine Sache der CDU, können Sie sich abschminken.

(Abg. Wintruff SPD: Von wem haben wir das gelernt? Von Ihnen!)

Im Übrigen, Herr Göschel – eine Bemerkung zur SPD –, haben Ihnen die Grünen in nicht unerheblichem Umfang in die Suppe gespuckt. Ich glaube, das kann man sagen. Da haben Sie ja selber Ihre Auseinandersetzungen, wie sich auch hier gerade gezeigt hat.

Nehmen Sie nur das Beispiel A 5. Nehmen Sie nur den Eiertanz der Rivalität zwischen den Vorhaben Stadttunnel Freiburg und Ausbau der A 5. Nehmen Sie die verschiedenen Abstimmungen im Gemeinderat von Freiburg. Nehmen Sie die Position von Herrn Salomon in dieser Frage.

Lassen wir das alles auf sich beruhen. Bei der Frage „Wer vertritt die Interessen des Landes?“ stelle ich zunächst einmal fest: Die SPD hat nicht gesagt, was sie will.

(Abg. Fischer SPD: Doch! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Haben Sie das denn gesagt? – Zurufe der Abg. Göschel, Ursula Haußmann und Schmid SPD)

– Oh ja? Wo haben Sie das gesagt? Wo ist Ihre Liste?

(Unruhe bei der SPD)

– Ja, ja. Wir haben es gemacht, Frau Haußmann. Wo ist die Liste der SPD? Sie rücken sie bis heute nicht heraus.

(Abg. Göschel SPD: Schämen Sie sich!)

– Schämen Sie sich. –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Grünen haben ein paar Projekte herausgeschossen. Das finde ich in seiner Ehrlichkeit und Konkretheit richtig und okay, aber natürlich nicht vom Inhalt her. Das ist klar.

Was wichtig ist: Ist unsere Liste eine fantastische Liste gewesen oder nicht?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine hervorragende Liste!)

Da haben Sie wochenlang gesagt – und es kam auch heute wieder –, sie sei ja überzogen, absurd, abenteuerlich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Weihnachten war vorbei!)

Das war Ihre These. Jetzt stellen wir fest: Wir haben eine Jahresrate von 350 Millionen € unterstellt. Sie unterstellen bei bestimmten Berechnungen eine Jahresrate von 380 Millionen € und bei einer anderen Berechnung – darauf komme ich gleich noch zu sprechen – 330 Millionen €. So ganz

überzogen kann es also nicht gewesen sein, wenn wir uns in der Mitte, genau zwischen diesen beiden Zahlen, bewegen, die Sie selbst jetzt unterstellen. Aber ich komme noch auf einiges zurück. Es war jedenfalls nicht unrealistisch. Das war auf der Basis einer Laufzeit von 20 Jahren, okay.

(Zurufe der Abg. Dr. Caroli und Göschel SPD)

Warum war es nicht unrealistisch? Wissen Sie, warum? Weil wir gesagt haben, wir wollen zunächst einmal nur das Geld, das wir schon seit Anfang der Neunzigerjahre bekommen haben. Wir wollen unterstellen, dass wir das bis zum Jahr 2015 bekommen, nämlich pro Jahr 200 Millionen €. Das ist der erste Baustein.

Aber dann kommt der zweite Baustein, und genau in diesem Punkt unterscheiden wir uns: Das ist die Maut. Wir haben gesagt: Es ist nicht mehr als recht und billig, dass bei einer Straßenbenutzungsgebühr ein erheblicher Teil des eingenommenen Geldes auch in den Straßenbau zurückfließt. Ich will Ihnen die Berechnungen jetzt nicht im Einzelnen vortragen. Wenn Sie es wollen, mache ich es gern, aber dann heißt es wieder, ich würde etwas zu lange reden. Diesen Berechnungen zufolge landen bei uns auf der Basis „zwei Drittel für Straßenbauinvestitionen und ein Achtel davon für Baden-Württemberg“ 150 Millionen €. Jetzt nehmen wir nur die alten 200 Millionen und die neuen 150 Millionen aus der Maut: Dann landen wir genau bei den 350 Millionen €. Da soll noch einer sagen, das sei eine überzogene Forderung, wenn wir das so aufstellen.

(Zurufe der Abg. Göschel und Alfred Winkler SPD)

Deswegen sage ich: Unsere 7-Milliarden-€-Liste war sauber finanziert – im Unterschied zu dem – darauf komme ich gleich zu sprechen –, was Sie im Einzelnen gesagt haben.

Dann hat es geheißen, wir würden nicht priorisieren. Völliger Nonsense! Wir haben immer darauf verwiesen, dass beim Bundesverkehrswegeplan nur eines entscheidend ist: Ist ein Projekt drin, oder ist es nicht drin? Es gibt keine Platzziffer – Platz 1, Platz 2 oder was auch immer.

(Zurufe der Abg. Göschel und Ursula Haußmann SPD)

Da muss ich dann – bis zur Stunde – lesen, wir würden nicht priorisieren. Wir haben eine Liste vorgelegt, aber Sie haben keine vorgelegt. Wer hat da jetzt bitte die Prioritäten auf den Tisch des Hauses gelegt? Das muss man sich wirklich fragen.

(Zurufe der Abg. Dr. Caroli und Ursula Haußmann SPD)

Wir haben genau das getan. Und Sie laufen immer noch herum und behaupten, wir hätten keine Priorisierung vorgelegt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben eine Sammelliste vorgelegt, keine Prioritätenliste!)

– Herr Winkler, haben Sie schon mal in den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans hineingeschaut? Was ist das denn? Das ist eine Sammelliste.

(Minister Müller)

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist doch aber ein Unterschied! Begreifen Sie den Unterschied zwischen Anmeldung und Realisierung?)

– Nein, das ist kein Unterschied. Wenn der Bund eine Sammelliste macht und wir eine Sammelliste machen und beide numerisch gegliedert sind und nicht nach Prioritäten, dann können Sie nicht erwarten, dass wir eine Priorisierung vornehmen –

(Abg. Wintruff SPD: Sie haben gerade gesagt, Sie hätten eine Prioritätenliste gemacht!)

bei etwas, wobei der Bund selbst gar keine Priorisierung macht. Das ist doch völlig logisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Caroli)

Jetzt komme ich einmal zu dem Erfolg der SPD. Ich stelle jetzt fest: Bei den Straßen, die – beispielsweise aufgrund der Intervention der Grünen – nicht in den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans hineinkommen, heißt es jetzt plötzlich, das müsse natürlich die Landesregierung retten, indem sie sich dafür verwendet, dass der Entwurf korrigiert wird. Davon distanzieren Sie sich dann plötzlich.

Jetzt sage ich Ihnen ganz einfach, was wir in der Zukunft, in den nächsten Wochen und Monaten, machen. Wir werden genau an unserer Liste festhalten. An dieser Liste wird sich nichts ändern, weder im Umfang noch bei den einzelnen Projekten. Wer jetzt vom Bund etwas anderes haben will, der möge sich an den Bund wenden, denn dort fällt die Entscheidung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das nennen wir verantwortliche Partnerschaft!)

Wenn er sich an uns wendet, dann kann ich sagen: Es gibt eine ganz bestimmte Serie von Projekten, bei denen wir Ja gesagt haben und zu denen wir auch in der Zukunft Ja sagen. Insofern haben diese Projekte unsere Unterstützung.

(Abg. Wintruff SPD: Das Geld ist doch schon verbraucht!)

Wenn das nicht reicht, dann muss man sich an denjenigen wenden, der darüber die Entscheidung fällt.

Immerhin gibt es ja einen Unterschied zwischen dem, was der Bund vorschlägt, und dem, was wir vorschlagen. Das ist immerhin ein Unterschied von 107 Projekten. Es gibt in der Projektliste des Bundes 107 Projekte weniger als in unserer Vorschlagsliste,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Na also!)

die wohl finanziert und wohl abgewogen war.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich, was Sie hier abliefern!)

Deswegen ändern wir unsere Vorschläge nicht.

(Abg. Wintruff SPD: In fünf Jahren hätte man ja etwas bauen können!)

Jetzt zu dem Thema Geld. 5,8 Milliarden €, sagen Sie. Jetzt ziehen wir zunächst einmal die heiße Luft ab, die da drinsteckt: Das ist die Planungsreserve. Das sind 1,4 Milliarden €.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch keine heiße Luft! Das ist doch aus technischen Gründen notwendig!)

– Ja, technische Gründe, okay. Aber es ist kein Geld. Da sind wir uns, glaube ich, einig. Es sind Projekte, aber es ist kein Geld. – Dann sind wir bei 4,4 Milliarden €. Dann ziehen wir 300 Millionen € für die Vergangenheit ab, weil dieser Bundesverkehrswegeplan witzigerweise ab 2001 gilt. Das heißt, er umfasst Jahre, die wir schon hinter uns haben. Da können wir genau sagen, was wir an Geld bekommen haben. Das waren 313 Millionen €. 4,4 Milliarden minus 313 Millionen € – dann sind wir bei 4,1 Milliarden €. Dann bleibt logischerweise eine Laufzeit von zwölf Jahren, denn von den 15 Jahren 2001 bis 2015 – jetzt haben wir das Jahr 2003 – bleiben noch zwölf Jahre.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Richtig!)

Wenn ich 4,1 Milliarden € durch zwölf Jahre dividiere, dann ergibt sich eine Jahresrate von 340 Millionen €. Das ist genau die Zahl, die Kollege Scheuermann vorhin genannt hat.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch ordentlich!)

Um diese Zahl jetzt einmal auf Sie wirken zu lassen, will ich nur sagen: In den letzten fünf Amtsjahren der alten Bundesregierung, also der schwarz-gelben, hatten wir im Durchschnitt pro Jahr 200 Millionen €. In den ersten fünf Jahren der neuen Bundesregierung, der jetzigen Bundesregierung, hatten wir im Schnitt auch 200 Millionen €. Plus/minus null. Von wegen Steigerung!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber auch keine Kürzung!)

– Keine Kürzung ist auch eine Steigerung. Einverstanden mit dieser Rabulistik.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber Sie haben behauptet, wir hätten eine Kürzung! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mit Mauteinnahmen!)

Ich sage Ihnen bloß, Herr Palmer: Die Haushaltsmittel sind bei dieser Gelegenheit gesenkt worden, und die UMTS-Mittel kamen hinzu. – Also plus/minus null, obwohl der Staat einen Haufen Geld eingenommen hat aufgrund der klugen Politik der Union in Sachen UMTS. Aber das nur nebenbei.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Und der FDP! – Abg. Alfred Winkler SPD: Und jetzt? – Abg. Wintruff SPD: Das haben wir noch nie gehört! – Zurufe von der SPD: Das glauben Sie ja selber nicht! Märchenonkel!)

– Und der FDP, Pardon.

Also Stagnation seit 1994 bis zum Jahr 2003. Es hat sich nichts geändert, keine Erhöhung in der Summe der Jahre,

(Abg. Wintruff SPD: Aber jetzt!)

(Minister Müller)

nur mit dem feinen Unterschied, dass eine Mark im Jahr 1994 nominal ungefähr ein Viertel mehr wert war als 2003. Das heißt, real haben wir mittlerweile eine Senkung der Ausgaben im Straßenbau.

Auf dieser Basis kommt jetzt die Aussage des Bundes. Sie haben es ja heute so verschämt – Herr Göschel sitzt hinten bei Herrn Scheuermann –

(Abg. Alfred Winkler SPD: Große Koalition!)

ausgedrückt, indem Sie gesagt haben: Verstetigung. Das ist das Wort, das auch der Bundesverkehrsminister in den Mund nimmt. Verstetigung klingt gut. Man könnte auch sagen: Stagnation.

(Abg. Göschel SPD: Auf hohem Niveau!)

– Nein, auf niedrigem Niveau.

(Abg. Wintruff SPD: Das stimmt nicht!)

Genau deswegen habe ich nämlich gerade das Niveau geschildert, genau aus dem Grund. Das ist das Niveau des Jahres 1994 im Durchschnitt der Jahrfünfte. Das wollen Sie bis zum Jahr 2015 durchziehen. Jetzt stellen Sie sich einmal diesen Wertverfall vor, wenn ich nominal im Jahr 2015 immer noch dieselbe Summe habe, die ich im Jahr 1994 gehabt habe. Stellen Sie sich einmal vor, was das bedeutet.

Aber ich bin noch gar nicht fertig. Die Frage ist, ob wenigstens diese Zahl zustande käme. Denn was Sie nach Ihrem eigenen Plan jetzt haben sollten, wären 330 Millionen €. Sie geben im Moment tatsächlich nur 200 Millionen €. Ihre sämtlichen Programmaussagen beinhalten: Es kommt kein Geld dazu. Drei Programmaussagen des Bundes gibt es. Die erste ist die mittelfristige Finanzplanung: keine Erhöhung. Die zweite Aussage heißt: Bis zum Jahr 2010 sollen es 90 Milliarden € sein – keine Erhöhung. Die dritte Aussage heißt: Bis zum Jahr 2015 sollen es 150 Milliarden € sein – keine Erhöhung.

Aber in der Zwischenzeit ist ein entscheidender Tatbestand dazugekommen, nämlich die Maut. Nach dem Jahr 2003 müssten wir einen Sprung für die restlichen zwölf Jahre haben. Wenn ich jetzt nur 1,7 Milliarden € Verkehrseinnahmen aus der Maut nehme, dann ergäben zwölfmal 1,7 Milliarden € ein beträchtliches Sümmchen. Von diesem Sprung merken Sie nichts, weil der Bund in der Tat vorhat, dass die Einnahmen aus der Maut zwar zum Teil in den Verkehrshaushalt reinkommen, aber genau in dem Umfang, in dem diese Mauteinnahmen reinkommen, die Haushaltsmittel gekürzt werden. Das ist doch eine groteske Veranstaltung.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das zeigt das Finanzierungsproblem, das Sie haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wie kann man so eine Rede halten?
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göschel?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Minister, ist es richtig, dass Sie heftige Zweifel daran anmelden, dass das, was im neuen Bundesverkehrswegeplanentwurf steht, finanziert werden kann?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja.

Abg. Göschel SPD: Ist es ferner richtig, dass Sie, nachdem Sie die Liste bekommen haben, schnell weitere Maßnahmen nachgefordert haben, und für wie seriös halten Sie dieses Verhalten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich habe Ihnen das ja gerade gesagt. Nachdem ich vom Bund erfahren habe, dass er Luft reinlassen will für 25 %, habe ich gedacht: So unseriös bin ich nicht, aber die Hälfte kann ich auch machen. Das ist der Unterschied.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie wissen doch, dass das schon drin ist!)

Jetzt komme ich zu der Berechnung zurück. Wir stellen also fest, dass der Bund signalisiert – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten. Der Stenografische Dienst kann sonst nicht mehr folgen.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Jetzt stehen wir also vor dem Tatbestand einer Verstetigung der Mittel. Das heißt, es gibt im Prinzip nicht mehr Geld – vielleicht allenfalls etwas mehr. Im Jahr 2003 hatten wir bereits den Fall, dass die Haushaltsmittel im Hinblick auf die Maut gesenkt worden sind. Die Maut kam nicht, aber die Haushaltsmittelsenkung kam. Im Jahr 2004 haben wir einen ähnlichen Fall, weil dann die UMTS-Erlöse ausfallen. Deshalb kann ich die Einnahmen aus der Maut, wenn sie denn kommt, gerade nehmen, um die ausgefallenen UMTS-Mittel zu ersetzen. Das sind immerhin 63 Millionen €.

Sie sehen also, wir haben eine Stagnation. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage, Baden-Württemberg werde für den Straßenneu- und -ausbau 5,8 Milliarden € oder wenigstens 4,1 Milliarden € erhalten, völliger Unsinn.

(Abg. Wintruff SPD: Unsere Straße ist sichtbar! Es wird gebaut!)

Ich bin vom Kollegen Göschel gefragt worden, ob ich zweifle, dass die im neuen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Maßnahmen finanziert sind. Ich biete Ihnen eine Wette an. Das gab es heute schon öfter.

(Abg. Fischer SPD: Schon oft heute!)

Der Kollege Scheuermann und meine Wenigkeit, wir bieten an, dass der Kollege Göschel und der Kollege Drexler etwas tun müssen, wenn ich Recht habe, und wir etwas tun müssen

(Abg. Zeller SPD: Nach zwölf Jahren!)

(Minister Müller)

– nein, nein, in einer sehr überschaubaren Zeit –, wenn Sie Recht haben. Meine These heißt: Wir werden bis zum Jahr 2006 in keinem einzigen Jahr – das ist ein überschaubarer Zeitraum, es ist der Zeitraum dieser Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg – real auch nur annähernd an die 330 Millionen € herankommen.

(Widerspruch des Abg. Wintruff SPD)

– In keiner Weise. Deswegen biete ich Ihnen die Wette an: Wenn wir nur ein einziges Mal 330 Millionen € in diesem Zeitraum bekommen, dann gehen der Kollege Scheuermann und ich eine Woche zum Straßenbau. Wenn wir das nicht kriegen, dann gehen Sie zum Straßenbau.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a.:
Bravo! – Als was? – Abg. Wintruff SPD: Dann gehen Sie im Büßerhemd nach Berlin!)

– Nein, nein. Dann drücke ich Ihnen die Schaufel in die Hand.

(Abg. Göschel SPD: Ich nehme die Wette an, allerdings –)

– Herr Göschel, Sie können nicht für den Herrn Drexler sprechen. Wie schauts aus? Nehmen Sie die Wette an, ja oder nein?

(Abg. Göschel SPD: Natürlich, allerdings unter der Prämisse, dass die Landesstraßenbauverwaltung in Baden-Württemberg nicht noch mehr gebeutelt wird!)

– Einverstanden.

Ich komme zum Schluss.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, Wetten sind hier relativ ungewöhnlich.

Herr Minister, darf Herr Abg. Blenke eine Zwischenfrage stellen?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Herr Kollege Blenke.

Abg. Blenke CDU: Herr Minister, haben Sie sich für den unwahrscheinlichen Fall, dass Sie diese Wette verlieren, schon Gedanken darüber gemacht, welche Tätigkeit Sie beim Straßenbau ausüben werden?

(Lebhafte Heiterkeit)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Jawohl, ich werde das machen, was ich dann von den beiden Sozialdemokraten auch verlange: Wir gehen im ersten Vierteljahr, wenn Winter und Wahlkampf ist – da tut es besonders weh –, mit der Schaufel dorthin, wo man uns zutraut, dass wir keinen Schaden anrichten.

(Heiterkeit – Abg. Zeller SPD: Und was ist, wenn man Sie nicht brauchen kann?)

Ich will Ihnen mit der Wette nur signalisieren: Das, was Sie machen, ist Luftbuchung. Wir werden vielleicht 210, 220, meinetwegen 250 Millionen € kriegen – da stimme ich mit dem Kollegen Palmer überein –; das wäre schon eine bemerkenswerte Leistung. Aber die 330 Millionen, die Sie behaupten, unterstellen, die Sie den Leuten versprechen, sind ein leeres Versprechen, sind heiße Luft.

Kurz und klein, meine Damen und Herren:

Erstens: Sehr viel weniger Projekte als bei uns.

Zweitens: Sie haben ein Finanzierungsproblem, weil Sie die Maut nicht nehmen.

Drittens: Sie haben den Leuten etwas versprochen, was Sie nicht halten werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Lebhafte Unruhe)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst mit Befriedigung fest: Der Begriff „Benachteiligung Baden-Württembergs“ ist weg, ist in der Debatte nicht mehr aufgetaucht. Dieser Mythos ist erledigt. Vielen Dank, dass Sie darauf verzichtet haben.

Herr Kollege Scheuermann, Ihre These, in Baden-Württemberg herrsche ein Nachholbedarf im Straßenbau, belegt ja erstens –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, private Unterhaltungen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Diese These belegt erstens, dass Sie immer noch mehr Straßen bauen wollen.

Zweitens frage ich Sie, wenn Sie aus Ihrer Sicht Recht haben: Woher kommt der Nachholbedarf? Ist der in 16 Jahren Regierungszeit Kohl aufgelaufen?

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Was die Prioritätenfrage angeht –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schebesta?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Abg. Palmer, halten Sie die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit für einen Fehler?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Manche Verkehrsprojekte Deutsche Einheit sind vierspurige Autobahnen im Nirwana, wo gar niemand fährt. Dort könnte man darauf verzichten. Aber wenn Ihre Frage lautet, ob ich einsehen würde, warum in den letzten Jahren weniger Geld nach Baden-Württemberg geflossen ist: Selbstverständlich. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich das auch nie beklagt.

Was die Prioritäten angeht: Wir haben nie gefordert, dass eine innere Priorisierung in Form einer Nummerierung stattfinden solle. Unsere These ist nur: Wer eine Liste abgibt, die so lang ist, dass alles drin ist,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da ist nicht alles drin! Sonst wäre sie doppelt so lang!)

der setzt keine Prioritäten. Und darauf bezieht sich mein Vorwurf. Das wollen Sie ja bis heute nicht ändern.

Im Übrigen ist es so: Wer den Leuten erzählt – 20, 25 Jahre lang –, dass eine Straße vordringlich sei, wer den Vordringlichen Bedarf so aufbläht, dass es ewig dauert, bis das realisiert wird, der sorgt für Politikverdrossenheit. Denn die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht so lange erzählt bekommen, dass etwas in nächster Zeit realisiert wird.

Herr Kollege Göschel, ich bedanke mich für die Belegung mit dem Begriff „Traumtänzer“. Dazu zwei Bemerkungen. Sie haben das ja auf die A 5 bezogen.

(Abg. Göschel SPD: Ein sehr sympathischer Traumtänzer!)

– Danke schön.

Erstens: Wenn Sie mir vorwerfen, ich sei ein Traumtänzer, weil ich den sechsspurigen Ausbau einer Autobahn wenigstens an einer Strecke für nicht notwendig halte, nämlich an der einzigen, wo wir eine echte Chance haben, massiv auf die Schiene zu verlagern, weil wir dort viergleisig ausbauen und weil die Schweiz keine Lkw durchlässt –

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Anderswo werden wir es nicht schaffen, aber dort schon. Wenn wir wenigstens dort einmal auf den Autobahnausbau verzichten und auf die Schiene setzen, ist das keine Traumtänzererei, sondern nur der Beleg dafür,

(Unruhe)

dass wir Grünen tatsächlich die Einzigen sind, die noch auf Ökologie setzen. Und Ihr Lärm bestätigt es ja aufs Neue.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie –

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gleich. – Mein Traum ist bereits Wirklichkeit. Jedenfalls ist im Referentenentwurf der sechsspurige Ausbau der A 5 mit 250 Millionen € nicht

drin, dafür aber der Stadttunnel Freiburg. Das ist ein schöner Traum.

Bitte die Zwischenfrage.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Schüle.

Abg. Dr. Schüle CDU: Herr Kollege Palmer, wie bewerten Sie das Abstimmungsverhalten Ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Salomon bei der gestrigen Gemeinderatssitzung in Freiburg, wo er den sechsspurigen Ausbau der A 5 bis Neuenburg neuerdings befürwortete?

(Unruhe)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Schüle, das bewerte ich selbstverständlich, so wie es sich als Landespolitiker gehört, gar nicht. Da habe ich einem Oberbürgermeister nichts zu sagen.

Im Übrigen wissen Sie sehr genau,

(Unruhe)

dass ein Oberbürgermeister darauf achten muss, dass er mit den Partnern in der Region im Gespräch bleiben kann. Das führt gelegentlich zu Entscheidungen, die den eigenen Überzeugungen nicht hundertprozentig entsprechen müssen.

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Palmer, ich kann nicht ganz nachvollziehen, wie Sie sich das mit der Bahn bei der A 5 vorstellen. Wenn Sie sagen, Sie wollten auf dieser relativ kurzen Strecke Straße durch Schiene ersetzen, wollen Sie dort einen Park-and-ride-Platz bauen für den Umstieg? Oder wie soll das funktionieren?

(Lachen des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Kollegin Berroth, jetzt hören Sie doch einmal auf, Zwischenfragen zu stellen, die belegen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist die erste Zwischenfrage, die ich stelle!)

dass Sie von der Sache nichts verstehen. In Mannheim gibt es einen Güterbahnhof, da gibt es ein Verladeterminale: Lkws so früh wie möglich rauf auf die Schiene und dann durch die Schweiz, durch die Alpentunnel! Damit fangen wir doch nicht erst in Offenburg an. Ich bitte Sie!

(Boris Palmer)

Herr Minister Müller, noch ein Wort zu Ihren Finanzierungsvorschlägen. Ihre Finanzierungsvorschläge sind ja nun wirklich seltsam. Sie sagen, die Lkw-Maut werde es schon richten. Hier im Parlament haben Sie verschwiegen, dass Sie dabei auch weg von der Schiene hin zur Straße umschichten wollen. Verzeihung, das machen wir jedenfalls nicht mit!

Das Zweite ist: Sie verschweigen auch, dass es eine Vignette gibt, deren Abschaffung und Ersetzung durch die Maut Einnahmeausfälle erzeugt. Das muss wohl im Bundeshaushalt kompensiert werden. Sie verschweigen, dass schon Waigel eingeplant hatte, den Bundeshaushalt aufgrund der Einnahmen aus der Lkw-Maut etwas aufzustocken. Dies wollen Sie nun Finanzminister Eichel verweigern in einer Zeit, in der Sie selbst bei den Ärmsten streichen: bei den Sozialpsychiatrischen Diensten, bei den Langzeitarbeitslosen und bei der Schulsozialarbeit. Ich bitte Sie! In welcher Welt leben Sie eigentlich? Straßen über alles!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Finanziert das jetzt alles der Bund?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I durch die Aussprache erledigt ist. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wie wünschen Sie mit Abschnitt II zu verfahren?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Abstimmung bitte!)

– Abstimmung ist gewünscht. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1820 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Abschnitt II ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist der Antrag erledigt und Punkt 4 der Tagesordnung abgeschlossen.

Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung jetzt mit Rücksicht auf den vereinbarten Parlamentarischen Abend zu beenden. Bei Fortführung der Tagesordnung würden wir frühestens gegen 21:30 Uhr fertig werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich gehe davon aus, dass Ihr Antrag die erforderliche Mehrheit hat.

Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, die Fraktionen hatten sich darauf geeinigt, die Tagesordnung – wenn auch mit komprimierter Redezeit – im Wesentlichen abzuarbeiten. Herr Kollege Birzele, Sie haben im Präsidium freie Redezeiten beantragt. Wir haben heute eine Tagesordnung, bei der für drei Tagesordnungspunkte freie Redezeit vereinbart wurde. Die Konsequenz kann dann eben sein, dass das Parlament an einem Mittwoch einmal etwas länger tagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Das kann nicht sein!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf die weitere Durchführung geeinigt. Dann verfahren wir so.

(Abg. Birzele SPD: Es liegt keine Einigung vor, die Sitzung zu beenden! Sie haben sich aber nicht geeinigt, in der Abwicklung der Tagesordnung fortzufahren! – Heiterkeit)

– Dann stimmen wir ab. Es ist der Antrag gestellt, die Sitzung abubrechen und die restlichen Tagesordnungspunkte auf morgen zu vertagen. Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung.

(Abg. Birzele SPD: Ich habe nicht beantragt, dass das morgen behandelt werden soll, sondern ich habe beantragt, die Behandlung der Tagesordnung für heute zu beenden!)

– Es ist lediglich eine Vertagung für heute beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zuruf von der CDU: Die SPD hat Hunger! Das ist alles! – Heiterkeit)

Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei überwiegenden Gegenstimmen ist der Antrag abgelehnt.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 2. Dezember 2002 – Dreiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 13/1500, 13/1760

Berichterstatter: Abg. Bebber

Das Präsidium hat für die Aussprache fünf Minuten Redezeit je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich allen gratulieren, die sich heute so erfolgreich in ihrer Redezeit beschränkt haben, dass wir es jetzt geschafft haben, kurz vor 20 Uhr Tagesordnungspunkt 5 aufzurufen.

Ich darf zum 23. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz kommen und in diesem Zusammenhang Herrn Zimmermann für seine Arbeit herzlich Glück und Erfolg wünschen. Das ist der erste Bericht, den Sie vorgelegt haben, Herr Zimmermann. Wir wünschen Ihnen Glück und Erfolg und bieten Ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit an.

Ihr Bericht macht deutlich, dass der Datenschutz in unserem Land weiterhin Bedeutung behält, dass er auf Akzeptanz stößt und auch das Bewusstsein der Menschen dahingehend verändert hat, dass auf Datenschutzbelange entspre-

(Dr. Lasotta)

chend Wert gelegt wird. Insgesamt zeigt der Bericht keine gravierenden Mängel, ist wenig spektakulär. Insgesamt sind die beanstandeten Fälle auf einem relativ niedrigen Niveau, so wie bereits in den vergangenen Jahren.

Dennoch ist es wichtig, den Datenschutz weiterzuentwickeln und seine Funktionen weiterhin aufrechtzuerhalten. Das bedeutet zum einen, die Beschwerden aufzunehmen, eine Kontrollfunktion auszuüben, und zum anderen – ein Schwerpunkt, den Sie selbst weiter ausbauen wollen –, die Beratung der Betroffenen zu stärken. Wir möchten Sie hier unterstützen und in diesem Spannungsfeld zwischen dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und übergeordneten Gesichtspunkten in unserer Gesellschaft auch den konstruktiven Dialog anbieten. Wir glauben, dass wir die Diskussion mit dem Datenschutz, mit Ihren Mitarbeitern, frühzeitig beginnen sollten, um bei zu beschließenden Gesetzen oder auch bei Maßnahmen der Regierung möglichst frühzeitig auf das reagieren zu können, was der Datenschutz uns hierzu sagt.

Wir wollen nicht, dass der Datenschutz politisch dazu instrumentalisiert wird, wichtige Veränderungen in der Gesellschaft zu verhindern. Deswegen wird es immer auch die entsprechende Abwägung geben, welches Recht höher zu bewerten ist. Insbesondere wenn es darum geht, zum Beispiel im Bereich der Terrorismusfahndung, der inneren Sicherheit entsprechende staatliche Aktionen zu tätigen, wird man natürlich in das Spannungsfeld geraten und wird da auch nie eine einfache und klare Antwort finden können. Umso wichtiger ist es, hier den Dialog aufrechtzuerhalten.

Ich nenne ein anderes Beispiel: Mittlerweile fordern ja auch alle großen Parteien, im Bereich des Gesundheitswesens eine Patientenchipkarte, eine elektronische Patientenakte einzuführen. Da gibt es mit Sicherheit datenschutzrechtliche Überlegungen und auch Probleme. Wenn zum Beispiel in Baden-Württemberg hierzu Modellversuche gestartet werden, wollen wir – zusammen mit Ihnen, Herr Zimmermann – den entsprechenden Rat einholen und den Dialog haben, um auch auf diese Belange eingehen zu können.

Lassen Sie mich als letzten Punkt noch auf einen Bereich zu sprechen kommen, der vom Landesdatenschutzbeauftragten angeregt wurde, nämlich die Zusammenlegung von öffentlichem und nichtöffentlichem Datenschutz. Wir möchten hierüber gern mit Ihnen diskutieren und bieten die Bereitschaft an, insbesondere zu prüfen, ob wir eine bessere Effizienz erzielen können, wenn wir bestimmte Bereiche aus den beiden Verwaltungen miteinander verknüpfen. Es gibt hier sicherlich rechtliche Probleme, den gesamten Bereich zu übertragen. Da sehen wir auch die Bedenken, die vom Innenminister geäußert wurden. Aber ich glaube, dass wir hier in einen konstruktiven Dialog einsteigen sollten, um vielleicht noch die eine oder andere Verbesserung zu finden und damit die Arbeit des Datenschutzes weiter zu verbessern.

Insgesamt danken wir Ihnen für den Bericht, den wir zur Kenntnis nehmen, und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit auch in diesem Jahr.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wichmann.

Abg. Wichmann SPD: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Datenschutz ist nach 30 Jahren den Kinderschuhen entwachsen, auch wenn die angeführten Probleme und Beanstandungen deutlich machen, dass neben einer weiteren Zunahme an Aufgaben, einer fortschreitenden Diversifizierung in der Problemstellung und einem weiter gestiegenen Beratungsbedarf gerade auch im Hinblick auf die Verstärkung der Entwicklung einer Datenschutzkultur, die nicht stichprobenartig nachlaufend, sondern präventiv vorausschauend das Bürgerrecht auf informationelle Selbstbestimmung zur Geltung bringt, der Datenschutz in Baden-Württemberg immer noch wie Don Quichotte gegen Windmühlen anreitet – ich zitiere aus dem Datenschutzbericht –, wenn Probleme auftreten, die man wirklich nicht mehr für möglich gehalten hätte. Wenn sensible Daten in Müllcontainern auftauchen, wird das von Herrn Zimmermann zu Recht als ein Rückfall in die Steinzeit des Datenschutzes betrachtet.

Konkret bedeutet dies, dass gute Datenschutzkonzepte in der Umsetzung und im Vollzug an Unwissenheit, fehlendem Bewusstsein und an mangelndem Willen scheitern. Wir müssen uns Sisyphus als einen glücklichen Menschen vorstellen, wie er immer wieder die Steine den Berg hinaufrollt und sich dieser Aufgabe stellt. Dafür, Herr Zimmermann, an dieser Stelle der Dank meiner Fraktion an Sie und Ihre – zu wenigen – Mitarbeiter. Wir stellen fest, dass es uns trotz des fraktionsübergreifenden Willens nicht gelungen ist, in den letzten zwei Jahren Ihre Personalausstattung zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

In Anbetracht einer zunehmenden Vernetzung der prozessorientierten Optimierung von Verwaltungsabläufen, der riesigen Investitionsvolumina, gerade im Bereich der IT-Ausstattung, der Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente und der komplexen Umstellung auf betriebswirtschaftliche Strukturen steht der Datenschutz in Baden-Württemberg vor einer schier unlösbaren Aufgabe. Denn nicht nur die Fragen der Zugriffsrechte, das Ansammeln von Daten in so genannten Data-Warehouses und Data-Mining, die Vergleichbarkeit von Dienstleistungen, neudeutsch das so genannte Benchmarking, und die Suche nach der Best Practice bergen zwangsläufig auch Gefahren, die durch die umfangreiche Vernetzung entstehen. Sowohl die Leistungsdaten einzelner Mitarbeiter als auch die Daten von Kunden, sprich den Bürgern, welche die Verwaltung in Anspruch nehmen, können in Profilen personenbezogener Daten zweckfremder Verwendung ausgesetzt werden.

Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Ich sehe die aufrichtigen Bemühungen aller beteiligten Dienststellen, den Belangen des Datenschutzes Rechnung zu tragen. Mir ist nur wichtig, festzuhalten: Die Aufgaben des Datenschutzes nehmen stetig zu, die Aufgaben des öffentlichen Datenschutzes und des nichtöffentlichen Datenschutzes nähern

(Wichmann)

sich in der Materie an und sind im technischen Bereich nahezu identisch.

Wir hatten vorgeschlagen und sind damit auch der Anregung von Herrn Zimmermann gefolgt, die Zweigleisigkeit im Datenschutz aufzulösen und den nichtöffentlichen Bereich funktional dem Landesbeauftragten für den Datenschutz zu übertragen. Neben dem Synergiepotenzial, das hier ungenutzt schlummert, sind unserer Ansicht nach auch rechtliche Gründe relevant. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich jetzt allerdings darauf, diese in Gänze auszuführen.

Wir haben eine Vereinfachung im Verwaltungsaufbau durch die Zusammenführung der Aufgaben unter einem Dach. Die Vereinheitlichung der Kontrollstellen entspricht den Prinzipien der Verwaltungsmodernisierung, die sich an Effizienzbündelung und Qualitätsmanagement orientiert. Sie ist angesichts der Gleichartigkeit der Aufgaben im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich auch aus Akzeptanz- und fiskalischen Gründen geboten. Dem Einzelnen erleichtert es die Wahrnehmung seiner Rechte im Datenschutz, wenn er sich an ein und dieselbe Instanz wenden kann.

Herr Zimmermann berichtete, dass in seiner Dienststelle immer wieder Anfragen aus dem nichtöffentlichen Bereich auflaufen. Nur wenigen Bürgern ist die Zuständigkeit unterschiedlicher Behörden im Land bekannt, und es ist nur schwer zu vermitteln, dass im nichtöffentlichen Bereich, der gerade angesichts der zunehmenden Verarbeitung personenbezogener Daten immer mehr als Bedrohung der Privatsphäre empfunden wird, nicht der unabhängige öffentliche Datenschutzbeauftragte zuständig ist, sondern ein Ministerium, bei dem diese Aufgabe bestenfalls als mit anderen Aufgaben gleichwertige Aufgabe verstanden wird.

Dualismus führt zu Verschwendung von Ressourcen und durch unterschiedliche Auslegungs- und Verwaltungspraktiken zur Herausbildung verschiedener Verfahrensweisen in der Datenschutzkontrolle, mithin zu einem unterschiedlichen Datenschutzniveau.

Die Konzentration beider Kontrollbereiche würde die Ministerialverwaltung von ministerialfremden Aufgaben entlasten. Heute sprachen wir über Verwaltungsreform. Die zunehmende Auslagerung von vormals öffentlichen Dienstleistungen in den privaten Sektor führt dazu, dass die verschiedenen Kontrollräume nur noch schwer zu trennen sind. Hier entstehen Reibungsverluste und Kompetenzüberschneidungen, die mit einer Zusammenlegung zu überwinden wären.

Das Problem der administrativen Akte, das in der Beratung im Ständigen Ausschuss ausgesprochen wurde, sehe ich nach Überprüfung der Praxis in anderen Bundesländern nicht. Die Ausweitung der Kompetenzen, die mit einer Zusammenlegung einhergeht, und die gängige Praxis in Baden-Württemberg, die im nichtöffentlichen Bereich bisher nur als Ultima Ratio, das heißt de facto nur in Ausnahmefällen Anwendung fand, weil die Meinungsverschiedenheiten weitgehend im Vorfeld geklärt wurden, lassen nicht vermuten, dass eine Klageflut gegen die Rechtsakte zu befürchten ist. Selbst gegen unsere Entscheidungen im Landtag steht ja der Rechtsweg offen.

Kurzum, über befürchtete Ansehensverluste oder Beeinträchtigungen in der Unabhängigkeit kann aus anderen Bundesländern, in denen es zu einer Zusammenlegung von öffentlichem und nichtöffentlichem Datenschutz kam, bisher nicht berichtet werden. Gerade wir in Baden-Württemberg als Hightech-Standort – Stichwort SAP – und mit dem gemeinsam proklamierten Ziel einer modernen, weil effektiven, bürgernahen und transparenten Verwaltung sollten uns alle für den Charme dieser Idee erwärmen.

In der Dienstleistungsgesellschaft ist das Bürgerrecht auf Datenschutz essenziell, und es kann nicht hoch genug bewertet werden. Wir können hier trotz knapper Kassen dem Datenschutz helfen, seine Aufgabe besser für uns alle zu lösen. Herr Dr. Scheffold, ich finde Ihren Beitrag in dieser Richtung durchaus übereinstimmenswert.

(Abg. Fischer SPD: Lasotta! – Abg. Alfred Haas CDU: Der Scheffold heißt Lasotta!)

Machen Sie mit, und lassen Sie uns das zusammen machen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Wichmann SPD: Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Scheffold heißt Lasotta! – Gegenruf des Abg. Nagel SPD: Macht nichts! Schwarz ist er so oder so!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bericht des Datenschutzbeauftragten macht deutlich, dass wir mit der Einrichtung eines Landesbeauftragten für den Datenschutz eine ganz besondere Art der Organisation gewählt haben. Es ist eine herausgehobene Funktion mit einem direkten Berichtsrecht an den Landtag. Damit machen wir den besonderen Stellenwert des Datenschutzes und den besonderen Stellenwert des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung deutlich.

Es war bei der Einführung des Datenschutzbeauftragten politisch umstritten, inwiefern das erforderlich ist. Ich bin froh, dass wir heute bei allen Fraktionen dieses Hauses eine Übereinstimmung darin haben, dass Datenschutz wichtig ist und dass es gerade angesichts der fortschreitenden technischen Möglichkeiten erforderlich ist, in der öffentlichen Verwaltung auch dafür zu sorgen, dass die Privatsphäre und sensible persönliche Daten eben nicht missbraucht werden und dass diese technischen Möglichkeiten nicht dazu eingesetzt werden, Persönlichkeitsbilder zu erstellen.

Es geht damit auch um Grundrechte. Es geht damit auch um den Schutz von Menschen vor Verbrechen. Insofern kann man feststellen, dass Datenschutz Opferschutz ist. Derjenige, dessen Daten missbräuchlich verwandt werden, ist ein Opfer. Diese Opfer müssen genauso den Schutz des Staates

(Theurer)

vor Missbrauch haben wie Opfer von Gewalttaten oder Verbrechen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Datenschutzbericht gibt keinen Anlass zur Dramatisierung der Situation. Man kann feststellen, dass die Landesbehörden und auch die kommunalen Behörden im Großen und Ganzen sensibel mit dem Datenschutz umgehen. Allerdings gibt es wie in allen Fällen menschlichen Handelns schwarze Schafe. Es gibt Missbräuche. Da ist es gut, dass es einen Datenschutzbeauftragten gibt, der diese Wächterfunktion übernimmt. Deshalb möchte sich die FDP/DVP-Fraktion an dieser Stelle auch ganz herzlich bei Ihnen, Herr Zimmermann, und Ihrem Team für Ihre Arbeit bedanken, die Sie hier im Dienste der Bürgerinnen und Bürger des Landes vornehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Eine positive Entwicklung sehen wir darin, dass auch im Bereich des Justizministeriums der Datenschutz verstärkt werden kann. Hier gab es ja Überlegungen zur richterlichen Unabhängigkeit, zur Unabhängigkeit der Justiz, die dazu geführt haben, dass der Datenschutz eingeschränkt werden sollte. Wir sind der Meinung, dass hier die Position des Datenschutzbeauftragten richtig ist. Ich habe auch mit der Justizministerin noch einmal über diese Frage gesprochen.

(Abg. Birzele SPD: Oh!)

Sie hat zugesichert, darauf hinzuwirken, dass die Anmerkungen im Prüfungsbericht berücksichtigt werden, sodass ich denke: Hier kann eine Lösung signalisiert werden.

Das Gleiche wünschen wir natürlich auch in anderen Fällen, etwa bei den Missbräuchen, die im Bereich der PAD, der polizeilichen Dateien, entdeckt wurden. Aber ich glaube und bin zuversichtlich, dass auch hier eine Verbesserung erreicht werden kann.

Abschließend möchte ich zur organisatorischen Frage „öffentlicher Datenschutz und Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich“ noch einmal die seit Jahren von der FDP/DVP-Fraktion vorgetragene Position erläutern, dass wir eine Zusammenlegung dieser beiden Bereiche, eine Bündelung beim Landesbeauftragten für den Datenschutz befürworten. Heute Morgen hat unser Ministerpräsident – wie ich meine, zu Recht – ausgedrückt, dass wir vom Bürger her denken müssen, wenn wir eine Verwaltung organisieren. Der Bürger wendet sich, wenn er einen Missbrauch zu erkennen glaubt, eben an den Landesdatenschutzbeauftragten, weil von außen nicht erkennbar ist, wer letzten Endes zuständig ist.

Das würde dafür sprechen, diese Forderung nun auch in die Tat umzusetzen. Die damit verbundenen rechtlichen Probleme lassen sich nach unserem Dafürhalten lösen. Ich möchte hier also eindeutig erklären, dass wir eine Zusammenlegung dieser beiden Bereiche beim Landesbeauftragten für den Datenschutz unterstützen. Wir hoffen und haben auch entsprechende Signale, dass es ein ähnliches Ansinnen auch in den Reihen der CDU-Fraktion gibt. Wir hoffen, dass hier

im Haus ein breiter Konsens erreicht werden kann, um diese Vorschläge dann in die Tat umzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 23. Datenschutzbericht steht zu später Stunde auf der Tagesordnung des Hauses. Nichtsdestotrotz möchte ich für unsere Fraktion einige Anmerkungen dazu machen.

Wir gehen von drei Säulen aus, die dem Datenschutzbeauftragten als Tätigkeitsgebiete zukommen. Die erste Säule ist die Beratung: Anlaufstelle für Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern. Das ist eine ganz wichtige Funktion, weil sie, wie wir sehen, von den Menschen im Land auch in Anspruch genommen wird. Ob dies nun vom Auffinden von persönlichen Daten in Abfallbehältern auf Recyclinghöfen oder sonst wo herrührt: Diese Anlaufstelle wird genutzt, und schon deswegen ist die Funktion des Datenschutzbeauftragten wichtig.

Ein zweiter Bereich, der immer mehr an Bedeutung gewinnt und den man eigentlich auch als präventiven Datenschutz bezeichnen kann, ist der Beratungsbereich. Auch hier scheint es, zumindest in manchen Behörden des Landes, durchaus noch Nachholbedarf zu geben, wenn wir über das Thema „informationelle Selbstbestimmung“ und andere Bereiche sprechen, wenn es darum geht, ob die Fortbildung darüber bei Polizeidirektionen, bei Gerichten oder auch bei Universitätskliniken und Universitäten stattfinden muss. Das zeigt der Datenschutzbericht, der natürlich keine sensationellen Missstände aufzeigt.

Der dritte Bereich ist die Kontrollfunktion. Kontrollfunktion heißt, dass man die Einhaltung von beschlossenen Datenschutzrichtlinien, Konzepten und Gesetzen überprüfen muss. Hier möchte ich Ihnen noch an einem Beispiel aufzeigen, weshalb unsere Fraktion der Auffassung ist, dass wir den Datenschutz gerade auch in Zeiten knapper Kassen eher verstärken müssen, als dass wir dort nachlassen können: Nach dem 11. September 2001 haben wir in diesem Haus das Thema Terrorismusbekämpfung diskutiert. Die Bundesregierung und der Bundestag, aber auch der Landtag von Baden-Württemberg haben die verschärfte Fahndung nach so genannten Schläfern und nach terroristischen Aktivitäten überhaupt beschlossen. Wenn man das Kapitel hierüber im Datenschutzbericht nun durchliest, stellt man fest, dass das zentrale Instrumentarium zur Auffindung von Schläfern die so genannte Rasterfahndung war und wohl nach wie vor ist, dass aber lediglich 40 % der vom Landeskriminalamt abgerufenen Daten überhaupt für die Rasterfahndung erforderlich waren – nur 40 % der abgerufenen Daten von Hunderttausenden von Menschen –, dass diese Daten dann ausgefiltert und hoffentlich auch gleich wieder gelöscht worden sind. Aber die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten ist nicht die Kontrolle, ob dies geschehen ist.

Wenn wir weiter feststellen, wie das Landeskriminalamt personell ausgestattet ist und mit welcher Intensität, mit welchen Kosten und mit welchem Ergebnis wir die Raster-

(Oelmayer)

fahndung im Land betrieben haben und noch betreiben – zu Recht stellt der Datenschutzbeauftragte in dem Bericht fest, dass es überhaupt erst mit herkömmlichen kriminalistischen Methoden gelungen ist, zu diesen oder jenen Fahndungserfolgen zu kommen –, dann ist es erst recht richtig – mein Vorredner von der sozialdemokratischen Fraktion hat es schon betont –, auch in diesem Bereich über personelle Maßnahmen nachzudenken, weil wir sonst ein Ungleichgewicht haben zwischen dem, was wir datenschutzrechtlich und kontrollmäßig einfordern, und dem, was wir tatsächlich umsetzen können.

Ein letzter Bereich, der zu diesem Punkt zählt, ist die Frage der Organisation des Datenschutzes. Die Trennung – meine Vorredner haben es angesprochen – zwischen nichtöffentlichem und öffentlichem Bereich des Datenschutzes ist in diesem Haus schon oft behandelt worden.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Jetzt hat das durch das Thema Verwaltungsreform – ich komme zum Schluss – vielleicht noch einmal eine andere Brisanz bekommen, weil man natürlich auch versuchen muss, Synergieeffekte freizulegen. Wir haben für den Datenschutz im Innenministerium ein Referat, das, wenn ich es auswendig richtig weiß, mit insgesamt 5 oder 5,5 Stellen ausgestattet ist, und wir haben das Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz außerhalb des Innenministeriums mit 16 Stellen. Dass man da auch von der Aufgabenstellung her einmal überlegen muss, diese Tätigkeiten zusammenzuführen und auf die unabhängige Stelle zu übertragen, ist, glaube ich, das Zeichen der Zeit. Wir sollten dies angehen und den Datenschutz gerade in Zeiten leerer Kassen nicht hinten herunterfallen lassen. Das Beispiel Rasterfahndung hat es gezeigt.

Deswegen wird sich die Fraktion GRÜNE in diesem Haus weiterhin verstärkt für den Datenschutz und den Datenschutzbeauftragten einsetzen.

Zum Schluss gilt auch der Dank unserer Fraktion dem Datenschutzbeauftragten, der hier einen umfassenden und präzisen Bericht vorgelegt hat.

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Aufmerksamkeit kurz vor 20 Uhr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte, zunächst dem neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Zimmermann, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die vielfältige, kompetente und engagierte Arbeit meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Ich möchte nicht versäumen, zu erwähnen, dass es sich bei diesem Bericht, beim 23. Tätigkeitsbericht, um den ersten

Bericht von Herrn Zimmermann in seiner neuen Eigenschaft als Landesbeauftragter für den Datenschutz handelt. Er musste diesen Bericht kurz nach Beginn seiner Amtszeit erstatten.

Ich glaube, es ist auch angemessen, darauf hinzuweisen, dass man bei dem ersten Tätigkeitsbericht in der Ära von Herrn Zimmermann auch schon erkennen kann, dass er, wie es auch bei seinem Vorgänger, Herrn Schneider, der Fall war, das Thema Datenschutz mit Nachdruck, aber auch mit dem gebotenen Augenmaß vertreten wird.

Es ist erkennbar – wie es auch bei seinem Vorgänger der Fall war –, dass auch Herr Zimmermann, wie es Kollege Oelmayer formuliert hat, großen Wert auf sein zweites Standbein, nämlich die Beratung in Bezug auf den Datenschutz, legt. Das ist deshalb sehr wichtig, weil Angehörige von Behörden, wenn sie das Gefühl haben, dass sie bei kritischen Fragen vom Datenschutzbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allererster Linie beraten werden, auch keine Scheu haben, um diese Beratung zu ersuchen. Das halte ich unter dem Blickwinkel, dass man den Datenschutz weiter voranbringen will, für sehr wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich darf aber auch darauf hinweisen, dass sich die Beanstandungen im öffentlichen Bereich auch im vergangenen Jahr Gott sei Dank auf dem gleichen niedrigen Niveau wie in den Vorjahren gehalten haben. Es werden auch im 23. Tätigkeitsbericht keine spektakulären Missbräuche von Daten angeführt. Auch dies ist ein Beleg dafür, dass durch die Arbeit des Datenschutzbeauftragten schon vor der Amtszeit von Herrn Zimmermann doch Sensibilität und entsprechende Aufmerksamkeit sowie ein hoher Stellenwert des Datenschutzes bei den Behörden und der Verwaltung im Land entwickelt worden sind.

Natürlich taucht auch dieses Jahr ein Thema auf, das bei jeder Debatte über den Datenschutzbericht in den vergangenen Jahren hier in diesem Haus eine Rolle gespielt hat, nämlich die Zusammenlegung der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im öffentlichen Bereich mit der für den nicht-öffentlichen Bereich. Ich will es so formulieren: Zunächst einmal ist dies eigentlich auch mittelbar ein gewisses Kompliment an den Datenschutz im öffentlichen Bereich, weil diese Diskussion ja in gewisser Weise ein Indiz dafür ist, dass man immer stärker erkennt, dass die Probleme heute, nachdem in der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu früher eine viel größere Sensibilität für den Datenschutz entstanden ist, eher beim Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich zu liegen scheinen. Insofern will ich dies zunächst einmal festhalten.

Nun darf man, wie ich glaube, die Synergieeffekte, die von einer Zusammenlegung ausgehen könnten, nicht überschätzen. Darüber ist im Ständigen Ausschuss sehr ausführlich diskutiert worden. Sie wissen auch, dass man das Thema auch verfassungspolitisch, verfassungsrechtlich sehen muss. Aber ich will es heute so formulieren: Wenn Herr Kollege Lasotta und andere Kollegen – auch Herr Kollege Theurer hat es angesprochen – die Diskussion fortführen wollen, dann will ich dieser Diskussion nicht im Wege stehen.

(Minister Dr. Schäuble)

Herr Datenschutzbeauftragter Zimmermann, ich glaube, ich darf aus einem Gespräch, das wir zu Beginn Ihrer Amtszeit geführt haben, dem hohen Hause berichten, dass wir damals so verblieben waren, dass wir, nachdem Sie eine gewisse Zeit im Amt sein würden, auf solche Fragen – dazu könnte auch diese gehören – gerne zurückkommen können. Wir können die Diskussion also gerne fortführen. Aber es ist auch deutlich geworden und wird inzwischen, glaube ich, auch von Herrn Zimmermann so gesehen – wie mir jedenfalls Herr von Rotberg mitgeteilt hat –, dass die Synergieeffekte, um es noch einmal zu sagen, Herr Kollege Lasotta, nicht überschätzt werden dürfen.

Ich will kurz noch ein anderes Thema ansprechen. Wir haben, insbesondere im Verhältnis zur kommunalen Seite, nach wie vor das Prinzip, dass wir es zwar wünschen, dass Datenschutzbeauftragte bestellt werden, dass wir es aber nicht vorschreiben. Ich werbe auch heute nachdrücklich dafür, dass wir bei diesem Prinzip bleiben, weil es einfach mit unserer Philosophie übereinstimmt, der kommunalen Seite so wenig Vorschriften wie möglich zu machen und stattdessen darauf zu vertrauen, dass die Leute in der kommunalen Selbstverwaltung, die ihrerseits alle gewählt sind und dort Verantwortung tragen, aber auch Rechenschaft gegenüber ihrer Bevölkerung ablegen müssen, die richtigen Entscheidungen treffen. Wenn sie Fehler machen sollten, dann kann man sie abwählen. Deshalb bitte ich, dass man mit Rücksicht auf die kommunale Selbstverwaltung im Bereich der Kommunen weiterhin bei der Freiwilligkeit bleibt: Will man Datenschutzbeauftragte bestellen, ja oder nein?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Der Beifall ermuntert mich, meine Rede noch etwas länger auszudehnen.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Seltenreich SPD und Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Wir haben gedacht, Ihre Rede ist zu Ende, Herr Minister! Das war nicht die Intention!)

Wenn ich dieses Schreckensszenario jetzt wieder zurücknehme, so bin ich aber dem Kollegen Oelmayer noch einige Bemerkungen zu dem Thema Rasterfahndungen, das er angesprochen hat, schuldig.

Ich will zunächst hervorheben, dass die im Zuge dieser Rasterfahndung angefallenen Daten schon bislang in dem Maße gelöscht wurden, wie sie für die Arbeit nicht mehr benötigt werden. Ebenso möchte ich betonen, dass ich eine auch kritische Begleitung – und die gab es auch – der Rasterfahndung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz akzeptiere.

Andererseits, Herr Kollege Oelmayer – und damit spreche ich nicht den Landesdatenschutzbeauftragten an, sondern Sie und Ihre Fraktion –, wird, darüber sind wir uns einig, immer eine Gratwanderung stattfinden müssen, zum Beispiel zwischen den Belangen des Datenschutzes und der inneren Sicherheit. Ich glaube, dass uns insgesamt, auch bei der nicht unproblematischen Rasterfahndung, diese Gratwanderung bundesweit gelungen ist.

Die Probleme bei der Rasterfahndung lagen nach meiner Erfahrung weniger darin, dass die Datenschutzfrage nicht angemessen gelöst worden wäre, sondern eher darin, dass die Rasterfahndung – völlig unabhängig vom Datenschutz – mit einem ungeheuren Aufwand für die Polizei verbunden ist, was in der Natur der Sache liegt.

Dann haben Sie auch auf das Thema „Speicherung personenbezogener Hinweise zum Konsum von Betäubungsmitteln oder harten Drogen in der PAD, also der Personenauskunftsdatei der Polizei“ – hingewiesen. Dem Ständigen Ausschuss ist hierzu eine ergänzende schriftliche Stellungnahme des Innenministeriums zugesagt worden. Herr Kollege Theurer, auch Sie haben das Thema ja angesprochen. Diese Stellungnahme wird in nächster Zeit fertig gestellt und dem Ständigen Ausschuss sowie auch dem Landesbeauftragten für den Datenschutz übermittelt werden.

Ich darf schließen, indem ich noch einmal dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danke. Ich glaube, wir dürfen mit Genugtuung feststellen: Im öffentlichen Bereich hat sich der Datenschutz in Baden-Württemberg auch dank der Beratungshilfe des Landesdatenschutzbeauftragten Zimmermann und seines Vorgängers wirklich erfreulich entwickelt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Entsprechend der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses nehmen Sie von der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und der Stellungnahme der Landesregierung Kenntnis. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umwandlung von fünf öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts – Drucksache 13/1738

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/1870

Berichterstatter: Abg. Fleischer

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Frau Abg. Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf erscheint möglicherweise als reine Formalie, ist aber für die betroffenen Institute von hoher Wichtigkeit. Mit diesem Gesetzentwurf wird nämlich die Grundlage für die Umwandlung der außeruniversitären Forschungseinrich-

(Veronika Netzhammer)

tungen des Landes geschaffen, die bisher als Stiftungen des öffentlichen Rechts betrieben und vom Land auch finanziell unterstützt werden.

Hintergrund für die Umwandlung sind steuerrechtliche Probleme bei der Abwicklung der Zukunftsoffensive III. Nach vorherrschender Rechtsauffassung können Investitionsmittel für neue Forschungsfelder, die in der Zukunftsoffensive bereits eingeplant sind, nur an wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, nicht aber an solche des öffentlichen Rechts vergeben werden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wieso?)

Diese Rechtsauffassung geht auf eine sehr enge, eine aus unserer Sicht zu enge Auslegung des § 68 der Abgabenordnung zurück, der angeblich nicht auf öffentlich-rechtliche Forschungseinrichtungen anwendbar ist. In der Konsequenz bedeutet dies, dass wirtschaftsnahe und entgeltliche Auftragsforschung bei öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen nicht zum steuerbegünstigten Zweckbetrieb nach § 68 der Abgabenordnung gehören. In der Folge können dann auch Mittel aus der Zukunftsoffensive III wegen ihrer engen gemeinnützigen Zweckbindung nicht für Investitionen in ebendiesen Instituten eingesetzt werden.

Dies wollen wir natürlich nicht. Unser Finanzministerium teilt zwar diese enge Rechtsauffassung nicht, aber aufgrund eines Rundschreibens ist die Meinung des Bundesfinanzministers – Herr Eichel lässt grüßen – auch für uns verbindlich. Von diesem Bundesfinanzminister können wir leider auch nicht mehr Beweglichkeit und damit in absehbarer Zeit auch keine Änderung dieser Rechtsauffassung erwarten. Wir müssen aber jetzt und heute die Grundlage dafür schaffen, dass die Forschungseinrichtungen in absehbarer Zeit in den Genuss der in Aussicht gestellten Investitionsmittel aus der Zukunftsoffensive III kommen können.

Also bleibt als Ausweg nur eine Änderung der Rechtsform der Forschungseinrichtungen, um unsere Forschungseinrichtungen auch aus der Zukunftsoffensive finanzieren zu können. Dieser Weg ist umständlich, arbeits- und zeitaufwendig – unsere bürokratieverliebte Bundesregierung lässt grüßen –, denn wir benötigen jetzt ein förmliches Landesgesetz. Mit der Umwandlung in privatrechtliche Forschungseinrichtungen ist es aber auch möglich, Drittmittel von privaten und öffentlichen Drittmittelgebern einzuwerben. Dies wird in der Summe die finanzielle Basis der Institute verbreitern. Möglicherweise eröffnet sich hier ja auch eine Perspektive für einen weiteren Betrieb des FAW in Ulm.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das hören wir gerne!)

Die rechtliche Identität der Stiftungen ändert sich nicht; die Vermögensverhältnisse ändern sich auch nicht. Deswegen ist es auch verständlich, dass die zuständigen Stiftungsorgane dieser Stiftungen die beabsichtigte Umwandlung grundsätzlich begrüßt haben.

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung vom 12. März dieses Jahres dem Gesetzentwurf zugestimmt. Wir von der CDU-Fraktion stimmen ebenfalls zu. Denn wir wol-

len den Instituten den Zugang zu ZOFF III ermöglichen und die finanzielle Basis verbreitern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rivoir.

Abg. Rivoir SPD: Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion im Wirtschaftsausschuss und der einstimmige Beschluss zu diesem Gesetzentwurf haben bereits gezeigt: Es gibt in diesem Haus keinen Dissens in dieser Frage. Darum kann ich schon vorwegnehmend mitteilen, dass auch die SPD-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen wird. Erlauben Sie mir aber trotzdem drei Anmerkungen.

Punkt 1: Die Forschungseinrichtungen konkurrieren – das ist ja auch ein Hintergrund dieses Gesetzes – in einigen Bereichen unmittelbar mit privaten Einrichtungen. Die jetzt vorgesehene steuerliche Gleichstellung ist ein Indikator dafür. Da wir im Sinne der Chancengleichheit möglichst keine Privilegierung und keine Diskriminierung durch die Rahmenbedingungen beim Marktzugang wollen, ist das Gesetz unter diesem Aspekt auch ein wichtiges Gesetz.

Der zweite Punkt, den ich anmerken möchte: Marktzugang und Wettbewerb sind das eine. Es gibt auch Bereiche der Forschung, um die sich Private nicht kümmern oder noch nicht kümmern, weil noch keine entsprechende Rendite absehbar ist. In diesem Bereich – das ist ja klar – muss sich der Staat eben engagieren und dort die Forschungsmittel einbringen. In der Vergangenheit war es durch die Stiftungen möglich, dass das Land die Mittel entsprechend zur Verfügung gestellt hat. Das Land hat dort dann investieren können. Wir müssen jetzt ganz genau beobachten, ob sich dieser Zustand durch diese Rechtsumwandlung ändert oder ob es nach wie vor möglich ist, die Forschungsmittel im bisherigen Umfang zur Verfügung zu stellen.

Diese Gesetzesänderung wurde von uns allen theoretisch für richtig gehalten. In der Praxis muss sich dann erweisen, ob dieses Gesetz das Richtige war. Deswegen müssen wir die Arbeit dieser Institute in den nächsten Jahren sehr genau beobachten und müssen schauen, wie sie sich weiterentwickeln.

Noch ein dritter Punkt. Ich kann es mir nicht verkneifen, es ist ein Ulmer Thema. Die Kollegin hat es auch schon angesprochen. Ich denke, es ist durchaus ein Punkt, den man kurz ansprechen muss, auch wenn es zu später Stunde ist, zumal er in diesem Hause, in diesem Parlament noch nie diskutiert worden ist, nämlich die Schließung des FAW in Ulm.

Wir sind der Meinung, dass dieser Beschluss der Landesregierung völlig falsch war. Meine Damen und Herren, das FAW interessiert dieses Gesetz eigentlich nur noch am Rande. Dieses Gesetz hätte auch dem FAW die Möglichkeit gegeben, neue Finanzierungsquellen zu erschließen, aber durch die Randbedingungen, die bereits jetzt gesetzt sind, dass sich das FAW aufgrund der Streichung des Landeszuschusses bereits in der Abwicklung befindet, ist dieses The-

(Rivoir)

ma im Endeffekt erledigt. Es werden dort keine Verträge mehr verlängert. Die Sache ist praktisch in der Abwicklung. Darum kann diese Änderung jetzt eigentlich auch keine Hoffnung mehr für das FAW bedeuten.

Was so ein Schließungsbeschluss bedeutet, sieht man eigentlich sehr gut daran, dass zwar auf der einen Seite der Herr Wirtschaftsminister oder im Endeffekt der Herr Staatssekretär die Auffassung vertritt: Geld sparen dadurch, dass diese Mittel zurückgezogen werden. Auf der anderen Seite werden wir, weil es rechtliche Regelungen gibt, aufgrund derer viele Mitarbeiter, die am FAW arbeiten, zur Universität zurückgehen, irgendwann beim Wissenschaftsminister all diese Mittel im Personaletat wiederfinden. Das heißt, wir haben hier ein wunderbares Beispiel dafür, dass Sparen an der falschen Stelle Strukturen zerstört und im Endeffekt an anderer Stelle zu mehr Kosten führt.

Meine Damen und Herren, das waren meine kurzen Ausführungen zu diesem Thema. Zwei Botschaften: Die eine: Die SPD-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf zu. Die zweite: Wir müssen genau beobachten, wie dieses Gesetz in der Praxis umgesetzt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Zeller SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf mich, was das Gesetz anbelangt, auf die Ausführungen meiner Vorredner beziehen. Es ist wirklich alles gesagt, zwar nicht von jedem, aber das Ganze ist vom Gesetzestext her unstrittig, weil unproblematisch. Wir stimmen zu.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU:
Sehr gut! Beste Rede!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär – Herrn Oelmayer.

(Große Heiterkeit – Abg. Fischer SPD: Staatssekretär Oelmayer! – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Birzele SPD: Herzlichen Glückwunsch!)

– Vielen Dank.

(Zuruf von der SPD: Geben wir nachher eine Runde aus? – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, ich komme zur Sache.

Das Thema „Gesetz zur Umwandlung von öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts“ hört sich ja zunächst nicht besonders spannend an.

Ich kann Ihnen auch gleich vorweg die Botschaft unserer Fraktion verkünden, dass wir diesem Gesetzentwurf zustimmen werden.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Abg. Zeller SPD:
Bringen Sie jetzt eine spannende Rede!)

Wenn man aber – Kollege Zeller, das gilt auch für die Bildungspolitik – bestimmte Dinge genau durchliest und sich genau ansieht, stellt man fest: Ja hoppla, unter dieses Gesetz und unter diesen Rechtsformwechsel, wie man das rechtstechnisch nennt, fällt auch ein Institut, das in Ulm ansässig ist, nämlich das Institut – –

(Oh-Rufe von der SPD)

– Ja, natürlich, selbstverständlich, ein wichtiges Institut, bezüglich dessen die Landesregierung im Prinzip schon beschlossen und in den entsprechenden Gremien auch vertreten hat, aus der finanziellen Förderung auszusteigen.

Als Parlamentarier, der ich gewohnt bin, auch Effizienzgründe zu erforschen, frage ich mich natürlich: Wieso wird denn ein Institut, dessen Bestand schon dadurch in Gefahr gerät, dass sich das Land daraus zurückzieht, dass es keine Landesmittel mehr in dieses Institut stecken will, dass es diesem Institut keine institutionelle Förderung mehr zukommen lassen will, in seiner Rechtsform umgewandelt?

Die Kollegin Netzhammer hat das jetzt gut und präzise gesagt. Sie hat nämlich gesagt, dass es auch Zeit, Aufwand und Geld kostet. Deswegen war das zunächst einmal meine Rückfrage im Rahmen einer Kleinen Anfrage. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage wurde mir dann mitgeteilt, dass dieser Rechtsformwechsel nicht dazu stattfindet, um möglicherweise die Förderung aus der Landesstiftung vorzunehmen; denn das wäre ja quasi ein Umgehungsgeschäft. Wenn Haushaltsmittel zurückgezogen werden, können nicht als Ersatz Stiftungsmittel einfließen. Die Begründung hierfür, die mir nicht so ganz einleuchtete, war steuerrechtlicher Art. Ich habe dann noch einmal nachgefragt. Vielleicht gibt es dazu aus dem Wirtschaftsministerium heute auch schon eine Antwort. Man kann diese Auffassung natürlich vertreten.

Auf der anderen Seite wird jetzt die Brisanz dieses Modells mit der Landesstiftung erst richtig deutlich und sichtbar. Wären die Mittel, die die Stiftung hat, im Staatshaushalt, stünden sie auch für ein solches Institut nach wie vor unproblematisch und ohne dessen Rechtsformwechsel zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Da Sie aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP/DVP, hier im Land dieses Stiftungsmodell durchgesetzt haben,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

haben Sie das steuerliche Problem, das die Kollegin zu Recht beschrieben hat. Und das ist kein Problem des Bundesfinanzministeriums, sondern dieses Problem ist hausgemacht.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

(Oelmayer)

Deswegen war mir die einfache, lapidare Antwort „aus steuerlichen Gründen nicht möglich“ zunächst zu wenig.

Und eine zweite Fragestellung, die ja gegebenenfalls auch zum Bestand dieses Instituts beitragen kann, das ja durchaus landesweit und darüber hinaus in verschiedenen Forschungsbereichen eine Bedeutung entwickelt hat, geht dahin, ob dieses Institut vielleicht doch – jedenfalls projektbezogen – mit anderen Mitteln, zum Beispiel aus der Zukunftsoffensive III, rechnen kann. Dazu hätte ich ganz gerne noch einmal eine Aussage, weil ich, vielleicht im Gegensatz zu meinem Kollegen Vorredner, den Kampf für diese Einrichtung und meinen Einsatz dafür noch nicht aufgegeben habe.

(Abg. Zeller SPD: Das hat der Vorredner auch nicht!)

Das ist nicht etwa deshalb der Fall, weil sich diese Einrichtung zufällig in Ulm befindet, sondern einfach deswegen, weil die Forschungsinhalte von Bedeutung sind und wir uns gerade in den Zeiten der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung ein solches Institut auch künftig leisten sollten.

(Beifall des Abg. Alfred Winkler SPD)

Deswegen geht meine Auffassung dahin, dass das Land im Rahmen dieser Stiftungsmittel durchaus – und sei es im Einzelfall auch nur projektbezogen – diesem Institut Mittel zukommen lassen kann, sofern diese beantragt werden.

Und ein Letztes: Natürlich wird durch den Rechtsformwechsel – den ich jetzt nicht im Detail beschreiben möchte; dafür fehlt mir die Zeit – auch die Möglichkeit eröffnet, dritte Partner zu gewinnen. Die Landesregierung hat allerdings aufgrund ihres Beschlusses, jetzt aus der institutionellen Förderung auszusteigen, wenig Aussicht auf Erfolg gelassen, solche Partner zu gewinnen. Die eigentliche Kritik am Verhalten der Landesregierung ist, dass man keinen Zeitraum geschaffen hat und dem FAW nicht die Möglichkeit gegeben hat, entsprechende Dritte zu suchen und für dieses Projekt zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, ich habe es schon gesagt: Alles in allem werden wir dem Rechtsformwechsel zustimmen, weil es am Horizont noch einen kleinen Hoffnungsschimmer gibt – wenn man den Horizont auch nicht sehen kann – und wir der Meinung sind, dass dieser Rechtsformwechsel vielleicht dazu beitragen kann, das Institut zu erhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der CDU: Das war eine spannende Rede!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf das FAW konzentrieren. Zum Gesetzentwurf ist ja in Übereinstimmung alles gesagt worden; ich kann mich dem anschließen.

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen zum FAW sagen, dass es mir als Vorsitzendem des Kuratoriums beson-

ders schwer gefallen ist, den Schließungsbeschluss mit herbeizuführen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Leider, traurig!)

Wenn Sie sich die Geschichte des FAW in den letzten Jahren ansehen, erkennen Sie, dass schon einige Klippen überwinden waren. Wir haben uns viel Mühe gegeben, aber dann kam eben der Zeitpunkt, an dem – und das ist der entscheidende Punkt – aus Haushaltsgründen keine Möglichkeit mehr gesehen wurde, die Grundfinanzierung vonseiten des Landes weiterzuführen. Das ist nun einmal Fakt. Mit diesem Beschluss des Landes sind wir dann in die entscheidende Kuratoriumssitzung gegangen. Das Kuratorium – dort waren auch die Industriestifter anwesend – hat einstimmig beschlossen, dass das FAW in seiner heutigen Form zum 31. Dezember 2004 beendet wird. Das heißt, dass jetzt durchaus noch Zeit zum Abwickeln besteht. Das war uns auch sehr wichtig; denn dort gibt es natürlich Beschäftigte, die andere Arbeitsplätze suchen. Wir wollten das schon sozialverträglich durchführen. Insofern war das kein Beschluss von jetzt auf gleich.

Wir haben uns bei diesem Beschluss auch an der Empfehlung des Rechnungshofs orientiert, der ja in Kenntnis der schwierigen Haushaltslage gesagt hat: Wenn nicht mehr alle Forschungsinstitute finanziert werden können und für alle die Gefahr besteht, unter eine Schwelle zu geraten, die nicht mehr zu vertreten ist, dann ist es besser, eines zu schließen und die anderen auf der sicheren Seite zu halten.

Der nächste schwierige Beschluss, Herr Abg. Oelmayer, ist dann natürlich: Welches Institut? Auch das war eine schwierige Frage.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Hätten Sie die Mittel im Haushalt, die Sie in der Stiftung haben, dann hätten Sie das Problem nicht gehabt!)

– Nein. Es ging darum, diese Frage zu entscheiden. Ich sage deutlich: Das FAW hat gute Arbeit geleistet. Insofern war die Entscheidung auch von daher schwierig. Deswegen mussten wir schauen: Wo liegen die größten Deckungsfelder mit anderen Instituten, mit denen es dann weitergeht? Dass ein Schaden da ist, ist klar; das will ich gar nicht bestreiten. Beim FAW ist Know-how, da sind gute Leute. Es ist gar nicht so einfach, das FAW zu schließen. Da waren die größten Deckungsfelder im IT-Bereich zu den Fraunhofer-Instituten und zu guten Universitätsinstituten, und deswegen wurde das FAW von der Entscheidung getroffen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sie haben sich wahrscheinlich für das Falsche entschieden!)

Noch eine Anmerkung: Das ist übrigens kein singulärer Fall. Wir haben bereits andere Institute geschlossen: das Forschungsinstitut für Pigmente und Lacke, das Süddeutsche Kunststoffzentrum und die Lederschule in Reutlingen. Da geht es um kleinere Beträge – das ist klar –, aber auch dort war die Schließung letztlich schmerzhaft.

Zu den Projekten, die da noch möglich sind: Wenn das FAW in der jetzigen Form geschlossen wird, ist es ja durchaus möglich, dass auf privatwirtschaftlicher Basis, aber ohne Mitfinanzierung durch das Land eine Fortführungsmög-

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

lichkeit gefunden wird. Es gibt dann auch die Möglichkeit über Projekte der Landesstiftung. Aber das entscheidet die Stiftung ganz allein und nicht das Land.

Dass die Schließung – noch einmal zusammengefasst – gerade mir besonders schwer gefallen ist, möchte ich hier festhalten. Aber ich stehe hier auch für die Kontinuität, für den Zusammenhalt des Kabinetts. Das trage ich mit. Deswegen ist es dazu gekommen. Im Übrigen bitte ich um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l - a b s t i m m u n g**.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/1870. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/1738, unverändert zuzustimmen.

Kann ich den Gesetzentwurf, der drei Paragraphen umfasst, insgesamt zur Abstimmung stellen?

(Zurufe: Ja!)

– Ich sehe keinen Widerspruch. Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 13/1738 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich der Stimme? – Wer stimmt dagegen? – Dem Gesetzentwurf wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Zurufe von der SPD: Einstimmig!)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 26. März 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umwandlung von fünf öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Es war einstimmig, soweit ich das beurteilen konnte, Herr Zeller.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 7:**

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kindergartengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 13/1739

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 13/1884

Berichterstatter: Abg. Dr. Noll

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Ich erteile Herrn Abg. Haas das Wort.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Geben Sie Ihre Rede zu Protokoll!)

Abg. Alfred Haas CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der Ersten Beratung und im Sozialausschuss ja ausführlich über die Novellierung des Kindergartengesetzes gesprochen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich möchte es deshalb, auch vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Zeit, kurz machen.

Wir haben grundsätzlich überall Verbesserungen – das will ich festhalten –, was dieses Kindergartengesetz angeht.

(Beifall des Abg. Hoffmann CDU)

Wir tragen einem weiteren Ausbau der Betreuungsangebote in allen Formen, die denkbar sind, Rechnung, wir stärken den Bildungsauftrag, und wir sichern die Qualität der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg. Das sind die drei Kernpunkte. Daraus resultiert auch unser wichtigstes Anliegen, dass wir zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommen. Dies war schon das Anliegen unserer damaligen Novellierung, die uns ja ausgesprochen gut gelungen ist.

(Lachen des Abg. Fischer SPD)

– Haben Sie Widerspruch anzumelden, Herr Kollege Fischer?

(Abg. Fischer SPD: Ich kann husten, wann ich will!
– Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Zeller: Der überschätzt sich auch noch, der Haas!)

Meine Damen und Herren, wir können in der Tat nicht allen Ansprüchen gerecht werden, schon gar nicht der „Lufthoheit über den Kinderbetten“. Das will ich sagen; das will ich der SPD gern konzedieren.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

Aber allen anderen Ansprüchen, Frau Queitsch, werden wir gerecht.

Wenn Sie stöhnen, meine Damen und Herren, darf ich auf die heutige Begründung Ihres finanzwirksamen Antrags verweisen. Er spricht natürlich eine verräterische Sprache.

(Alfred Haas)

Sie sagen, der Ausbau der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg beginne im Herbst, wenn Sie 25 Millionen € zur Verfügung haben. Das ist ein Affront gegen alle, die bisher wertvolle Arbeit in der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg geleistet haben, von den Kirchen über die Kommunen, über die freien Träger, über Unternehmen bis zu Privatpersonen und Elterninitiativen. Meine Damen und Herren, wir haben schon jetzt eine hervorragende Kinderbetreuungsarbeit bis hin zu den Tagesmüttern – was Sie natürlich nicht gerne hören, aber es ist so. Deswegen weise ich diese Vorwürfe schlicht und einfach zurück.

(Beifall bei der CDU)

Es geht im Kern um das kommunale Vertrauen, um das Grundvertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Deswegen will ich diesen Punkt in aller Kürze noch einmal ansprechen. Es kommt auch in den Anträgen, die die Opposition wieder vorlegt, zum Ausdruck, dass dieses Vertrauen bei Ihnen nicht vorhanden ist. Ich will Ihnen einmal sagen, meine Damen und Herren – das sage ich jetzt allen Beteiligten, auch den Kommunen –: Im Gesetzentwurf steht die Bedarfsplanung, und die Bedarfsplanung bedeutet nicht irgendetwas, irgendein Larifari oder sonst etwas, sondern eine Bedarfsplanung ist mit allen Beteiligten zu erstellen, und sie ist verwaltungsgerichtlich belastbar zu machen. Das heißt also, wenn irgendwelche Dinge, die jetzt herumgeistern und die auch in den letzten Tagen in Briefen an uns zum Ausdruck gekommen sind, nicht berücksichtigt sind, werden die Gemeinden auf die Nase fallen. Das will ich einfach noch einmal deutlich sagen. Es muss vernünftig und gerichtlich belastbar begründet werden, weshalb man zum Beispiel eine Gruppierung oder einen Kindergarten oder eine Gruppe künftig nicht mehr berücksichtigt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Also so einfach, wie das in den Anträgen darzustellen versucht wird, wird es nicht sein. Ich sage das auch noch einmal allen freien Trägern und auch allen, die überregionale Einrichtungen haben: Es wird verlässliche Bedingungen geben. Die haben wir gesetzlich markiert, und vor dem Hintergrund der Trägervielfalt, meine Damen und Herren, wird damit auch das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt werden.

Ich glaube, das ist der Kern der ganzen Sache. Ich will das jetzt nicht mehr ausweiten. Ich verweise auf das, was ich im Sozialausschuss zu diesem Thema insgesamt gesagt habe.

(Abg. Zeller SPD: Das war sicher nichts Wichtiges!)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Wir werden ein gutes Gesetz auf den Weg bringen. 1999 hatten wir heftige Kritik in Richtung Flickschusterei und dergleichen bekommen. Das kommt jetzt wieder. Das wissen wir. Trotzdem: Wir haben eine gute Grundlage für den Ausbau der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Kinder- und Familienpolitik im Land muss auf drei große Zukunftsaufgaben eine Antwort geben. Wir müssen zum einen rasch mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder und für Schulkinder sowie mehr Ganztagsbetreuungsplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich erspare Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, nicht den Hinweis, dass wir in allen drei Bereichen im Bundesländervergleich die Schlusslichtposition einnehmen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch nicht wahr!)

– Natürlich stimmt es. Das kann man an den aktuellen Zahlen sehen.

Wir müssen zum Zweiten den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen stärken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das habe ich auch gesagt!)

– Ja, Sie sagen es nur, aber Sie lassen dem keine Taten folgen, Herr Kollege Haas. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Woher wissen Sie denn das? Wir beschließen jetzt das Gesetz!)

Besondere Bedeutung käme dabei der Sprachförderung zu. Wir wissen, dass mindestens 20 % eines Kindergartenjahrgangs besonderen Sprachförderbedarf haben. Das sind 70 000 Kinder, und die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg dieser Kinder müssen durch gezielte Sprachförderung im Kindergarten, und zwar vom ersten Kindergarten an, geschaffen werden,

(Abg. Alfred Haas CDU: Vorher schon!)

und dazu sagt das Gesetz nichts, Herr Kollege Haas.

Wir müssen zum Dritten die pädagogische Qualität sichern. In den letzten Jahren hat in Baden-Württemberg – auch dazu sagt Ihr Gesetzentwurf nichts –

(Abg. Alfred Haas CDU: Der sagt zu allem etwas!)

in allen Angebotsformen die durchschnittliche Gruppengröße zugenommen. Um die pädagogische Qualität zu sichern, muss diese Entwicklung gestoppt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben bisher offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen, dass wir in diesem Bereich, nämlich bei den Gruppengrößen, wirklich Spitze im Bundesländervergleich sind. Das ist aber wahrlich kein Anlass, darauf stolz zu sein.

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung, meine Damen und Herren, wird keine dieser drei genannten zentralen Zukunftsaufgaben bewältigt. Anstatt Zukunft zu gestalten, wie wir es unseren Kindern und der Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Landes schuldig sind,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das machen wir doch!)

(Marianne Wonnay)

verwalten Sie mehr schlecht als recht den Status quo. Genau das tun Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Wo leben Sie denn? – Abg. Zeller SPD: Auch noch eine schlechte Verwaltung! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Ich fasse an dieser Stelle nochmals die wichtigsten Kritikpunkte zusammen: Die Landesregierung stellt den Kommunen keine zusätzlichen Mittel zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebots zur Verfügung. Sie frieren die Mittel dauerhaft auf dem Niveau des Jahres 2002 ein.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung durch das Land werden die Kommunen – das sagen sie überdeutlich, und das höre ich in jeder Diskussion, egal, in welcher Stadt und in welcher Gemeinde ich bin – einen Ausbau, den wir sowohl qualitativ als auch quantitativ brauchen, nicht durchführen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Wer sagt das?)

– Das sagen auch Ihre Bürgermeister und Oberbürgermeister.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie mal eine Stadt! Sagen Sie mal Namen! – Abg. Nagel SPD: Mit dem Haas redet keiner!)

– Fragen Sie einmal den Singener Oberbürgermeister Andreas Renner. Er hat neulich wieder in einer Diskussion gesagt – der Herr Kollege Hoffmann war dabei; er wird das bestätigen können –, dass wir mit diesem Gesetzentwurf und mit den Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden,

(Abg. Zeller SPD: Das ist eine schallende Ohrfeige für euch!)

zwar den Status quo halten können, dass aber an einen Ausbau nicht zu denken ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dann kriegt er kein Geld! Dann kriegt der Renner kein Geld!)

Und das ist keine zukunftsgerichtete Antwort.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD zu Abg. Alfred Haas CDU: Das haben aber nicht Sie zu bestimmen: „Der Renner kriegt kein Geld“! Das kann doch nicht wahr sein! Was haben denn Sie für ein Demokratieverständnis? – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Der kriegt kein Geld! Herr Fischer, das Geld gibt es auf Antrag!)

Die finanzielle Förderung der Kleinkindbetreuung ist für Sie offensichtlich eine zweitrangige Aufgabe, denn sie ist nicht im Gesetz geregelt. Der Bildungsauftrag des Kindergartens wird eben erwähnt. Sie führen ihn noch einmal auf und wiederholen das, was im Kinder- und Jugendhilfegesetz steht. Aber wie er erfüllt werden kann, dazu sagen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf überhaupt keinen Ton. Ich sage Ihnen das noch einmal in aller Deutlichkeit: Wenn Sie Sprachförderung nicht verbindlich regeln, sondern bei Ihrer

freiwilligen Regelung bleiben – diese Regelung wollen Sie ja nur, weil Sie das nicht aus dem Landeshaushalt fördern wollen, sondern den Weg über die Landesstiftung gehen –, werden Sie genau die problematischen Fälle,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

nämlich die Kinder aus bildungsfernen Familien, nicht erreichen. Das können wir uns auch bildungs- und wirtschaftspolitisch überhaupt nicht leisten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie beharren auf den Nachteilen für Kindergärten mit besonderer pädagogischer Prägung und gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Welche Nachteile hat das? – Gegenruf des Abg. Zeller SPD)

– Ach, Herr Kollege Haas! Ich hätte ja schon erwartet, dass Sie das Gesetz wenigstens kennen. Sie sind in dieser Frage wie in allen anderen Fragen nicht nur nicht dialogfähig, sondern Sie sind schlichtweg

(Abg. Zeller SPD: Unfähig!)

beratungsresistent.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD: So ist es! – Abg. Döpfer CDU: Sie wiederholen doch die Argumente von 1998!)

Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, wie wir alle drei Ziele, nämlich den quantitativen und qualitativen Ausbau, die Stärkung des Bildungsauftrags und die Sicherung der pädagogischen Qualität, wirklich erreichen. Wir geben Ihnen heute dazu eine letzte Chance.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wir werden Ihren Gesetzentwurf ablehnen, weil er auf die zentralen Zukunftsaufgaben und auf die zentralen Anforderungen dessen, was Kinder und Familien in diesem Land brauchen, keine Antwort gibt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Und keine SPD! – Gegenruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das drückt doch gerade aus, dass Sie wenigstens dazugelernt haben!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Ulrich Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns einig, dass wir heute an einer neuen Etappe einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hier in Baden-Württemberg angekommen sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir sind am Ende eines langen Diskussionsprozesses, der sich dadurch von anderen unterscheidet, dass wir nieman-

(Dr. Noll)

dem etwas überstülpen, sondern dass wir das Prinzip der Subsidiarität für uns hier im Land wirklich ernst nehmen

(Beifall bei der CDU)

und Wert darauf legen, Aufgaben wirklich da erledigen zu lassen, wo sie richtig angesiedelt sind, und dorthin die Planungshoheit und die Finanzierungsverantwortung zu geben. Das verbinden wir damit, dass wir auch dieser Ebene zugehen, dass sich die demokratisch gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger an Recht und Gesetz halten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Auch SPD-Mitglieder!)

Heute beraten wir einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kindergartengesetzes, der aber – darauf weise ich wirklich noch einmal hin – mehrere Teile hat, auf die jeweils verwiesen wird. Über allem steht das SGB VIII – Sie haben es erwähnt. Darin stehen schon bestimmte Prinzipien, die selbstverständlich auch für alle nachgeordneten Vorschriften gelten.

Ich finde es bemerkenswert, dass es uns gelungen ist, alle Beteiligten – die kommunalen Landesverbände, die kirchlichen und die sonstigen freien Träger – zu einer Rahmenvereinbarung zusammenzubringen, in der zum Beispiel – ich darf es einfach noch einmal zitieren – ganz klar das Bekenntnis zur Subsidiarität abgegeben wird. Unter Punkt 1.3 steht:

Bei der Bedarfsplanung sind insbesondere der Grundsatz der Subsidiarität und die Erhaltung der Trägervielfalt zu berücksichtigen.

Ich habe keinen Grund zu der Annahme, dass dies, was von den kommunalen Landesverbänden unterzeichnet und mit-erarbeitet worden ist, vor Ort nicht so umgesetzt wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wonnay?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gerne, Frau Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Kollege Noll, sind Sie bereit, mir zuzugestehen, dass eine Rahmenvereinbarung nicht das gleiche Gewicht wie ein Gesetz hat, sondern nur einen empfehlenden Charakter?

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Diese Rahmenvereinbarung hat insofern eine große Wirksamkeit, als künftig in § 8 Abs. 5 des Kindergartengesetzes darauf verwiesen wird, dass auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung, die damit für die, die sie geschlossen haben, bindend ist, die Gesetzesnovellierung stattgefunden hat. Das war ja der entscheidende Punkt. Kollege Haas, wir haben immer gesagt: Kommunalisierung heißt nicht Laisser-faire – jeder macht, was er will –, sondern bedeutet, dass man sich klar darüber einigt, was die Grundlage der künftigen Gestaltung dieser kommunalen Aufgabe sein wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Richtig!)

Es sollte auch endlich einmal zur Kenntnis genommen werden, dass in der Rahmenvereinbarung zum Beispiel ein Bestandsschutz festgehalten ist, zu dem sich alle verpflichtet haben. Es wird also kein freier Träger schlechter gestellt.

Vielleicht doch am Rande – weil die Kinder bis zum Alter von drei Jahren angesprochen wurden –: Es gibt noch zwei Teile. Das sind die Richtlinien bezüglich der Tagespflege und die Richtlinien bezüglich der Krippenförderung, die rückwirkend zu Beginn dieses Jahres in Kraft gesetzt worden sind. Das ist zugegebenermaßen nicht alles in einem Gesetz zusammengefasst, aber ich denke, mit Richtlinien kann man manchmal auch sehr viel flexibler auf neue Anforderungen reagieren.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Jetzt zum Hauptproblem. Das Thema Bildung will ich nicht weiter ansprechen, weil es einfach unredlich ist, zu sagen, wir hätten nichts getan. Wir haben es ausdrücklich aufgenommen. Wir werden – Sie haben es angesprochen – über die Landesstiftung für ein Programm genau für diese bildungsfernen Schichten Mittel zur Verfügung stellen, Frau Wonnay, weil zunächst einmal die Identifizierung dieser Gruppierung und dann auch die Förderung im Vordergrund steht.

(Abg. Zeller SPD: Herr Noll, stellt die Regierung Landesstiftungsmittel zur Verfügung?)

Lassen Sie mich – die Zeit ist begrenzt – abschließend Folgendes sagen: Eines der großen Bedenken der freien Träger, insbesondere derer, die gemeindegrenzenübergreifend tätig sind, also zum Beispiel Waldorfpädagogik oder Betriebskindergärten anbieten . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: . . . – ich gestatte Sie; darf ich den Satz zu Ende sprechen? –, also Angebote machen,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Erst mal den Satz zu Ende sprechen lassen!)

die nicht in die engere Bedarfsplanung der jeweiligen Kommune hineinpassen – nicht, weil wir sie ausschließen wollen, sondern weil sie nicht in die kommunale Bedarfsplanung passen –, bezieht sich darauf, dass es eine Ausnahmeregelung gibt, wonach sie jedoch nicht schlechter gestellt werden, sondern nach wie vor, auch wenn sie nicht in den Kommunalrahmen passen, selbstverständlich unter den Prinzipien Subsidiarität, Trägervielfalt, Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gefördert werden.

Wir haben folgenden Weg gewählt. Wir haben gesagt: Für Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet beträgt der gesetzliche Anspruch mindestens 31,5 % der Betriebsausgaben, also die Hälfte des Anspruchs der anderen Einrichtungen. Darüber hinaus wird jetzt ausdrücklich – auch mit Zustimmung des Landkreistags – darauf verwiesen, dass künftig der örtliche Träger der Jugendhilfe – das ist der Landkreis – für die Kostenerstattung durch die Ge-

(Dr. Noll)

meinden zu sorgen hat, die Kinder in Einrichtungen, die nicht auf ihrem Kommunalgebiet liegen, entsenden.

Das heißt also: Wir haben in der Tat eine Besserstellung. Wir wissen doch, dass es bisher, wenn sich eine Gemeinde schlicht und einfach geweigert hat, für Kinder, die im Nachbarort in den Waldorfkindergarten gehen, zu zahlen, nicht möglich war, gerichtlich – zumindest vorläufig – etwas zu erstreiten. Jetzt haben wir eine Regelung, die besagt: Künftig wird der Landkreis zwar nicht selber zahlen, aber dafür sorgen, dass die 63 % erreicht werden. Genau das ist die Intention: dass die dann gleichgestellt werden.

Abschließend sage ich, um alle Ängste ein Stück weit wegzunehmen – Kollege Haas hat ganz klar gesagt, diese Vorgabe sei gerichtsbelastbar; es nützt aber den Leuten nichts, wenn sie einen langen Gerichtsweg beschreiten müssen; und ich glaube, ich darf den Kollegen Haas mit einschließen –: Wir werden vom Land aus beobachten, ob diese von uns nicht erwartete, aber von vielen befürchtete, weil von Ihnen auch geschürte und angestiftete Entwicklung,

(Beifall bei der CDU)

dass freie Träger rausgedrängt werden, eintritt. Wenn dies eintreten sollte, dann werden wir natürlich nicht abwarten, bis irgendwelche Gerichte entscheiden,

(Abg. Zeller SPD: Dann zahlen Sie?)

sondern dann sind wir durchaus bereit, das gesetzlich konkret zu regeln.

Noch einmal: Ich biete mich – ich möchte fast sagen: in Person – als Quasi-Ombudsmann an.

(Abg. Zeller SPD: Übernehmen Sie sich mal nicht!)

Wir wollen jetzt sehen, wie diese Regelungen, deren Sinn und Ziel für den, der wirklich lesen kann und lesen will, ganz klar sind, beachtet werden. Wer gegen den Geist dieses Gesetzes verstößt, der wird es mit uns zu tun bekommen!

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD:
Und warum schreiben Sie es nicht in das Gesetz hinein?)

– Weil wir ein ganz schlankes Gesetz gemacht haben, in dem wir das Subsidiaritätsprinzip und das Konnexitätsprinzip wirklich ernst genommen haben.

(Abg. Birzele SPD: Den Zuschussbetrag hätten Sie hineinschreiben können! Sie hätten keine zwei Regelungen gebraucht!)

Ich bin nach wie vor sehr zuversichtlich, dass dies auch von allen Beteiligten künftig so umgesetzt wird, zum Wohle der Familien in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Dr. Noll, gestatten Sie noch die Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist jetzt eine Nachfrage.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Dr. Noll, darf ich Ihre letzten Ausführungen so verstehen, dass Sie für den Fall, dass freie Kindergartenträger weniger als 63 % Förderung erhalten, eine Änderung des Gesetzes hier im Landtag anstreben werden?

(Abg. Zeller SPD: Er zahlt! – Abg. Birzele SPD:
Noll zahlt selber!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn die Regelung, die Vorgabe des Gesetzes, dass unter Moderation des Kreises künftig für die Kostenerstattung gesorgt wird, damit sich die Entscheidungskommunen nicht aus der Verpflichtung stehlen können, nicht ernst genommen wird, dann werden wir gesetzlich reagieren müssen.

(Abg. Zeller SPD: Wie?)

Ich gehe davon aus – und dazu können wir und Sie alle ein Stück weit mit beitragen –, dass man die Beteiligten vor Ort darauf hinweist.

(Abg. Zeller SPD: Es hätte zu mehr Rechtssicherheit beigetragen, wenn Sie dies geklärt hätten!)

Wir haben jetzt Zeit bis 1. Januar 2004, um all dies in die Gänge zu bringen. Wenn irgendein Landkreis sagt: „Wir sind ja dafür gar nicht zuständig“, dann dürfen Sie ihm alles, was wir hier beschlossen haben, vorlegen und dafür sorgen, dass das vor Ort möglichst so durchgesetzt wird, wie wir es uns als Gesetzgeber eigentlich wünschen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD:
Warum so kompliziert? Schreiben Sie es doch hinein!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Gesetzentwurf in großem Einvernehmen der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden und den freien Trägern erstellt worden ist, ist es nie zu spät, auch nicht kurz vor neun, noch Verbesserungsvorschläge einzubringen, damit dieses Gesetz tatsächlich ein gutes Kindergartengesetz wird.

Nachdem wir in der ersten Lesung und auch im Sozialausschuss schon ausführlich diskutiert haben, möchte ich mich auf zwei Punkte beschränken, zu denen wir heute auch einen Änderungsantrag eingebracht haben.

Auch wenn Herr Haas und Herr Dr. Noll gleich wieder zu toben und zu schreien anfangen, möchte ich doch feststellen, dass es in diesem neuen Kindergartengesetz nach wie vor Schlechterstellungen gibt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

Es gibt eine Schlechterstellung für Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein! Gibt es nicht!)

Die jetzt vorgesehene gesetzliche Regelung ist eine Verschlechterung für Waldorf-, Wald- und Betriebskindergärten,

(Brigitte Lösch)

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein!)

und es geht mir hier nicht um die Subsidiarität, es geht nicht um die freien Träger prinzipiell – freie Träger sind unter anderem auch die Kirchen –, es geht auch um die Waldorfkinderergärten. Da ist in § 8 Abs. 2 des Gesetzentwurfs nachzulesen:

Für Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet können Ausnahmen zugelassen werden.

Das heißt, sie haben keinen Rechtsanspruch auf einen Zuschuss. Stattdessen begründet die Gesetzesnovelle eine Kannregelung. Das ist eine Verschlechterung gegenüber dem Status quo.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, das ist keine Verschlechterung!)

Und wenn Sie jetzt schon anbieten, Herr Dr. Noll, die Entwicklung beobachten zu wollen, heißt das, dass es offensichtlich eine gewisse Gefahr gibt. Sie wissen, dass es schon jetzt Fälle gibt, in denen Waldorfkinderergärten keine Zuschüsse bekommen.

(Abg. Birzele SPD: Richtig!)

Mir geht es auch nicht nur um den Bestandsschutz, sondern mir geht es darum, dass es nach wie vor Waldorfkinderergärten gibt, die bisher noch keine Förderung bekommen und die zukünftig in die Bedarfsplanung aufgenommen werden wollen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist ja kein Thema!)

Das ist rechtlich nicht geregelt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Natürlich!)

weil im Gesetzentwurf hinsichtlich der Zulassung von Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet nur eine Kannregelung steht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

Das ist Fakt, auch wenn Sie es schönreden oder gesundbeten wollen. Das ist eine Schlechterstellung für Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Das unterstellen Sie! Das ist falsch!)

Sie wissen auch, dass es ein Rechtsgutachten gibt, das die Waldorfkinderergärten in Auftrag gegeben haben und das zum Ergebnis kommt

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt auch nicht!)

– da können Sie nicht sagen: „Das stimmt nicht!“, denn das gibt es –, dass die Formulierung des § 8 dieses Gesetzentwurfs rechtswidrig sei.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber das stimmt nicht mehr! Wir haben den Gesetzentwurf geändert!)

Jetzt warten wir einmal ab, wie das ausgeht, und dann können wir noch einmal darüber diskutieren.

Zum Schluss möchte ich noch einen anderen Punkt aufgreifen, nämlich die geplante Neuregelung im Finanzausgleichsgesetz, zu der wir ebenfalls einen Änderungsvorschlag eingebracht haben. Mir geht es um die Orientierung künftiger Zuschüsse an den Beträgen, die im Jahr 2002 ausbezahlt wurden. Das bedeutet, dass Einrichtungsträger, die im Jahr 2003 neue Kindergärten oder neue Gruppen eröffnen und ihre Betreuungsangebote erweitern, bei dieser Zuschussregelung für die Gemeinden nicht mehr berücksichtigt werden und somit ganz klare finanzielle Nachteile erleiden. Aus unserer Sicht ist es unbedingt notwendig, den Zuschuss nicht auf Basis des Jahres 2002, sondern des aktuellen Kindergartenjahres zu berechnen.

Ich möchte die Argumentation der Landesregierung, wie sie der Sozialminister im Sozialausschuss vorgetragen hat, zitieren:

Wäre stattdessen das Jahr 2003 zugrunde gelegt worden, hätten möglicherweise viele Kommunen noch die Gelegenheit genutzt, hohe Ausgaben zu tätigen, um somit den ihnen gewährten Fördersatz anzuheben.

Ich frage Sie: Wer hat denn da ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Kommunen, die Landesregierung oder wir?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Nein! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hat sich mir jetzt nicht erschlossen! – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

– Soll ich das noch einmal erklären?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Also, die Gefahr – – Nein. Ich erkläre es Ihnen nachher, Herr Dr. Lasotta.

(Heiterkeit – Abg. Kleinmann FDP/DVP: In der Lobby!)

– Ja, in der Lobby. So machen wir das.

Wir stehen einer Kommunalisierung der Kindergartenförderung nicht prinzipiell negativ gegenüber, wenn die Rahmenbedingungen für die Kommunen stimmen. Die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gesetzten Rahmenbedingungen stimmen aber nicht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das haben die Kommunen selber ausgearbeitet!)

Weil Sie vorher auch nach Praxisbeispielen gefragt haben, zitiere ich aus einem Brief der Gemeinde Ehrenkirchen:

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso hat Ehrenkirchen eigentlich nicht die CDU-Fraktion angeschrieben?)

Da auch die Finanzen unserer Kommunen sehr knapp bemessen sind, können wir, wenn diese geplante Zuschussregelung durchgesetzt wird, die von der Landesregierung gewünschte Verbesserung der Betreuungsformen in unserer Gemeinde aus Kostengründen nicht mehr anbieten.

(Brigitte Lösch)

Durch die neue Zuschussregelung auf der Basis des Jahres 2002 anstatt des Jahres 2003 würden dieser Kommune 80 000 € pro Jahr verloren gehen. Für mich bedeutet das, dass dieser Gesetzentwurf nicht das erfüllt, was wir uns unter einem kinder- und familienfreundlichen Baden-Württemberg vorstellen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Zielsetzungen – ein bedarfsgerechtes Angebot von Betreuungseinrichtungen, eine pädagogische Qualität, die in Mindeststandards festgelegt ist, und die Stärkung des Bildungsauftrags – sind durch den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf nicht gewährleistet. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf auch nicht zustimmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist schade! – Abg. Seimetz CDU: Dann gehen wir ins Wasser! – Abg. Alfred Haas CDU: Wieso haben wir den Brief aus Ehrenkirchen nicht gekriegt?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist ein Meilenstein für den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Er gründet auf einem Konsens von Land, Kommunen, Kirchen und anderen freien Trägern. Dies ist doch eine gute und verlässliche Grundlage.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Alle Beteiligten – und ich betone ausdrücklich: alle – stehen zu diesem Konsens. Sie werden ihr weiteres Handeln danach ausrichten. Übrigens gilt das auch für die Berechnungsbasis 2002. Alle Beteiligten, auch die Träger, haben dies so gewünscht.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung spiegelt diese Übereinkunft wider. Es war daher richtig und zielführend, dieses Gesamtpaket in den Beratungen nicht mehr aufzuschnüren, denn alle Argumente, die in den vergangenen Wochen in den parlamentarischen Beratungen eine Rolle gespielt haben, sind in gemeinsamen Arbeitsgruppen, die für die Kinderbetreuung im Land Baden-Württemberg verantwortlich sind, eingehend erörtert worden. Die parlamentarischen Beratungen haben aber auch gezeigt, dass der Entwurf die richtigen Inhalte und Akzente setzt.

Welches sind die Kernelemente? Erstens: Wir erweitern das Kindergartengesetz um die Angebote in der Kleinkindbetreuung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir haben im Gesetzentwurf, aber auch im Haushalt ganz bewusst einen Akzent gesetzt. Unser Ziel ist es, den Ausbau

der Betreuungsangebote in den Krippen und in der Tagespflege weiter voranzubringen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb stellen wir ab 2003 für den Ausbau der Kleinkindbetreuung zusätzliche Mittel in Höhe von 7 Millionen € zur Verfügung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wenig! – Abg. Zeller SPD: Ein Tropfen auf den heißen Stein ist das!)

Natürlich kenne ich den Wunsch von Ihnen und von den Kommunen, noch mehr zur Verfügung zu stellen. Aber wir wollen nur einen Anreiz geben, dort weiterzuarbeiten.

(Abg. Zeller SPD: Heißt das, dass die Kommunen jetzt zahlen sollen, oder was heißt denn das?)

Im Übrigen möchte ich eines hier noch einmal ganz klar festhalten: Wenn hier in diesem Hause jemand beratungsresistent ist, dann sind Sie das, Frau Wonnay,

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

weil Sie seit Wochen und Monaten

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Seit Jahren!)

die immer gleichen alten Zahlen falsch in den Raum stellen, wie viele Kinder im Alter bis zu drei Jahren betreut werden. Wir haben es anhand von Statistiken wiederholt nachgewiesen, aber Sie nehmen es immer noch nicht zur Kenntnis, und auch heute noch, nach vielen Monaten, nennen Sie falsche Zahlen.

(Abg. Seimetz CDU: Wer nicht hören will, der hört halt nicht!)

Beratungsresistent sind in diesem Punkt mit Sicherheit Sie, nicht Alfred Haas.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das wird nicht dadurch richtiger, dass Sie das behaupten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die von der SPD-Fraktion im Sozialausschuss beantragte zusätzliche Bereitstellung von 90 Millionen € für den Ausbau der Kinderbetreuung ist finanzpolitisch unseriös. Das ist nichts anderes als ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft unserer Kinder.

(Abg. Zeller SPD: Der Scheck ist gedeckt!)

Der Antrag knüpft im Grundsatz an den Gesetzentwurf der SPD an. Aber die SPD-Fraktion hat diesen Entwurf – wie ich meine, zu Recht – zurückgezogen. Denn er verkennt nicht nur die finanzpolitischen Realitäten, er verkennt auch die gesetzlich vorgeschriebene Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen bei der Kinderbetreuung.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wonnay?

Sozialminister Dr. Repnik: Ja bitte, gerne. Frau Wonnay, bitte.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass – wie ich bereits in der ersten Lesung ausgeführt habe – wir unseren Gesetzentwurf deshalb zurückgenommen haben, weil er vom dualen Finanzierungssystem ausging und wir die neue finanzielle Grundlage akzeptieren, dass wir aber die Inhalte unseres Gesetzentwurfs – wie ich auch in meiner Rede skizziert habe – nach wie vor aufrechterhalten, weil sie wirklich die zentralen Antworten auf die Zukunftsaufgaben geben?

(Beifall bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Jetzt reicht ein einfaches Ja!)

Sozialminister Dr. Replik: Ich bin bereit, dies zur Kenntnis zu nehmen, ja.

(Abg. Birzele SPD: Aber nicht, Konsequenzen zu ziehen!)

Wir führen mit unserem Gesetzentwurf kommunale Aufgabenverantwortung mit der kommunalen Finanzverantwortung zusammen. Nicht zuletzt in diesem Punkt ist unser Gesetzentwurf bundesweit vorbildlich.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

Ich freue mich darüber, dass dies offenbar auch parteiübergreifender Konsens in diesem hohen Hause ist. Denn nach den Beratungen ist auch für die Opposition die so genannte Kommunalisierung – Frau Lösch hat es ja gesagt, und ich darf hier zitieren – in der Tat sachgerecht und zielführend. So sagte sie im Ausschuss.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sollten dabei allerdings nicht stehen bleiben, sondern Sie sollten auch bereit sein, den Kommunen das hierfür erforderliche Vertrauen entgegenzubringen.

(Abg. Birzele SPD: Und Sie sollten das Geld bringen!)

– Herr Vizepräsident Birzele,

(Abg. Birzele SPD: Frau Vizepräsidentin Fauser präsiert! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Bringen Sie den Minister nicht aus dem Konzept!)

wir haben doch nun wirklich in epischer Breite besprochen, dass es eine ganz wichtige kommunale Pflichtaufgabe ist, Kinderbetreuung zu organisieren und auch zu bezahlen. Also bitte kommen Sie mit diesem Spruch jetzt nicht mehr. Ich habe gedacht, wir seien da am Ende angelangt. Auch andere haben gesagt: Kommunalisierung ist in Ordnung. Jetzt fangen Sie wieder an.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Sozialminister Dr. Replik: Aber bitte, gerne.

(Abg. Birzele SPD: Sie geben für viele kommunale Aufgaben Geld!)

Abg. Zeller SPD: Herr Minister, zur Kommunalisierung: Teilen Sie die Auffassung Ihres Kollegen Haas, dass dieje-

nigen Kommunen und Bürgermeister, die sich gegen diesen Gesetzentwurf aussprechen, mit finanziellen Konsequenzen zu rechnen haben?

(Abg. Fischer SPD: Kein Geld kriegen! – Abg. Alfred Haas CDU: Auch die Kommunen müssen Anträge stellen, um an die Gelder der Kleinkindbetreuung zu kommen! Wer keinen Antrag stellt, kriegt kein Geld! – Weitere Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CDU)

Sozialminister Dr. Replik: Ich gehe davon aus, dass unsere Kommunen, unsere Gemeinderäte, unsere Bürgermeister vor Ort ihre Verantwortung schon längst erkannt haben,

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dass sie gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden, mit Städtetag und Gemeindetag in die Verantwortung gehen, wie sie es in den letzten Jahren schon gemacht haben, und dass sie Kindergärten ausbauen. Zu 75 % bezahlen sie heute schon selbst. Deswegen glaube ich, dass Gemeinderäte vor Ort und Bürgermeister vor Ort sehr wohl – –

(Abg. Hauk CDU: Die haben Vertrauen!)

– Natürlich haben die Vertrauen.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Nicht nur Gottvertrauen, sondern auch Vertrauen in die Kommune! Und in den Ministerpräsidenten und in den Sozialminister! – Abg. Zeller SPD: Die Frage ist nicht beantwortet!)

– Natürlich ist die Frage beantwortet. Natürlich wird es keine Konsequenzen geben, weil das Geld nach dem Finanzausgleich nach Kinderzahl und Gruppenstärke verteilt wird. Das ist doch selbstverständlich. Aber das machen nicht wir, sondern das machen die Kommunen vor Ort.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Nagel SPD: Das ist in Ordnung! – Abg. Alfred Haas CDU: Die Gemeinden müssen einen Antrag stellen! – Weiterer Zuruf: Also Replik gegen Haas! – Abg. Alfred Haas CDU: Die Gemeinden müssen Anträge stellen! Wer keinen Antrag stellt, kriegt keines!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Ihr Ruf nach Rahmenbedingungen und zusätzlichen Reglementierungen immer stärker wird, gehe ich davon aus, dass Sie eben nicht das nötige Vertrauen in die Kommunen haben. Wenn Sie immer mehr Forderungen nach verbindlichen Vorgaben, nach gesetzlichen Qualitätsstandards stellen, dann liegen Sie einfach falsch. Wir wollen als Landesregierung keine zusätzlichen Reglementierungen und Vorschriften. Im Gegenteil, wir wollen Bürokratie abbauen und die Regelungsflut eindämmen.

Ich habe stets betont und wir haben stets betont: Das Land verbindet mit dem neuen Kindergartengesetz ganz bewusst auch einen Vertrauensvorschuss an die Kommunen. Wir sind davon überzeugt, dass die Kommunen auch ohne enges gesetzliches Korsett ihrer Aufgabenverantwortung weiterhin gerecht werden, wie sie es in den letzten Jahren und Jahrzehnten schon getan haben.

(Minister Dr. Repnik)

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Die CDU hat den Einsatz verpasst!)

Sie werden unsere Kinder und Familien nicht – wie Sie, Frau Kollegin Wonnay, befürchten –, auf gemeindlicher Ebene im Regen stehen lassen. Das können sie sich gar nicht leisten. Hiergegen spricht gerade auch die neue Aufgabe der gemeindlichen Bedarfsplanung. Denn wer sonst als die jeweilige Gemeinde könnte besser entscheiden, wie das örtliche Betreuungsangebot auszugestaltet ist? Und wer könnte besser als die Gemeinde die Gesichtspunkte der Pluralität und Subsidiarität des Betreuungsangebots sowie die Wünsche und Interessen der Eltern und ihrer Kinder in die Planungen einbeziehen? Das kann doch nur vor Ort geschehen. Von oben verordnete Bedarfsfestlegungen sind sicherlich nicht der richtige Weg. Ich sage das ganz bewusst im Hinblick auf die von der rot-grünen Bundesregierung angekündigte Festlegung einer bundesweiten Quote von 20 % für Betreuungsangebote für unter Dreijährige. Das ist ein falscher Ansatz. Wir haben das stets betont.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber das Geld nehmen Sie!)

Die Versorgungsangebote müssen vor Ort nach dem örtlichen Bedarf entschieden werden. Unser Gesetz stellt für die gemeindliche Bedarfsplanung das richtige Instrument zur Verfügung.

Es wird immer wieder gesagt – es wurde auch heute wieder gesagt –, es gebe eine Benachteiligung gemeindeübergreifender Einrichtungen. Der Gesetzentwurf führt nicht zu einer Benachteiligung von Kindergärten mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet. Wir haben im Sozialausschuss mehrfach ausführlich darüber diskutiert. Dabei ist klar geworden – vielleicht nicht ganz verstanden worden, aber klar geworden –, dass die Befürchtungen unbegründet sind. Ich werde das in vier Punkten zusammenfassen.

Unser Gesetzentwurf verknüpft den Förderanspruch mit gemeindlicher Bedarfsplanung. Damit beschränken wir den Einsatz öffentlicher Mittel auf die Vorhaben, die dem tatsächlichen örtlichen Bedarf entsprechen. Eine davon abweichende Praxis wäre ordnungspolitisch und haushaltspolitisch verfehlt. Das ist doch klar.

Zweitens: Unser Gesetzentwurf weicht von diesem Grundsatz nur bei einer Fallkonstellation ab. Dabei begünstigt er gemeindeübergreifende Einrichtungen gegenüber anderen freien Trägern.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So, jetzt!)

Denn nur für diese Einrichtungen kann natürlich eine Gemeinde eine Ausnahme von der sonst notwendigen Übereinstimmung mit der gemeindlichen Bedarfsplanung gewähren.

Ich habe auch wiederholt darauf hingewiesen, dass die Entscheidung über eine Ausnahme im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde liegt. Dies ist auch in der Gesetzesbegründung nochmals klargestellt. Dabei ist die Gemeinde gut beraten, eine sorgfältige Interessenabwägung vorzunehmen; denn diese ist gerichtlich nachprüfbar.

Eines ist doch auch klar: Der neue Förderanspruch für gemeindeübergreifende Einrichtungen entspricht nicht nur der Höhe der bisherigen Förderung, sondern er ist sogar höher: statt 28 % jetzt 31,5 %. Also auch dies ist verbessert worden.

Alles in allem steht damit sachlich fest: Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet werden durch das neue Recht nicht benachteiligt. Sie haben allerdings – wie alle anderen Einrichtungen freier Träger auch – keinen Förderanspruch von der gemeindlichen Bedarfsüberlegung losgelöst. Diese Lösung ist nicht nur sachgerecht, sondern sie entspricht auch den Interessen der Beteiligten.

Natürlich ist klar: Man kann nicht einfach heute hergehen und wegen jedem Bedarf einen Kindergarten gründen, wie es einem gerade passt, und dann sagen: „Du, Gemeinde, zahl!“ Es muss also schon in den Bedarf hineinpassen. Das ist doch völlig klar. Man kann nicht einfach einen Kindergarten gründen und sagen: „Jetzt zahlt ihr also auch.“ Das muss in die Bedarfsplanung dieser Gemeinde hineinpassen.

Frau Lösch, dieser Gesetzentwurf führt zu keiner Verschlechterung bei der integrativen Betreuung. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen doch vielmehr, dass die Betreuung und Erziehung der behinderten Kinder gemeinsam in Gruppen mit Kindern ohne Behinderung weiter ausgebaut wird, wie das schon in den letzten Jahren gemacht worden ist.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Der geänderte Wortlaut des Gesetzes stellt doch klar: Die integrative Betreuung gilt grundsätzlich als allgemeines Postulat für alle Einrichtungen. Das ist weiter gehend als die bisherige Fassung. Aber jeder, der mit integrativer Betreuung Erfahrungen gemacht hat, weiß doch, dass hierfür von den Einrichtungen besondere personelle und auch räumliche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Dies macht die neue Gesetzesformulierung auch deutlich. Wir wollen im Interesse von behinderten Kindern die richtige Förderung auf den Weg bringen.

Vielleicht noch zu einem Punkt, der immer wieder angesprochen wird: zur Klarstellung des Bildungsauftrags. Wir haben dieses – Klarstellung und Konkretisierung – im Gesetz selbst nicht festgeschrieben. Wir regeln im Gesetz nur, was dort auch zu regeln ist. Die zentralen Elemente des Bildungsauftrags sind wesentlicher Bestandteil der Zielsetzungen von Elementarerziehung. Das haben wir festgeschrieben. Und das Kultusministerium wird dies entsprechend dem gesetzlichen Auftrag – die Frau Ministerin wird morgen etwas dazu sagen – unter enger Beteiligung der Trägerverbände entwickeln. Dabei wird, wie im Gesetz ausdrücklich betont, der ganzheitlichen Sprachförderung eine zentrale Rolle zukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns, für die Landesregierung steht insgesamt fest: Das neue Kindergartengesetz stellt eine gute, verlässliche Grundlage für den weiteren Ausbau der Betreuungsangebote im Lande dar.

(Abg. Zeller SPD: Leider nicht!)

(Minister Dr. Repnik)

Den Kommunen fällt eine Schlüsselrolle zu. Wir haben Vertrauen, dass sie dieser Verantwortung gerecht werden. Ich bitte Sie deswegen auch, diesem Gesetz zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen in der Allgemeinen Aussprache liegen nicht mehr vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/1739.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 13/1884. Der Sozialausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Kindergartengesetzes

Dazu rufe ich Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1930-1, sowie die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1930-2, auf. Der aufgerufene Abschnitt und die genannten Ziffern sind identisch.

Ich lasse zunächst hierüber abstimmen.

(Abg. Birzele SPD: Die gehören doch zu § 8!)

– Das kommt noch. – Wer Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/1930-1 und den Ziffern 1 und 2 des Antrags Drucksache 13/1930-2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der genannte Abschnitt und die beiden Ziffern sind mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Artikel 1 des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Artikel 1 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Hier ist aufgrund des Artikels 7 des Haushaltsstrukturgesetzes, das heute beschlossen wurde, nach Veröffentlichung im Gesetzblatt die Angabe über die letzte Änderung des Finanzausgleichsgesetzes im Einleitungssatz noch anzupassen.

Zu Artikel 2 rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1930-1 Abschnitt II, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1930-2 Ziffer 3, auf.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1930-1 Abschnitt II, abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Abschnitt II dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1930-2 Ziffer 3. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Ziffer 3 dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Artikel 2 mit der erwähnten Maßgabe im Einleitungssatz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Artikel 2 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Neubekanntmachung

Wer dem Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Artikel 3 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer dem Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Artikel 4 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 26. März 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Kindergartengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Zurufe)

Gegenprobe! –

(Unruhe)

Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Energiepolitische Konzeption für Baden-Württemberg – Drucksache 13/914

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Finanzministeriums – Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes – Drucksache 13/1222

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung jeweils fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir wollten uns heute Abend über die energiepolitische Konzeption für Baden-Württemberg unterhalten. Ich stelle fest: Es gibt in Baden-Württemberg keine energiepolitische Konzeption.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oi!)

Denn Sie, meine Damen und Herren, haben sich zwar vorgenommen, den Anteil der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln. Sie müssen aber selbst feststellen und das auch der Presse immer wieder einmal mitteilen, dass Sie nichts erreicht haben. Außer dem Wenigen von 1997 bis 2000 – auch im Energiebericht nachzulesen – haben Sie nichts erreicht. Das Wenige, was von 2000 bis 2002 erreicht wurde, war zum Großteil einzig und allein den Förderprogrammen im Bund zuzuschreiben. 40 % der Investitionen werden durch vielfältige Bundesförderprogramme losgetreten, 30 % werden durch das EEG losgetreten, 20 % treten die Kommunen los, und vom Land kommen nur 10 %.

(Abg. Birzele SPD: Unerhört!)

Wir hätten jetzt seit fast zwei Stunden die Chance, uns beim VDEW über die Novellierung des EEG zu unterhalten. Sie, Herr Kollege Hauk, haben dafür gesorgt, dass wir das nicht können. Ihre Fraktion hat das EEG auf Bundesebene in der Vergangenheit immer abgelehnt. Sie wollen die Dinge, die wir durch das EEG sogar machen können – die Windkraft, also Teile aus dem EEG –, durch das Landesplanungsgesetz, das Sie verabschieden wollen, sogar noch behindern, weiter nach hinten drehen. Ich muss Ihnen sagen: So wird das nicht funktionieren. Ich bin mir sicher: Es gibt auch zukünftig mit solchen bornierten Sturköpfen wie Ihnen, Herr Hauk, keine energiepolitische Konzeption.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Kann man das so lassen, „bornierter Sturkopf“? Frau Präsidentin, das war eine glatte Beleidigung!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Dr. Witzel: „Frau Präsidentin“, bitte! Auch zu dieser späten Stunde!)

Nachdem es jetzt 21:20 Uhr ist, möchte ich mich kurz fassen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich möchte diese kurze Fassung aber nicht nutzen, um einen Rundumschlag vorzunehmen. Das hätte die Energiepolitik

dieses Landes sicherlich verdient. Vielmehr möchte ich in dieser kurzen Fassung unseren Antrag vorstellen.

Eine nachhaltige Energiepolitik hat drei Standbeine: die Energieeinsparung, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die effiziente Energieumwandlung, sprich den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Unser Antrag richtet sich speziell auf den dritten Punkt, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Ich glaube, in diesem Haus besteht große Einigkeit, dass die Kraft-Wärme-Kopplung ein ganz wesentliches Element zur Reduzierung von CO₂ und somit für eine nachhaltige Energiepolitik darstellt. Die Kraft-Wärme-Kopplung wird daher auch als Arbeitspferd des Klimaschutzes bezeichnet.

In ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag zeigt die Landesregierung die großen Potenziale, aber auch die Verpflichtung auf. Derzeit haben wir nur etwa 8 % unseres Wärmebedarfs mit Kraft-Wärme-Kopplung abgedeckt. Bis zum Jahr 2050 könnte das auf 50 % gesteigert werden. Das ist aber ein sehr anspruchsvolles Ziel. Ich glaube, wir müssen uns in den nächsten Jahren dieser Aufgabe verstärkt widmen.

Lassen Sie mich zu dieser Aufgabe jetzt in der gebotenen Kürze nur drei Punkte nennen.

Erstens: Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ist auch eine Chance für den Wirtschaftsstandort. Ohne Zweifel ist die Technik der Brennstoffzelle eine Zukunftsoption. Aber es wird noch dauern, bis das in der Breite umgesetzt wird. Deshalb wird die Kraft-Wärme-Kopplung im nächsten Jahrzehnt sicherlich vorwiegend über die klassische Technik, sprich Motor plus Generator, laufen. Das bedeutet, dass gerade im Wirtschaftsland Baden-Württemberg, wo der Automobilbau zu Hause ist, große Chancen für neue Aufträge vorhanden sind, wenn die Kraft-Wärme-Kopplung hier ausgebaut wird. Das heißt, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ist eine Chance für den Wirtschaftsstandort. Er nützt der Ökologie und auch dem Arbeitsmarkt.

Zweitens: die Bundesebene. Die Bundesregierung hat klar gesagt: Wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung fördern. Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz ist in Kraft getreten. Es gewährt der Kraft-Wärme-Kopplung einen Schutz im liberalisierten Strommarkt. Das ist gut und richtig. Aber die Energieversorgungsunternehmen haben das konterkariert, indem sie zu dem Zeitpunkt, als das Gesetz in Kraft trat, ihre Einspeisevergütungen reduziert haben. Deshalb ist infrage gestellt, ob dieses Gesetz seine gewünschte Wirkung entfaltet. Aber im Jahr 2004, also nächstes Jahr, soll ein Monitoring stattfinden: Was wurde erreicht? Dann ist dieses Gesetz eventuell nachzuzustieren. Das ist eine Aufgabe, die noch ansteht.

Der dritte Punkt: das Land als Vorbild. Das Land hat einen umfangreichen Gebäudebestand, der natürlich auch vorbildhaft mit Kraft-Wärme-Kopplung versorgt werden kann. Die Antwort der Landesregierung zeigt, dass hier schon einiges gelaufen ist: 50 % Wärmeversorgung über Kraft-Wärme-Kopplung bei Landesgebäuden sind sicherlich nicht schlecht. Das ist ein guter Standard. Aber es kann noch weitergehen.

Ich darf ein Beispiel nennen. Das Fernheizwerk II der Universität Tübingen könnte realisiert werden. Das Projekt

(Dr. Witzel)

liegt fertig vor. Es könnten 10 000 Tonnen CO₂ pro Jahr bei diesem einzelnen Projekt eingespart werden, und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zeigt, dass das Ganze wirtschaftlich zu machen ist. Aber es ist von der Landesregierung zurückgestellt worden, und zwar allein deshalb, weil die Strompreise möglicherweise sinken und es dann nicht mehr wirtschaftlich wäre. Das kann es nicht geben.

Wir treten daher dafür ein, dass dieses Projekt umgesetzt wird, dass die KWK im Land verstärkt wird. Es wäre ein Erfolg dieser späten Debatte, wenn sie Anlass gäbe, dass dieses Projekt auf den Weg kommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer eine energiepolitische Konzeption erarbeiten will, sollte sich genau überlegen, was funktioniert und was nicht. Ich halte vor allem sehr viel davon, dass neben der effizienten, umweltschonenden und kostengünstigen Produktion von Kilowatt auch gerade Kilowatt gespart werden. Hierfür käme als Energiesparmaßnahme unter anderem infrage, dass man auch im Landtag früher das Licht ausschaltet.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Beifall des Abg. Seimetz CDU)

Dies, meine Damen und Herren, gönne ich uns allen. Ich gebe meine Rede zu Protokoll und hoffe, dass Sie mein feines und ausgewogenes Energiekonzept mit Interesse lesen werden,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ist das jetzt Ihre Rede? – Abg. Birzele SPD: Entweder gibt man eine Rede zu Protokoll, oder man hält eine Rede! Man kann nicht beides!)

und zwar auch Sie, Herr Knapp, denn eines ist auch klar: Fünf freche Sprüche sind auch kein Konzept.

Danke.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Ausgezeichnet! – Mit dem Einverständnis der Sitzungspräsidentin wird die Rede der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU zu Protokoll genommen [siehe Erklärung zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts].)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon so eine Sache mit unserem Thema. Beim letzten Mal war es auch der letzte Tagesordnungspunkt. Da waren noch zehn Minuten vorgesehen, jetzt eigentlich weniger als fünf. Damals waren es drei Themen, unter anderem Energiewende und Atomausstieg. Das wurde dann abgesetzt. Das ist wohl nicht mehr wichtig.

(Abg. Fischer SPD: Nein, nein, Moment! Das hat die Verwaltung gemacht!)

– Okay. – Die Konzeption, über die wir reden, bezieht sich nur in der Überschrift auf eine Konzeption. Darunter steht der Antrag, in dem gefragt wird, warum man die Anteile an der GVS veräußert. Aber im Grunde genommen kann man über alles reden, nur nicht über fünf Minuten. So ist das gedacht, denke ich einmal.

(Abg. Zeller SPD: Sie dürfen auch kürzer reden!)

– Also darf ich ein bisschen länger reden. Gut.

Leider ist es so: Es handelt sich hier in der Tat um ein Zukunftsthema. Als vor wenigen Wochen hier der Liberale Jugendtag das gleiche Thema, nämlich „Atomkonsens – Atomnonsens?“ und erneuerbare Energien behandelte, war der Raum hier rappeldickevoll, allerdings zu einer etwas günstigeren Tageszeit. Wir haben dort – ich möchte es einfach noch einmal erwähnen – renommierte Fachleute gehabt, etwa von den Energieinstituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und vom Forschungszentrum Karlsruhe. Da wurde uns noch einmal klar gemacht, was wir alle wissen: dass ein kompletter kurzfristiger Ausstieg aus der Kernkraft bei 57 % Atomstrom, den wir gegenwärtig noch beziehen, natürlich nicht kompensierbar ist, dass allerdings die Streckung auf 20 Jahre ausreichend sei, um den Aufbau von Ersatzkraftwerkskapazitäten zu erreichen, aber sicher nicht allein durch erneuerbare Energien, sondern eben durch zusätzliche, fossil befeuerte thermische Kraftwerke.

Ich sage das einfach deshalb, weil das ja mit dem Thema der Konzeption ist. Wir haben dort übrigens gehört, dass die Kernkraft keineswegs out ist, wie man immer sagt. Allein China plant gegenwärtig 100 neue Atomkraftwerke. In Finnland wird in diesem Jahr der Startschuss für ein weiteres gegeben. Neue Sicherheitstechnik soll sogar den Super-GAU beherrschen, und die Entsorgungsverbesserung durch Transmutation soll die Strahlungszeit von 100 000 Jahren auf 300 Jahre senken. Ich sage nur: Ganz so, dass sich da gar nichts täte, ist es, glaube ich, nicht. Wir sehen den Ausstieg so, wie er von Rot-Grün gewollt war, nicht als Lösung an.

(Abg. Knapp SPD: Den Atomausstieg diskutieren wir später!)

Aber wir wollen alles Mögliche tun, um die Auswirkungen so verträglich wie möglich zu halten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir erlauben uns nur, auf einen Zielkonflikt hinzuweisen. Das muss doch erlaubt sein. Ihr Szenario in der Koalitionsvereinbarung mit 40 % weniger CO₂ bis 2020 und einem Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet eben mehr Importabhängigkeit von Gas und Öl und 250 Milliarden € an zusätzlichen Kosten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Richtig!)

Dies hat Prognos im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums herausgefunden. Ich weiß, man muss da immer auf ein mehrfaches Bündel von Szenarien setzen. Aber schließlich steht das in Ihrer Koalitionsvereinbarung im Bund.

(Hofer)

Lassen Sie mich noch ganz kurz sagen: Trotz der Frage „Atomnonsens oder Atomkonsens?“ setzen wir voll auf Einsparung und Energieeffizienz sowie auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger und natürlich auch der Windkraft. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Dies tun wir nicht nur wegen der Verringerung der CO₂-Belastung. Wir wissen auch, dass die erneuerbaren Energien eine große wirtschaftliche Bedeutung haben. Ich habe mir die ganzen Zahlen aufgeschrieben, aber Sie kennen sie selbst.

Darüber hinaus muss man sehen – es ist vielleicht noch wichtig, darauf hinzuweisen –, dass die Energiekosten wegen der Verknappung der fossilen Brennstoffe – dies gilt umso mehr, wenn man dann noch sieht, dass abgeschriebene Kraftwerke erneuert werden müssen – natürlich um den Faktor 2 bis 3 ansteigen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Erneuerbare Energien müssen mit dem Neubau konservativer Energien verglichen werden. Das heißt, die erneuerbaren Energien werden in der Zukunft wahrscheinlich günstiger sein als etwa die Produktion aus neuen Kohlekraftwerken. Deshalb wollen wir auch an dem Verdopplungsziel festhalten.

Es ist überhaupt keine Frage – lassen Sie mich das noch sagen –, dass wir dazu eigentlich mehr Geld bräuchten. Die beiden Gutachten im Auftrag des Wirtschaftsministeriums liegen ja vor. Wir haben gegenwärtig nicht einmal die Mittel, um die Minimallösung zu finanzieren. 40 Millionen € sollte man haben. Für die Minimallösung wären 15 Millionen € erforderlich. Ich habe für alle Bereiche aufgeschlüsselt, wie viel das jeweils ausmacht. Schlechterdings fehlt das Geld. Man kann das beklagen, aber man kann das eigentlich nicht vorwerfen. Denn sonst müsste ich sagen: Sie können nicht jemandem die Nahrung entziehen und ihn dann noch schelten, dass er Hunger hat.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir wollen das, sobald die Konjunktur wieder anspringt. Bis dahin müssen wir die Prioritäten auf Forschung und Entwicklung, auf Demonstrationsanlagen und auf unsere hervorragende Forschungsinfrastruktur setzen. Wir kompensieren die Förderung nach dem EEG deshalb nicht, weil wir in Baden-Württemberg schon sehr viele Mittel abrufen. Die Stellungnahme zu dem Antrag zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zeigt ja, dass wir hier in Baden-Württemberg sehr viel tun.

Ein letztes Wort noch zum EEG. Das EEG ist ohne Zweifel wirksam. Aber der Emissionszertifikatehandel ist besser. Das ist eine alte Forderung von uns.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Diese Förderungskonzeption hat sich in der EU in der Zwischenzeit durchgesetzt. Ab 2005 soll der Emissionszertifikatehandel beginnen. Deutschland ist wieder einmal nicht europäischer Motor. Bei uns wird das erst im Jahr 2008

sein. Dort gibt es noch viel zu tun. Aber Sie sehen, wir haben durchaus eine Konzeption, auch wenn ich sie im Moment in geraffter Form vortragen musste.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Herrmann CDU: Sie können Ihre Rede zu Protokoll geben! Wir lesen alles genau nach! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Das wäre gut! Herr Mehrländer, lassen Sie sich nicht beeinflussen! Voll dranbleiben!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ich fasse mich ganz kurz, Herr Abg. Herrmann.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da ich davon ausgehe, dass die Anträge ja noch zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden und wir dort Gelegenheit haben, im Einzelnen darüber zu diskutieren,

(Abg. Zeller SPD: Ich komme dann dazu!)

möchte ich wirklich nur einige Stichworte nennen, weil das wichtig ist.

Das erste Stichwort ist: Die Landesregierung hält an dem politischen Ziel der Verdopplung des Einsatzes der regenerativen Energien bis 2010 auf der Basis des Wertes von 1997 fest. Dass das aufgrund der gegebenen Haushaltslage und der erforderlichen Mittel ganz schwer zu erreichen sein wird, hat Herr Abg. Hofer gesagt. Darauf möchte ich mich beziehen.

Wir werden dieses Ziel allerdings auch in das Klimaschutzprogramm 2010 der Landesregierung einbetten, das wir bis Ende dieses Jahres vorlegen werden. Wir werden dabei sicherlich die Förderung der Biomasse stärken. Wir werden gemeinsam in Berlin dafür kämpfen, dass eine Förderung der großen Wasserkraft über die Schwelle von fünf Megawatt hinaus in das EEG aufgenommen wird. Das wäre ein großer Fortschritt im Hinblick auf das Verdopplungsziel.

Dazu trägt auch die Kraft-Wärme-Kopplung bei. Herr Abg. Witzel, ich stimme mit dem, was Sie dazu gesagt haben, überein. Ich glaube auch, dass wir zu einer Einigung kommen werden, wenn wir an die Novellierung des KWK-Gesetzes, die notwendig ist, gehen.

In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen schließen.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Fischer SPD: Das ist aber schade!)

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/914, ist durch die Aussprache erledigt. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1222, wird an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. – Es ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

*

Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 Gescho

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Bei der Reform des EEG arbeitet die CDU in Berlin mit. Wir möchten zum Beispiel die Förderung der Windkraft verringern, weil diese inzwischen völlig in Steuersparmodelle abgedriftet ist. Wir möchten die Förderung für Biomasse und Biogas erhöhen, weil diese Energiearten flächendeckend verfügbar sind und auch den Wärmebereich mit abdecken. Differenzierung ist dringend nötig, denn in den letzten fünf Jahren haben sich verschiedene Belastungen des Strompreises verfünffacht: durch Stromsteuer, durch das EEG, durch das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. – Jetzt muss einmal eine Weile Schluss sein – auch wegen des Geldbeutels der Stromkunden.

Für die Nutzung von Energieressourcen müssen aber nicht nur Fördergelder kommen, sondern auch die natürlichen Bedingungen stimmen. Die sind bei uns im Land eindeutig.

Windenergie – sicher nicht. In Baden-Württemberg werden fast nur Anträge für Einzelanlagen gestellt, und dies ausgerechnet in bisher naturnahen Landschaften. Selbst Firmen wie die Repower Systems AG sagen deutlich, die Zukunft der Windenergie liege im Offshore-Bereich. Im windschwachen Binnenland sei dies schwierig und nur mit extrem hohen Anlagen zu machen. Wir sind in Baden-Württemberg im windschwachen Binnenland – und zwar nachhaltig.

Wasserkraft: eine sehr ökologische Alternative, gerade im Land. Aber einen deutlichen Schub brächte eine Großanlage. Ich bin einmal gespannt, wie das neue EEG das Kraftwerk Rheinfelden berücksichtigt.

Biomasse ist flächendeckend verfügbar und hat zur Strom- und Wärmeerzeugung bei uns große Potenziale. Rot-Grün wollte übrigens die Umsatzsteuer auf Brennholz von 7 % auf 16 % hochsetzen, hat aber schnell wieder davon abgesehen. Gut so. Wer die größten Stromfresser von der Ökosteuer ausnimmt, wer die Kumpels im Ruhrpott dreimal so hoch subventioniert, wie ihr Gehalt ist, und wer die halbe Republik mit dreiflügligen Abschreibungsmodellen zupflastern kann, der kann auch uns sturmgebeutelten Südstaatlern die 7 % auf Brennholz lassen.

Beim Biogas sind die Potenziale bei uns hoch, ebenso für die Erdwärmenutzung. Biomasse und Geothermie sind im Übrigen grundlastfähig. Dies ist ein großer Vorteil, der genutzt werden sollte.

Bei der Photovoltaik sind wir ein suboptimaler Standort. Ich hoffe auf die Dünnschichttechnologie und eine verbesserte Speicherung.

Solarkollektoren finden sich fast auf jedem Neubau und sind Stand der Technik. Deshalb ist es unverständlich, weshalb Berlin die Förderung pro Quadratmeter Kollektorfläche erhöht hat. Was von selber läuft, braucht man nicht zu subventionieren. Dieses Geld hätte man für andere Bereiche besser ausgeben können.

Aber Konzepte und Technologien müssen vernünftig sein und sich auf Dauer rechnen. Wenn Geld keine Rolle spielt, können Sie auch aus Gänseblümchen und Himbeergsälz Energie produzieren, nur kann sich das dann kein Mensch mehr leisten.

Der Energiepreis ist einer der Grundparameter unserer Wirtschaft. Wenn Rot-Grün in der jetzigen wirtschaftlichen Lage den Energiepreis weiter hochtreibt, hat dies fatale Auswirkungen auf das dringend benötigte Wachstum.

Wer nur „Atomausstieg“ brüllt, soll bitte sagen, wie er die dann steigenden CO₂-Emissionen behandeln will. Sonst ist der Ausstieg eine Geisterfahrt im Umweltschutz. Man muss dazu auch das Grundlastproblem lösen, und das geht nicht nur mit erneuerbaren Energien.

Mehr Erfolg versprechen einige neue Technologien mit höheren Wirkungsgraden, mit weniger Schadstoffemissionen und hoffentlich zu wesentlich niedrigeren Kosten. Dies ist eine Chance und geht weit über den heutigen Streit hinaus, der nur fragt: Ersetze ich Kernkraft mit erneuerbaren Energien oder nicht?

Die Landesregierung trägt dazu bei, die Brennstoffzellentechnologie dauerhaft im Land zu installieren, damit wir bei dieser Zukunftstechnologie vorn mit dabei sind. Der dezentrale Einsatz von Brennstoffzellen zur Wärme- und Stromerzeugung zeichnet sich ab, und einige Hersteller stellen bereits Prototypen zur Verfügung. Vielleicht sollte man bald statt eines 100 000-Dächer-Programms ein 100 000-Keller-Programm für diese viel versprechende neue Technologie auflegen.

Die Kraft-Wärme-Kopplung wird in Verbindung mit lokalen Nahwärmenetzen zukünftig ein wichtiges Standbein der Strom- und vor allem der Wärmeversorgung in Baden-Württemberg sein. Und hierbei können neben Gas auch Biomasse und Geothermie genutzt werden.

Die Rolle der erneuerbaren Energien wird für mich auch zu einseitig auf die Stromerzeugung konzentriert. Eine breitere Anwendung muss noch im Wärme- und Verkehrsbereich erzielt werden.

30 Jahre nach der ersten Ölkrise ist die Weltwirtschaft immer noch eine Ölwirtschaft, vor allem in der Gebäudeheizung und beim Transport. Wenn der Ölpreis deutlich steigt, helfen uns in der jetzigen wirtschaftlichen Situation auch keine Ich-AGs mehr, sondern dann haben unsere mobile Wirtschaft mit Just-in-time und unsere reiselustigen Bürger ein Problem.

Die großen Öl- und Gasressourcen liegen in politisch instabilen Regionen. Den traurigen Beweis sieht man in diesen Tagen.

Die Nutzung von Gas auszubauen ist auch nicht so einfach. Bauen Sie bei uns einmal eine neue Gaspipeline: Planfest-

(Dr. Carmina Brenner)

stellung, Einsprüche, Klagen, Kartellrecht. Das verzögert doch alles.

Deshalb ist für die CDU nachhaltig klar: Wichtig ist ein Energiemix, der sich an neuen Techniken orientieren muss und nicht statisch bleiben darf. Wichtig ist nicht nur die Stromerzeugung, sondern wichtig sind auch die Wärmeerzeugung, der Transport und die Energieeinsparung. Und es gibt klimatische, geologische und physikalische Fakten. Diese sind bei uns im Süden teilweise anders als im Norden dieser Republik.

Wir wollen effizient und ressourcenschonend Energie erzeugen und den Klimaschutz einhalten, und dies zu ge-

ringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten. Also brauchen wir einen energiepolitischen Maßanzug für unser Land und keinen ideologischen Einheitsbrei aus Berlin.

*

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 27. März 2003, 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 21:37 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umsetzung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	ordentliches Mitglied	Dr. Caroli	Alfred Winkler

26. 03. 2003

Wolfgang Drexler und Fraktion